

Sitzungsbericht

41. Sitzung der Tagung 1995/96 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Dienstag, den 25. Juni 1996

Inhalt:

1. Eröffnung durch Dritten Präsidenten Ing. Eichinger (Seite 1104).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 1104).
3. **Spezialdebatte:** Gruppe 5, Gesundheit.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1104).
Redner: Abg. Feurer mit Resolutionsantrag (Seite 1105), Abg. Haberler (Seite 1108), Abg. Friewald (Seite 1111), Abg. Maier (Seite 1113), Abg. Rosenkranz mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 1116), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 1118), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 1121), Abg. Gruber (Seite 1121), Abg. Dirnberger (Seite 1124), Abg. Lugmayr (Seite 1125), Abg. Dr. Bauer (Seite 1127).
Abstimmung (Seite 1129).
4. **Spezialdebatte:** Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1130).
Redner: Abg. Haberler (Seite 1130), Abg. Muzik (Seite 1132), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 1135), Abg. Preiszler mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 1137), Abg. Gebert mit Resolutionsantrag (Seite 1140), Abg. Treitler (Seite 1143), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 1146), LR Schimanek (Seite 1146).
Abstimmung (Seite 1147).
5. **Spezialdebatte:** Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1147).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 1147), Abg. Hofmacher (Seite 1148), Abg. Marchat mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 1151), Abg. Schütz (Seite 1156), Abg. Kurzreiter (Seite 1158), Abg. Hrubesch mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 1161), Abg.

Kautz (Seite 1165), Abg. Dr. Prober (Seite 1165), Abg. Haberler (Seite 1168), Abg. Dkfm. Rambossek mit 3 Resolutionsanträgen (Seite 1169), Abg. Friewald (Seite 1175), Abg. Rupp (Seite 1176), Abg. Hoffinger (Seite 1180), Abg. Dirnberger (Seite 1182), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 1185), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 1188), Abg. Keusch (Seite 1189), Abg. Dr. Mautner Markhof mit Resolutionsantrag (Seite 1193), Abg. Dr. Bauer (Seite 1196), Abg. Hiller (Seite 1197).

Abstimmung (Seite 1198).

7. **Spezialdebatte:** Gruppe 8, Dienstleistungen.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1199).
Abstimmung (Seite 1199).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 9, Finanzwirtschaft.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1199).
Redner: Abg. Pietsch (Seite 1200).
Abstimmung (Seite 1202).
9. **Spezialdebatte:** Dienstpostenplan 1997.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1202).
Abstimmung (Seite 1202).
10. **Abstimmung** über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997 als Ganzes (Seite 1202).
11. Schlußworte des Finanzreferenten LR Mag. Freibauer (Seite 1203).
12. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Hausstandsgründungsgesetzes 1979.
Berichterstatter: Abg. Klupper (Seite 1203).
Abstimmung (Seite 1204).
13. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a.

betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes und des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs.

Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 1204).

Redner: Abg. Marchat mit Abänderungsantrag (Seite 1204), Abg. Dr. Bauer (Seite 1206), Abg. Gratzner (Seite 1206), Abg. Dr. Strasser (Seite 1206), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 1207), Abg. Gratzner (Seite 1207).

Abstimmung (Seite 1208).

14. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 1208).

Abstimmung (Seite 1208).

15. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes (NÖ WFG-Novelle 1996).

Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 1208).

Abstimmung (Seite 1209).

16. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung des NÖ Wasserwirtschaftsfondsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 1209).

Abstimmung (Seite 1209).

17. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 1209).

Abstimmung (Seite 1210).

18. Schlußworte des Präsidenten Mag. Romeder (Seite 1210).

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER (um 9.00 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich eröffne die Sitzung. Das Pro-

tokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 499/A-2/13 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung des NÖ Sportgesetzes.

Ich weise diesen Antrag dem Verfassungsausschuß zu.

Wir setzen die Verhandlungen zum Vorschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 5 fort. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Moser, zur Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie ordentlicher Konjunkturausgleichsteil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen. Ich berichte zur Gruppe 5, Gesundheit:

In der Gruppe 5, Gesundheit, werden die Gebärungsvorgänge für Gesundheitsdienst, Umweltschutz, Rettungs- und Warndienste, Ausbildung im Gesundheitsdienst, eigene Krankenanstalten und Krankenanstalten anderer Rechtsträger sowie sonstige Angelegenheiten des Gesundheitswesens verrechnet. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 4.246,672.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 1.359,284.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 9,16 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 131,860.000 Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 100,000.000 Schilling. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für die Berichterstattung. Wir gehen in die Debatte ein. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

In Österreich ist der umfassende Umweltschutz bereits seit 1984 in der Bundesverfassung verankert. Auf Grund unserer Lage in einer gemäßigten Klimazone, durch unsere relativ intakten

und vielfältigen Umweltbereiche mit reichlichem Wasservorkommen ist unsere Umweltsituation wesentlich besser als in vergleichbaren Industriestaaten. In den Industriestaaten sind die Umweltbeeinträchtigungen in erster Linie auf ein ständig steigendes materielles und wirtschaftliches Wachstum zurückzuführen. Vier Fünftel dieses Wachstums fanden in den letzten 40 Jahren statt. Dies gilt insbesondere für den Verbrauch fossiler Energieträger und die industriellen Produktionen. Tourismus, Intensivierung der Landwirtschaft, die wachsende Verkehrslawine, das expandierende Bauwesen verstärkten diese Tendenzen. Diese Entwicklung führte zu einer Bedrohung der Ökosysteme, aber auch der Gesundheit der Menschen. In Österreich erkannte die Politik bereits in den siebziger Jahren die Gefahren und es wurden die ersten Umweltprogramme erstellt und Maßnahmen gegen akute Probleme ergriffen. Wir können heute feststellen, daß vieles bereits gelöst wurde oder in Angriff genommen worden ist, oder daß für manche Bereiche mittel- und langfristige Konzepte entwickelt wurden. Es konnten unsere Mitbürger zum Mitmachen bewegt werden, beispielsweise bei der getrennten Sammlung von Abfällen. Dadurch ist letztenendes auch das gesamte Umweltbewußtsein in unserer Bevölkerung gestiegen und nimmt der Umweltschutz heute eine wichtige Position in der Politik ein.

Viele der heute als dringlich erachteten Umweltprobleme sind grenzüberschreitender Natur. Dauerhafte Lösungen sind nur durch Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zu lösen. Dies gilt beispielsweise für den Treibhauseffekt und die damit verbundenen Klimaveränderungen oder die Verdünnung der Ozonschicht in der Stratosphäre. Ich möchte dazu einen Punkt herausgreifen, wie man Umweltpolitik machen könnte. Einer Studie des Ökologie-Institutes über die Treibhausgasemissionen ist zu entnehmen, daß das Reduktionspotential, das durch einen Ausstieg aus der Verwendung von teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen und teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen erreichbar wäre, etwa gleichbedeutend ist und in einer Größenordnung liegt wie die CO₂-Emissionsreduktionen zur Erreichung des Torontozieles. Das heißt also, minus 20 Prozent weniger CO₂ von 1988 bis 2005. Wie Ihnen bekannt ist, hat sich Niederösterreich mit der Unterzeichnung des Klimabündnisses verpflichtet, hier mitzuwirken, daß diese Treibhausgasemissionen gemindert werden. Und es wäre daher ein wichtiger Beitrag des Landes, aus der Verwendung von teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen und teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen auszusteigen. Ich möchte daher folgenden Resolutionsantrag an den Landtag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Feurer, Friewald, Haberler und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 5 des Vorschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4.

Die vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) besitzen ein besonders hohes Ozonzerstörungspotential. Die teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (H-FCKW), als Ersatzstoff verwendet, enthalten gleichfalls Chlor und wirken, wenn auch in geringerem Ausmaß, ebenfalls zerstörend auf die Ozonschicht. Die Ozonschicht über Österreich ist im Schnitt bereits um 8 - 10 %, im Jänner und Februar sogar um 20 % vermindert. Die teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffe, auch als Ersatzstoff verwendet, sind chlorfrei und somit ohne Ozonzerstörungspotential, tragen aber dennoch sehr stark zum Treibhauseffekt bei. Daher ist ein Ausstieg aus der Verwendung von H-FCKW und H-FKW anzustreben, da für bestimmte Produktgruppen entsprechende Alternativprodukte bereits am Markt erhältlich sind.

Die NÖ Landesregierung wird daher aufgefordert, zukünftig in ihrem Zuständigkeitsbereich, wo immer es technisch und ökonomisch möglich und sinnvoll ist, auf die Beschaffung H-FCKW- und H-FKW-hältiger Produkte (wie z.B. bei Dämmstoffen, Kühlmittel, Lösungsmittel, Feuerlöscher) sowie auf Produkte, Geräte und Anlagen, bei deren Herstellung H-FCKW und H-FKW in relevanten Mengen eingesetzt werden, zu verzichten. Angemessene Mehrkosten sind laut Landtagsbeschluß vom 26. Jänner 1995 zum Klimabündnis gerechtfertigt.

Die Ausschreibungsgestaltung hat dementsprechend zu erfolgen. Die Anbieter haben mit ausreichenden Unterlagen die H-FCKW- und H-FKW-Freiheit oder den entsprechenden Gehalt, Inhalt bzw. den Einsatz von H-FCKW und H-FKW bei der Produktion zu bestätigen.

Einschlägige Normen und Erlässe sowie Förderungsrichtlinien des Landes Niederösterreich haben diesen Beschluß zu berücksichtigen und sind gegebenenfalls anzupassen.

Die Landesregierung hat dahingehend zu informieren und einzuwirken, daß NÖ Gemeinden sowie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes, die vom Land eingerichtet sind, diesem Beschluß auch Folge leisten."

Ich darf Sie bitten, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein zweiter Punkt, den ich aufzeigen möchte: Durch die Bundesverfassungsgesetznovelle 1988 wurde den Ländern die Kompetenz zur gesetzlichen Regelung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung entzogen. Wir haben daher eine Situation, daß die Länder eigentlich nur in der Gesetzgebung für Heizungsanlagen zuständig sind. Andererseits haben wir im Jahre 1986 ein NÖ Luftreinhaltegesetz hier im Landtag beschlossen. Und wir haben jetzt folgende Situation, nachdem der Bund für die Luftreinhaltung kompetenzmäßig zuständig ist, daß hier verschiedene Bundesregelungen bestehen. Hier sei nur angeführt das Ozongesetz, oder das Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, oder das Smogalarmgesetz. Dann haben wir Bestimmungen in unserem Luftreinhaltegesetz über die Heizungsanlagen, für die wir an und für sich zuständig sind. Und dann gibt es noch einen Bereich, wo keine Bundesregelungen bestehen, die aber im NÖ Luftreinhaltegesetz praktisch geregelt sind. Diese gelten zwar jetzt formal weiter, aber ich glaube, das Ganze ist so unübersichtlich geworden, daß sich der Normalbürger eigentlich in dieser Materie nicht mehr zurecht findet. Und ich meine, es wäre wichtig, daß wir hier eine neue Regelung finden, die wirklich überschaubar ist. Ich würde daher vorschlagen, daß der Herr Landesrat Blochberger, der ja für diesen Bereich zuständig ist, erstens einmal mit dem Bund Verhandlungen führt, um klarzustellen, welche bundesgesetzlichen Regelungen im Bereich der Luftreinhaltung noch zu erwarten sind. Und daß wir dann den auf den Landesbereich entfallenden Teil des Luftreinhaltegesetzes neu ordnen, übersichtlich ordnen und hier beschließen. Eine Regierungsvorlage wäre sicher zweckmäßigerweise hier vorzubereiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit komme ich schon zu einem dritten Bereich. Das ist die Frage der Sicherung unseres Trinkwassers; wahrscheinlich in der Umweltszene eine vordringliche Aufgabe. Wir haben, und da sind wir uns sicher einig, alles zu tun, daß wir unsere Trinkwasservorkommen in dieser Quantität und dieser doch hohen Qualität uns erhalten. Da ist es notwendig, daß wir alle Gefahren abwenden, die zu einer Verschmutzung dieser Ressourcen führen könnten. Wir haben ja bereits einiges an Lehrgeld bezahlt. Ich brauche nur an die Nitrate zu denken oder an die Chlorkohlenwasserstoffe im Bereich der Mitterndorfer Senke. Hier müssen wir mit größter Vorsicht agieren und eben versuchen,

diese Vorkommen zu sichern damit wir nicht weitere Sanierungsfälle bekommen.

Es wurde auch seitens der Koordinierungsstelle für Umweltschutz beim Amt der NÖ Landesregierung und der Umweltberatung der Versuch unternommen, in einer Broschüre darauf hinzuweisen, daß wertvolles Trinkwasser auch durch Regenwasser ersetzt werden könnte. Da geht es vor allen Dingen um die Gartenbewässerung, die sich sowieso in dieser Sache anbietet, aber darüber hinaus auch um Regenwasser für verschiedene Nutzwassermöglichkeiten im Haushalt. Von der Toilettenspülung hat man ermittelt, daß pro Person und Tag rund 32 Liter dafür aufgewendet werden. Wenn man das hochrechnet über das ganze Land ist das sicherlich eine ganze Menge. Auf 37 Seiten wurde in dieser Broschüre die Sinnhaftigkeit dieser Möglichkeiten aufgezeigt. Der Herr Landesrat kommt auch mit einem Bild vor, hat sich auch dafür sehr stark eingesetzt. Aber der böse Schluß kommt auf Seite 38, wo dann festgestellt werden muß, daß auf Grund des Wasserleitungsanschlußgesetzes, dort, wo also Wasserversorgungsanlagen bestehen, eigentlich der Wasserleitungsanschlußzwang besteht und diese Regenwässer in Gebäuden eigentlich nicht herangezogen werden dürfen. Ich glaube, das macht kein gutes Bild in der Bevölkerung. Es wäre daher sinnvoll, daß man auf Regierungsebene diese Dinge einmal abklärt, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht. Und wenn es sinnvoll ist, daß man diese Regenwässer auch in Gebäuden heranzieht unter gewissen Auflagen, vor allen Dingen, daß die beiden Systeme Trinkwasserleitung, Nutzwasserleitung nicht verbunden werden, dann sollte man auch die entsprechende Gesetzesänderung durchführen oder zumindestens initiieren. Letztenendes ist ja der Landtag dafür maßgebend, aber es sollten von Regierungsseite her die entsprechenden Vorlagen kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit bin ich bereits beim vierten Punkt, das ist die Abfallwirtschaft. Es ist fast nicht möglich, bei einer Budgetdebatte an der Abfallwirtschaft vorbeizukommen. Wir wissen, daß der Abfall eigentlich eines unserer größten Probleme ist und haben uns in der Vergangenheit immer ziemlich einig hier zusammengefunden, hier gemeinsame Maßnahmen zu setzen. Erstes wichtiges Ziel ist zweifellos die Abfallvermeidung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Wir haben hier bedeutende Fortschritte gemacht, aber es ist auch noch eine Menge zu tun, um eben vor allen Dingen Stoffe, die wir nicht in den Kreislauf bringen wollen, von vornherein zu vermeiden. Wir sind, glaube ich,

im Bereich der stofflichen Verwertung doch einen bedeutenden Schritt weiter gekommen. Vor allen Dingen durch die Verpackungsverordnung, die Einführung von Sammel- und Rücknahmeverpflichtungen wurde versucht, die Altstoffverwertung zu forcieren.

Wir Sozialdemokraten haben seinerzeit bei der Einführung der Verpackungsverordnung darauf hingewiesen, daß hier einige Bestimmungen wahrscheinlich nicht so durchführbar sind, wie man es sich vorgestellt hat. Es hat nämlich keinen Sinn, Dinge getrennt zu sammeln, die man dann einer Verwertungsschiene nicht zuführen kann und dann wieder gemeinsam irgendwo verbrennen muß. Das gilt insbesondere für alle Kunststoffe. Ich glaube, letzten Endes ist diese Einsicht auch bis ins Umweltministerium durchgedrungen. Es ist ja beabsichtigt, diese Verpackungsverordnung einer Überarbeitung zu unterziehen. Und ich hoffe, daß auf diese Dinge dann entsprechend Rücksicht genommen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist auch im Bereich der biologischen Verwertung einiges passiert. Wir haben unterschiedlichste Anlagen praktisch von der Gartenkompostierung bis zu Anlagen, die für Gemeinde- und Abfallverbände dienen. Auch diese Möglichkeiten sind entsprechend eingeleitet, sodaß eigentlich in der Abfallwirtschaft noch eine große Aufgabe ausständig ist, das ist die sogenannte Restmüllbehandlung. Wir wissen, daß nach all den gesetzten Maßnahmen dieser Restmüll noch immer ein gewaltiges Gefahrenpotential birgt. Vor allen Dingen hinsichtlich der Methangasemissionen, im Hinblick auf den Treibhauseffekt. Aber auch die Sickerwässer sind nicht ganz ohne, weil ja damit gerechnet werden muß, daß Deponien auch dann und wann einmal undicht werden können und so zu einer Gefahr für das Grundwasser werden könnten.

Im Bewußtsein dieser Umweltgefahren hat der NÖ Landtag bereits im Februar 1994 beschlossen, die NÖ Landesregierung zu beauftragen, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Einrichtungen geschaffen werden, die eine Behandlung des Restmülls vor der Ablagerung auf Deponien ermöglichen. Die weitere Vorgangsweise ist im wesentlichen bekannt. Die Landesregierung hat gemeinsam mit der EVN die "Abfallverwertung Niederösterreich PlanungsgesmbH" gegründet, kurz AVN genannt. Und diese wurde beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, in der eben auf die Möglichkeiten der Behandlung des Restmülls eingegangen wird. Es wurde eine genaue

Überprüfung aller bekannten Verfahren durchgeführt. Und letzten Endes hat sich herausgestellt, daß die Restmüllverbrennung doch die ökologisch beste Behandlungsmethode sein wird.

Parallel dazu hat auch der wissenschaftliche Beirat für Abfallwirtschaft des Umweltministeriums eine Studie erstellt und in dieser Stellungnahme wird ebenfalls festgestellt, daß die Inertisierungsziele des AWG eigentlich am besten mit der Verbrennung erreicht werden können. Alle anderen Verfahren würden bestenfalls Übergangslösungen darstellen. Es gibt hier sehr klare Meinungen. Natürlich gibt es auch gegenteilige Ansichten und Gegenpositionen. Es gibt eine ganze Reihe von Gemeinden, aber auch Wissenschaftler, die halt auf die sogenannten "kalten Verfahren" schwören, auf die mechanisch-biologische Vorbehandlung. Ich meine, diese Spannungsfelder muß man einfach in den nächsten Wochen und Monaten ausdiskutieren. Und wir haben zu versuchen, daß wir einen möglichst breiten Konsens in dieser Frage herbeiführen.

Es wurden auch schon die Standortvoruntersuchungen seitens der AVN betreffend einer Müllverbrennungsanlage in Niederösterreich durchgeführt und am 12. Juni 1996 präsentiert. Die Voruntersuchungen haben vier Standorte in die engere Wahl gebracht. Es sind dies Traismauer, Tulln, Zwentendorf-Donauchemie und Zwentendorf-Dürrrohr. Es soll im nächsten Untersuchungsschritt vor allen Dingen darum gehen, die standortabhängigen Kosten zu untersuchen, zu ermitteln. Und es wurde uns in Aussicht gestellt, daß etwa im Spätsommer dieses Jahres diese Entscheidung dann getroffen werden kann, wenn eben die entsprechenden Untersuchungen vorliegen.

Bezüglich der thermischen Behandlung hat es bereits Änderungsvorschläge des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes gegeben, die einer Begutachtung unterzogen worden sind. Danach sollen die Gemeinden hier in Richtung auf eine thermische Behandlung verpflichtet werden. Ich halte das momentan für ein bißchen verfrüht. Es wird grundsätzlich vernünftiger sein, wenn man versucht, den Gemeinden die Sinnhaftigkeit der Müllverbrennung naheulegen als sie in eine bestimmte Richtung gesetzlich zu vergattern. Und ich glaube, es geht einfach darum, daß wir auf die Sorgen, Ängste der Gemeinden eingehen und versuchen, Antworten auf die Fragen, die gestellt werden, zu finden. Die Gemeinden sind ein bißchen mißtrauisch, weil natürlich in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Aufgaben von den Gemeinden wegverlagert wurden, ohne aber den Gemeinden die

Verantwortung gegenüber dem Bürger abgenommen zu haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es stehen im wesentlichen für mich drei Fragen für die Gemeinden und Verbände im Raum. Es geht natürlich darum, daß wir die Behandlungsgebühr so niedrig wie möglich halten, daß wir eben eine entsprechend vernünftige wirtschaftliche Lösung herbeiführen. Es geht auch darum, daß die Gemeinden und Verbände an einer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft beteiligt werden und so auch die Sicherung des Mitspracherechtes auch für die Zukunft gegeben ist. Es ist gestern in der Debatte schon angeklungen, daß gerade in diesen Fragen kein Weg an den Gemeinden vorbeiführen wird. Es geht darum, daß wir versuchen, hier eine Einigung zu erzielen, der man wirklich nahetreten kann. Und ich bin überzeugt, wenn jetzt die Standortwahl an und für sich in nächster Zeit abgeschlossen ist, daß wir "heiße" Jahre in Fragen der Müllverbrennung erleben werden, ohne daß der Müllofen schon angezündet worden ist.

Im übrigen darf ich feststellen, daß in der Gruppe 5 natürlich viele richtige Ansätze enthalten sind, die ein kontinuierliches Weiterarbeiten für den Umweltschutz sicherstellen. Wir haben das genau überprüft und lüften da kein großes Geheimnis: Wir werden der Gruppe 5 natürlich die Zustimmung erteilen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auf den ersten Blick könnte man glauben, das Umweltbudget ist an und für sich ein kleiner Teil des Budgets oder ein Teil, wo man nicht viel bewegen kann. Aber wenn man sich dann das Ganze näher anschaut, ein zweites-, ein drittesmal anschaut, dann kommt man drauf, daß diese gut 200 Millionen an und für sich wahrscheinlich einer der beweglichsten Teile des Budgets sind, die es überhaupt gibt im gesamten Budget. Denn in anderen Bereichen sind 90 oder mehr Prozent im Prinzip fix veranlagt. Das heißt, hier kann der Politiker - der zuständige Landtag auf der einen Seite, der Landesrat auf der anderen Seite - nicht sehr viel bewegen. Anders im Umweltbereich. Man sieht das alleine schon an den Verschiebungen, die es gibt. Und man sieht es auch an den Verwandtschaftsverhältnissen, daß diese 200 Millionen an und für sich nur hier budgetiert sind, aber auch anderswo durchaus Mittel für diesen Bereich zu lukrieren sind.

Und eines zeichnet diesen Bereich, oder zwei Dinge - zuerst die Sache mit dem Landtag im Umweltbereich - zeichnen zweifelsohne den Umweltbereich aus. Es hat der Kollege Feurer auch schon in diese Richtung erwähnt, das ist der Konsens, der im Landtag hier herrscht. Etwa in bezug auf die thermische Verwertung des Restmülls, der von Kollegen Feurer schon etwas intensiver angesprochen wurde. Wo er recht hat, wo, glaube ich, auch die Probleme, die es mit den Verbänden, zu Recht von den Verbänden her, gegeben hat, jetzt ausgeräumt sind und wo wir zweifelsohne auch wieder, sage ich jetzt, "gut unterwegs" sind.

Vollkommen richtig, es wird immer Zweifler geben. Bei 567 Gemeinden wäre es ja fast zweifelhaft, wenn alle einer Meinung wären. Und es soll ja auch so sein. Und wir haben es auch in den vergangenen Wochen erlebt, daß es durchaus positiv ist, wenn es hier kritische Stimmen gibt. Wenn es hier Stimmen gibt, die sagen, naja, so quasi ohne Wenn und Aber darf es da keine Lösungen geben. Da muß es zweifelsohne ein bißchen Bewegung drinnen geben. Und wir haben auch gesehen, daß die Tatsache, daß jetzt zwar prinzipiell die thermische Verwertung dann ab einem gewissen Zeitpunkt über der Jahrtausendgrenze von allen Verbänden, von allen Gemeinden eingehalten werden muß, daß das zwar verpflichtend eingeführt wird, daß man aber auf der anderen Seite den Betreibern, der Betreibergesellschaft sehr wohl insofern ein bißchen, ich sage einmal, die "Daumenschrauben ansetzt", indem man hergeht und sagt, ein Verband muß aber nicht dorthin liefern. Das heißt, zweifelsohne ist damit der Wettbewerb und damit auch die Transparenz für den Bürger und eine gewisse Garantie, daß hier nicht die Gebühren ins Endlose steigen, gegeben.

So weit - so gut. Gleiches gilt auch was den Landtag betrifft, für die anderen großen Themen im Umweltbereich. Ist vielleicht auch deshalb der Fall, weil hier durchaus Personen am Werk und Parteien am Werk sind, die hier sozusagen das Ganze mit einer gewissen Seriosität und nicht in religiöser Art und Weise betreiben. Da haben wir in Niederösterreich zweifelsohne gegenüber anderen Bundesländern einen gewissen Vorteil. Ich denke hier aber auch daran, daß wir im Bereich der erneuerbaren Energieträger, der alternativen Energieträger als Landtag sehr wohl in eine gute Richtung gegangen sind. Ich denke nur an die Beschlüsse, die wir im Vorjahr getroffen haben. Ich denke auch an den Auftrag, den wir beispielsweise am 29. Februar der Landesregierung, sprich dem zuständigen Landesrat, gegeben haben. Und da hört sich dann langsam der Konsens auf. Denn wenn wir alle vor wenigen Tagen ein nettes Papier

auf den Tisch bekommen haben in unseren Klubs, in dem steht, Richtlinien für die Förderung von Biomasseheizungen, da wird so quasi alles an den Bund abgeschoben. 60:40 ist die Lösung und damit ist die Sache für das Land oder für den zuständigen Landesrat erledigt. Und beim Energiekonzept, wo der Auftrag ganz klar gelautet hat 30. Juni 1996, da steht dann folgendes drinnen und das will ich dem Hohen Landtag, weil das ein einstimmiger Beschluß war, schon zur Kenntnis bringen. Ein Überblick hinsichtlich wesentlicher energierelevanter Gegebenheiten usw. steht da drinnen. Und da gibt es einen weiteren Zeitplan. Das heißt, September 1996 - man höre auf das Datum - Vorlage eines umfassenden Berichtes zu diesem ersten Teil des Energiekonzeptes. Anfang 1997 - 1997 bitte - Erarbeitung weiterer Bestandteile des Energiekonzeptes, Prognosen, Szenarien, Maßnahmen und Beginn des Diskussions- und Abstimmungsprozesses zum Energiekonzept. Und dann, Hoher Landtag, man höre und staune weiter, Mitte bis Herbst 1997 Fertigstellung des Energiekonzeptes. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Es ist zum Staunen, weil der Auftrag, den wir dem Landesrat gegeben haben, klar und unmißverständlich gelautet hat, bis zum 30. Juni hat er dem Landtag ein fixfertiges Energiekonzept vorzulegen. (*Zwischenruf bei Abg. Dr. Prober.*) Aber da, lieber Herr Sepp Prober, Du mußt zuerst denken, dann reden, da schreibt er, daß er bis Ende 1997 uns erst das vorlegen will, was wir einstimmig hier beschlossen haben, daß er uns bis 30. Juni das vorzulegen hat. Das ist eine Mißachtung des Landtages. Genauso wie es eine Mißachtung ist, daß er nicht einmal bei seinem Ressort anwesend ist, wenn es im Budget behandelt wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und das ist genau das Problem, das wir hier in diesem Haus im Umweltbereich haben. Das ist das Problem, wo nämlich fast auch die thermische Verwertung diesen Landtag zum Straucheln gebracht hätte. Weil eben die Verbände nicht von Anfang an eingebunden waren. Ich habe gesagt, im letzten Moment ist jetzt die Kurve gekratzt worden, im letzten Moment gibt es die 25-Prozentregelung, quasi die Sperregelung, und im letzten Moment schaut es doch danach aus als ob das Ganze langsam oder sicher einer positiven Finalisierung zugeführt wird.

Aber hier gibt es nicht einmal positive Ansätze. Denn es wurden Unmengen an Budgetmittel lukriert in diese Richtung für erneuerbare Energieträger. Ich darf nur etwa an den Kollegen Prober denken, was in Warth steht. Es ist wirklich beispielgebend, wie sich dort junge Leute selbst

Solaranlagen bauen. Eine Supergeschichte, da ist viel Landesgeld hineingeflossen, eine positive Geschichte. Stehe ich voll und ganz dazu. Wie ich zu dieser Schule auch stehe, die beispielhaft in diesem Land ist. Aber genau das ist symptomatisch für die Politik des Landesrates Blochberger. Man geht her, schafft irgendein Projekt, ein Vorzeigeprojekt, das man wirklich herzeigen kann, das sicherlich international interessant ist - und das haben wir nicht nur im Bereich jetzt der Solarenergie, das haben wir auch im Bereich der Hack-schnitzelheizungen in diesem Land, das haben wir in allen Bereichen. Ich denke hier an die Windenergie in diesem Land. Geht man her, schafft die Möglichkeiten, geht man her, hat dieses Vorzeigemodell und das war's dann. Das ist in Wirklichkeit das Problem. Das ist das Problem, wo man auch, wenn man sich die 200 Millionen anschaut, immer wieder landet. Denn wohin fließt in Wirklichkeit das Geld aus diesen 200 Millionen, die man weitgehend hin- und herschieben kann? Das heißt, mit denen man wirklich Politik machen kann. Wohin fließt das Geld?

Ich habe mir das ein bißchen angeschaut. Aufgestockt wird und wieder für ein Prestigeprojekt - allerdings jetzt in negativer Art und Weise, weil es einfach keinen Hintergrund hat - massiv aufgestockt wird um ein Vielfaches das Geld für den Nationalpark March-Donau-Auen. Statt vier Millionen 18 Millionen. Also eine Aufstockung um 14 Millionen. Ein Projekt, das deshalb keinen Hintergrund hat, weil ganz einfach der ganze Nationalpark im wahrsten Sinne des Wortes über die Jahrzehnte uns davonschwimmen wird. Denn niemand weiß noch bisher, wie die Sache mit dem Geschiebe geregelt wird. Das heißt, die Donau gräbt sich Jahr für Jahr drei bis fünf Zentimeter tiefer ein. Wir entwässern die Au planmäßig dort damit, weil ganz einfach das Geschiebe nicht nachkommt, weil man eine Staustufe nach der anderen oberhalb von Wien errichtet hat. Ein Problem, das uns allen bekannt ist. Aber am 26. Oktober werden wir den Nationalpark eröffnet bekommen von den niederösterreichischen Politikern, spricht Pröll, Blochberger allen voran, der in Wirklichkeit keiner ist. Weil nichts geregelt ist für die Zukunft, weil das keine Problemlösung ist, wenn man weiß, daß die Donau langsam aber sicher sich dort eingräbt und die Au langsam aber sicher in Wirklichkeit, wenn man es auf Jahrhunderte rechnet, sich blitzartig entwässert und dort dann irgendwann nur mehr ein normaler Wald stehen wird, wie es ihn hundertmal in Österreich und tausendmal anderswo in Europa gibt. Das ist ganz einfach das Problem. Aber man wird dann wieder die Fotos sehen auf den Titelseiten am 26. Oktober. Und darum geht es. Und das hat dem

Land 18 Millionen heuer im Bereich des Umweltbudgets wert zu sein und man wird wahrscheinlich aus anderen Bereichen Mittel heranziehen. Man hört es schon, Wien - drei Direktoren werden diskutiert. Das heißt, es wird auch in anderen Bereichen zweifelsohne wieder das Steuergeld im wahrsten Sinne des Wortes den Bach - oder in dem Fall den Fluß - hinuntergeschwemmt werden. Das ist ganz einfach das Problem, das wir im Umweltbereich haben, das wir mit diesem Landesrat haben. Es gibt hier keine Lösungen, es gibt im Bereich der Alternativenenergie genauso wenig die Lösungen, obwohl gerade da der Landtag einstimmig ganz klar und deutlich die Aufträge erteilt hat.

Und wir haben gestern diskutiert über die Lehrlingspolitik, über die Lehrlingsproblematik in diesem Land. Ganz kurz noch einmal zur Erinnerung: Über 23.000 waren es in Niederösterreich 1990, in der Zwischenzeit sind wir unter 20.000 gelandet. Das heißt, den Neunzehntausender unterschreiten wir in den nächsten Monaten. Das wäre in Wirklichkeit die Chance. Eine positive Auswirkung auf die Beschäftigungspolitik in diesem Land, in dem man über diese erneuerbaren Energieträger eine neue Kleinwirtschaft, eine neue Kleinindustrie errichten würde.

Wir haben hier Vorreiter. Ich darf nur erinnern im Bereich der Windenergie. Da sind uns zwar die anderen schon davongezogen, weil österreichweit nicht die notwendigen Mittel vorhanden sind. Ich denke an die Deutschen, an die Dänen, die hier beispielgebend sind, die im Meer bereits solche Anlagen in überdimensionaler Art und Weise errichten. Aber gerade im Bereich der Biomasse etwa, Hackschnitzelheizungen, habe ich mir vor kurzem erst angeschaut in Graz ein diesbezügliches Werk. Da werden die Bauern mit eingebaut, die im Winter ganz einfach gewisse Teile mit errichten. Hier sind wir Vorreiter. Da gibt es Anlagen, die hervorragende Qualität zusammenbringen. Anlagen, die sich über ein Jahrzehnt, über 15 Jahre rechnen, die unter dem Strich nachweisbar billiger sind als eine fossile Feuerung, auch schon für kleinere Haushalte, auch natürlich kombinierte Heizungen, Heizungsmöglichkeiten, die es gibt, für Warmwasseraufbereitung. Man könnte das jetzt wirklich in die Breite bringen. Die positive Auswirkung auf die Beschäftigungspolitik wäre möglich, wenn hier endlich von der politischen Seite her vom zuständigen Landesrat, vom Blochberger, der wieder einmal nicht anwesend ist wie so üblich, wenn hier endlich einmal die Aufträge des Landtages wirklich erfüllt werden würden.

Der nächste Bereich ist zweifelsohne - und da ist auch Gefahr in Verzug - es wäre für die Landwirtschaft eine enorme Chance. Für eine Landwirtschaft, die ebenfalls um die Jahrtausendgrenze wahrscheinlich, ich brauche nur den Fischler zu zitieren, der von 1,7 Prozent Bauern spricht, die übrig bleiben werden, die EU sagt 2,3 Prozent. Ihr wißt alle, was das heißt, was das umgekehrt wieder heißt für den Arbeitsmarkt. Wenn in Niederösterreich einige 10.000 Leute aus der Landwirtschaft hinüber den Druck ausüben auf den Arbeitsmarkt. Es ist ganz einfach ein Szenario, wo jeder gefordert wäre, allen voran der zuständige Landesrat, der sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Umweltschutz zuständig ist, hier und jetzt massiv zu handeln. Jetzt sind die Jahre, wo es sich entscheidet, ob der eine oder andere seinen Hof weiterführen kann. Jetzt sind die Jahre, wo es sich entscheidet, ob die Arbeitslosigkeit durch die massiven Einbrüche in der Landwirtschaft noch stärker ansteigen wird. Die anderen Problemkreise wie etwa die Ausländerbeschäftigung usw. soll man hier in diesem Bereich nicht anziehen. Aber es wird zweifelsohne auch von hier der Druck sehr stark auf den Arbeitsmarkt ausgeübt. Und jetzt sind ganz einfach die Jahre, wo hier in diesem Bereich, im Bereich der erneuerbaren Energieträger, die Entscheidungen fallen müssen.

Der Landtag hat hier eine Vorreiterrolle gespielt, der Landtag hat das Seine sicherlich weitgehend bereits gemacht. Gewisse Feinschliffe wären noch notwendig, aber es wird auch notwendig sein, daß wir den zuständigen Landesrat, daß wir den Landesrat Blochberger "in die Losung nehmen". Denn eines kann nicht sein: Daß wir bis zum 30. Juni den Auftrag erteilen und er sagt uns dann, naja, irgendwann Ende 1997 kommt das, was wir eigentlich bis Mitte dieses Jahres exakt auf den Tisch bekommen hätten müssen.

Und dieses ganze Szenario zieht sich wie ein roter Faden durch. Wie ein roter Faden, wo man immer wieder ganz einfach das Gefühl hat, daß hier in Wirklichkeit die Politik nicht der Landtag, sondern die EVN macht. Hoher Landtag, ich darf Sie wirklich alle bitten, alle Abgeordneten, diesem Budgetteil nicht die Zustimmung zu geben. Ganz einfach deshalb, weil meiner Meinung nach die Umweltpolitik in diesem Land kein Opfer des fossilen Starkstromkapitalismus der EVN und des Landesrates Blochberger werden darf. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Umweltpolitik in Niederösterreich, wie mein Vorredner angesprochen hat, sieht er problematisch und seine Ausführungen gehen - und das zieht sich meiner Ansicht nach nicht wie ein roter Faden, sondern so wie ein "blauer Faden" durch die Freiheitlichen - gegen eine Person, die er als Landesrat Blochberger hier bezeichnet. Ich glaube, das kann nicht die Umweltpolitik des Landes Niederösterreich sein, daß irgendwer irgendwen nicht mag. So kommt mir das schön langsam vor, Herr Kollege Haberler. Wir sollten darüber nachdenken, daß Umweltpolitik zielorientiert ist. Wir verfolgen Ziele zum Positiven für diese Bevölkerung in diesem Land Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sind Grundsätze der NÖ Umweltpolitik, die sich durchziehen seit Beginn der modernen Umweltpolitik mit dem heutigen Landeshauptmann Dr. Pröll, der damals auch eine moderne Ansicht im Wandel der Gesellschaft hier in diese Umweltpolitik mit einbrachte.

Wir haben verschiedene Verpflichtungen, gewisse Dinge zu überdenken. Wir sind dabei, gerade im Energiebereich - und Niederösterreich hat es bewiesen: Mit den bisher errichteten biogenen Bereichen der Energieproduktion sind 650 Arbeitsplätze in diesem Land geschaffen worden, die langfristig und dauerhaft sind. Diese Dinge, die stehen bereits. Es ist aber auch eine Veränderung im Zuge der Steuerpolitik im Bundesstaat Österreich im Gange und gerade diese Veränderung wird Auswirkungen haben auf ein dementsprechendes Energiekonzept. Und ich erachte es nur als vernünftig, daß man hier nicht überhastet ein Konzept auf den Tisch legt, sondern ein Fundament, fußend auf die neuen Gesetzgebungen und auch auf neue Entwicklungen. Hier sind wir sicherlich bewußt und richtig unterwegs.

Ich glaube, daß gerade auch im Bereich des Nationalparks die Diskussion verkehrt läuft. Wenn Sie darüber diskutieren, daß die Donaeintiefung mit dem Nationalpark in Zusammenhang steht, dann steht das im Zusammenhang mit den Donaukraftwerken und mit den Dingen, die dort passiert sind an dem Strom. Der Nationalpark rundherum kann nichts dafür, daß sich die Donau dort eintieft. Das heißt, wir sollten die Schuhe auch trennen und nicht die Problematik immer in einen Kübel schmeißen, umrühren, es weiß ohnehin keiner, worum es geht, aber Hauptsache, wir reden darüber und verunsichern die Bevölkerung.

Wir sollten die Umweltpolitik zum Positiven begleiten. Und gerade wenn Sie die Biotechnologie

ansprechen möchte ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der in den letzten Wochen eine Thematik auch in unserem Bundesland und gerade in meinem Bezirk war. Wenn diese "Gen-Kartoffel", wie man das bezeichnet hat, hier eine Diskussion ausgelöst hat, sage ich, es ist unverantwortlich von der Politik, mit Angst und Schrecken durch das Land zu gehen und hier Forschungen für die Zukunft an den Pranger zu stellen. Und von einer Frau Minister erwarte ich auch, daß sie den Rechtsstaat kennt. Und ich erwarte mir von einem Rechtsstaat, daß auf Grund einer gesetzlichen Grundlage eine Entscheidung getroffen wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich vor laufenden Kameras sage, zwei Jahre denken wir darüber nach. Das ist Mißbrauch des Rechtsstaates und das ist auch Mißbrauch der Zukunftsentwicklung in unserem Bereich der Biotechnologie. Und ich glaube, hier sollten wir mit offenen Karten spielen. Daß hier die Emotionalisierung ein Riesenproblem darstellt, ist für mich klar und beweist nur, daß wir im politischen Bereich immer wieder es verstehen, die Angst der Menschen auszunützen. *(Abg. Uhl: Also das verstehe ich nicht, Herr Kollege! Der, der die Erdäpfel anbaut - ungerechtfertigt anbaut - der betreibt keinen Mißbrauch! Aber wenn die Frau Minister dann sagt, denken wir noch 2 Jahre darüber nach, das ist dann Mißbrauch! - Unruhe im Hohen Hause.)* Herr Kollege, da haben wir aneinander vorbei geredet. Ich halte es für einen Wahnsinn, wenn sich heute einer nicht daran hält und nicht abwarten kann, bis der Bescheid kommt. Aber nicht nachher eine Diskussion einzuleiten, indem ich sage, jetzt denken wir zwei Jahre nach, egal, welche Gesetze wir haben. Und die Entwicklung, die wird uns überholen. Wir werden das Problem ganz einfach nicht wegschieben können. Es werden halt dann Kartoffeln aus dem Ausland importiert werden, wenn wir sie in Gmünd oben verarbeiten wollen, weil wir dort sonst keine haben. Und diese Problematik, um solche Produktionsschienen aufzubauen. Ich halte es auch für einen Wahnsinn - um das zu ergänzen - ich halte es für wahnsinnig von der Wissenschaft und der Forschung her, sie haben sich nämlich keinen guten, sondern den schlechtesten Dienst überhaupt erwiesen, den man nur machen kann. Das unterstreiche ich sehr wohl. Aber wir dürfen - und ich halte das von der Politik her für verantwortungsvoll - nicht mit Angst durch die Bevölkerung gehen.

Ich komme zum nächsten Punkt: Es ist angesprochen worden vom Herrn Kollegen Feurer das Luftreinhaltegesetz. Für mich wäre das Luftreinhaltegesetz ein typisches Beispiel, einmal ein - und ich sage das jetzt sehr überzeichnet - ein "Weltgesetz" zu schaffen. Nicht im kleinkarierten

Schema zu denken, da gibt es unser Niederösterreich, da gibt es unser Österreich. Wir wissen, und gerade die Luft beweist es uns, daß es keinen Schranken und keine Grenze gibt. Und da kann ich nicht den Reisepaß verlangen, wenn eine schlechte Luft kommt und sagen, du darfst nicht herein. Darüber sollten wir nachdenken, daß diese Frage, wenn wir sie ernsthaft bewegen wollen, eine ist, die wir über alle Grenzen hinweg, gerade jetzt in diesem gemeinsamen Europa, aber ich gehe darüber hinaus, in dieser Welt zu bewältigen haben. Wenn es uns gelingen soll, hier positive Schritte für die Zukunft zu setzen.

Und ich glaube, ein kleiner Ansatz, und ich sage sehr bewußt, ein kleiner Ansatz ist für mich auch die Frage der Abfallbewirtschaftung in Niederösterreich. Weil wenn wir immer so schön diskutieren und dann mitverfolgen können, daß so mancher doch noch immer das Bauchweh mitartikuliert bei der thermischen Verwertung von Abfällen, dann würde ich jedem einmal empfehlen, daß er sich die Deponien in diesem Land Niederösterreich anschaut. Und auch die Vorgangsweise, die heute dort legitim nach unseren Gesetzen passiert. Und ich sage als Beispiel nur, wir haben bei uns im Tullnerfeld die Deponie Einsiedl und ich habe mir deswegen auch die Fakten und Zahlen geholt, weil ich gesagt habe, das ist ja wichtig auch einmal zu artikulieren. Man weiß oft gar nicht, daß solche Dinge passieren. Dort wird tagtäglich dieses Deponiegas abgepackelt. Pro Stunde hundert Kubikmeter Deponiegas. Ohne daß dort eine Filteranlage steht, ohne daß wir darüber nachdenken, was passiert, wenn man eben, wir müssen es eben abbrennen, aber diese Gase ganz einfach durch Verbrennung in die Luft schickt. Und da traut sich jemand zu diskutieren und zu sagen, die Müllverbrennung wird das große Problem sein? Dort, wo wir bereit sind, die beste Filtertechnologie, das Neueste auch auf dem Stand der Technik einzubauen? Dort bin ich der Ansicht, und das vertrete ich auch, verbessern wir die Luftqualität für einen Raum. Und wenn wir hier diskutieren, daß in manchen Bereichen von den Gemeinden her wir Probleme haben, dann sollten wir vielleicht auch offen sagen, wo die Probleme liegen. Ich bin nämlich dafür, daß man die Probleme auch offen anspricht. Wir haben dort die Probleme, wo Gemeinden Altlasten haben. Und nehmen wir nur das Beispiel St. Pölten her. Es will die Stadt St. Pölten legitim, von ihrer Warte aus richtig gesehen, ihre Altlast mit dem neuen Müll sanieren und finanzieren. Aber sie produzieren ja dadurch eigentlich noch einen größeren Haufen an Altlast. Das heißt, in dieser Frage sollten wir darüber nachdenken, daß es nicht gescheit sein kann, das jedem freizustellen. Weil die produzieren Dinge,

die dann wieder die Gesellschaft - sprich wir als Land oder als Bund - finanzieren sollten beim Entsorgen. Ich glaube, das sollte man auch ganz offen sagen.

Und ich halte gar nichts davon, wenn wir alle da herinnen gesessen sind, wie der Herr Kollege Haberler gesagt hat, einen einstimmigen Beschluß da gefaßt haben, weil es darum geht, hier wirklich den richtigen Weg in der Abfallbehandlung in Niederösterreich zu bestreiten. Und dann gehen wir hinaus und sagen, ich bin zwar Abgeordneter im Landtag, habe da mitgestimmt, aber was ich draußen tu und sage, ist schon ganz etwas anderes. Weil da mache ich die Schildkröten-Politik, da ziehe ich nämlich den Schädel ein, damit mich niemand erwischt. (*Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Marchat: Na dann frag' einmal den Michalitsch, was der gesagt hat über die Müllverbrennung in St. Pölten!*)

Ich stehe auch in diesem Bereich dazu, ich nehme auch keinen meiner Kollegen aus. Egal, wo es hinkommt, sollten wir sie akzeptieren. Und jetzt habe ich es. Weil quasi ich das gesagt habe, kommt es mir so vor, daß sie dann gesagt haben, es ist am besten in Tulln. Nur sage ich Euch eines: Ich stehe auch in der Konsequenz, und wenn es bei mir zu Hause im Hof stehen würde, für eine vernünftige Lösung. So sollte man Politik machen und nicht die Politik immer des Wegschiebens und die Politik des Verunsicherns und der Angst. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich glaube nämlich auch eines, was wir im Bereich des Budgets verfolgt haben, als es die Diskussion gegeben hat und man gesagt hat, man muß ein bißchen sparen. Dieses Sparen ist schon sehr vernünftig, ist sehr gut. Wir haben politisch gesehen sehr viel Angst und Schrecken verbreitet. Angst und Schrecken in der Form, daß man gesagt hat, es geht uns finanziell so schlecht, wir werden dort und da manches nicht mehr schaffen. Doch das kann meiner Ansicht nach nicht Aufgabe der Politik sein. Herr Landesrat Freibauer hat in seiner Einbegleitungsrede gesagt: Wir müssen mit Mut und Zuversicht in diese Zukunft schauen. Und ich glaube, auch mit Mut und Zuversicht werden wir, wenn wir die Umweltprobleme, die wir haben, vernünftig und auch begleitend mit der Wirtschaft angehen, das Positive im Sinne der Bevölkerung in diesem Land lösen. Und da sind wir, glaube ich, sehr gut unterwegs. Gerade die Entwicklung der letzten Jahre hat es mit sich gebracht, daß wir in Niederösterreich sehr viel Positives auch zu Buche schreiben können. Wir sind zum Beispiel europaweit Dritter im Glasrecycling-Bereich. Wir haben es geschafft, daß über 76 Prozent des Glases

wiederm zurückgeführt wird in eine Neuverwertung. Wir haben es geschafft, daß wir ein riesiges Potential des biogenen Abfalles vor Ort in Niederösterreich verarbeiten. Das heißt, keine Transportkosten durch kleinere Einheiten, vernünftige Strukturen in der Verarbeitung, gerade bei großen Mengen und schweren Massen. Ich glaube, daß hier gute Ansätze passiert sind. Und wenn wir in dieser Art und Weise weiterhin entsprechend agieren wollen, dann ist auch der Ansatz des Budgets für die Umweltpolitik in Niederösterreich richtig. Und deshalb werden wir ihn auch dementsprechend kräftig unterstützen. Bei dieser Tätigkeit ist es nämlich auch notwendig, und da hat der Herr Kollege Haberler vollkommen recht, einen flexiblen Bereich zu haben. Hier haben wir flexible Möglichkeiten. Diese flexiblen Möglichkeiten werden meiner Ansicht nach sehr vernünftig und bewußt vom Umweltlandesrat Blochberger genutzt im Sinne der Bevölkerung Niederösterreichs.

Im Sinne der Bevölkerung ist auch eine Zukunftsperspektive, und diese Zukunftsperspektive ist die Frage der Bewußtseinsbildung. Jeder, der da draußen vorbeigegangen ist, hat gesehen, wie die Umweltberatung Bewußtseinsbildung schafft. Auch Beratung und Information. Und diese Beratung und Information sollten wir auch selbst leben. Herr Kollege Haberler! Sie haben da Dinge angesprochen, ob das Hackschnitzelheizungen sind, ob das Solaranlagen, Kollektoren und anderes sind. Ich würde die Frage einmal umgekehrt stellen: Ob Sie überhaupt so etwas haben zu Hause? Wenn wir da schon groß reden, wer von uns als Kollegen? Ich glaube, wir sollten auch selbst bereit sein, diese Dinge einzubringen, diese Dinge auch einzufordern, denn nur dann werden wir unsere Kinder vom positiven Handeln für diese Umwelt überzeugen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Worte gelangt Herr Abgeordneter Maier.

Abg. MAIER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes bewirkt auch im Bereich der Aufwendungen für den Umweltschutz Einsparungen, womit nach 1996 der Weg einer sparsamen Ausgabenpolitik fortgesetzt wird. Mit 202 Millionen Ausgaben sind zwar gesamtheitlich annähernd die gleichen Mittel wie 1996 verfügbar, im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes und zur tatsächlichen Verwirklichung von Nationalparks wurden jedoch über Umschichtungen, es wurde heute schon angesprochen, und eine höhere Dotierung im Haushalt entsprechende Grundlagen geschaffen.

18 Millionen stehen für Vorbereitungsarbeiten von Nationalparkprojekten, der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes zur Verfügung. Mit den beschlossenen Rahmenbedingungen zur Schaffung von Nationalparks steht der Bevölkerung und der Regierung unseres Landes ein Rahmengesetz zur Verfügung, das einen wirksamen Schutz der Naturschätze unseres Landes unter der weitestgehenden Einbindung der Bevölkerung gewährleistet.

Über den NÖ Landschaftsfonds gelingt es vermehrt, ökologisch wertvolle Flächen in ihrer bestehenden Form abzusichern und zu erhalten. Dennoch kommt es immer wieder zu Schwierigkeiten bei der Pflege unter Schutz gestellter Landschaftselemente und Naturparks, da ein entsprechendes Pflegekonzept und die weiterführende Pflege oft nur sehr schwer durchführbar ist. Es gibt Beispiele, wo Grundeigentümer von unter Schutz gestellten Flächen in eine Situation kommen, daß derartige Grundstücke nicht an die Kinder weitergegeben werden können, weil von denen der Grundbesitz unter Nutzungseinschränkungen abgelehnt wird. Durch Strukturveränderungen in der Landwirtschaft ist es auch immer mühsamer, Betriebe zu finden, die letztlich die erforderlichen Pflegemaßnahmen auch durchführen. Unkontrolliert beginnt jedoch die Verwaldung unbewirtschafteter Grundstücke. Der jährliche Zuwachs an solchen Flächen ist in unserem Bundesland beträchtlich. Diese Entwicklung muß genauestens beobachtet werden und es müssen ganz einfach auch hier entsprechende gegensteuernde Maßnahmen umgesetzt werden. Denn die Vielfalt unserer Landschaft muß auch für die Zukunft gewahrt bleiben.

Ein besonders schönes und einzigartiges Landschaftsbild ist mit seinen Teichen und Wäldern im Waldviertel gegeben. Die Teiche geben als wesentliche und gestaltende Landschaftselemente der Landschaft im oberen Waldviertel außerordentliche Attraktivität und Schönheit. Beobachtet man die Entwicklung in der Teichwirtschaft in den letzten Jahrhunderten, so läßt sich auf Grund der sinkenden wirtschaftlichen Erträge eine starke Reduktion der Teichflächen nachweisen. In letzter Zeit wird die Situation der Waldviertler Teichwirte, die übrigens den Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union ohne öffentliche Hilfestellung bewältigen müssen, in der Öffentlichkeit diskutiert. Manche drohen, ihre Teiche trocken zu legen, da die herkömmliche Bewirtschaftung keine existenzsichernden Erträge ermöglicht. Sollten sich derartige Ankündigungen verwirklichen, könnte das gesamte Ökosystem und der natürliche

Wasserhaushalt in den betroffenen Landschaftsabschnitten in Frage gestellt und gefährdet werden.

Der NÖ Landschaftsfonds muß entsprechend dotiert werden, damit bestehende erhaltenswerte Natur- und Landschaftselemente nachhaltig und dauerhaft in ihrem Weiterbestand abgesichert werden können. Der Schutz seltener Tierarten führt immer wieder zu Konflikten zwischen den Schützern dieser Tiere in ihrem Lebensraum in der freien Natur und jenen, die durch die Unter-Schutz-Stellung wirtschaftlichen Schaden erleiden. Teichwirte und Fischotter trennen unüberbrückbare Gegensätze, obwohl beide als Existenzgrundlage das Element Wasser beanspruchen. Durch die zwangsläufige Kürzung der Mittel, die für Entschädigungszahlungen vorgesehen sind, wird es zu keiner Entspannung der ohnehin schon verkrampften Situation zwischen Teichwirten und Otterschützern kommen. Der durch die starke Population auf Grund seiner Unter-Schutz-Stellung jagende Otter hat nach der derzeitigen Meinung der Öffentlichkeit wohl auch kaum mit bestandsregulierenden Maßnahmen zu rechnen. Wie soll in Zukunft vorgegangen werden, wenn berechnete Entschädigungsanforderungen der Teichwirte nicht befriedigt werden können? Auf alle Fälle muß verhindert werden, daß Teichwirte aus Existenzgründen Bestandsregulierungen bei Fischottern herbeiführen und somit straffällig werden.

Viele Beispiele anderer Art im Bereich des Natur- und Umweltschutzes könnten hier angeführt werden, wo der Gesetzgeber aufgerufen ist, die unterschiedlichen Interessen durch gute Gesetze auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Ich darf nunmehr den Bereich Wasser- und Gewässerschutz ansprechen. Viele Anstrengungen wurden in der Vergangenheit unternommen, die Grund- und Fließgewässer von schädigenden Verunreinigungen zu bewahren. Trotzdem bleibt für die Zukunft noch viel zu tun. Der wirksame und nachhaltige Schutz unseres Trinkwassers ist an die Spitze aller Überlegungen zu stellen. Daher ist der Ausbau der flächendeckenden Abwasserreinigung zügig weiterzuführen.

Durch den Schritt zur gesamtökologischen Betrachtung bei Beurteilung von Abwasserprojekten ist ein neuer Weg aufgezeigt, bei der Durchsetzung von Vorhaben den Naturschutz weitestgehend mit einzubinden. Somit werden schon im Planungsstadium ökologisch kritische Varianten geprüft und womöglich vorzeitig ausgeschieden. Der Gewässerlebensraum wird gesamtheitlich in die Überlegungen einbezogen und in den Vorder-

grund gestellt. Durch zielstrebige Umsetzung von Vorhaben in der Abwasserreinigung wird unserer Natur, unserer Umwelt, unserem Trinkwasser und den Fließgewässern und natürlich dem Menschen und seinen zukünftigen Generationen eine solide Lebensgrundlage bewahrt. Gerade im heurigen Jahr ist erstmals der Konflikt zwischen den Bundesländern über die Nutzung der Trinkwasservorräte offen zutage getreten. Ich will hier nicht näher darauf eingehen, inwieweit die gestellten Forderungen ihre Berechtigung haben. Alleine die Tatsache, daß die Trinkwasservorräte nicht unerschöpflich sind, sollte uns zum sorgsamem Umgang mit den uns verfügbaren Reserven veranlassen.

Die Umweltberatung Niederösterreich ist als Servicestelle für Bürger und Wirtschaft unseres Landes ein unverzichtbares Instrument in Umweltfragen. Durch die intensive Zusammenarbeit mit den NÖ Gemeinden und den Umweltgemeinderäten, den Bürgermeistern und den verschiedenen Gruppierungen im Umweltschutz entstehen und entstanden viele zukunftsweisende ökologische Projekte in allen Teilen unseres Bundeslandes. Derzeit gibt es landesweit Beratungsstellen mit 35 Mitarbeitern. Sechs Beratungsstellen sind insgesamt im Land derzeit vertreten, um jedoch eine flächendeckende Betreuung Niederösterreichs zu gewährleisten, wären 10 Beratungsstellen erforderlich.

Durch viele Projekte im Bereich der Abfallvermeidung, Abfalltrennung, Reinhaltung des Trinkwassers, Einsatz von Chemie im Haushalt konnten Umweltschäden durch Schulung und Aufklärung vermieden werden. Ein neues Umweltbewußtsein ist in unserem Land entstanden. In den Schulen werden Informationsveranstaltungen zum Thema Umweltschutz abgehalten und bei der Jugend ist Umweltschutz als wichtiges und vorrangiges Anliegen fest verankert. Aber auch der Rest der Bevölkerung erkennt umweltschützende Maßnahmen als sinnvoll und wichtig an. Alle durch Aufklärung und Information verhinderten Schäden an unserer Umwelt müssen später nicht durch teure Sanierungsmaßnahmen behoben werden. Ist aus dem allgemeinen Konsolidierungsbedarf des Landeshaushaltes auch im Bereich des präventiven Umweltschutzes der Sparstift anzusetzen, so darf im Hinblick auf allfällig später anfallende höhere Sanierungskosten der künftige Weg unseres Landes nicht in diese Richtung führen. Setzen wir weiterhin auf Vorsorge und Vermeidung. Es darf keinen Stillstand im Bereich des Umweltschutzes in Niederösterreich geben und schon gar keinen Schritt zurück. Unsere derzeitigen Standards müssen abgesichert bleiben und

der Weg zur ständigen Weiterentwicklung muß konsequent weiterverfolgt werden.

Wenn heute Betriebe Produktionen in Teile unserer Welt verlagern, weil sie dort keine Umweltauflagen bei der Herstellung dieser Verbrauchsgüter beachten müssen, so ist dies eine Fehlentwicklung, für die künftige Generationen bezahlen werden! Ich habe oftmals an wasserrechtlichen Verhandlungen und Genehmigungsverfahren teilgenommen, wo als erste Stellungnahme von Firmeneigentümern bei Vorschreibung innerbetrieblicher Vorreinigungsmaßnahmen des Abwassers die Stilllegung der Produktion bzw. deren Auslagerung angekündigt wurde. Und dies ist eine unheimlich schwierige Situation für Sachverständige und Verantwortliche in den Gemeinden. Trotzdem: Es darf zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz kein Widerspruch aufkommen. Viele dieser Unternehmungen haben durch große Anstrengungen aller Beteiligten, durch Unterstützung von Bund, Land und Gemeinden die gestellten Auflagen erfüllen können. Aber viele dieser Betriebe sind trotzdem später mit Teilen ihrer Produktion in Billiglohnländer gegangen, manche, um weiterhin am Weltmarkt überleben zu können, viele jedoch auch, weil sie sich noch höhere Gewinne erhoffen. In Ländern ohne Umweltstandards und mit Arbeitskräften ohne Rechte werden dort die billigen Verbrauchsgüter für die reichen Länder dieser Welt produziert. Unter Qualitätssicherung der Produkte werden diese Güter wiederum in unser Land zurückbefördert, kontrolliert und dann weiter ausgeliefert. Und dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll, daß die Transportkosten, umgelegt auf das jeweilige Produkt, viel zu gering sind. Die nationalen Anstrengungen zur Erhaltung unserer gesunden Umwelt, unserer schönen Landschaft werden nur begrenzt erfolgreich sein, wenn sich in unseren Nachbarländern nicht gleichfalls der Umweltschutz in den Herzen der politischen Entscheidungsträger fest verankert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Vorschlag 1997 ist trotz gebotener Sparsamkeit im Bereich von Umwelt und Naturschutz ein festes Fundament, nach dem sich die erfolgreiche Entwicklung unseres Landes mit dem weitestgehenden Schutz unserer Natur und unserer Landschaft fortsetzen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Das Gesundheitswesen ist in einer ähnlichen Lage wie auch das Sozialressort: Über die letzten Jahre hindurch ständig sich steigende Kosten und die Sicherheit, daß das auch über die nächsten Jahre so bleiben wird. Denn ähnlich wie im Sozialressort wird hier die zunehmende Überalterung der Bevölkerung das Einsparen ganz unmöglich machen. Es ist ja so, daß mit zunehmendem Alter die Menschen das Gesundheitswesen mehr beanspruchen müssen, öfter beanspruchen müssen, daß die Leistungen, die sie brauchen, auch die weitaus teureren sind. Und es ist Gott-seidank so, daß durch die Ausweitung der medizinisch-technischen Möglichkeiten diesem Bedarf auch das Leistungsangebot gegenüberstehen kann. Aber eines jedenfalls ist sicher: Wir müssen die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, so effizient wie möglich nutzen. Und da hat ja Niederösterreich im letzten Jahr einen guten Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Niederösterreich hat eben das Finanzierungsmodell der leistungsbezogenen Finanzierung ein Jahr vor dem - sozusagen - "Befehl" des Bundes eingeführt. Wir haben da ein Jahr Vorsprung. Und weil dieses Pilotprojekt hier eben läuft, werden wir auch diese Gruppe mittragen und dieser Gruppe zustimmen.

Ich möchte aber schon sagen, daß rein mit der Umstellung der Finanzierung Einsparungen von sich aus nicht passieren werden, denn wir sind mit diesem diagnosebezogenen System lediglich der Kostenwahrheit etwas näher gekommen. Und wenn die Einsparungen auch wirksam werden sollen, dann müssen eben Strukturmaßnahmen folgen. Und das sind im wesentlichen zwei, wie wir alle wissen. Wir müssen dazu kommen, daß weniger stationär und mehr ambulant behandelt wird. Das heißt, eine Schwerpunktverlagerung erzielen, hinaus aus dem stationären Bereich und dann den verbliebenen stationären Bereich neu organisieren. Das heißt im wesentlichen gliedern: Nicht jedes Spital kann mehr alles machen. Zentralanstalten für die Spitzenmedizin, Schwerpunktanstalten und die Grundversorgung.

Zu diesen beiden Vorhaben, die ganz bestimmt notwendig sein werden, möchte ich auch die dementsprechenden Resolutionsanträge einbringen. Den ersten zur Schwerpunktverlagerung (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz und Dorfmeister-Stix zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, be-

treffend Erhebung von Ausstattung und Kapazitäten der Ambulanzen und des gesamten extramuralen Bereiches in NÖ.

Angesichts des enormen Budgetanteiles, den die Kosten im Gesundheitsbereich verursachen, ist es sinnvoll, Doppelgleisigkeiten, wo immer möglich, zu vermeiden. Vielfach ist nicht hinreichend bekannt, welche Leistungen die niedergelassenen Ärzte aufgrund ihrer gerätemäßigen und personellen Ausstattung erbringen können. Es ist in dem einen oder anderen Bezirk Niederösterreichs durchaus möglich, z.B. Endoskopien im extramuralen Bereich durchzuführen und dafür den Personal- und Sachaufwand in den Ambulanzen zu reduzieren. So ließen sich durch eine Erfassung des Leistungspotentiales der Arztpraxen vielfach die Ambulanzen an den Krankenhäusern entlasten (z.B. Nachbehandlungen nach Operationen) und gleichzeitig die Anfahrtswege für die Patienten verkürzen. Das Ergebnis dieser Erhebungen sollte dazu dienen, den Informationsaustausch zwischen praktischen Ärzten und Fachärzten zu verbessern, etwaige Adaptierungen der extramuralen Infrastruktur vorzunehmen und damit die unbedingt notwendige Schwerpunktverlagerung in den niedergelassenen Bereich tatsächlich zu erzielen. Gleichzeitig würde durch diese 'Dezentralisierung' der Zugang der Bevölkerung in weniger aufgeschlossenen Landesteilen zu verbesserter medizinischer Versorgung erleichtert werden.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Gesundheit zuständige Landesrat Wagner, wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung entsprechende niederösterreichweite Erhebungen ehestmöglich dem NÖ Landtag vorzulegen."

Wenn dann erreicht ist, daß wir wissen, welche Aufgaben die niedergelassene Ärzteschaft von den Spitälern übernehmen kann, dann kann man eben daran gehen, das Spitalswesen an sich zu reformieren. Und da geht es dann um Versor-

gungsauftrag und Landes-Krankenanstaltenplan. Denn so wie es jetzt läuft, daß jede Woche in den Zeitungen ein anderes Spital zur Schließung vorgeschlagen wird, daß es Pro- und Kontra-Stellungnahmen gibt, daß gemeindepolitische Erwägungen die sachbezogenen gesundheitspolitischen absolut in den Hintergrund drängen, so kann es im Interesse der Ernsthaftigkeit von Gesundheitspolitik und vor allem auch im Interesse der Bevölkerung, die so natürlich verunsichert wird, nicht bleiben. Zum zweiten Resolutionsantrag daher (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz und Dorfmeister-Stix zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Erstellung eines aktuellen Krankenanstaltenplanes für das Bundesland Niederösterreich.

Durch die in den Medien immer wieder angekündigten Überlegungen zur Schließung von Krankenanstalten bzw. einzelnen Abteilungen herrscht in der Bevölkerung und bei den betroffenen Bediensteten große Unsicherheit. Letzte Beispiele dazu sind die widersprüchlichen Ankündigungen zu den Standorten Allentsteig, Eggenburg und Korneuburg bzw. Stockerau. Es ist daher sowohl in sachlicher als auch in politischer Hinsicht unentbehrlich, ein über das gesamte Gebiet des Bundeslandes Niederösterreich reichendes aktuelles Gesamtkonzept zu erstellen. Einzelne Schließungen sind nur im Zusammenhang eines niederösterreichweiten Krankenanstaltenplanes ökonomisch und vertretbar. In diesem Konzept soll der Versorgungsauftrag der einzelnen Krankenanstalten, die zur Erfüllung desselben notwendigen Mindestausstattungen sowie der derzeitige Stand an Geräten und Personal angeführt sein. Erst ein solcher Kataster ermöglicht eine Versachlichung und überregionale Betrachtung der viel zu oft emotional ausgetragenen Diskussionen über mögliche Einsparungen in der Gesundheitsversorgung.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Gesundheit zuständige Landesrat Wagner, wird aufgefordert, entsprechend der Antragsbegründung einen aktuellen Krankenanstaltenplan für das Bundesland Niederösterreich ehestmöglich dem NÖ Landtag vorzulegen."

Ich denke, daß, wenn man diese beiden Schritte setzt, es möglich sein wird, eine Reorganisation des Gesundheitswesens ohne sachfremde politische Überlegungen emotionslos durchzuführen. Der Herr Landesrat ist zur Zeit nicht da. Er selber betont es immer wieder, wenn es uns nicht gelingt, hier streng rational vorzugehen und wenn wir es zulassen, daß eben nicht zum Gesundheitswesen gehörende Interessen hier eine Rolle spielen, dann werden wir - er hat das sehr drastisch formuliert - alle "aufs Maul fallen". Und so ist es, ganz sicher. Momentan wird allerdings genau das Gegenteil gemacht.

Ich darf noch ein kurzes Wort zur Sanierung der Krankenkassen sagen, die ja heute ein Thema im Ministerrat sein wird. Ich muß da schon ehrlich sagen, wir sprechen hier bei allem und jedem von Sanierung. Ich frage mich nur, welche Katastrophen wir eigentlich hinter uns haben, daß alles saniert werden muß? Und ich darf mich da schon auch dem Wiener Bürgermeister Häupl anschließen: Eigentlich sollte erstens Sanierung nicht notwendig sein - das ist meine Theorie - aber zweitens kann von Sanierung auch nicht die Rede sein. Denn das, was sich da heute abspielen soll, wenn man die Medien liest, ist lediglich eine Geldbeschaffungsaktion. Die noch dazu nicht ausreichend sein wird, denn mit dem bißchen Selbstbehalt, nämlich genau bei den Gruppen, die ja ohnehin den Arzt sehr wenig beanspruchen, nicht aber bei den Pensionisten zum Beispiel - was ja auch nicht vertretbar wäre - aber mit ein bißchen Selbstbehalt wird man ganz bestimmt diese riesigen Defizite nicht ausgleichen können.

Es wäre hier vielmehr notwendig, das Einsparungspotential zu nützen dort, wo es ist. Ich darf also - mein Kollege Dkfm. Rambossek wird dazu einen Antrag einbringen - nur darauf hinweisen, daß allein im Heilmittelbereich, es ist ja in der letzten Zeit durch die Medien gegangen, Handelsspannen bis zu 1000 Prozent wirksam werden und hier ein Einsparungspotential von 17 Milliarden Schilling liegt. Also das wäre ganz bestimmt eine effektive Möglichkeit. Und so wie im Bund, so auch im Land. Es ist sicher notwendig, als ersten Schritt absolut effektiv einzusparen und zu reorganisieren und nicht zuerst die Beitragsleistungen anzuheben und auszuweiten. Die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung war eben ein erster Schritt in diese Richtung. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, daß wir erwarten, daß die weiteren Schritte folgen. Und daß insbesondere die Studie der Humanomed, die uns schon sehr lange versprochen ist, nun endlich eintrifft. Wir werden dieser Gruppe zustimmen. Ich bitte Sie,

Herr Präsident daher, über den Abschnitt 52, Umweltschutz, und über den Rest der Gruppe getrennt abstimmen zu lassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Rosenkranz hat es schon erwähnt: 17 Milliarden Schilling wurden laut Auskunft des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger auf Grund der vorläufigen Gebärung der Krankenkassen im Jahre 1995 für Heilmittel und Heilbehelfe verausgabt. Wenn nur ein Teil der überhöhten Handelsspannen bei den Heilbehelfen - und ich komme darauf noch zurück - abgesenkt würde, könnten rund drei Milliarden Schilling eingespart werden. Könnte der Bevölkerung eine Krankenscheinegebühr erspart werden, könnte der Bevölkerung eine Erhöhung der Rezeptgebühren erspart werden, könnte eine Beitragserhöhung sowie Leistungskürzungen der Bevölkerung erspart bleiben.

Was die Heilbehelfe betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger mit der Bundesinnung der Bandagisten und Orthopädietechniker, wie auch mit der Bundesinnung der Orthopädienschuhmacher Gesamtverträge ausgehandelt. Obwohl in der letzten Zeit die Verhandlungen für Arzneimittel geringfügige Kostensenkungen nach sich zogen, räumt der Hauptverband der Bundesinnung der Orthopädienschuhmacher zum Beispiel bei Schuheinlagen Tarifierhebungen bis zu 100 Prozent ein. Es kann dabei nicht ausgeschlossen werden, daß dieser Umstand darauf zurückzuführen ist, daß ein naher Verwandter der Gattin unseres Bundeskanzlers, die ja bekanntlich Miteigentümerin der Firma Normalia ist, als Großlieferant für Patienten der Wiener Gebietskrankenkasse mit dem Hauptverband die Tarife für die Orthopädiebranche ausgehandelt hat. (*Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Kautz: Das ist eine Unterstellung!*)

Das ist keine Unterstellung, Herr Abgeordneter. Ich kann Ihnen das alles beweisen. Wie aus einer internen Mitteilung der Bundesinnung Optik-/Orthopädietechnik vom 14. Juni 1996 an Generalsekretär Dr. Stumvoll abgeleitet werden kann, sowie auf Grund der erfolgten Recherchen hat sich innerhalb der Orthopädie eine Art Kartell gebildet,

das mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger nicht nur die Qualität der Produkte, sondern auch die Preise verhandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf in Erinnerung rufen, daß bis zum Jahre 1995 von den einzelnen Großhandelsfirmen die Tarife für Heilmittel und Heilbehelfe in Verhandlungen mit den jeweiligen Krankenkassen festgelegt wurden. Nun trat dann mit Wissen der Wirtschaftskammer, mit Wissen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger im Oktober 1995 erstmals der neu gegründete Verein Arge Orthopädie an die am österreichischen Markt vertretenen einschlägigen Firmen nicht nur mit der Einladung heran, ihre Produkte zu präsentieren, sondern auch mit der Aufforderung, ein Quasi-Schutzgeld zu bezahlen, um in die Produktliste für den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger aufgenommen zu werden. Jetzt muß man aber auch wissen, daß diese Produktliste den Händlern als die entscheidende Grundlage für die Tarifliste der Sozialversicherungsträger verkauft wurde, die wiederum Grundlage für die Übernahme von Kosten bzw. Kostenbeteiligungen der Krankenkassen ist. Die Firmen wurden also eingeladen, ihre Produkte gemäß den Bandagen- und Orthesenkatalog der Arge Orthopädie zur Beurteilung einzureichen, wobei für jedes eingereichte Produkt zumindest 3.000,- Schilling Unkostenbeitrag auf ein Konto bei der Hypobank, lautend auf Dr. Gerd Ivanic einzuzahlen war. Hohes Haus! Ich möchte Ihnen die weitere Vorgangsweise dieses Vereines Arge Orthopädie ersparen. Nur soviel: Der Obmann dieses Vereines, Dr. Ivanic ist der Schwiegersohn des Bundesinnungsmeisters, Kommerzialrat Johann Radl, der selbst wieder als Schriftführer dieses Vereines fungiert. Die eingereichten Produkte wurden sodann von einer Kommission überprüft, ob das jeweilige Produkt den beschriebenen Anforderungen gerecht wird. Dieser Kommission gehören unter anderem Kommerzialrat Radl, Dr. Ivanic, Generaldirektor Dr. Probst vom Hauptverband, Vertreter der Firma Lambert des ehemaligen Innungsmeisters von Salzburg, und Vertreter der Firma Gassinger, Innungsmeister von Wien, sowie Professor Dr. Christen an. Die Vertreter der Bundesinnung in der Kommission, die jeweils aber auch über die Eigenfirmen verfügen, erhielten somit eindeutig Kenntnis über Preise der Mitbewerber. Das Produkt- und Preiskartell war somit perfekt. Die Entfernung zwischen Palermo und Wien ist wieder ein Stück kürzer geworden. Den Intentionen der großen Platzhirsche wird Rechnung getragen. Die Bandagisten sollen in einem Verdrängungswettbewerb vernichtet werden.

Zusammenfassend kann daher angemerkt werden, daß der Hauptverband und die Bundesinnung bei der Festlegung der neuen Tarife für Optiker, Orthopädietechniker, Bandagisten und Hörgeräteakustiker eine Vorgangsweise gewählt haben, die gegen den freien Wettbewerb und die freie Marktwirtschaft verstößt. Die Bundesinnung der Orthopädisten und der Hauptverband haben perfekt zusammengespield. Den Vorteil aus dieser Vorgangsweise ziehen vor allem die Firmen Radl, Lambert und Dr. Ivanic.

Hohes Haus! Für uns ist das ein skandalöses Vorgehen, daß Firmen Beträge zahlen müssen, damit ihre Produkte, die ohnehin eine Iso-Prüfnummer aufweisen, in die Tarifliste des Hauptverbandes aufgenommen werden. Und zwar ungeachtet der therapeutischen Notwendigkeit und Wichtigkeit des Produktes. Denn die Folge dieser Vorgangsweise ist, daß von einzelnen Krankenkassen nur ganz bestimmte Firmen einen Krankenkassenvertrag erhalten und Firmen, welche zumindest gleichwertige Produkte anbieten, nicht einbezogen werden. Auch wenn sie ihre Produkte wesentlich günstiger anbieten. Daraus resultiert, daß eine Gegenüberstellung - die Frau Abgeordnete Rosenkranz hat das bereits erwähnt - der ausgehandelten Tarife mit den Einkaufspreisen zeigt, daß Handelsspannen bis zu 1.000 Prozent bestehen! Das heißt aber auch, daß durch diese Vorgangsweise, durch die Ausverhandlung überhöhter Krankenkassentarife den Patienten, den Beitragszahlern, den Krankenkassen, den Steuerzahlern und der gesamten österreichischen Wirtschaft Schaden zugefügt wird, da Insidergeschäfte mit Augenzwinkern höchster Politfunktionäre geduldet werden. Ich bringe daher gemeinsam mit der Frau Abgeordneten Rosenkranz einen Resolutionsantrag ein und ich lade Sie alle ein, Ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu geben und so eine Initiative zu ergreifen, daß der Mißbrauch mit Krankenkassengeldern in Niederösterreich und österreichweit abgestellt wird. Meine Einladung geht insbesondere auch an die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. Denn wenn ich in Ihrem neuen Arbeitsprogramm gelesen habe, so schreiben Sie hier: "Jedenfalls sind die Lohnnebenkosten stabil zu halten, Beiträge zu Kranken- und Arbeitslosen- und Pensionsversicherung und zum Insolvenzentgeltsicherungs-gesetz dürfen nicht angehoben werden" (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Barbara Rosenkranz zur Gruppe 5 des Vorschlages des Landes NÖ für 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Vergabepaxis bei den gesetzlichen

Krankenversicherungsträgern und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen/niederösterreichischen Wirtschaft.

Die Gebarung der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung hat in letzter Zeit vermehrt Anlaß zu Kritik gegeben. Dies ist deshalb um so bestürzender, weil der gesetzlichen Krankenversicherung im Rahmen des österreichischen Gesundheitswesens allergrößte Bedeutung zukommt.

Im Jahre 1995 hatten acht von neun Gebietskrankenkassen einen erheblichen Gebarungsabgang von nahezu S 3 Mrd. zu verzeichnen, wobei in Niederösterreich ein Defizit von rund S 100 Mio. zu verbuchen war. Eine Vorschau auf das laufende Jahr 1996 zeigt, daß der Abgang auf rund S 3,6 Mrd. steigen wird, wobei in Niederösterreich mit einem Abgang von S 360 Mio. gerechnet wird. Das für 1997 prognostizierte Defizit wird nach Expertenschätzungen zwischen S 5,4 und S 7 Mrd. liegen. Im Hinblick auf diese Entwicklung wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, den Sozialpartnern und den Funktionären der Sozialversicherungsträger als Ausweg aus der Finanzierungskrise reflexartig eine einnahmenseitige Sanierung durch eine Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge gefordert. Auch weitere Leistungskürzungen, wie z.B. Einschränkungen des Leistungsangebotes für ältere Patienten, chronisch Erkrankte, Nachbetreuungs- und Rehabilitationsbedürftige sowie die vermehrte Einführung von Selbstbehalten werden als Heilmittel angesprochen.

Obwohl sogar der sozialpartnerschaftliche Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ein jährliches Einsparungspotential im Gesundheitsbereich von ca. S 13 Mrd. ortet und die Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven und die Optimierung der Mittel-Ziel-Relation im Zusammenhang mit der Wirksamkeit des Gesundheitssystems verlangt, ist von einem Neubeginn nichts zu bemerken.

Sowohl die in Selbstverwaltung tätigen Sozialversicherungsträger als auch der zu ihrer Aufsicht berechnigte und verpflichtete Bundesminister für Arbeit und Soziales haben es seit Jahren verabsäumt, Maßnahmen zur Kostendämpfung zu setzen. Die hausgemachte Finanzierungskrise der Krankenkassen soll jedoch nicht mit einem Griff in die Taschen der Beitragszahler und der Steuerzahler beantwortet werden, da dies für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft abträglich wäre. Es muß zunächst die Gebarung der Kassen selbst unter die Lupe genommen werden.

Laut Auskunft des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger wurden nach vorläufiger Gebarung der Kassen für das Jahr 1995 insgesamt für Heilmittel und für Heilbehelfe rund S 17 Mrd. verausgabt.

Der Kostenanteil der Versicherten für Heilbehelfe beträgt ab Jänner 1996 10 % der tariflichen Beträge. Die bei den Gebietskrankenkassen Versicherten haben aber einen Mindestbetrag von S 259,- zu entrichten, wodurch bei billigeren Heilmitteln bzw. Heilbehelfen der 10%ige Anteil des Patienten weit überschritten werden kann.

Vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger werden sowohl mit der Bundesinnung der Bandagisten und Orthopädietechniker als auch mit der Bundesinnung der Orthopädienschuhmacher Gesamttarifverträge ausgehandelt. Obwohl die Verhandlungen für Arzneimittel geringfügige Kostensenkungen nach sich zogen, räumt der Hauptverband der Bundesinnung für Orthopädienschuhmacher z.B. bei Schuheinlagen Tarifierhebungen bis zu 100 % ein.

Laut den für die Wiener, die Niederösterreichische und die Burgenländische Gebietskrankenkasse sowie die BVA und die Bauernkrankenkasse geltenden Vereinbarungen dürfen die im Tarif genannten Produkte in der Folge von Vertragspartnern (z.B. Bandagisten, Orthopädietechnikern) der Krankenkassen gegen eine von einem praktischen Arzt ausgestellte Verordnung abgegeben werden. Vom Vertragspartner wird sodann der ausgehandelte Tarif abzüglich des vom Patienten zu tragenden Selbstbehaltes (S 259,- bzw. 10 % vom Rechnungsbetrag) rückverrechnet. Sofern solche Behelfe bzw. Hilfsmittel vom Patienten ohne Verordnung beim Fachhändler gekauft werden, könne dieser mittels Verordnungsschein durch den praktischen Arzt bei der Krankenkasse um Rückvergütung der Kosten ansuchen. Dies aber nur dann, wenn der Fachhändler über einen gültigen Krankenkassenvertrag verfügt.

Auffallend ist, daß von den einzelnen Krankenkassen nur ganz bestimmte Firmen einen Kassenvertrag erhalten und Firmen, welche zumindest gleichwertige Produkte anbieten und deren Produkte anerkannte Prüfzeugnisse aufweisen, nicht einbezogen werden, auch wenn sie ihre Produkte wesentlich günstiger anbieten.

Eine Gegenüberstellung der ausgehandelten Tarife mit den Einkaufspreisen zeigt, daß der Tarif vom Einkaufspreis des Fachhändlers bzw. Bandagisten in manchen Fällen bis zu 1.000 % abweicht.

Die Verrechnung einer Schaumgummi-Halskrawatte zeigt beispielsweise noch die Absurdität auf, daß es einen Unterschied macht, ob der Patient mittels Verordnungsschein die Halskrawatte beim Bandagisten bzw. beim Apotheker bezieht oder ob er diese selbst kauft. Kauft der Patient die Halskrawatte direkt ohne Verordnung beim Bandagisten, so hat er hierfür S 822,- zu bezahlen, wovon er nach Vorlage dieser Rechnung mittels Verordnungsschein von der Wiener Gebietskrankenkasse S 511,20 rückvergütet erhält. Kauft er diese beim Apotheker, betragen die Kosten hierfür S 250,30. Das Produkt selbst kann vom Bandagisten aber um S 60,- beim Erzeuger erworben werden.

Der Kassentarif für ein Paar anatomische Unterarm-Krücken beträgt beispielsweise S 497,-, der Einkaufspreis S 115,-. Im Detailverkauf können diese Behelfe ohne Kassenverordnung um S 319,- erworben werden.

Bemerkenswert ist auch, daß in Österreich auch Heilbehelfe ohne Prüfzeichen (Herstellung in Thailand, Pakistan, Korea) abgegeben und zum Kassentarif abgerechnet werden.

Die vorstehende Darstellung zeigt, daß die vom Hauptverband abgeschlossenen Gesamttarifverträge immens überhöhte Preise für Heilbehelfe beinhalten und daß unseriöse Absprachen und Begünstigungen nicht auszuschließen sind. Es ist somit offenkundig, daß in diesem Bereich ein erhebliches Einsparungspotential besteht und daher derzeit eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge zu Gunsten der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft vermieden werden kann.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß der Bundesminister für Arbeit und Soziales aufgefordert wird, unverzüglich eine Überprüfung der Vergabepaxis der gesetzlichen Krankenversicherungsträger einschließlich des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger betreffend Heilmittel und Heilbehelfe einzuleiten."

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu dieser Überprüfung. (Beifall bei der FPÖ.)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Weil ich angesprochen wurde, und weil es auch in die Gesundheitsdebatte paßt, kurz eine Klarstellung meiner Haltung und jener der ÖVP St. Pölten zur Müllverbrennung in Niederösterreich. Als Mitglied des Umwelt-Ausschusses und als regionaler Abgeordneter war ich mit der Deponiesuche des Bezirkes Melk befaßt, die auch nach St. Pölten herübergewirkt hat. Ich habe daraufhin den Grundsatzbeschuß für die Müllverbrennung mit herbeigeführt, der bekanntlich lautet:

1. Ja zur Müllverbrennung,
2. Standortsuche nach Kriterien,
3. Transport per Bahn und
4. Umweltverträglichkeitsprüfung.

Ich habe diesen Grundsatzbeschuß immer vertreten in der Region, in Diskussionen mit kritischen Gruppen, mit Lehrern, auch der Presse gegenüber. Es gibt einen einzigen Abgeordneten aus der Region, der Ja zur Müllverbrennung gesagt hat im Landtag und dann gesagt hat, wenn mit diesem heimtückischen Anschlag St. Pölten gemeint werden soll, wird dieser Anschlag abgewehrt werden. Das war aber kein Abgeordneter der ÖVP.

Im Einklang mit den Gemeindevertretern von Traismauer freue ich mich, daß mit Gemeinlebar n auch ein Standort aus unserem Bezirk dabei ist und werde gemeinsam mit meiner Fraktion alles tun, daß die Müllverbrennung als ordnungsgemäße Form der Entsorgung bald Wirklichkeit wird. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Gleich zum Abgeordneten Dr. Michalitsch: Der Landtag hat sicherlich seinerzeit diesen Zwischenbericht der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis genommen. Es gibt aber noch nirgendwo eine Entscheidung über einen konkreten Standort. Bleiben wir dabei und diskutieren wir in der nächsten Zeit sachlich und diffizil.

Zum Abgeordneten Dkfm. Rambossek, er hat sich wohl wegen eines Resolutionsantrages zum Wort gemeldet, hat aber dabei gleich eine Rede gehalten. Ich glaube, er müßte eigentlich wissen, daß es in der Republik Österreich eine Gewaltentrennung und eine klare Kompetenzaufteilung gibt. Es war eine Fleißaufgabe, das von diesem Rednerpult aus zu bringen. Die Sache ist drüben am

Ring abzuhandeln und wird dort auch abgehandelt. Und ich bin davon überzeugt, daß der Herr Sozialminister ganz genau weiß, daß er als oberste Aufsichtsbehörde in diesem Fall das Notwendige im Ministerium veranlassen wird. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Es war eine Fleißaufgabe. Man müßte sich vielleicht dann bewerben bei der nächsten Nationalratswahl, um ein Mandat zu erreichen und das drüben vorzubringen. Dieser Platz hier ist der Landeskompetenz gewidmet. Wir sind selbstverständlich politisch an einer Klarstellung interessiert, wir können uns aber auf die Objektivität unseres Sozialministers wirklich verlassen. Ich kenne ihn als einen sehr korrekten, politisch denkenden Menschen. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Herr Abgeordneter! Es betrifft aber schon die niederösterreichischen Beitragszahler!)* Ich habe ja gesagt, als Politiker sind wir daran interessiert, daß diese Klarstellungen erfolgen und wir können uns durchaus auf das Sozialministerium in solchen Fällen verlassen.

Ich steige damit aber gleich in das Thema "Fremdpatienten" ein, weil es zum Gesundheitsproblem gehört. Es ist eigentlich beschämend, daß es zwischen Wien und Niederösterreich gerade in dieser wichtigen Frage noch immer keine Lösung gibt. Niederösterreichische Patienten werden in Wiener Spitälern weiterhin auf lange Wartelisten gesetzt und als Stiefkinder behandelt. Sogar bei Akutfällen - und das ist das Bedauerliche dabei - müssen wir eine komische Haltung feststellen: Anstelle einer sofortigen Aufnahme im SMZ Ost wurde ein dringender Notfall an das Spital Floridsdorf weitergeleitet. Der Gleichheitsgrundsatz muß für Gastpatienten dringend hergestellt werden. Nachdem es ständig Schwierigkeiten in der Frage der Fremdpatienten gibt, muß auf der Ebene der Finanzreferenten dringend eine befriedigende Lösung vertraglich herbeigeführt werden. Ich weiß schon, daß es sich hier um das Ei des Kolumbus handelt. Aber nicht zu handeln und das Problem weiter vor uns herzuschieben, kann nicht mehr länger hingenommen werden. Landesrat Ewald Wagner bemüht sich in dieser Frage und hat vor wenigen Tagen baldige Verhandlungen gefordert, an der die Finanzreferenten und Gesundheitsreferenten der Länder Wien und Niederösterreich sowie die Bundesminister Klima und Krammer teilnehmen. Die Gastpatientenregelung darf nicht mehr länger hinausgeschoben werden, meine sehr Verehrten. Der Ausbau von Kapazitäten für die Gastpatienten ist notwendig, das Gegenteil geschieht jedoch. Der Abbau von Kapazitäten für Gastpatienten ist das Problem. Und das muß letztenendes verhindert werden. Der medizinische Versorgungsauftrag für Gastpatienten muß in allen Bundesländern sichergestellt werden.

Auch dann, wenn das Leistungsspektrum mehr oder weniger kostenintensiv ist.

Der Landesfinanzreferent hat in seiner Budgetrede dezidiert erklärt, daß das Gesundheitswesen seit jeher zu den größten Sorgenkindern des Finanzreferenten gehört. Also bitte, genau das ist der Punkt. Man kann sich nicht auf die Brust klopfen und hochtrabend hier sagen, ein positiver Nebeneffekt ist sicher, daß das Fremdpatientenproblem wieder gelöst werden konnte, wenn es in Wahrheit ganz anders aussieht. Wir warten auf die Gesundheitsstudie und das ist wesentlich. Deswegen lehnen wir auch diese Anträge Rosenkranz und Dorfmeister-Stix ab. Ich bin schon gespannt, was in dieser Studie zum Gastpatientenproblem ausgesagt wird und welche Rezepte empfohlen werden. Das Fremdpatientenproblem ist nach den Ausführungen des Landesfinanzreferenten sozusagen theoretisch gelöst. Wir wissen jedoch, daß die Praxis der Fremdpatientenangelegenheit noch immer anders, ganz anders aussieht. 80 Prozent aller Fremdpatienten in Wien sind Niederösterreicher. In dieser für viele niederösterreichische Patienten sehr wichtigen Frage darf sich der Finanzreferent Mag. Freibauer nicht ins Schneckenhaus zurückziehen und sagen, das sollen sich die Gesundheitsreferenten ausmachen. *(Unruhe bei Abg. Nowohradsky.)*

Von dieser Stelle aus hat er es gesagt. Aber er hat als Finanzreferent nach der Struktur unserer Budgetpolitik in gesundheitlichen Fragen immer wieder das Hauptwort zu sagen. Das ist das Problem. Er kann sich nicht einfach hier zurückziehen, er muß aktiv werden. Er muß gemeinsam mit den Gesundheitsreferenten der beiden Länder verhandeln. Das ist ganz klar und das muß ich betonen. Hier geht es bei den Patienten nicht nur um gesundheitliche Fragen, sondern auch um finanzielle Probleme, die man nicht mit einer Vogel-Strauß-Politik ignorieren darf. Wir Niederösterreicher brauchen in Wien gesicherte Gastpatientenkapazitäten. Weiters brauchen wir einen NÖ Krankenanstalten- und Großgeräteplan, der mit Wien akkordiert ist. Eine eigenständige Gesundheitspolitik nur auf Niederösterreich bezogen ist für das Land undenkbar. Man muß ja an die Spitzenmedizin denken, die in Wien in den Universitätskliniken angeboten wird. Das Letzte, was wir jedenfalls bräuchten, wäre ein permanenter Spitalskrieg zwischen Wien und Niederösterreich. Die Kranken und die Verletzten müssen das Gefühl haben, daß sie in jedem Spital als Staatsbürger gleichwertig behandelt werden. Die Politik muß sehr vorsichtig, sorgfältig und rasch die Strukturen schaffen.

Ein weiterer Zankapfel, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Waldviertler Krankenhaus Allentsteig. Das Allentsteiger Spital soll ein Rehabilitationszentrum mit 75 Betten werden. Gegen einen Ausbau mit Intensivbetten stimmte der Landessanitätsrat, da aus Kostengründen eine Konzentration der Spitalsbetten in Niederösterreich angestrebt wird. Und da muß man aufhören. Der Krankenanstaltenplan sieht eine Schließung Allentsteigs vor. Landesfinanzreferent Mag. Freibauer, so habe ich es in der Presse gelesen, will das Gegenteil. Er will angeblich sogar einen Neubau. Ich sage, das Waldviertel hat das Recht, eine Akutneurologie zu bekommen, aber nicht in Allentsteig. Fachleute warnen vor diesem Standort für die Neurologie. Ich betone nochmals: Daneben befindet sich der Truppenübungsplatz des Bundesheeres mit 200 Schußtagen der Artillerie im Jahr. Neurologiepatienten brauchen aber dringend Ruhe, viel Ruhe, um gesund zu werden. In Allentsteig könnte man ein Erholungsheim für Schwerhörige errichten - das wäre noch möglich. *(Zwischenruf bei Abg. Ing. Hofbauer.)*

Ich habe betont, daß das Waldviertel das Recht hat, eine Neurologie zu bekommen, so wie jedes andere Viertel auch. Ganz korrekt und gerecht. Aber wenn der Landessanitätsrat sich dagegen ausspricht, muß man den Rat dieses Kollegiums ernsthaft prüfen und überlegen, was man dann weiter tun soll. Das Waldviertel ist ja relativ groß. *(Beifall bei Abg. Maier.)* Deshalb ersuche ich den Landesfinanzreferenten, wegen dieser vorgebrachten Begründung das finanziell risikoreiche Vorhaben "Akutneurologie Allentsteig" noch einmal zu überprüfen. Bitte nichts über das Knie brechen! Wir sind dafür, daß etwas geschieht, etwas Vernünftiges soll geschehen. Und ich hoffe sehr, daß etwas Vernünftiges dabei herauskommt. Wir brauchen möglichst gleichwertige und mit Vernunft und von Vernunft getragene Lebensbedingungen in allen unseren vier Vierteln. Ganz korrekt. Für das Waldviertel genauso wie für jedes andere Viertel, wo ebenfalls auch Neurologiestationen zu errichten sind nach dem Plan.

Weiters, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagt auch das Humanomed-Management, daß in Niederösterreich nochmals 600 Betten abgebaut werden sollen. Denken wir daran, diese Maßnahme ist rigoros, letztendlich aber haben die Patienten das Bummerl. Die niedergelassenen Ärzte schicken ihre braven Patienten sehr gerne ins Spital. Zum Beispiel zu einer gründlichen Durchuntersuchung. Ein Umdenkprozeß ist demnächst dringend erforderlich. Die Arztpraxen sollten durch modernste Geräte künftighin selber in der Lage sein, hochwertige Diagnosen stellen zu

können. Auch bei der Spitalsnachbehandlung sind durchwegs Verbesserungen möglich. Österreichs Ärzte, und das ist das Eigenartige daran, verschreiben lieber teure Medikamente, obwohl billigere genauso gut sind. Die beste Medizin ist Bewegung und immer wieder Bewegung, besonders für die älteren Menschen. Älter werden und gesund bleiben, das ist die Devise. Daher soll man nicht mit einem Autobus von einer Stadt zur anderen fahren und sich dort einen Kirchturm anschauen oder landschaftliche Schönheiten, sondern man muß hinaus in die Natur, auch als älterer Mensch, Bewegung machen um gesund zu bleiben. Dann haben wir die beste Prophylaxis erreicht.

Eine Freizeitversicherung ist kürzlich diskutiert worden, weil die Sportunfälle gravierend sind und auch volkswirtschaftliche Belastungen darstellen. Ich glaube aber, daß man hier nicht daran denken darf, Freizeitversicherungen sozusagen zwangsläufig jetzt herbeizuführen. Da müßte man dann auch eine "Schnitzelversicherung" machen, weil das Schnitzeessen oft viel gefährlicher ist als Sport zu betreiben.

In Österreichs Gesundheitssystem fehlt letztenendes an allen Ecken und Enden das Geld. Versuche der Krankenkassen, die Ärzte zu diesem Umdenken, das ich betont habe, zu bewegen, zeigten bisher allerdings sehr bescheidene Erfolge. Die Arzneimittelkosten in Österreich sind seit 1989 von neun Milliarden auf 14,4 Milliarden Schilling im Jahr 1994 angestiegen. Der Kostenanstieg von 56,4 Prozent für Medikamente ist auf Dauer gesehen dramatisch. Wir benötigen bei geringen Fällen eine kostenbewußtere Medizin. Allerdings dort, wo es um ernsthafte, oft lebensbedrohende Krankheiten geht, muß der Mensch alle Leistungen, die es in der Medizin heute gibt, sofort bekommen. Egal, wer es ist. Jeder ist gleich. Gerade bei den Spezial- und Großgeräten und vor allem in der Herzmedizin sind die Ausgaben gerechtfertigt. Auch die Krebsbekämpfung muß mit allen Mitteln der Wissenschaft weiter vorangetrieben werden. In den nächsten Monaten müssen wir alle konkreten Daten und Fakten für die leistungsbezogene Krankenanstaltenverrechnung kennen. Besonders die hervorragenden Leistungen der Spitalsambulanzen dürfen dabei nicht zu kurz kommen.

Die Stunde der Kostenwahrheit wird die Strukturklarheit mit sich bringen. Die Ambulanzen in den Krankenanstalten werden immer stärker frequentiert, das ist eine Tatsache. Bei der Leistungsverrechnung gab es bisher leider diese Benachteiligungen. Die Anzahl der Leistungen für Ambulanzpatienten hat stark zugenommen. Im

Bereich der Ambulanzen für Interne, Chirurgie, Gynäkologie, Unfall und bei Laboratorien, Röntgen und Physiotherapie sind die Leistungen enorm angestiegen. 1990 gab es 2,7 Millionen Leistungen in den Ambulanzen für 417 Millionen Schilling. 1995 gab es bereits 21,7 Millionen Leistungen für 1,6 Milliarden Schilling. Diese Zahlen beweisen die Notwendigkeit der Ambulanzleistungen: Eine Vervielfachung beim Geld und eine Verzehnfachung bei den Leistungen. Man muß sich die Frequenz in diesen Ambulanzen unserer Spitäler einmal vorstellen. Der Ambulanzfaktor muß also erhalten bleiben, solange es keine andere Verrechnungsmodalität gibt. Und gerade die Leistungsverrechnung muß demnächst diese Tatsachen entsprechend korrekt berücksichtigen. Die Ambulanzen sind bisher in der Verrechnung benachteiligt.

Die Bundesregierung stellt in den nächsten vier Jahren zusätzliche 1,75 Milliarden Schilling pro Jahr für die Spitalsfinanzierung zur Verfügung. Die Aufteilung erfolgt nach der Bevölkerungszahl. Bei der leistungsorientierten Spitalsfinanzierung gibt es künftig Ländertöpfe. Für Operationen oder Untersuchungen gibt es dann eine genau festgelegte Preisliste. Die Länder tragen auch das finanzielle Risiko. Aus Bundesmitteln und aus dem ehemaligen Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds werden dann die Fixbeträge in die Ländertöpfe einbezahlt. Diese Spitalsreform soll mit dem 1. Jänner 1997 in Kraft treten und funktionieren. Und unter diesen Gesichtspunkten, meine sehr geehrten Damen und Herren, geben wir Sozialdemokraten dem Kapitel Gesundheit gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Ich muß als Waldviertler Mandatar zu den Ausführungen des Kollegen Gruber Stellung nehmen. Herr Kollege Gruber! Das ist wirklich eine unfäßbare Ignoranz, die Sie da heute an den Tag gelegt haben. Wenn Sie gemeint haben, Landesrat Mag. Freibauer will angeblich sogar in Allentsteig einen Neubau. Ich weiß nicht, diese Ignoranz, ist die begründet in der Inkompetenz der Ressortführung, in der mangelnden Kommunikation, die es zwischen Ihnen gibt? Ich kann es mir schwer vorstellen. Ich habe hier ein Protokoll der Sitzung der NÖ Landesregierung vom 19. September 1995. Und hier heißt es in einem Beschluß der NÖ Landesregierung wörtlich:

- "1. In Verfolgung der Verwirklichung des NÖ Raumordnungsprogrammes für das Gesundheitswesen, LGBl. 8000/22-3, wird der Grundsatzbeschuß für die Errichtung eines Neubaus einer Sonderkrankenanstalt für Neurologie, einschließlich Schmerztherapie und chirurgischer Ambulanz mit 75 Patientenbetten im Standort Allentsteig gefaßt.
2. Das bestehende a.ö. Krankenhaus Allentsteig mit bettenführenden Abteilungen für Innere Medizin und Chirurgie mit 93 Patientenbetten ist mit der Inbetriebnahme der in Pkt. 1. genannten Sonderkrankenanstalt aufzulassen." (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Der dritte Punkt beinhaltet das, was der Herr Landesrat Wagner bisher versäumt hat. Ich kann ihm noch kein Fristversäumnis vorwerfen, die Frist läuft bis 30. Juni 1996. Dort heißt es: "... unverzüglich die zur Durchführung des Grundsatzbeschlusses erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten und der Landesregierung hierüber spätestens bis 30. Juni 1996 antragstellend im Wege eines sanitätsbehördlichen Bewilligungsbescheides für den Neubau der Sonderkrankenanstalt für Neurologie zu berichten."

Im Sachverhaltsbericht wurde auch angeführt, daß entsprechender Bedarf an neurologischen Akut- und Rehabilitationsbetten in ganz Niederösterreich besteht und speziell im Waldviertel diese dringend benötigt werden. Der Beschluß der NÖ Landesregierung vom 19. September 1995 erfolgte einstimmig, also auch mit Landesrat Wagner. Ich verstehe es daher überhaupt nicht, wenn der Herr Abgeordnete Gruber hier meint, Landesrat Freibauer will "angeblich sogar einen Neubau".

Nun, es gibt zwei, glaube ich, gravierende Gründe, warum wir das wollen. Zunächst einmal der gesundheitspolitische. Der gesundheitspolitische ist der wesentlichste Grund. Weil wir, wie wir es im Bericht der Landesregierung ja gehört haben, dringend Bedarf an diesen Einrichtungen haben. Und da möchte ich eines sagen: Wenn renommierte Unternehmen in diesem Bereich, wie die Humanomed, bereit sind, im Standort Allentsteig zu investieren, hier zu bauen, dann hat das natürlich auch gesundheitspolitisch einen Sinn. Denn solche Unternehmen mit reichhaltiger Erfahrung sind sicherlich nicht bereit, an Standorten Unternehmen zu begründen und zu führen, wenn hier die Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Und zweitens sage ich offen, für mich als Arbeitnehmerinteressenvertreter ist ein mindestens

gleichwertiges Moment die Frage der Arbeitsplätze in einer Region, in der wir sie sonst nur schwer absichern können. Wo es ganz wesentlich ist, daß wir hier in diesem Raum entsprechende Investitionen durchführen. Daher hat auch die NÖ Landesregierung, und hier vor allem Herr Finanzlandesrat Mag. Freibauer, massiv dieses Projekt vorangetrieben und hat sich schon am Tage seines Amtsantrittes dafür eingesetzt, daß entsprechende Projektkosten aufgebracht werden können. Und wir werden daher nicht zulassen, daß, wenn hier von Ihnen der Landessanitätsrat zitiert wird, hier die Sonderinteressen - ich sage es sehr deutlich - die Sonderinteressen einiger Herren im Sanitätsrat mehr gewürdigt werden als die Gesundheitsinteressen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und die Arbeitsplatzinteressen der niederösterreichischen Bevölkerung. Da werden wir in keiner Weise zuschauen, ganz im Gegenteil! Landesrat Wagner hat nur mehr wenige Tage Zeit, auf Grund dieses Regierungsbeschlusses, in dem es klar "... bis 30. Juni 1996" heißt, diesen Antrag einzubringen. Wir wollen, daß er diese Frage auch tatsächlich umsetzt und sie nicht liegen läßt, wie bisher geschehen seit dem 19. September 1995.

Ich darf eines ganz klar sagen: Wenn ich von den Sonderinteressen einiger Herren im Sanitätsrat gesprochen habe, so spreche ich nicht für den gesamten Sanitätsrat. Hier gibt es halt Einzelne, die immer wieder die standespolitischen Sonderinteressen vorangestellt haben. Das haben wir seit vielen Jahren erlebt. Wenn ich nur denke an unseren gemeinsamen Kampf hier im NÖ Landtag für mehr Fachärzte in unserem Land. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß das nicht nur eine Frage für die Patienten ist, die entsprechende Versorgung mit mehr Fachärzten brauchen, sondern das auch der gesundheitspolitisch richtige Weg war. Weil dadurch die Patienten kostengünstiger betreut werden als in den Spitälern. Man könnte das in allen Bereichen nachweisen. Ich denke, für uns ist es ganz entscheidend, daß wir diese beiden Momente, die arbeitsplatzpolitische Situation und vor allem die gesundheitspolitische Frage, zu einem guten Ende führen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie so wenig Kommunikation mit dem Ihrer eigenen Fraktion zugehörigen Landesrat Wagner pflegen, der offensichtlich hier dieser Frage noch immer nicht nachgekommen ist. Und ich darf an dieser Stelle den Herrn Landesrat Wagner wirklich auffordern, fristgerecht, wie es der Regierungsbeschluß vorsieht, bis 30. Juni 1996 den entsprechenden Antrag vorzulegen. Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt die Frau Abgeordnete
Lugmayr.

*(Präsident Mag. Romeder übernimmt den
Vorsitz.)*

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher
Landtag!

Vielleicht gleich zur Diskussion, die mein Vor-
redner und einige andere auch aufgegriffen haben.
Wir haben derzeit ein Krankenanstaltenkonzept im
Land und es ist sehr vieles schon beschlossen,
was jetzt durchgeführt werden muß. Ich habe den
Eindruck, daß Abgeordnete der SPÖ-Fraktion mit
Absicht oder unbewußt eine Sprachverwirrung
benützen und die Patienten verunsichern, weil der
zuständige Landesrat Wagner nicht bereit ist,
unangenehme Entscheidungen zu treffen. Ich
möchte das auch begründen: Von Allentsteig
haben wir bereits gehört, aber so ähnlich läuft es
auch bei uns in Gänserndorf. Wenn ich immer
wieder höre vom Kollegen Sivec und von anderen,
der Bezirk Gänserndorf hat kein Spital und man
müßte in Wien Betten reservieren für die
Marchfelder Patienten und dann die Begriffe Spital,
Tagesklinik, medizinisches Zentrum,
Notfallambulanz immer wieder durcheinanderge-
bracht werden, und immer wieder der Eindruck
entsteht - und der natürlich bei der Bevölkerung auf
fruchtbaren Boden fällt - daß das Land nicht bereit
sei, für die Marchfelder Patienten etwas zu tun, und
zuständig und schuld sei immer der Fi-
nanzlandesrat und der Landeshauptmann, möchte
ich schon klarstellen, daß sehr wohl für die Durch-
führung der Herr Landesrat Wagner zuständig ist.
*(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Sacher, Abg.
Kautz: Wer ist zuständig für die Raumordnung?)*

Im Bezirk Gänserndorf ist es so: Acht Millionen
Schilling stehen zur Verfügung für die Planung des
medizinischen Zentrums. Landesrat Mag. Frei-
bauer hat als Raumordnungszuständiger über die
Raumordnung das Konzept von der Humanomed
erstellen lassen für Gänserndorf. *(Abg. Keusch:
Und das wäre wieder die Sache des Gesundheits-
referenten gewesen, diese Studie zu erstellen! Da
mischst sich der Finanzreferent in Sachen, die ihn
nichts angehen!)*

Aber das Geld hat er bekommen dafür. Jedenfalls
geht das alles zu Lasten und bedeutet eine Ver-
unsicherung der Bevölkerung. Und ich habe fast
den Eindruck im Fall Gänserndorf, weil der Lan-
desrat Wagner die unangenehme Entscheidung
zwischen Korneuburg und Stockerau nicht zu-
stande bringt, daß er mit Hilfe des Bürgermeisters
überlegt, ob man nicht die Tagesklinik, die bei uns

geplant wäre, vielleicht in Korneuburg unterbrin-
gen könnte. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*
Das ist eine Vermutung, vielleicht könnt Ihr mir das
widerlegen.

Nun zur Freiheitlichen Partei: Ich habe gegen
den Inhalt der beiden Resolutionen, die die Frau
Rosenkranz eingebracht hat, nichts einzuwenden.
Aber dafür einen Antrag einzubringen, ist unnötig.
Denn das geschieht derzeit. In laufende Bemü-
hungen sollten wir nicht eingreifen. Und da muß ich
die SPÖ genauso loben wie unsere Fraktion, da
wird gemeinsam etwas gemacht. *(Unruhe im
Hohen Hause.)*

Die Entscheidung, auf Bundesebene im Fi-
nanzausgleich der Finanzreferenten, nun endgültig
mit Jahresende den KRAZAF auslaufen zu lassen
und verbindlich das leistungsorientierte
Krankenhausfinanzierungssystem einzuführen, ist
wirklich eine epochale. Nur besteht für uns alle kein
Grund zur Illusion, daß das unsere Probleme löst.
Das wissen wir aber. Bei den Vereinbarungen der
Finanzreferenten ist auf Bundesebene sehr vieles
grundsätzlich vereinbart worden. Es ist meiner
Ansicht nach auch vereinbart worden, daß die
Fremdpatientenfrage gelöst ist und damit finanziell
abgedeckt ist. Wenn nun von Wien, vom
zuständigen Gesundheitsstadtrat Rieder immer
wieder Drohungen kommen und Befürchtungen
und Hinweise, daß dem nicht so ist, dann gehört
das geklärt. Aber ich würde sagen, gemeinsam
und schrittweise. Man kann nicht gleich einen
Ländergipfel hervorrufen. Zuerst muß es auf der
Fachebene besprochen werden, dann auf der
zuständigen Referentenebene. Und wenn das
alles wirklich nichts nützt, dann muß es auf Bun-
desebene gelöst werden.

Und jetzt zu der konkreten Vermutung, daß die
Patienten aus Niederösterreich in Wien wirklich
benachteiligt werden. Immer wieder höre ich diese
Gerüchte. Ich habe aber keinen praktischen
bewiesenen Fall, der auf Grund der jetzigen Ge-
setzeslage wirklich ein Skandal wäre.

*(LR Wagner: Ich habe einen Fall genannt! Ich habe
das ausführlich geschildert, nur den Namen nicht
genannt! Herr Kollege Sivec kann Ihnen das ganz
genau sagen! Es war ein Fall aus Gänserndorf.
Das wird Sie interessieren!)* Vielleicht können wir
nachher reden darüber.

Was immer wieder verwechselt wird: Es gibt in
Wien eine Bettenzentrale und wir haben auch für
Niederösterreich in Mödling eine Bettenzentrale.
Und es ist so, daß die Krankentransporte den
Auftrag haben, bei Akutfällen zuerst die Bet-
tenzentrale anzurufen und zu fragen, wo ein Bett

frei ist. Das gilt für die Wiener genauso wie für die Niederösterreicher. Und dann muß natürlich der Patient dort aufgenommen werden. Und da hat man mir gesagt, hat es noch nie Probleme gegeben. Probleme gibt es, wenn sich ein Patient einbildet, ohne ärztliche Einweisung und ohne Anfrage bei der Bettenzentrale justament in dieses eine und in kein anderes Spital aufgenommen werden zu wollen. Das ist in der jetzigen Gesetzeslage nicht vorgesehen. *(LR Wagner: In dem konkreten Fall war es ein Notfall! Da konnte man nicht nachfragen! Das war dringend!)*

Aber die Bettenzentrale hätte man anfunken können. Möglicherweise gibt es da auch Mängel bei den Transportunternehmen, bei den Krankentransporten.

Formulieren muß man es immer so: Wir wollen die Gleichbehandlung der Niederösterreicher und der Wiener Patienten in allen Wiener Spitälern und in allen NÖ Spitälern. Denn das Thema, das der Kollege Sivec immer wieder anzieht, das war einmal geplant, ist aber eben ein Wunschtraum geblieben: Daß wir für Niederösterreich eine eigene Abteilung, Betten reserviert haben nur für Niederösterreicher im SMZ Ost. Das ist vorbei. Das gibt es in einem Hotel, Betten reservieren, aber in keinem Spital. Im Spital kann man nur über Anweisung und bei Akutfällen über die Bettenzentrale einen geeigneten Bettenplatz für diese Krankheit eben bekommen.

Wir werden sicher noch sehr viel zu tun haben, um dieses grundsätzliche Umstrukturieren des Gesundheitswesens voranzutreiben. Im Budget ist der richtige Ansatz gesetzt, nämlich im Einfrieren der Kosten, die das Land bezahlt. Ich hoffe, daß diese freiwillige Einführung der Krankenanstaltenfinanzierung in Niederösterreich die richtigen Erfahrungen und Schlüsse uns bringt, daß wir am 1. Jänner 1997 dann nach gesetzlicher Vorgabe beginnen können, auch die richtigen Maßnahmen und Schritte weiter zu verfolgen. Und da hoffe ich sehr, daß dieser NÖ Gesundheitsfonds, der immerhin 11 Milliarden Schilling verwaltet, und durch den auch Neugestaltungen vergeben werden, die richtigen Schlüsse zieht. Damit bin ich bei dem zweiten Antrag der Frau Abgeordneten Barbara Rosenkranz. Da gehört natürlich dazu, daß man den extramuralen Bereich anders organisiert, damit nicht so viele Patienten in die Krankenhausambulanzen gehen.

Aber ich glaube, da müssen von den Krankenkassen in Einbindung dieses Fonds, in dem sie ja mitreden können, durch Gestaltung der Honorare Anreize geschaffen werden, damit hier ein richtiger Lenkungseffekt entsteht. Durch Pläne

alleine kann man dieses System nicht ändern. Denn die Kostenwahrheit und vor allem das Kostenbewußtsein gehört unweigerlich dazu. Bei den Ärzten und Einrichtungen ist das die Qualitätssicherung, die Hand in Hand mit der Einführung des LKF gehen muß. Und bei den Patienten, glaube ich, ist es auch notwendig, daß wir gewisse Selbstbehalte einführen, die ja einige Gruppen haben, wie die Bauern, die Beamten und einige. Und deshalb finde ich es richtig, daß man nun auch im Arbeitnehmerbereich für die Krankenscheine einen gewissen Selbstbehalt verlangt. Weil dadurch das Bewußtsein geschaffen wird, welche Leistungen mit diesem Krankenschein eigentlich von der öffentlichen Hand, von diesem sozialen Netz, das wir haben im Gesundheitsbereich, für die Situation des Patienten getragen werden. Ich sehe das nicht als ungerechtfertigte Beitragszahlung, sondern als Bewußtmachen, durch einen gewissen Selbstbehalt auch etwas dazu beizutragen.

Zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek, der uns in seiner gründlichen Art lange ausgeführt hat, warum und wieso das alles so ist. Ich kann das nicht konkret beurteilen. Ich möchte aber mitgehen und den Resolutionsantrag neu einbringen, weil ich die Zielrichtung richtig finde. Und zwar soll das der Resolutionsantrag nun der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Rosenkranz und Lugmayr zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich sein betreffend Vergabepaxis bei den gesetzlichen Krankenversicherungsträgern und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen/niederösterreichischen Wirtschaft (*liest*):

"Die Gefertigten stellen folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß der Bundesminister für Arbeit und Soziales aufgefordert wird, unverzüglich eine Überprüfung der Vergabepaxis der gesetzlichen Krankenversicherungsträger einschließlich des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger betreffend Heilmittel und Heilbehelfe einzuleiten."

Dafür bin ich, wie gesagt, aber die Begründung ist mir zu ausführlich und umständlich gewesen. Wir werden die beiden Resolutionsanträge der Abgeordneten Rosenkranz ablehnen und diesem letztvorgelegten die Zustimmung geben. Ansonsten hoffe ich, daß die begonnene Umstrukturierung des Gesundheitswesens dazu beitragen wird, daß zum Wohle der NÖ Patienten dieses gute

System auch in Zukunft finanzierbar ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz Stellung nehmen zu den Resolutionsanträgen. Auch die sozialdemokratische Fraktion wird die Anträge der Frau Abgeordneten Rosenkranz und Frau Abgeordneten Dorfmeister-Stix betreffend Erstellung eines aktuellen Krankenanstaltenplanes für das Bundesland Niederösterreich und die Erhebung von Ausstattung und Kapazität der Ambulanzen und des gesamten extramuralen Bereiches in NÖ ablehnen, weil dies schon in Arbeit ist und weil dies eigentlich eine Aufforderung ist, die etwas zu spät kommt. Daher wird das abgelehnt werden.

Was nun den gemeinsamen Antrag der Kollegen Dkfm. Rambossek, Rosenkranz und Lugmayr betrifft, so ist das sicherlich ein Antrag, der in dieser Einfachheit bisher so noch nicht vorgelegt wurde. Denn in allen Anträgen, die man bisher gestellt hat, gab es eine Begründung und gibt es eine allgemeine Aufforderung. Es ist vielleicht ein neuer Weg, daß man nicht mehr Begründungen liefert, warum man etwas überprüfen soll, sondern man fordert einfach auf, zu überprüfen. Da fallen mir einige Ressorts dazu ein, die ich auch auffordern möchte, sehr massive Überprüfungen vorzunehmen. Dennoch wird die sozialdemokratische Fraktion der Überprüfung nicht entgegenstehen. Das heißt, auch wir geben die Zustimmung, doch mit dieser Anmerkung, daß es eine etwas eigenwillige Vorgangsweise ist. Wenn ich mir nämlich den Resolutionsantrag ansehe, der ursprünglich eingebracht wurde von Dkfm. Rambossek und Barbara Rosenkranz, der von uns natürlich abgelehnt wird, so zeigt das schon die Zielrichtung, die hier angepeilt wird. Nämlich, ich sage das ganz offen, nachdem die Arbeiterkammerabstimmung anders ausgegangen ist als viele, auch die sogenannten Meinungsbildner, Meinungsmacher, das erwartet haben. Die sogenannten "Schicki-Mickis" aus irgendeinem Kaffeehaus, die glauben, die Welt rennt so, wie sie interpretieren wollen, haben nämlich bemerkt, daß die Menschen, wenn sie befragt werden, ganz anders entscheiden und sehr häufig gegen den sogenannten Zeitgeist sich entscheiden, weil sie nämlich vernünftiger sind als manche, die den Zeitgeist vorzugeben glauben. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheint nun das eigentliche Motiv zu sein.

Nachdem nämlich bei einer Beteiligung von mehr als zwei Drittel mehr als 90 Prozent zustimmten, ist das sozusagen jetzt das Ende einer Front. Und jetzt beginnt sozusagen eine andere Front. Die ja natürlich schon bekannt war, diese eine Front, die da zusammengebrochen ist, was die Kammern betrifft. Jetzt muß eine neue Front aufgemacht werden. Nämlich die Front des Selbstbehaltes, diese Front der selbstorganisierten Krankenkassen, die wir so mühsam aufgebaut haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage das deshalb so deutlich, weil es war ja zu erwarten, daß das kommt. Das eine bricht zusammen, man braucht ein neues Bild, das man angreifen kann. Und da eignen sich natürlich die Selbstverwaltungskörper. Da eignen sich natürlich Ihrer Auffassung nach die Selbstverwaltungskörper! Und so kam die Gebietskrankenkasse da herein. Das ist ja gar keine Frage, liebe Freunde, das ist ja überhaupt keine Frage! Eine Front ist zusammengebrochen, Sie brauchen eine neue Front. Ein bißchen unangenehm ist, daß die ÖVP da meint, ganz wollen wir auch nicht zurückstehen, helfen wir ein bißchen mit bei der Gelegenheit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber das ist Sache der ÖVP, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nur, jetzt sage ich Euch einmal, warum ich trotzdem zustimme im Namen meiner Fraktion und meine Fraktion hat das sehr deutlich ausdiskutiert: Weil nämlich vieles von dem schon vorweggenommen ist. Ihr habt nämlich das Pech, daß Ihr glaubt, die anderen denken nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)* Und das ist das große Pech bei Euch. Zum Beispiel heute im Ministerrat - ich gebe ja zu, als Opposition kann man nicht alles wissen - steht die 53. Novelle eben zur Stunde am Programm. Um 12.00 Uhr ist der Ministerrat aus, da werdet Ihr vor ganz neuen Fakten stehen. Vor Fakten, die Ihr da mühsam beantragt und wahrscheinlich ist es um 11.00 Uhr schon beschlossen. Ich weiß nicht, unter welchem Tagesordnungspunkt das zur Debatte steht. Aber um 12.00 Uhr ist üblicherweise der Ministerrat aus und da ist es beschlossen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was wir heute da diskutieren und was wir jetzt zum Beispiel also mit Hilfe eines abgeänderten Antrages nun als Auftrag an den Bundesminister für Soziales sozusagen einbringen.

Ich möchte ganz kurz noch auf die Maßnahmen eingehen. Natürlich wissen wir, daß die Krankenkassen sich in Schwierigkeiten befinden, alle Kassen. Von neun verzeichnen acht einen Abgang. Das stimmt alles, wissen wir alles. Wir wissen auch, wie hoch der Abgang ist, Sie vielleicht geschätzt, ich weiß es genau. Im Jahre 1996, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind das

5,8 Milliarden und im Jahre 1997 sind das 8,5 Milliarden. Aber nur dann, wenn wir keine Maßnahmen setzen. Und nachdem wir wissen, daß wir Maßnahmen zu setzen haben, weil es ja nicht sein kann, daß man da zuschaut, wie der Abgang von 5,8 auf 8,5 hinaufgeht, werden Maßnahmen gesetzt. Nun werden Maßnahmen gesetzt, die maßvoll sind. Nicht, daß der Zugang zum Gesundheitswesen für jene, die sich das nicht leisten können, verbaut wird. Und da unterscheiden wir uns schon. Weil die Frage nämlich des Anspruches des Zuganges zum Gesundheitswesen muß einfach so beantwortet werden, daß es unabhängig vom Einkommen und unabhängig vom Alter möglich ist, während ja andere konservativ regierte Länder Modelle entwickeln, wo es sehr wohl erstens einmal vom Alter abhängig ist, ob sich die Operation noch "auszahlt" sozusagen, und das zweite, ob der Patient sie sich leisten kann, wenn sie sich nicht mehr auszahlt, die Operation. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ja, so ist das, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schauen Sie sich das Modell England an. Dort hat man sehr wohl eine Tabelle, ob sich sozusagen diese Operation noch gesellschaftlich rechnet. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist die ÖVP und die SPÖ - das sage ich einmal deutlich - klar gegen diese Konzeption! Das sage ich auch für die ÖVP, auch wenn sie sonst dem konservativen Flügel durchaus anzurechnen ist.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt noch zu den Details, weil hier Maßnahmen gesetzt wurden. Und ich sage, durch diese Maßnahmen, wie zum Beispiel Senkung der Großhandelsspanne bei Medikamenten - eine großartige und wichtige Maßnahme - wie zum Beispiel eine restriktive Tarifpolitik. Das ist ja völlig richtig. Ein Einfrieren zum Beispiel der Tarife bei den Bandagisten, das bringt alles, wenn man das zusammenrechnet, 933 Millionen Schilling. Im Jahre 1997 werden es dann 917 Millionen sein.

Wir haben darüber hinaus Verwaltungseinsparungen vor. Die werden im Jahre 1996 80 Millionen bringen, 1997 ebenfalls 80 Millionen. Dann werden wir durch gesetzliche Maßnahmen und dem Wegfall bei der KRAZAF-Überweisung 950 Millionen 1996, 1,2 Milliarden 1997 einsparen. Bei den Kur- und Rehab-Aufenthalten werden wir im Jahre 1996 75 Millionen einsparen, 150 Millionen im Jahr 1997. Durch die Einbeziehung der Werkverträge erzielen wir 1996 130 Millionen Schilling, 1997 400 Millionen Schilling Mehreinnahmen. Wenn man jetzt die Zwischensumme zieht, manche haben das ja gleich mitvollzogen mit mir, als ich das vorgelesen habe, kommt heraus

eine Reduzierung des Abganges von 3,6 Milliarden im Jahre 1996 und 5,7 Milliarden im Jahre 1997. Dann wird man aus dieser Zwischensumme erkennen, wir können uns nicht zurücklehnen und zufrieden sein, weil dieser Abgang auch noch zu hoch ist. Daher gibt es weitere Maßnahmen: Es wird also eine Milliarde Schilling bei den Heilmitteln eingespart werden. 600 Millionen bei Vertragsärzten, 200 Millionen für Kuraufenthalte, 80 Millionen für Heilbehelfe. Wieder Zwischensumme, damit Ihr wißt, wo wir stehen: 2,1 Milliarden Schilling, eine Reduktion auf 2,1 Milliarden. Und das bedeutet, daß wir noch immer nicht zufrieden sind mit dem Ergebnis, weil ja bekannterweise auch zwei Milliarden ein hoher Abgang sind. Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren haben wir die 53. ASVG-Novelle beschlossen. Ich hoffe, daß es schon soweit ist, aber um 12.00 Uhr wißt Ihr es jedenfalls dann genau. Und wir haben in dieser 53. Novelle natürlich Maßnahmen gesetzt, die einen gewissen Einschnitt bedeuten, wie zum Beispiel eine Krankenscheingebühr von 50,- Schilling, eine Erhöhung der Rezeptgebühren von 7,- Schilling, bei Wochengeldüberweisungen usw., die von Bartenstein dann ins andere Ministerium wandern, das macht auch aus rund 800 Millionen, sodaß wir 1997 einen Abgang von rund 700 Millionen Schilling haben werden und diesen durch Rücklagen eben entsprechend auffangen werden.

Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, glauben Sie doch nicht, daß da nicht gearbeitet wird! Es wird gearbeitet und manchesmal werden Leute aufgefordert, die die Arbeit schon vollbracht haben. Aber nur damit das in der Öffentlichkeit nicht so aussieht, als würden wir uns gewissen Überprüfungen in den Weg stellen, stimmen wir dem zu. Obwohl ich eigentlich glaube, daß das, was ich vorgelesen habe, auch der Beweis dafür ist, daß der Antrag, wenn er gestern eingebracht worden wäre, vielleicht noch aktueller wäre als heute, wo bereits die Beschlüsse dazu gefaßt sind. Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen damit zur Abstimmung über die Gruppe 5, Gesundheit, und ich ersuche den Berichterstatter, den Antrag zu dieser Gruppe, ordentlicher und außerordentlicher Teil und ordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 5, Gesundheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 4.246,672.000 Schilling und Einnahmen von 1.359,284.000 Schilling, im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 131,860.000 Schilling, sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 100,000.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es wurde ein Antrag gestellt auf getrennte Abstimmung. Ich nehme an, daß das Hohe Haus dazu die Zustimmung gibt. Unter dieser Prämisse lasse ich über die Gruppe 52 als erste getrennt abstimmen.

(Nach Abstimmung über die Untergruppe 52 der Budgetgruppe 5): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)

(Nach Abstimmung über die gesamte Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und ordentlicher Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Abg. Dorfmeister-Stix.)

Und nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionsanträge. Als erstes zum Antrag der Abgeordneten Feurer, Friewald, Haberler und Ing. Dautzenberg. Ich nehme an, der Inhalt ist allen Damen und Herren noch in Erinnerung, ich brauche nicht mehr auf den Inhalt einzugehen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Wir kommen nunmehr zum Resolutionsantrag Rosenkranz, Dorfmeister-Stix bezüglich Erhebung von Ausstattung und Kapazität der Ambulanzen und des gesamten extramuralen Bereiches. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz, Dorfmeister-Stix betreffend Erstellung eines aktuellen Krankenanstaltenplanes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Barbara Rosenkranz wurde ersetzt durch den Resolutionsantrag Dkfm. Rambossek, Rosenkranz, Lugmayr. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag Dkfm.*

Rambossek, Rosenkranz, Lugmayr): Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Gruppe 6 und ich erseuche den Herrn Berichterstatter, zu Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie ordentlicher und außerordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, umfaßt die Gebarungsvorgänge für Straßenbau, allgemeinen Wasserbau, Schutzwasserbau, Straßenverkehr, Schiffsverkehr, Luftverkehr und sonstige Maßnahmen. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 2.939,533.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 610,642.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 6,34 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 445,955.000 Schilling und Einnahmen von 11,955.000 Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 20,000.000 Schilling. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte zur Gruppe 6. Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Drei Punkte sind es, die in der Gruppe 6 behandelt werden. Der Straßenbau, der Wasserbau und der Verkehr. Eines der budgetintensivsten Kapitel. Beim Straßenbau wäre nur anzumerken, daß es hier vorsichtige Sparmaßnahmen gibt. Im Bereich der Bundesstraßen etwa eine Einsparung von 20 Millionen, auch rund 20 Millionen bei den Landesstraßen. Etwas mehr und drastischer von der Prozentzahl her ist es bei den Gemeindestraßen, wo wir etwa 7 Millionen einsparen werden, das heißt von 15 im Vorjahr auf 8 Millionen. Das bedeutet eine Gesamteinsparung im Bereich des Straßenbaues von etwa 50 Millionen.

Im Wasserbau sieht es dann schon etwas anders aus von den Dimensionen her, aber der Landesrat Freibauer, der zuständige Finanzlandesrat, hat es ja gesagt. Er sprach davon, daß man nicht von einem Schwindelbudget sprechen kann. Ich frage mich aber dann schon, wenn man sich das Budget vom Vorjahr anschaut, wo wir 262 Millionen budgetiert hatten, heuer haben wir

203 Millionen budgetiert. Und dann weiß man bereits, daß es rund 30 Millionen aus den Bedarfszuweisungen geben wird. Das heißt, hier greift man sehr wohl, um das auf "gut Deutsch" zu sagen, in die Taschen der Gemeinden. Dies als Punkt 1. Und Punkt 2 frage ich mich, wo die restlichen 30 Millionen herkommen. Die sind nämlich nirgends budgetiert. Weil ganz klar dem zuständigen Landesrat zugesagt worden ist, daß es dieselben Mittel in derselben Größenordnung wie im Vorjahr geben wird.

Aber damit noch lange nicht genug: Bundesminister Bartenstein, und das weiß auch inzwischen jeder, hat ja von einer zusätzlichen Milliarde im kommenden Jahr gesprochen, die er dem Wasserbau österreichweit zur Verfügung stellen will. Diese Milliarde bedeutet nichts anderes, als daß Niederösterreich einen Anteil von 250 Millionen bekommen wird, rund, ein paar Millionen aufwärts - abwärts. Das heißt aber auch umgekehrt, daß das Land Niederösterreich, wenn es diese 250 Millionen lukrieren will, 140 Millionen - wieder rund - im eigenen Budget oder aus dem eigenen Budget benötigen wird. Und die sind nirgends budgetiert. Jetzt stellt sich die Frage: Entweder nimmt das Land Niederösterreich und der zuständige Finanzlandesrat nicht die 250 Millionen, die ganz einfach dem Land aus der Milliarde zustehen würden, und die der Bundesminister 1997 zur Verfügung stellen wird, oder wir haben die 140 Millionen nicht budgetiert. Es wäre ein Wahnsinn, diese 250 Millionen nicht zu nehmen, wo wir sowieso schon insgesamt mit 4,3 Milliarden im Zeitverzug sind, das heißt, 4,3 Milliarden Bauvolumen nicht ausgelöst haben. Und das zieht ja auch die entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Bereich der Bauwirtschaft nach sich.

Das heißt, es wäre schon höchst an der Zeit, daß uns der Finanzlandesrat beantwortet, ob das Budget ganz einfach nicht stimmt, das heißt, Thema "Schwindelbudget", das er eingangs am Beginn der Budgetdebatte besprochen hat. Oder ob andererseits die 250 Millionen vom Land Niederösterreich nicht in Anspruch genommen werden. Was - und das können wir kurz und bündig sagen, und da müßten wir uns alle einig sein - was ganz einfach ein Wahnsinn wäre in bezug auf die Ausbaustufen, wo wir sowieso schwerstens in Verzug sind.

Ganz wichtig - und das ist auch in Wirklichkeit langfristig ein finanzielles Problem für uns - wird es auch sein, daß wir den Leitfaden für die Abwasserpolitik im ländlichen Bereich in Zukunft ganz streng unter die Lupe nehmen. Denn hier passiert es nach wie vor, daß eine Betonierlobby im Land

dorfauf, dorfab fährt. Ich nehme da ein paar Gemeinden heraus, die sicherlich vielen bereits ein Begriff sind in der Zwischenzeit. Ich denke etwa an Obritzberg, das sich erfolgreich zu wehren begonnen hat. Und ich denke aber auch umgekehrt an Wiesmath, wo man mit neun Pumpstationen Rotten verbinden will, anschließen will und über dutzende Kilometer das Wasser aus einer sensiblen Mittelgebirgsregion bis an die ungarische Grenze nach Klostermariental pumpen will. In Wirklichkeit ein Wahnsinnsprojekt, wo es höchst an der Zeit ist, daß sich nicht nur der Landesrat Schimanek auf die Füße stellt, sondern wirklich alle Abgeordneten, alle politisch Verantwortlichen, daß solche Irrsinnprojekte in Zukunft nicht stattfinden. Denn das zahlt schließlich die Allgemeinheit. Nicht nur, daß man in einer Mittelgebirgsgemeinde - und auch die Nachbargemeinden werden in Zukunft davon betroffen sein, weil bereits die Projekte überall in Auftrag gegeben werden, weil Druck vom Land aus richtigerweise gemacht wird, daß die Abwasserentsorgung in Zukunft relativ flächendeckend stattfindet. Nicht nur das, wir werden auch schauen müssen, daß es hier wirklich vernünftige Lösungen gibt. Lösungen, die die Umwelt in solch sensiblen Bereichen auch wirklich entsprechend schonen und die das Wasser vor allem vor Ort lassen im Bereiche von Ortschaften, die auf 500, 600, 700 Meter Seehöhe oder vereinzelt sogar höher liegen. Und es ist auch wirklich ein Wahnsinn, wenn man ein paar Bauern zusammenschließt und zwingt, daß sie an eine Kläranlage anschließen und über Kilometer das Ganze transportieren läßt und mit Pumpstationen weitere dutzende Kilometer irgendwohin abtransportiert. Kurz und bündig zu diesem Problem.

Hier haben wir politischen Nachholbedarf. Politischen Nachholbedarf, wo wir den Leitfaden, der herausgekommen ist und die Linie des Landesrates Schimanek in Zukunft umsetzen müssen. Alle gemeinsam im Sinne unseres Landes und auch im Sinne einer Finanzierbarkeit. Und da sind wir beim zweiten Problem, das in Wirklichkeit das Land ganz massiv betrifft. Ich sehe vor mir sitzen etwa meinen Kollegen auch im Wiener Neustädter Gemeinderat, den dortigen Stadtrat Karl Pietsch, der genau weiß, was es heißen wird, wenn wir die Kläranlage um zwei Prozent nachrüsten müßten. Es kostet etwa 50 Prozent von dem, was die Errichtung einer Kläranlage prinzipiell kostet. Das sind ganz einfache Dinge, wo man in Zukunft nicht mehr zuschauen darf. Es muß in Zukunft Richtwerte geben und nicht Grenzwerte. Es kann auch nicht angehen, daß die einen Kläranlagen um zwei, vielleicht drei Prozent nachrüsten müssen um viele hunderte Millionen, während auf der anderen Seite

sprichwörtlich noch die Kanalisation in den Bach geleitet wird. Und damit in das Grundwasser bzw. in die Umwelt und alles verschmutzt. Das sind zweifelsohne Dinge, wo wir Aufträge haben, wo wir Prioritäten setzen müssen und wo wir in Zukunft konsequenter vorgehen müssen. Und ich sage es noch einmal, man muß der Betonierlobby in diesem Land, die ganz einfach ganze, vor allem sensible Bereiche verrohren will und das Wasser ableiten will, man muß diesen Herrschaften endlich einmal das Handwerk legen. Und man muß prinzipiell umdenken in diesem Bereich.

Zum Verkehr möchte ich noch kurz sagen, auch hier können wir Freiheitlichen zweifelsohne zur Zeit mit vielen Bereichen nicht mitgehen. Es gibt ja seit einigen Jahren bereits die sogenannte Nahverkehrsabgabe. Wir lukrieren heuer wieder aus diesem Bereich etwa 250 Millionen, Rücklagen haben wir in einer Größenordnung von 350 Millionen. Wenn man schaut, was damit passiert, dann ist das mehr als traurig. Denn hier wäre ein großer Nachholbedarf im Land gegeben, hier wären große Aufgaben für den Landtag da. Und in Wirklichkeit haben wir etwa im heurigen Jahr nichts anderes gemacht als daß man "schwarze" Geisterbusse für St. Pölten anschafft und "rote" Eisenbahnwaggons als Ausgleich für andere Strecken, damit die "rote" Reichshälfte oder das "rote" Reichsdrittel in diesem Haus sozusagen auch versorgt wird. Das kann nicht die Priorität einer Verkehrspolitik sein, daß die "Schwarzen" ein bißchen etwas bekommen für ihre Bereiche, wo man ein paar Freunderl versorgt, und daß die "Roten" für ihre ÖBB auch etwas bekommen. Verkehrspolitik muß etwas anderes sein. Wir haben ein Landesverkehrskonzept, das zweifelsohne Prioritäten setzt. Es muß ja Prioritäten geben. Und es gibt ein Landesverkehrskonzept, das durchaus gute Prioritäten setzt und wo wir genau wissen, wo wir anzusetzen hätten. Anzusetzen hätten wir sicherlich nicht bei diesen Geisterbussen und bei diesen "roten" Eisenbahnwaggons, die da angeschafft werden. Das kann nicht die Schwerpunktsetzung sein. Wir Freiheitlichen können auf Grund dessen, weil es hier wirklich einen immensen Aufholbedarf gibt und weil das Ganze rausgehört aus der Parteipolitik, vor allem auch im Verkehrsbereich, wir Freiheitlichen können diesem Budgetkapitel damit unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf heute zum Verkehr in der Gruppe 6 vielleicht folgendes feststellen: Ostöffnung und EU-Beitritt, meine Damen und Herren, haben zu einem weiteren Anwachsen der Verkehrsbelastung in Österreich und vor allem in unserem Bundesland Niederösterreich geführt. Besonders problematisch ist die Zunahme des Straßen-Güterverkehrs, der in der Ostregion ja bereits zweistellige Zuwachsraten aufweist. Diese Entwicklung führt bereits heute zu Kapazitätsengpässen und zu einer massiven Belastung der Lebensräume für die Bevölkerung. Und mit der steigenden Verkehrsbelastung entstehen Staus und damit Zeitverlust, eine erhöhte Anzahl von Verkehrsunfällen und damit zusätzliche Kosten für die Volkswirtschaft, eine Belastung der Umwelt und schlechte Lebensqualität für Anrainer, aber auch für unsere Pendler. Eine zukunftsorientierte Erneuerung und Verbesserung der gesamten Angebotspalette bei den einzelnen Verkehrsträgern zusammen mit einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist daher ein vordringliches Anliegen, meine Damen und Herren.

Neben der verkehrspolitischen Bedeutung stellt ein intaktes Angebot an Verkehrsdienstleistung und Verkehrsinfrastruktur auch eine wichtige Grundlage für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich dar. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit muß eindeutig bei dem Verkehrsträger Schiene liegen, um die verkehrspolitisch und so wichtige Zielsetzung der Verlagerung von Verkehrspotentialen von der Straße auf die Schiene zu erreichen. Insbesondere bezieht sich dies auf den Güterfernverkehr, den Personenfernverkehr sowie den Personennahverkehr im Einzugsbereich von Ballungsräumen. Und, meine Damen und Herren, nachdem ja das Landesverkehrskonzept derzeit überarbeitet wird, kann ich mir eigentlich eine taxative Aufzählung der Vorhaben ersparen, egal ob Schiene oder Straße. Einige seien trotzdem erwähnt: Die B 301, B 302, Ortsumfahrungen und dergleichen, sowie die S 7 oder die S 80, was die Schiene betrifft.

Meine Damen und Herren! Heute zählt fast jeder zweite Arbeitnehmer unseres Landes zu den Pendlern. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen Jahren sicher verstärkt und wird sich weiter fortsetzen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich daher im Interesse der Regionen und für die Pendler in den letzten Jahren für den Ausbau und die Verbesserung der Bahn in Niederösterreich eingesetzt. Zum Beispiel für den Ausbau der Park-and-ride-Anlagen, für ein modernes Wagenmaterial, den Ankauf von Doppelstockwaggons, für den Abschluß des Nahverkehrsvertrages zwischen Niederösterreich und den

Österreichischen Bundesbahnen sowie für die Aufrechterhaltung der Regionalbahnen und für die Ausweitung des VOR auf einen Landesverkehrsverbund. Und, meine Damen und Herren, ich möchte fast von einem historischen Tag sprechen, nämlich von morgen, von diesem Mittwoch, wenn ich den heutigen "Standard" zur Hand nehme. Hier heißt es und ich möchte das zitieren, denn es ist eine lange gehegte Forderung: "Niederösterreich zahlt für ÖBB. Landesgeld für Nebenbahnen und neue Waggons fixiert. Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll und Verkehrsminister Rudolf Scholten haben sich nach langen Auseinandersetzungen jetzt auf einen Beitrag des Landes zum Nahverkehr der ÖBB geeinigt. Die Einigung, die morgen, Mittwoch offiziell präsentiert werden soll, sieht direkte Zahlungen des Landes für die Erhaltung der Nebenbahnen und den Kauf von 120 Doppelstockwaggons für den Regionalverkehr in Niederösterreich aus Landesmitteln vor. Beahlt wird aus Geldern, die der zweckgebundenen Erhöhung der Mineralölsteuer 1995 entspringen. Für den Betrieb der Nebenbahnen will das Land insgesamt 100 Millionen Schilling zuschießen. Der Bund wird seinerzeit in Zukunft weiterhin für die Erhaltung der Infrastruktur auf den niederösterreichischen Nebenbahnstrecken aufkommen. Einig sind sich Bund und Land auch über die Finanzierung der Doppelstockwaggons. Niederösterreich will 120 dieser Waggons finanzieren. Beahlt wird in 25 Jahresraten."

Meine Damen und Herren! Auf Grund der langen Forderungen des Bundes nach einem Zuschuß aus den zweckgebundenen Mitteln der Mineralölsteuer glaube ich von einem historischen Tag in Niederösterreich für unsere Pendler sprechen zu können. Und es ist sicher auch sehr erfreulich für unsere Pendler, meine Damen und Herren. Im Dezember des Vorjahres forderte ich die Umsetzung und meinte, daß jedes weitere Auf-die-lange-Bank-Schieben der dringlich erforderlichen Attraktivierungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr nicht akzeptiert werden kann, denn im Landesschnitt sind derzeit rund 43 Prozent aller Beschäftigten auf Grund fehlender Arbeitsplätze in ihrem Heimatbezirk zum Auspendeln gezwungen. Sie erreichen daher ihren Arbeitsplatz nur unter höherem Zeitaufwand und unter einem geringeren Maß an Lebensqualität. Die erforderlichen Maßnahmen, nämlich für Fahrplananpassungen und der Einsatz von modernem fahrenden Material haben kurzfristig gesetzt zu werden, meine Damen und Herren. Allerdings dürfte dies das Ländermanagement Ost der Österreichischen Bundesbahnen aber bei der Erstellung des Sommerfahrplanes 1996 mit Wirksamkeit von 2. Juni 1996

nicht ernst genommen haben oder es wurde überhaupt ignoriert, denn anders ist mir das Chaos, das mit Eintreten dieser Änderung des Fahrplanes aufgetreten ist, nicht erklärbar. Und es ist sehr interessant, geschätzte Anwesende, hier möchte ich die Vorgaben des Managements aus dem "Magazin für Mitarbeiter und Freunde der Österreichischen Bundesbahnen", Nummer 6 vom Juni 1996 zitieren, wo es wortwörtlich heißt: "Österreichwerbung und ÖBB setzen auf enge Zusammenarbeit. Das Ziel im Personenverkehr ist klar definiert: Mehr Kunden gewinnen, neue Kundenschichten ansprechen und sie möglichst zu Passagieren auf Dauer machen. Eine Vielfalt von Maßnahmen und Aktivitäten ist dafür erforderlich." Und jetzt kommt die Besonderheit: "Noch mehr Qualität, noch mehr Service, noch mehr Angebotsflexibilität, noch mehr Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Sauberkeit. Mit Inkrafttreten des neuen wirtschaftlich optimierten Fahrplanes am 2. Juni sind entscheidende Schritte in diese Richtung verwirklicht worden." Ende des Zitates, meine Damen und Herren!

Ich muß offen und ehrlich gestehen, ich mußte diesen Artikel dreimal lesen, denn ich kam immer wieder zu der Meinung, daß es sich hier um eine andere Bahnverwaltung handeln muß. Die Wirklichkeit sieht nämlich anders aus. Oder haben diese Vorgaben des Managements für die Pendler in Niederösterreich keine Gültigkeit? Denn die seit dem 2. Juni in Kraft getretenen ÖBB-Fahrpläne und die Änderungen lösten große Empörung aus. Vor allem tausende niederösterreichische Pendler waren betroffen: Verspätungen, zu wenig Sitzplätze, Verlängerung der Anfahrtszeiten sind an der Tagesordnung. Und meine Damen und Herren, die Folge davon waren die täglichen Dauerbrenner in den Medien auf Grund dieser zahlreichen Beschwerden. Und hier möchte ich doch einige zitieren oder vortragen: Wenn ich selbst das Blatt "News der Gewerkschaft der Eisenbahner" vorweg zur Hand nehme vom 12. Juni 1996, heißt es dort: "Draxlers ÖBB-Unternehmenspolitik nicht weiter akzeptierbar. Chaotische Unzulänglichkeiten beim OBV 1996 sind sofort zu bereinigen." Und in diesem Stil geht das weiter: "Unfähigkeit des ÖBB-Managements ist erwiesen. Scharfe Kritik der Zentrallleitung an ÖBB-Führung." Und hier einige Szenarien aus diesen Artikeln, ich zitiere: "Der Gipfel der Unfähigkeit des ÖBB-Managements wurde nunmehr mit dem Fahrplanwechsel ab 2. Juni 1996 erreicht. Es wurde nicht nur das Gesamtgefüge des Austrotaktes zerstört, sondern es wurden auch unberechtigt Züge zurückgenommen. Weiters ist das Wagenangebot mit der einzigen Begründung der Einsparung rigoros verringert worden. In dieser

Situation auch noch die Eisenbahner schuldig werden zu lassen, muß als reine Flucht des Managements aus seiner Verantwortung für das Unternehmen bezeichnet werden." Und weiter: Daß der Betrieb Gefahr läuft, durch überzogene Maßnahmen auf dem Rationalisierungssektor kaputtgespart zu werden. Es gibt seitens der Gewerkschaft die eindeutige und klare Aufforderung an den Vorstand: "Jetzt ist Nachdenken über konkrete Maßnahmen gefordert und ein rasches Reagieren auf die zunehmenden Beschwerden notwendig." Wenn ich also fortfahre mit diesen Aussendungen "ÖBB-Kunden verunsichert", mit Fahrplanwechsel, neue Abfahrtszeiten, überfüllte Züge, weniger Speisewagen, Verwirrung um neue EC-Zuschläge und mangelnde Information - Beschwerden über Beschwerden.

Dieser Aussendung vom 12. Juni 1996 folgte dann eine Aussendung des Ländermanagements vom 14. Juni. Ich möchte das wirklich auch zitieren. Das muß man sich nämlich auf der Zunge zergehen lassen. Wenn man die Tatsachen und die Gegebenheiten täglich von den Pendlern gesehen und gehört hat: "ÖBB tragen Pendlerwünschen Rechnung. Sommerfahrplan 1996: ÖBB schließen die Schere zwischen Pendlerwünschen und Realität. Mit 2. Juni 1996 trat der neue Sommerfahrplan in Kraft. Dies bedingt unter anderem neue Taktzeiten. Dieses neue Angebot stieß bei unseren Fahrgästen auf durchwegs positive Reaktionen. Diese größte Fahrplanänderung seit 1991 brachte aber auch nicht vorhersehbare, unliebsame Begleiterscheinungen, nämlich die Überbelegung einiger Züge. Vor Jahren hätte der Staatsbetrieb ÖBB ebensogut, aber etwas länger gebraucht, um auf derartige Situationen einzugehen. Das neue Management agiert flexibel und kundengerecht. Das einzige Ziel der ÖBB ist es, den Kunden ein sehr gutes Angebot zu präsentieren. Aus dieser Motivation wurden, nach den teilweise absolut berechtigten Beschwerden wesentliche Verbesserungen gesetzt. Alle Beschwerden, Beobachtungen und Frequenzaufzeichnungen wurden genau analysiert. Das Ergebnis ist die Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten. Das Ländermanagement der Ostregion, nämlich Wien, Niederösterreich und Burgenland reagierte mit folgenden Maßnahmen. Und hier sind dann die Strecken aufgezählt, welche Maßnahmen gesetzt wurden: Strecke Wien-Südbahnhof - Mürzzuschlag, Strecke Wien-Westbahnhof - St. Valentin; Strecke Krems a.d. Donau - Emmersdorf, Strecke Wien-Franz Josefs-Bahnhof - Krems, Strecke Wien-FJB - Gmünd, Strecke Aspang - Wien-Südbahnhof und die Strecke Wien-Nord - Retz. Wobei es sich hier bei diesen sogenannten "Verbesser-

ungsmaßnahmen" um Verstärkungen der Wagenkapazität handelt. Und der abschließende Satz: "Das Ländermanagement Ost der Österreichischen Bundesbahnen hofft, mit diesen Maßnahmen wieder die altgewohnte Zufriedenheit seiner Kunden gewonnen zu haben. An diesem Maßnahmenpaket ist deutlich zu erkennen, daß dieses Management die Vorgaben eines raschen und effizienten Handelns im Interesse der Kunden bewiesen hat. Selbstverständlich wird auch weiterhin jeder einzelne Zug einer genauen Beobachtung unterzogen. Für die bis zu diesen Verbesserungen entstandenen Probleme bieten wir für unsere geschätzten Fahrgäste um Entschuldigung." Meine Damen und Herren, dieses war die Aussendung vom 14. Juni 1996.

Und wenn ich dann die Tageszeitungen zur Hand nehme, kann ich aufzählen: "Kurier", Montag 17. Juni: "Bahn bleibt auf der Bremse - ÖBB-Chef Draxler: Kommen um Sparpläne nicht herum." "Kurier", 18. Juni: "ÖBB-Notoperation ohne Erfolg. Wien-Einpendler kommen zu spät zur Arbeit, Fahrgäste stehen in den Zügen. Arbeiterkammer: Pendler-Hotline eingerichtet." Ich will auf die einzelnen Details der Berichterstattung nicht eingehen. Ich glaube, es genügen die Lettern der Überschriften. "Kurier", 19. Juni: "ÖBB-Maßnahmen: Mehr Sitzplätze, aber Verspätung. Züge mit Waggons verstärkt, aber noch immer Verspätungen." "Kronen Zeitung" ebenfalls vom 19. Juni: "Mit ÖBB wird es immer schlimmer. Die Pendler weiter benachteiligt." "Täglich Alles" vom 20. Juni: "ÖBB, langsam tuts weh!" Und das Thema der Woche seitens der Gewerkschaft der Österreichischen Eisenbahnen: "ÖBB-Management versagt bei neuem ÖBB-Fahrplan."

Meine Damen und Herren! Dazu abschließend den Zwischenbericht seitens der Arbeiterkammer von Niederösterreich, die ja diese sogenannte Pendler-Hotline eingerichtet hat und Aufzeichnungen geführt hat. Er stammt vom 20. Juni 1996:

1. Fahrplanänderungen: Durch die Verschiebung der Takt-Fernzüge, der sogenannten IC-Züge auf den Hauptstrecken ergeben sich teilweise gravierende Änderungen auch für den Nahverkehr. Laut Fahrplan gibt es zwar kaum Reduktionen bei den Zugleistungen, allerdings treten in den Tagesrandlagen bzw. am Wochenende Probleme auch für die Pendler auf. Es wurden hier zwei ganz gravierende Beispiele zitiert. Ich möchte sie ebenfalls wiedergeben. Bedienstete des Krankenhauses Mödling, die aus der Region Neun-

kirchen einpendeln, haben nunmehr an Sonntagen keine geeignete Verbindung, um ihren Dienst um 7.00 Uhr anzutreten. Hier könnte leicht Abhilfe geschaffen werden, indem der von Montag bis Samstag verkehrende Eilzug auch an Sonn- und Feiertagen verkehren und in Mödling halten würde.

Aber noch unverständlicher das nächste Beispiel: Dienstnehmer in der Gastronomie am Semmering mit Dienstschluß nach 20.00 Uhr, aber auch Schüler der Hotelfachschule haben nunmehr keine vernünftige Möglichkeit, nach Hause zu fahren, speziell wenn sie in Payerbach oder Ternitz beheimatet sind. Für eine Strecke von 21 Kilometer sind nunmehr dreieinhalb Stunden erforderlich, nämlich der Umweg über Wr. Neustadt!

2. EC-Zuschläge in der zweiten Klasse: Mit dem Fahrplanwechsel wurde ein neuer Tarif für die EC-Züge auch in der zweiten Klasse eingeführt. Diese Züge für den internationalen Verkehr fahren allerdings zum Teil auch in solchen Fahrbahntrassen, die überwiegend von Pendlern frequentiert werden. Dazu gehören die Züge Wien-West - St. Pölten, Amstetten, Richtung Linz, Wien-Süd - Wr. Neustadt. Und hier heißt es, für die Züge gibt es keine bzw. nur eine mangelhafte Alternative. Den Pendlern ist es zwar möglich, durch die Bezahlung einer Zusatzkarte diese Züge täglich zu benutzen, es ergeben sich aber beträchtliche Mehrkosten. Zum Beispiel für die Strecke Wien - St. Pölten zirka 30 Prozent. Zu bedenken ist ferner, meine Damen und Herren, daß erst im Februar dieses Jahres die Tarife für die Zeitkarten bis zu 20 Prozent erhöht wurden!
3. Ein nächstes Kapitel betrifft überfüllte Züge. Mit dem Fahrplanwechsel vom 2. Juni 1996 wurden aus unverständlichen Gründen fast alle Züge drastisch gekürzt. In der Anfangsphase war es vielen Pendlern nicht einmal möglich, in die Züge einzusteigen, geschweige denn einen Sitzplatz zu finden.
4. Die Verspätungen: Durch die Fahrplanumstellungen kam es praktisch im gesamten Fahrplannetz zu teilweise gewaltigen Verspätungen im Pendlerverkehr. Das Ausmaß betrug durchschnittlich 10 bis 15 Minuten. Laut Aussage von Herrn Generaldirektor Draxler vom 19. Juni 1996 sollten nunmehr diese Mißstände behoben sein. Allerdings beschwerten sich über die Pendler-Hotline der Arbeiterkammer in Niederösterreich nach wie vor Pendler über verspätete Züge.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Auf Grund dieser Situation fordere ich die sofortige Beseitigung dieser Mißstände und ein Abrücken von der rein betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise seitens des ÖBB-Managements! Denn der volkswirtschaftliche Auftrag kann nicht bei der Infrastruktur, die ja der Bund bezahlt, meine Damen und Herren, enden. Das Sparen um jeden Preis wird sicherlich nicht mehr Kunden auf die Bahn bringen. Im Gegenteil! Etliche bisher treue Bahnkunden fahren wieder mit dem Auto zur Arbeit. Dies ist sicher nicht in unserem Sinne und im Sinne unserer Pendler in Niederösterreich. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.Ing.Toms.

Abg. Dipl. Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Im Zuge des Themenbereiches dieser Gruppe gehe ich auf die Fragen der Abwasserentsorgung ein. Es ist eines meiner Lieblingsthemen, ich darf mich jedoch heute aus zeitökonomischen Gründen auf die wesentlichen Punkte, die es neu gibt seit der letzten Budgetdebatte konzentrieren.

Es ist interessant für einen Beobachter aus der Sicht eines Abgeordneten, der sich jedes Jahr hier damit beschäftigt, daß sich schon sehr interessante Aspekte im Lauf der Zeit ergeben. In der Aneinanderreihung der Jahre und nach den Entwicklungen und nach den Erfahrungen, die wir in diesen Jahren laufend verzeichnen, können Aussagen von einigen Politikern, einigen Landespolitikern, in diesem Lande sehr, sehr relativiert werden.

Die Frage der Abwasserentsorgung, was ist geeignet, wie man es macht, was ist besser, was ist wirtschaftlicher, ist meiner Meinung nach keine politische Frage. Sie wird leider nur dazu gemacht. Wenn ich hier im Hohen Haus im Protokoll nachlese und nachgewiesenermaßen gesagt habe, Kanäle und Fäkalien haben kein politisches Mascherl, so bestätigt mich Gottseidank die Zeit, bestätigt mich die Entwicklung in dieser Frage. Die Abwasserentsorgung ist keine politische Frage, sondern eine rein sachbezogene! *(Abg. Haberler: Ja, warum macht Ihr das dann dauernd daraus?)* Lieber Herr Kollege, ich gehe auch auf Deine Wortmeldung zum Schluß ein.

Für mich als Techniker ist es eine reine Binsenweisheit, daß man das sachbezogen beobachtet und jedes Objekt für sich beurteilt. Für viele

Kollegen ist es hoffentlich eine späte und erleuchtende und vielleicht auch eine einleuchtende Erkenntnis.

Nun zum Thema: Nach einigen Jahren der allgemeinen Verunsicherung über den richtigen Weg in der Abwasserentsorgung in unseren Gemeinden gelangt meiner Meinung nach schon langsam die Kirche wieder ins Dorf. Wir wissen ganz einfach, daß man nicht pauschalisieren kann. Leider ist es so, daß das noch immer nicht alle in diesem Lande, die Verantwortung tragen, wissen. Die Pauschalurteile hinsichtlich der Verteufelung von Großanlagen, die Pauschalurteile hinsichtlich der Hochjubelung von ungeeigneten Lösungen wie zum Beispiel Pflanzenkläranlagen dort, wo sie nicht hingehören, sind unsachliche Argumentationen. Sie haben sich Gottseidank als falsch erwiesen.

Jetzt, wo wir eine große Anzahl von Untersuchungen vor uns liegen haben, wo Erkenntnisse vorliegen, die auch von allen Fachleuten anerkannt werden, jetzt wissen wir es ganz genau. Es kann in den Fragen der Abwasserentsorgung nicht pauschal geurteilt werden. Wohlgemerkt, ich persönlich und auch als Techniker bin gefühlsmäßig auch der Meinung "small is beautiful". Ich wußte und weiß aber, daß für jede kleine Katastralgemeinde eine eigene biologische Kläranlage auch nicht der Stein der Weisen sein kann und auch nicht immer die wirtschaftlichste Möglichkeit auf dieser Welt sein kann. Nur die individuelle Betrachtungsweise jeder einzelnen Abwasserentsorgungsfrage ist die Lösung. Ich darf hier auf verschiedene Erkenntnisse aus dem letzten halben Jahr seit dem Budget 1996, seit der November-Debatte hinweisen. Zuerst einmal eine Initiative des NÖ Wasserwirtschaftsfonds und von Landesrat Franz Blochberger, der vor einiger Zeit den Leitfaden "Flächendeckendes Abwasserentsorgungskonzept in Niederösterreich" vorgestellt hat. Dieses Konzept ist eine wesentliche Entscheidungshilfe für die Gemeinden und wurde von der zuständigen Abteilung des Amtes der NÖ Landesregierung erstellt. Dieses Konzept ist also eine wesentliche Entscheidungshilfe und bringt das erstmal detaillierte Richtlinien für jede, fast jede Katastralgemeinde in unserem Bundesland. Es ist hier eine wasserwirtschaftliche Prioritätensetzung möglich. Es ist eine Art Dringlichkeitskatalog, der hier mit großer Sorgfalt geschaffen wurde. Im Hinblick auf die Fristen aus dem Wasserrechtsgesetz kommt es bei etlichen Gemeinden zu individuellen Entschärfungen, das ist eine große Erleichterung für manche Bereiche und für Großgemeinden.

Mit der Schaffung dieses von Landesrat Blochberger und dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds initiierten Konzeptes ist Niederösterreich europaweit führend. Es gibt hier anerkennende Schriften in der einschlägigen Literatur. Hier muß dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds und Landesrat Blochberger wirklich gedankt werden.

Geschätzte Damen und Herren! Derzeit sind 68 Prozent der Bevölkerung an öffentliche Kanalisationsanlagen angeschlossen. Wir streben den Entsorgungsgrad von 94 Prozent an, das ist jene Machbarkeit, die unter normalen wirtschaftlichen Gegebenheiten möglich ist. Diesen Entsorgungsgrad zu erreichen, das wird noch 20 Jahre dauern und wird Kosten von mehr als 50 Milliarden Schilling verursachen. Aus diesem Grund, auf Grund der Optimierung der Kosten, des Kosteneinsatzes, auf Grund der Optimierung des Zeiteinsatzes sind exakte Prioritäten zu setzen. In diesem Konzept sind die Daten, das habe ich schon gesagt, fast aller NÖ Gemeinden enthalten. Hauptaugenmerk ist der Grundwasserschutz und die Erstentsorgung. Diese Studie ist somit eine sehr wichtige Entscheidungshilfe für Gemeinden, da daraus auch die beste Lösungsvariante für die Abwasserentsorgung entnommen werden kann.

Der zweite Punkt, sozusagen die zweite große Neuigkeit, die es in dieser Entwicklung gibt, ist der Arbeitskreis oder sind die Erkenntnisse des Arbeitskreises Kostenoptimierung. Wegen der Vielzahl der noch unerledigten Förderungsanträge und der nur in einem beschränkten Ausmaß zur Verfügung stehenden öffentlichen Förderungsmittel erscheint hier eine optimale Ausnützung des vorhandenen Bauvolumens von zirka 2,7 Milliarden eine vordringliche Aufgabe. Das hat sich der Arbeitskreis zum Ziel gesetzt. Und er hat sich auch zum Ziel gesetzt, Verbesserungen und Optimierungen der Randbedingungen zu erreichen. Arbeitskreisteilnehmer sind die Fachabteilungen B/3-C, B/9, die Österreichische Kommunalkredit, Vertreter von Gemeinden und andere. Nun, der Grundsatz der Variantenuntersuchungen bei der Planung von Abwasserentsorgungsanlagen, der Berücksichtigung von Bau- und Betriebskosten, der wurde ja auch im wesentlichen von diesem Arbeitskreis anerkannt. Es ist beabsichtigt - und ich darf das hier berichten - daß der Arbeitskreis im Rahmen einer Großveranstaltung im Herbst 1996 sich präsentiert und seine Ergebnisse öffentlich vorstellen wird. Veranstalter wird der NÖ Wasserwirtschaftsfonds sein.

Auf Grund dieser konkreten Fakten kann ich schon zusammenfassen: Auf Grund dieses Konzeptes sind genaue Unterlagen oder genauere

Unterlagen für die individuelle Abwasserentsorgungsmöglichkeit für Niederösterreich zu finden. Weiters kann auf Grund der Konstituierung dieses Arbeitskreises, der nun endlich Nägel mit Köpfen macht - im Herbst werden wir es ja selber genau sehen - auf Grund dieser Erkenntnisse zusammengefaßt werden, die Frage der besten und der optimalsten Lösung der Abwasserentsorgung kann nicht allgemein beantwortet werden. Jede Gemeinde, geschätzte Damen und Herren, jede Region, jeder Bezirk hat diese Frage ganz einfach individuell zu lösen. Die von der Natur vorgegebenen Bedingungen können individuell verschieden optimal ausgenutzt werden. Ich denke nur an die Flüsse: Ein Fluß läuft gerade, ein anderer läuft in vielen Windungen. Und hier gibt es verschiedene Entsorgungsmöglichkeiten. Der Slogan "Richtwerte statt Grenzwerte" ist richtiger denn je und dieses Schlagwort sollte immer wieder angewandt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf hier noch auf eine Verbesserung der sogenannten Emissionsverordnung hinweisen, die erreicht werden konnte. Im Zuge der Anpassung an EU-Bestimmungen kommt es hier zu Erleichterungen bei kleineren Kläranlagen. Vor allem wurden die Anforderungen im Hinblick auf die regelmäßigen Untersuchungen generell erleichtert bzw. gekürzt. Das ist ein weiterer Schritt in Richtung Vernunft in bezug auf Relativierung der Anforderungen im Sinne der Regel "Richtwerte statt Grenzwerte".

Ich darf damit schon zum Schluß kommen und darf abschließend zum Budget 1997 selbst Stellung nehmen. Ich möchte dazu bemerken, daß trotz des Sparbudgets im Voranschlag 1997 das Fördervolumen ungeschmälert enthalten ist. Es ist ein Anteil direkt und ein Anteil aus Mitteln der Bedarfswweisungen vorgesehen. Wir haben dies bereits in der Einbegleitungsrede des Finanzreferenten, des Herrn Landesrates Mag. Freibauer klar gehört. Obwohl unser Budget 1997 Spielraum für zukünftige Budgets schafft und somit auch erweiterte Chancen einer Erhöhung der Mittel des Landes-Wasserwirtschaftsfonds in sich trägt, ist das Budget 1997 sehr wohl eine ungeschmälerte Investition für die NÖ Wirtschaft. Damit werden die Körperschaften niederösterreichischer Wirtschaft, die niederösterreichischen Gemeinden und das Land Niederösterreich in Sachen Umweltschutz Partner, gute und erfolgreiche Partner. Geschätzte Damen und Herren, die NÖ Volkspartei wird natürlich diesem Kapitel des Budgets 1997 ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe mir vorgenommen, in der Gruppe 6, Straßenbau, Wasserbau, den Verkehr vorzunehmen, weil ich einer der Betroffenen bin, der in einer Region lebt in Niederösterreich - im Bezirk Mödling, wo es tagtäglich an der Autobahn, an der B 17, ja überhaupt nur Verkehrsstaus gibt. Wissenschaftler haben gesagt, daß die Südautobahn vor Wien der größte Parkplatz Europas ist. *(Abg. Uhl: Das waren keine Wissenschaftler, das waren Realisten!)* Herr Uhl, ich lasse es gelten! Tatsache ist, es wird, wie wir alle wissen, noch zunehmend ärger werden. Wenn im Herbst dann die Einbindung der Ostautobahn in die Südautobahn kommt, dann wird die Statistik um ein Vielfaches steigen.

Aber nicht nur bei uns in dieser Region im Bezirk Mödling, sondern niederösterreich-, ja österreichweit, vor allem im Ostbereich hat der Verkehr rasant zugenommen. Ich darf nur einige Statistiken anführen von den größeren Grenzübergängen in Niederösterreich und Burgenland, weil man es - so meine ich - nicht so sehen kann, daß wir nur die Ein- und Ausreisenden in Niederösterreich registrieren. Sondern wir müssen auch alle jene registrieren, die zusätzlich dazukommen, weil letztendlich die gesamte Ostregion davon betroffen ist. Ich habe hier eine Statistik vom Zollamt Berg, wo 1996 von Jänner bis einschließlich Mai an Reisenden 3,455.000 Personen gezählt wurden. Ein Aufkommen von Pkws insgesamt in der Ein- und Ausreise von 987.000, das heißt, ganz knapp an der Millionengrenze. Und was noch schlimmer ist: Die Frequenz der Busse von 8.247 und die der Lkw von über 109.000 - eine Zunahme gegenüber 1995 um 10 Prozent. Ähnlich ist es auch beim größten Zollamt der Ostregion, dem Zollamt Klein Haugsdorf, wo eine Reisendenfrequenz von Jänner bis Mai von über 5 Millionen Personen zu verzeichnen war und ein Busaufkommen von über 8.500, Lkw 57.000, fast 58.000. Drasenhofen liegt etwas darunter. Ich verlese Ihnen nur jetzt noch die Statistik vom Zollamt Klingenbach, das ist das größte Zollamt in Burgenland und auch das weitaus größte gemessen am Verkehrsaufkommen in der gesamten Ostregion. Ebenfalls über viereinhalb Millionen Reisende waren zu verzeichnen. Aber hier liegt interessanterweise das Busaufkommen weit höher, nämlich bei 6.000 und die Lkw-Ziffern liegen bei 82.000 derzeit, von Jänner bis einschließlich Mai.

Meine Damen und Herren! Das zeigt, daß es hier riesige Verkehrsströme gibt. Und das ist erst

der Beginn, so wird von Verkehrs- und Wirtschaftsstrategen gesagt, erst der Beginn einer noch größeren Bewegung. Weil die Transitrouten im Wirtschaftsverkehr heute nicht wie vor einigen Jahren über die Bundesrepublik gehen, sondern über die skandinavischen Länder, die gesamten Oststaaten mit Polen, Ukraine, Rußland, alles mehr oder weniger über die Ostroute und dann über Budapest, Prag, Preßburg nach Österreich und quer durch nach den EG-Staaten Italien und auch wiederum im Umwege über die Bundesrepublik.

Meine Damen und Herren! Hier gibt es nicht nur ein wahnsinniges Verkehrsaufkommen und eine Belästigung der Anrainer. Sondern hier gibt es auch, und das habe ich wiederholt und ich weiß schon, daß es eine ziemlich lange Sache ist, daß ich davon geredet habe, daß hier - und ich darf verweisen auf einen Zeitungsartikel vom 4. Juni 1995: "Ost-Bomber schuld an hunderten von Unfällen mit Toten und Verletzten". Oder: "Lkw-Bomber aus dem Osten entschärfen". Gemeint sind damit diese zum Teil sehr schlecht ausgerüsteten Lkws und Busse, die dann letztendlich in Österreich oder wo immer wo es dann zu Verkehrsunfällen kommt, die dann mit vielen Millionen Schäden sich hier in Österreich niederschlagen. Und ich habe, glaube ich, 1993 erstmals gefordert, daß an den Grenzübergängen, aber nicht nur an den Grenzübergängen, sondern auch im Binnenland kontrolliert wird. Daß diese zum Teil total veralteten und schadhafte Pkws, Lkws und auch Busse überprüft und wenn nötig sofort zurückgewiesen werden. Dieser Aufforderung ist das Land zum Teil nachgekommen. Ich gebe zu, daß es natürlich nicht so schnell geht, weil man hier sehr viel Geld braucht, um solche Prüfbusse einzusetzen. Aber nicht nur das, es erfordert auch viel Personal. Und ich meine, daß man hier gerade jetzt, wo wir das Budget behandeln, für diese Problematik einfach weit mehr Geld investieren müßte für einen weiteren Einsatz eines Prüfbusse. Und auch der Bund wird aufgefordert, das Seinige dazuzutun.

Meine Damen und Herren! Das sind Dinge, die aufgegriffen wurden in verschiedenen Bereichen. Nur wenn man dann wirklich draußen vor Ort sich ansieht - und ich höre immer wiederum die Klagen und ich habe auch schon bei solchen Einsätzen mitgewirkt und bin dabei gewesen zum Beispiel am Zollamt Berg - dann ist es so, daß sich das blitzschnell herumredet. Daß sogar über den slowakischen Rundfunk Weisung gegeben wird an die Autofahrer, so ähnlich, wie wenn bei uns Verkehrsstreifen unterwegs sind und dann der Gegenverkehr die Kollegen auffordert mit Blinklicht

oder Zeichen, aufzupassen, es ist eine Gendarmeriestreife unterwegs. Diese weichen dann großräumig aus oder warten überhaupt, bis die Prüfbusse wiederum abgezogen sind, wo dann das Aviso gegeben wird, jetzt ist es "grün", jetzt kann man gefahrlos rüberfahren, jetzt passiert nichts. Das heißt, diese Prüfbusse müssen nicht nur, das Beste wäre ja überhaupt wie in Deutschland - und ich habe mir an der Ostgrenze solche Einheiten angesehen -, daß die an sich schon fixiert sind. Und ich bedaure, daß bei uns immer bei der Eröffnung neuer Zollämter, neuer Straßenstücke, darauf nicht Rücksicht genommen wird, eine fixe Station mitzubauen, sodaß man jederzeit, auch vom Zoll her oder der Gendarmerie, in der Lage ist, wenn um Mitternacht oder wann immer, solche Busse kommen, zu kontrollieren und sie nötigenfalls zurückzuweisen.

Das ist bis jetzt nicht geschehen. Das sind Versäumnisse, wo man, so meine ich, zumindest künftig danach trachten sollte, daß es nicht mehr passiert. Weil es nur so wirksam sein kann. Ich weiß schon, daß man diese Autofahrerkolonnen nicht alle an der Grenze anhalten und prüfen kann. Die müssen auch österreichweit im Binnenland geprüft werden. Aber es muß so sein, daß die Möglichkeit gegeben wird bei dringendem Verdacht. Oft ist das ja wirklich schon so, daß ein Laie von weitem schon erkennt, daß etwa ein Bus total verrostet ist und überhaupt nichts mehr funktioniert. In den ersten Jahren der Ostöffnung war es besonders kraß. Es wird hier einiges nachgerüstet und es schaut auch schon besser aus. Aber wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor sehr viele Mißstände gibt. Und ich betone hier, aber nicht nur von ausländischer Seite, sondern auch in Österreich. Es fahren auch in Österreich Busunternehmen, Lkws durch die Gegend, die bei Gott in ihrem technischen Standard in keinsten Weise den heutigen Gegebenheiten entsprechen.

Ein weiteres Problem liegt ebenfalls noch vor und auch darüber wurde noch nicht gesprochen: Die Gefahrgütertransporte. Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, daß ein Laie total überfordert ist. Daß hier eine Riesengefahr auf uns lauert, daß hier vor allem auch im Osten Transit-Lkw quer durch Österreich fahren, die mit hochgiftigen, explosiven Stoffen beladen sind, die in keinsten Weise den fahrtechnischen Bedingungen entsprechen und in keinsten Weise auch den Deklarationen, die sie geladen haben, entsprechen. Und hier, meine ich, lauert noch die größere Gefahr für unsere Bevölkerung, weil oft Feuerwehren, wenn sie zu solchen tragischen Einsätzen kommen, nicht in der Lage sind - und auch nicht

wissen, wie sie überhaupt zur Brandbekämpfung oder zur Bergung schreiten sollen. Weil sie nicht erkennen können, was geladen ist.

Diesbezüglich gibt es ein besonderes Modell aus Deutschland, und ich habe mit deutschen Zoll- und Polizeibehörden gesprochen, das sogenannte "Gefahrgutmobil", das derzeit in Deutschland seit zirka zwei Jahren im Einsatz steht und auch zusätzlich bei großen Firmen, wie beispielsweise Herberts und Hoechst. Ich habe hier einen Prospekt der Firma Herberts, die ja bekanntlich auch in Österreich eine große Niederlassung hat, wo im Werk selbst mit diesem Gefahrgutmobil geprüft wird. Das heißt, wenn Güter aus dem Bereich des Werkes 'rausfahren, werden hier Stichproben gemacht. Dieses Gefahrgutmobil ist so ausgerüstet, daß man mit chemischen Mitteln sofort eruieren kann, ob auch tatsächlich das angegebene und ausgewiesene Gefahrgut geladen ist oder nicht. Und ich meine, daß bei uns zusätzlich - und so etwas gibt es mit Sicherheit in Österreich noch nicht - hier an der Ostregion dringend erforderlich wäre, ein solches "Gefahrgutmobil" oder wie immer man das Ding dann letztendlich nennt, einzusetzen, um hier Hilfestellung zu finden.

Und ich habe diesbezüglich, ich brauche Ihnen ja nicht die vielen Presseartikel zu zitieren, die immer wiederum lanciert werden. Auch der Herr Landeshauptmann Pröll sagt in der Landeskorespondenz genau vor einem Jahr, daß 250 Kontrollen angesagt waren und 76 Kfz mit Mängeln festgestellt wurden. "Pröll-Aktion wird fortgesetzt." Auch der Herr Landesrat Gabmann usw. Ich spreche nicht ab, daß der Wille ja wirklich da ist. Ich meine, daß man auch selbst - und das wäre eine Möglichkeit - bei der Erstellung des NÖ Verkehrskonzeptes, das ja jetzt schon besser heißen sollte "Verkehrskonzept der Ostregion", darauf Rücksicht nehmen und das auch bei den Beratungen mit einbeziehen und sich wirklich Gedanken darüber machen sollte, daß wir hier stationäre Einheiten schaffen. Und nicht erst wie ein Wanderprediger durch das Land fahren, mit einem Bus, noch dazu mit Beamten, die aber dann - so war es bis jetzt zumindest - dann, wenn die Dienstzeit um 16.00 Uhr oder um 17.00 Uhr endet, war dann wiederum frei, grünes Licht. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das wäre bei der Verkehrskonzeption der Planungsgemeinschaft Ost mit einzubeziehen. Hier wären wirklich Schritte zu unternehmen. Meine Damen und Herren, es wird noch viel ärger werden! Das ist erst der Beginn. Und es kann nicht so sein, und hier sind wirklich die wenigen, ich sage

jetzt, wenige Millionen, die hier verwendet werden müssen, bestens eingesetzt im Sinne der Bevölkerung und im Sinne der Sicherung. Meine Damen und Herren! Ich darf hier einen Resolutionsantrag verlesen und ich freue mich, daß mein Resolutionsantrag nach Absprache mit den anderen Parteien goutiert wurde (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Preisler, Treitler und Muzik zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Überprüfung von Gefahrgut.

Gefahrgut wird vor allem seit der Öffnung der Ostgrenzen in vermehrtem Ausmaße auf NÖ Straßen befördert. Eine lückenlose Überwachung der s.g. 'rollenden Bomben' ist daher mehr als angebracht. Diese Kontrolle könnte, wie auch deutsche Beispiele zeigen, durch die Anschaffung eines Gefahrgutmobils, das auch für Überwachungsvorgänge der Polizei nicht nur an den Grenzen, sondern auch an den Autobahnen und Hauptdurchzugsverbindungen eingesetzt werden kann, diverse Analysegeräte und Hilfsmittel, die eine sofortige Untersuchung von Proben durchführen können, erfolgen. Schwerpunkte dieser Überwachung werden sicherlich die Abfallwirtschaft betreffende Lieferungen sowie auch radioaktive Transporte betreffen. So sind umfangreiche Kontrollen bezüglich der Kennzeichnung, Verpackung und notwendiger Begleitpapiere der Gefahrgüter notwendig. Ebenfalls sind bei der Prüfung der Abfalltransporte zusätzlich Proben zur Flammproduktkontrolle erforderlich. Auch der technische Zustand und die Ausrüstung der diese gefährlichen Güter transportierenden Fahrzeuge sowie die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten und die Gefahrgutführerscheine der Fahrzeugführer sind im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung unbedingt zu überprüfen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung sich beim Bund sowie im eigenen Bereich dafür einzusetzen, daß die Kontrolle dieses Gefahrgutes vor allem an den NÖ Ostgrenzen verstärkt wird und gemeinsam mit dem Bund eine diesbezügliche Kontroll Einrichtung - sprich Gefahrgutmobil - angeschafft wird, um verstärkt die Überprüfung von gefährlichen und umweltschädigenden Gütern durchzuführen."

Das wäre eine Sache. Ich habe auch noch einen zweiten, erweiterten und gemeinsamen Resolutionsantrag vorzutragen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Preiszler, Treitler und Muzik zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Fortführung des Ausbaus bezüglich Überprüfmöglichkeiten für in- und ausländische Kfz.

Zum vorjährigen Voranschlag wurde ein Resolutionsantrag betreffend weiteren Ausbau der Überprüfmöglichkeiten für ausländische Kfz einstimmig beschlossen. Die Steigerung der Grenzübertritte in NÖ hat mit der damit verbundenen vermehrten Umweltbelastung weiterhin zugenommen. So wird wiederum festgestellt, daß mit den bereits bestehenden Prüfzügen das Auslangen nicht gefunden werden kann. Zur Zeit stehen zwei Prüfzüge, wovon einer vom Land NÖ und der zweite vom Bund beschafft und eingesetzt wird, zur Verfügung. Der Bundesprüfzug wird vor allem zur Verstärkung der Überwachungstätigkeit an den NÖ Ostgrenzen als auch österreichweit eingesetzt. Insgesamt muß festgestellt werden, daß die Kontrolltätigkeit noch immer als eher mangelhaft einzustufen ist. Darüber hinaus wären neben den ausländischen nach NÖ hereinkommenden Kfz auch, wie nicht zuletzt das Kuratorium für Verkehrssicherheit sowie alle Autofahrerklubs feststellen konnten, ebenfalls österreichische Kfz, die häufig gravierende Mängel betreffend Verkehrs- und Betriebssicherheit aufweisen, in die Überprüfstätigkeit einzubeziehen. Dies kann aber nur durch vermehrten Einsatz der bestehenden Prüfzüge sowie durch Neuanschaffung eines weiteren Prüfzuges (Kosten wären sowohl vom Bund als auch vom Land zu tragen) geschehen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung sich nochmals beim Bund und im eigenen Bereich dafür einzusetzen, daß die Kontrolle der in- und ausländischen Kfz weiters verstärkt wird und der Ankauf eines zusätzlichen Prüfzuges im Sinne der österreichischen und niederösterreichischen Bevölkerung - vor allem in den Grenzregionen - ins Auge gefaßt wird."

Meine Damen und Herren. Ich glaube, dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT (*SPÖ*): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Die Ostöffnung und die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung im Wiener Umland führten zu einer enormen Steigerung des Verkehrsaufkommens und damit zu einer unerträglichen Belastung der Bevölkerung in diesem Raum. Wir wissen, die Zuwachsraten im Verkehr betragen mehr als 10 Prozent, und das jährlich. Wir zählen heute auf der Wiener Südosttangente 118.000 Fahrzeuge. Das südliche Wiener Umland und die Gebiete in Niederösterreich sind eigentlich damit zur Verkehrshölle geworden und ich meine daher auch, zur Nummer 1 der österreichischen Verkehrsprobleme. Unsere Region, die verantwortlichen Vertreter, die Gemeinden und ich persönlich kämpfen und reden eigentlich schon sehr lange. Zur Verbesserung gibt es Vorschläge, gibt es hier Konzepte. Ich möchte daher heute die Gelegenheit wieder wahrnehmen, um in meinem Beitrag auf die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Wiener Umland hinzuweisen.

Bereits 1991 wurden in einer PGO-Studie und später im Landesverkehrskonzept im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden Lösungsvorschläge erarbeitet und festgeschrieben. Das Verkehrskonzept Südraum Wien verlangt eigentlich ein Verkehrspaket, nämlich den intensiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, den Bau von lokalen Ortsumfahrungen und eine Verbindung zwischen der Süd- und Ostautobahn, die Wiener Südrandstraße, die sogenannte B 301, als nachhaltige Verbesserung der Verkehrssituation in diesem Raum. Nach fünfjähriger Diskussion in der Region selbst, meine Damen und Herren, aber auch in der breiten Öffentlichkeit, liegen nun konkrete Ausbaupläne vor. Die vom Bund beauftragte ÖSAG hat das UVP-Verfahren für das Projekt Wiener Südrandstraße - B 301 eingeleitet und führt in den betroffenen Gemeinden in der Region bereits Informationsveranstaltungen durch. Informationsbüros und sogenannte Planungsworkstätten sollen eine transparente Abwicklung des Projektes gewährleisten. So wie ich es einschätze, meine Damen und Herren, zeigt die bisherige Diskussion, daß trotz großer Widerstände - und sie können noch mehr werden, wenn ich nur an die Wiener Gemeinderatswahlen denke - die Errichtung der B 301 vom Großteil der Bevölkerung befürwortet wird und eigentlich ein rascher Baubeginn gefordert wird. Sie ist, wie ich glaube, mehrheitsfähig.

Voraussetzung ist aber, und da bin ich mit allen Freunden in unserer Region einig, daß diese Südrandstraße B 301 umweltverträglich errichtet wird. Eine der Hauptforderungen möchte ich hier wieder einmal wiederholen: Nämlich eine Hauptforderung der Stadt Schwechat, daß zum Beispiel die geforderte Untertunnelung im Bereiche von Schwechat-Rannersdorf nicht, wie vorgesehen, in einer offenen Bauweise, sondern in einer umweltfreundlichen bergmännischen Bauweise ausgeführt wird. Eine Forderung der betroffenen Gemeinden ist aber auch, daß Zug um Zug mit der B 301 auch die notwendigen Ortsumfahrungen errichtet werden. Ich meine hier konkret in Himberg, in Maria Lanzendorf, in Leopoldsdorf und in Zwölfaxing. Es handelt sich dabei um Bundesstraßen - für Bundesstraßen hat der Bund aufzukommen - und ich könnte mir vorstellen, daß hier eine gemeinsame Regelung gefunden wird. Einige Gemeinden, meine Damen und Herren, lassen erkennen, daß ohne der Errichtung dieser Ortsumfahrungen die Zustimmung zur B 301 nicht erfolgen kann. An dieser Stelle möchte ich eine wichtige Anmerkung machen. Während die Pläne für die Wiener Südrandstraße zur UVP bereits vorliegen, fehlen leider noch die notwendigen Detailpläne für die Ortsumfahrungen. Ich weiß, sie sind bereits in Ausarbeitung. Aber ich möchte ersuchen, um Versäumnisse zu vermeiden, daß diese Pläne auch für das UVP-Verfahren beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in den nächsten Monaten eingereicht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Die besten Konzepte und Pläne nützen nichts, wenn nicht die notwendigen finanziellen Mittel zur Verwirklichung und Umsetzung vorhanden sind. Dazu eine erfreuliche Anmerkung: Von der Bundesregierung, damals noch unter Verkehrsminister Klima und Wirtschaftsminister Ditz, wurden 33 Milliarden als Investitionspaket aus den Einnahmen der künftigen Mautgebühren, Lkw-Abgabe, zweckgebunden für den Bau der B 301 und, was wichtig ist, einschließlich der geplanten Ortsumfahrungen zugesagt. Nachdem die UVP-Verfahren sicher noch einige Zeit benötigen werden, bis die Ergebnisse vorliegen, die Genehmigungen vorliegen - man rechnet hier mit einer Dauer von zwei Jahren - ist zu diesem Zeitpunkt auch die Finanzierung durch die Mautgebühreneinhebung möglich. Also durchaus ein realistischer Weg, das Projekt in den nächsten Jahren umzusetzen und zu verwirklichen.

Zur Entlastung des Straßenverkehrs im gesamten Umland von Wien möchte ich noch einige

dringliche Maßnahmen anführen. Zuerst einmal die Verlängerung der A 23 auf niederösterreichischem Gebiet, die sogenannte B 302, und die Problematik der Ortsumfahrung der Stadt Hainburg. Hier gibt es ja verschiedene Varianten. Die Stadt selbst möchte eine Tunnelvariante. Die technischen Voraussetzungen, die finanziellen Voraussetzungen sind sehr schwierig. Es gibt hier die Möglichkeit einer Anbindung durch die B 50 an die A 4. Diese Dinge werden sicherlich noch ausdiskutieren sein. Aber eine neue Möglichkeit ergibt sich und die möchte ich hier vorschlagen: Daß es neben der Südumfahrung auch zu einer Nordumfahrung kommt, einer leistungsfähigen Nordspange. Und ich meine, diese Spange könnte ja ansetzen bereits bei der A 4 im Raume Schwechat-Fischamend mit einer neuen Donaubrücke in Richtung Marchfeld, dann eine großzügige Umfahrung über die B 8, B 7, und dann einmünden in die A 22. Es wäre hier wirklich eine großräumige Nordumfahrung möglich. Und ich glaube, daß dieser Vorschlag es wert wäre, ihn im Zuge der Überarbeitung des Landesverkehrskonzeptes zu diskutieren und möglichst auch zu berücksichtigen. Ich meine, es wäre auch eine gute Verbindung, eine wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Wiener Becken und dem Marchfeld.

Neben den aufgezeigten Projekten gibt es natürlich eine Reihe von Lösungsansätzen für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Ostregion. Dazu gehört in erster Linie, ich habe es schon erwähnt, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die entsprechenden Vorschläge sind im NÖ Landesverkehrskonzept und in einer Studie der Landesregierung von Dr. Snizek enthalten. Es würde sicher zu lange dauern, hier sehr ausführlich und im Einzelnen die Dinge noch zu erklären, daher nur in kurzen Stichworten:

1. Notwendig ist der Ausbau der S 7, der sogenannten Flughafenschnellbahn und der S 80.
2. Der Ausbau der Preßburger Bahn ist schon im Hinblick auf den künftigen Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat und der Kooperation mit dem Flughafen Bratislava wichtig.
3. Die Schaffung von Bezirksbussystemen, der verstärkte Ausbau der regionalen Busverbindungen von Burgenland über Niederösterreich nach Wien, die Errichtung von Park-and-ride-Anlagen im Bereiche der Ost-, Süd- und Preßburger Bahn oder auch Maßnahmen im südlichen Gebiet dieser Region, nämlich im Raume Mödling durch die Verhandlungen zur Verlängerung der U 6 nach Mödling und unter Umständen auch den kreuzungsfreien Ausbau

der Badener Bahn bis Traiskirchen erscheint ebenfalls erforderlich.

Wir wissen, meine Damen und Herren, daß die Finanzierung dieser angeführten Maßnahmen gerade im öffentlichen Verkehr sehr, sehr schwierig ist. Die Budgetansätze reichen nicht aus, diese Ausbaumaßnahmen rasch zu verwirklichen. Erfreulich erscheint mir aber doch die Tatsache, daß für die Finanzierung der S 7, der Flughafen-Bahn nun eine privatwirtschaftliche Finanzierung angestrebt wird. Die entsprechende Ausschreibung läuft noch. Auf jeden Fall werden aber vom Bund - und hier gibt es bereits eine Stellungnahme und eine Erklärung - bis zum Jahre 1999 von den zu erwartenden Baukosten von zirka 1,1 Milliarden Schilling rund 600 Millionen in Aussicht gestellt. Darüber hinaus wird sicherlich auch das demnächst ausgehandelte oder unterzeichnete Vertragswerk über den Nahverkehr beitragen, die Situation im öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Das sind einige der wichtigsten Dinge, meine Damen und Herren, konkrete Vorschläge zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Ostregion. In Anbetracht der Wichtigkeit, die dieser Verkehrsproblematik in der Ostregion, in Niederösterreich zukommt, erlaube ich mir, meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit dem Herrn Abgeordneten Treitler folgenden Resolutionsantrag einzubringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Gebert und Treitler zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend rasche Realisierung der Nahverkehrsmaßnahmen im Wiener Umland.

Die Ostöffnung und die begrüßenswerte positive Wirtschaftsentwicklung im Wiener Umland haben zu einer Zunahme des Individualverkehrsaufkommens in dieser Region geführt, das die Grenze der Erträglichkeit für die betroffene Bevölkerung bereits erreicht hat. In Reaktion auf diese Entwicklung wurde vom Land Niederösterreich ein regionales Verkehrskonzept für das südliche Wiener Umland erarbeitet; für das nördliche Umland wird ein derartiges Konzept gerade fertiggestellt. Daneben wird das derzeit in Überarbeitung befindliche NÖ Landesverkehrskonzept neuerlich Lösungsvorschläge zur Vermeidung des totalen Verkehrsinfarktes in diesem Gebiet liefern.

Allerdings bringen auch die besten Konzepte keine Abhilfe für die betroffene Bevölkerung, so daß es dringend notwendig erscheint, daß die

aufgezeigten Lösungsansätze auch verwirklicht werden. Übereinstimmend werden als vordringlichste Maßnahmen

- die Errichtung der Wiener Südrandstraße (B 301),
- die Verlängerung der A 23 auf niederösterreichischem Gebiet (B 302),
- die Schaffung von Ortsumfahrungen,
- der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (der S 7 und der S 80 auf NÖ Gebiet) angesehen.

Neben bei einigen dieser Maßnahmen notwendigen vorbereitenden Verfahrensschritten ist eine wesentliche Realisierungsvoraussetzung eine gesicherte Finanzierung. Durch abschlußreife Verträge, wie im öffentlichen Nahverkehrsbereich, oder neue Einnahmequellen, wie die geplante Mauteinhebung für das hochrangige Straßennetz, zeichnen sich auch realistische Finanzierungsmöglichkeiten ab.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und in Umsetzung des NÖ Landesverkehrskonzeptes

- im eigenen Bereich durch Beschleunigung der Vorleistungen für die Verfahrensdurchführung, wie die Vorlage der zur UVP notwendigen Pläne und Unterlagen für Ortsumfahrungen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten,
- bei der Bundesregierung auf eine rasche Realisierung der genannten Maßnahmen und ein beschleunigtes und entbürokratisiertes UVP-Verfahren zu drängen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Landtag! Ich darf Sie ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit darf ich mich herzlich bedanken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Vorerst als Letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Verkehrsthema Fahrplanänderung der ÖBB bestimmte in letzter Zeit die Schlagzeilen der Medien. Ich stimme mit vielem, was Kollege Muzik gesagt hat, überein. Ich darf aber zuerst einmal kurz rückblenden. Wir wissen noch alle, mit welcher Euphorie vor fünf Jahren dieser damalige NAT eingeführt worden ist. Als beispielgebend für die europäische Verkehrslösung wurde dieses damalige Ereignis hingestellt. Heute wissen wir, daß

dieser NAT zwei Milliarden Defizit bringt und daß Maßnahmen notwendig geworden sind. Mit der Konsequenz, daß rund 10 Prozent der Züge eingestellt werden mußten. Wir haben dafür auch Verständnis. Vor allem, wenn diese Maßnahmen kundenorientiert ausgerichtet werden und wenn vor allem auch ausreichend informiert worden wäre. Faktum ist aber, daß die ÖBB-Verantwortlichen dieses Chaos durch selbstverschuldeten Dilettantismus verursacht haben.

Ich habe vorhin gemeint, daß rechtzeitige Information und eine kundenorientierte Lösung entscheidende Grundlagen sind. Beide Erfordernisse wurden jedoch bei der Fahrplanumstellung mit 2. Juni 1996 mißachtet. Wenn der Herr Kollege Muzik gemeint hat, es soll eine intakte Dienstleistung gewahrt sein, dann ist das jene Voraussetzung, die hier doch größtenteils außer acht gelassen worden ist. Die Fakten zeigen, daß die interne Personalschulung sowohl zu spät als auch unzureichend erfolgt ist. Und es ist eine Gewißheit, daß heute jene, die eigentlich keine Verantwortung tragen müssen, die Schulden und die Schuld für die Entscheidungsträger der ÖBB zu tragen haben. Das heißt, das Management hat versagt und die Last für diese Versäumnisse wird den Bediensteten, dem Zugbegleiter und jedem anderen Nachgeordneten angehängt. Das ist eigentlich etwas, was wir uns von einem modernen Management nicht erwarten. Es wurden Züge wegrationalisiert, obwohl die ausreichende Information ausgeblieben ist. Tagesrandzüge wurden ohne Vorankündigung gestrichen. Dafür meldete aber der Tonbanddienst nach der Fahrplanumstellung noch immer die alten Fahrplanzeiten. Das ist wirklich Dilettantismus, wie er nicht passieren sollte. Man kennt natürlich auch die Pendlerfrequenz auf den einzelnen Strecken. Und gerade dort, wo die Züge überfüllt gewesen sind, hat man Züge gestrichen bzw. hat die Sitzplätze reduziert. So zum Beispiel im Wiener Südraum. Die zweite Klasse ist vollgestopft, in der ersten Klasse haben wir "Geisterzüge". Hier fehlt es an Beweglichkeit, um eine gewisse Umstellung kurzfristig zu ermöglichen. Aber selbst wenn die Verantwortungsträger rasche Maßnahmen setzen wollten, wäre es ein Problem gewesen. Denn ich kann nicht 12 Wagons führen auf einem Gleis, das nur für 10 ausgelegt ist. Das sind technische Voraussetzungen, die man auch vorher wissen mußte. Und dazu kommt noch, daß auf allen Linien Verspätungen festzustellen sind. Aus unserem Bereich wurde zum Beispiel unter anderem ein Eilzug Amstetten - Wien gestrichen und die Pendler müssen jetzt den Orient-Express benützen, der jeweils nicht kalkulierbare Verspätungen aufweist. Und damit kommen alle Pendler auf einzelnen Strecken oft bis zu

50 Minuten später zu ihren Arbeitsplätzen. Das sind massive Nachteile für die Pendler. Für viele hat sich auch die Fahrzeit zwischen Wohn- und Beschäftigungsort erheblich erhöht. Auch die veränderten Taktzeiten bringen beträchtliche Zeitverluste. Man kann also zusammenfassend sagen, mit derartigen Managementfehlern ist dem System nicht gedient. Damit gewinnt man keine neuen Kunden, sondern wirkt der Absicht, den Umstieg vom IV (*Individualverkehr*) zum öV (*öffentl. Verkehr*) zu bewältigen, kontraproduktiv entgegen. Es ist also höchste Zeit, daß hier nicht nur Versprechungen über die Medien mitgeteilt werden, sondern echte spürbare Konsequenzen erfolgen. Und daß vor allem die in das Schußfeld der Kritik kommen, die die Verantwortung tragen und nicht - ich umschreibe das jetzt so - der "kleine Eisenbahner" der Schuldtragende für die Fehler und Versäumnisse des Managements ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein für uns Niederösterreicher wichtiges Thema ist auch dieser Nahverkehrsvertrag, der sich so gleichsam in der Zielgeraden befindet. Rückblickend muß sehr wohl angemerkt werden, daß die ÖBB auch hier einige Hürden aufgebaut hat, die erst mühsam überwunden werden mußten. Es war aber die konsequente, zähe und geschickte Verhandlungsführung unseres Landeshauptmannes und der Beamten, daß hier doch noch dieser Nahverkehrsvertrag nach einigen Jahren positiv abgehandelt werden kann und daß hier jetzt die Leistung des Landes sich auch einer gesicherten Gegenleistung der Bahn gegenüber sieht. Für uns besonders erfreulich, daß damit auch die Nebenbahnfrage aus der Diskussion genommen werden kann und daß die Nebenbahnen abgesichert sind. Möglich ist das alles geworden durch die Finanzierung aus den erhöhten Bundes-Mineralölsteuermitteln. Wenn der Kollege Haberler auch daran Kritik geübt hat, dann sei ihm sehr wohl ins Stammbuch geschrieben, diese können wir nicht verwenden, wie wir wollen. Sondern diese erhöhten MÖSt-Mittel sind zweckgebundene Mittel, die ausschließlich für die Bewältigung und Lösung des Nahverkehrs zu dienen haben. Das ist für mich auch immer wieder ein Lieblingsthema. Nämlich deshalb, weil über diese Bundes-Mineralölsteuer bis 1986 auch der wesentliche Teil unseres Straßenbaues finanziert worden ist. Bis zu diesem Jahr waren ja 90 Prozent der Bundes-Mineralölsteuermittel zweckgebunden. Es wurden damals mehr als 10 Milliarden jährlich aufgewendet, weil aus den 14 Milliarden Einnahmen 90 Prozent für den Straßenbau verwendet werden konnten. Heute nehmen wir ungefähr 35 Milliarden ein, ohne einen einzigen Schilling an Zweckbindung. Diese 35 Milliarden Bundes-Mineralölsteuer, die

überwiegend der Kraftfahrzeugverkehr aufbringt, verrinnen in den Kanälen des Bundesbudgets. Und das, was ich schon mehrmals auch von hier aus gesagt habe, wiederhole ich: Ohne Rückkehr zur gesicherten und zweckgebundenen Bedeckung des Straßenbaues werden viele Maßnahmen, auch jene des überarbeiteten Landesverkehrskonzeptes, zum zeitlichen Opfer!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben über Landtagsbeschluß den Auftrag erteilt, das Landesverkehrskonzept zu überarbeiten. Die bisherige Bilanz ist durchaus positiv. Es wurden Milliardenumsätze getätigt, es wurden 10 Milliarden investiert. Auch die Maßnahmen für den öV, einschließlich der Park-and-ride-Anlagen sind effizient. So wie dieses erste Landesverkehrskonzept erstellt worden ist, läuft es auch diesmal: Daß nämlich nicht vom Grünen Tisch aus die Vorschläge erstattet werden, sondern die Ideen in den Regionen draußen diskutiert werden, diese so gefundenen Lösungen auch mit den Entscheidungsträgern in den Regionen abgestimmt werden und schon dadurch ein großes Maß an Übereinstimmung gewährleistet ist. Ich bin überzeugt, daß nach dieser umfangreichen Arbeit dieses Landesverkehrskonzept eine verkehrspolitische Richtlinie für die nächsten Jahre sein wird, das dann umgesetzt werden kann, wenn es uns gelingt, die finanziellen Barrieren zu überwinden.

Ich möchte heute aber auch drei andere Themen zur Diskussion stellen und das schließt nahtlos an meine Überlegungen, auch dem Straßenverkehr die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, an. Ich meine, es ist verfehlt, ausschließlich in den öV zu investieren und das Auto an den Pranger zu stellen. Professor Sammer hat in einer Untersuchung festgestellt, daß die Führerscheinbesitzer in zehn Jahren ungefähr einen Deckungsgrad von 97 Prozent haben werden. Wenn ich jetzt noch die Idee von Bundesminister Scholten mit einbinde, nämlich unter Umständen den 16-jährigen schon die Möglichkeit des Führerscheinwerbes zuzugestehen, dann erhöht sich natürlich die Zahl der Führerscheinbesitzer und damit auch das Verkehrsaufkommen weiter. Ich meine, daß darin ungefähr eine Erhöhung um zwei bis zweieinhalb Prozent begründet ist. Was mich dabei stört, ist der Schluß. Nämlich, man muß dem 16-jährigen den Erwerb des Führerscheins gestatten, weil er auf dem einspurigen Fahrzeug gefährdet ist. Ich frage mich, ob er dann, wenn er in einem Auto sitzt, nicht nur sich selbst gefährdet sondern ob er nicht auch zur Gefahr für andere wird. Daß also das Auto vielleicht zwar Selbstschutz bietet, aber andere Verkehrsteilnehmer dadurch bedroht. Und wir wissen

ja aus der Unfallstatistik, daß es nicht unbedingt die älteren Autofahrer sind, die manchmal zu Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang beitragen. Die Erfahrungen in aller Welt zeigen, daß das Auto für viele kein Luxusgut ist, sondern ein einfaches Fortbewegungsmittel.

Ein zweiter Gedanke: Vielen sind sowohl die Flut von Verkehrszeichen, als auch die schwer lesbaren Gesetzestexte ein Dorn im Auge. Es ist daher alles zu tun, um den Schilderwald zu reduzieren. Denn vieles, was uns auf der Straße begegnet, ist in der Summe gar nicht mehr erfaßbar. Die gesetzlichen Vorschriften sind es, die die Errichtung von Ge- und Verbotszeichen begründen. Daher ist gerade bei diesen Verordnungen, bei den Gesetzen anzusetzen. Denn alle diese Gebots- und Verbotszeichen sollen mehr Sicherheit bieten und nicht Anlaßfälle für langwierige Rechtsstreitigkeiten bis zur letzten Instanz sein.

In der Praxis ist es ja oft so, daß uns die Positionsfolge 100 Kilometer, 60 Stundenkilometer, Laserpistole begegnet. Dieser Eindruck kann also durch die Praxis nicht verwischt werden. Ich meine, daß Organstrafen nicht Vorrang vor Sicherheit haben sollen, sondern die Sicherheit und das Bemühen um eine gesicherte Verkehrsorganisation unser aller vordringlichstes Interesse sein soll. Und wenn ich vorhin gemeint habe, daß auch die Gesetzestexte reformiert gehören, so erinnere ich Sie an die Autofahrersendung vom vorigen Freitag, wo Herr Votava gemeint hat, wie regeln wir das in Österreich und wie einfach geht es in anderen Staaten. So zum Beispiel den Vorrang für den Radweg. Diese Verordnung umfaßt in Deutschland 28 Wörter, in der Schweiz 33. In Österreich werden dafür 159 Wörter aufgewendet. Das Fußgängerverhalten wird in Deutschland durch 214 Wörter geregelt, in der Schweiz durch 35. Auch hier sind wir Spitze, wir brauchen dafür 638 Wörter. Und selbst das für jeden so wichtige Thema des Haltens und Parkens wird in Deutschland einfacher geregelt als bei uns. Da genügen in Deutschland 619 Wörter, in der Schweiz gar nur 316, bei uns werden 1.550 Wörter vergewaltigt. Ich meine, daß das ein Signal an den Bund ist, manche Gesetzestexte zu reformieren. Und ich sehe das strahlende Gesicht unseres "Oberderegulierers" Dr. Michalitsch, der sicherlich mit diesem Impuls seine helle Freude haben wird, wenn Gesetzestexte nicht nur vom Umfang her reduziert, sondern auch einfacher und damit lesbarer geworden sind.

Ein letztes Thema befaßt sich mit der Höchstgeschwindigkeit auf den Autobahnen. Diese 130 km/h sind, so meine ich, in letzter Zeit beinahe

fiktiv oder vielleicht sogar obsolet geworden. Denn es ist ein Faktum: Jene, die sich absolut an die Höchstgeschwindigkeit halten, brauchen permanent ein neues Heck. Und das ist unabhängig von der Leistungsfähigkeit des Fahrzeuges, von der Größe des Fahrzeuges, sondern unterliegt ausschließlich der Eigenverantwortung und der Disziplin des Lenkers. Die Praxis, der wir tagtäglich begegnen, zeigt die mangelnde Sinnhaftigkeit dieser damals getroffenen Entscheidung mit der Höchstgeschwindigkeit. Auch die Unfallziffern, Unfallanlässe und das Alter der Unfallopfer sprechen eine deutliche Sprache. Im Monat Juni weist die Statistik bis zum 19. Juni 29 Unfallorte mit Personenschaden und davon 15 Tote aus. 21 dieser erwähnten Unfälle ereigneten sich auf Bundes- oder Landesstraßen. Nur ein Verkehrsunfall ereignete sich auf einer Autobahn, auf der A 2, aber es gab dort keinen einzigen tödlichen Verkehrsunfall. Obwohl dort die Kontrollen sind, passieren die Unfälle mit tödlichem Verkehrsausgang zum überwiegenden Teil auf nachrangigen Straßen, auf Nebenverkehrsstraßen. Und wir wissen alle, welche Gründe dafür maßgebend sind. Ich meine daher, man sollte zumindest, auch wenn der Bundesgesetzgeber dafür verantwortlich ist, diese jetzt geltende Höchstgeschwindigkeit auf den Autobahnen neu überdenken und sich vielleicht an das deutsche Beispiel der Richtgeschwindigkeit anlehnen. Selbst in jenem Land, wo die "speedlimits" an der Tagesordnung waren, wurden jetzt die Höchstgeschwindigkeiten angehoben bzw. wird es sogar manchen Staaten freigestellt, sie überhaupt aufzulassen. Und es kann doch niemand behaupten, daß trotz aller Belastung der A 2 das Verkehrsaufkommen auf den amerikanischen Autobahnen und Highways nicht größer ist als bei uns, trotz dieser vielen Einbindungen usw. Ich meine, man sollte also diesen Gedanken zum Anlaß nehmen, im Zuge einer StVO-Novelle auch diese bereits vollzogene Praxis gesetzlich festzuschreiben. Ich habe dafür auch eine Begründung: Berücksichtigt man nämlich die Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik unter Einschluß aller Parameter und der Verkehrsdichte, so gibt es auf diesen deutschen Autobahnen weniger Unfälle als auf unseren österreichischen Autobahnen. Und wenn nun vielleicht der eine oder andere auf die Idee kommt, daß eine größere Geschwindigkeit unter Umständen auch zu höheren Emissionen führt, so gibt es auch dafür eindeutige Beweise: Weder die Emissions- und Treibstoffverbräuche sind im gegenwärtigen stockenden und durch viele Ampelschikanen geregelten Stadtverkehr geringer, sondern dort sind sogar diese Emissionen größer um ein Vier- bis Fünffaches, sodaß auch dieses Argument gegen diese Höchstgeschwindigkeitsanhebung

nicht ins Treffen geführt werden kann. Ich meine sogar, daß eine angepaßte und individuell vollzogene Geschwindigkeit staumindernd wirkt und zu einem flüssigeren Verkehrsaufkommen führt.

Zu diesem Thema abschließend: Ich meine, es ist viel wichtiger, den gesamten Verkehr zu beobachten als sich durch das Kleben auf dem Tacho von dem übrigen Verkehrsgeschehen zumindest optisch abzukoppeln. Und das Ziel muß sein, weniger Reglementierung, Zwang und Dirigismus, dafür aber mehr Eigenverantwortung und mehr Disziplin. Ich meine, daß wir mit mehr Eigenverantwortung, mit mehr Selbstdisziplin die Unfallziffern bedeutsam reduzieren können und daß dem Verkehr und der ganzen Organisation durch eine Reduzierung des Schilderwaldes und eine Entrümpelung der wortstrotzenden Gesetzestexte mehr gedient ist als durch diese jetzt zu einengenden Maßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend noch zwei Bemerkungen zu den Resolutionen. Die Resolution Gebert, Treitler wird von uns unterstützt. Und zwar auch deshalb, weil ich darauf Wert gelegt habe, daß vor allem auch das UVP-Verfahren beschleunigt und entbürokratisiert abgewickelt wird. Nämlich deshalb, weil oft die bürokratische Hürde durch die UVP unüberwindbarer ist als die finanzielle Barriere. Daher ist dieses Verfahren beschleunigt durchzuführen, wenn wir rasch zu Entscheidungen kommen wollen. Wir sind auch dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Preisler beigetreten, der Herr Kollege Muzik und ich, und zwar deshalb, weil wir gerne schmückende Gamsbärte auf alten Hüten sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bevor wir zur Abstimmung kommen, liegen noch zwei kurze Wortmeldungen vor, wie mir versichert wurde. Der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg und dann der Herr Landesrat Schimanek.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es wurden hier zwei Resolutionsanträge eingebracht, denen ich entnehme, daß alle drei Parteien diese einbringen. Und zwar geht es um diese Überprüfungswägen, die angeschafft werden sollen. Wir werden diesem Resolutionsantrag zustimmen; wir werden beiden zustimmen. Aber, ich möchte hier noch einmal betonen, daß wir uns hier eigentlich zusammengesetzt haben, um Sparmaßnahmen zu treffen. Und daß derartige wichtige Investitionen in einer solchen Ho-Ruck-Aktion, wie

sie immer wieder von der F-Partei hier gestartet wird, sicher nicht zielführend sind. Sondern daß das in den Klubs vorbesprochen werden könnte und damit ordentlich budgetiert mit dem Herrn Landesrat Mag. Freibauer durchgezogen. Dann scheint mir das Ganze geordnet und zielführend zu sein. Dann kann man auch überlegen, was man macht. Wir werden trotzdem zustimmen, weil es um die Sicherheit der Bevölkerung geht. Aber die Vorgangsweise verurteilen wir. Danke. *(Beifall bei LIF.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Schimanek, bitte.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Hochgeschätzter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ganz kurz eine Anmerkung zum Kollegen Dipl.Ing. Toms. Ich bin der Ansicht, daß der Abwasserbereich nicht nur in Niederösterreich ein hochpolitischer Bereich ist, allerdings kein parteipolitischer. Also das möchte ich hier ganz deutlich sagen. Und daher darf ich Dir sagen, es freut mich, daß ich Deinen Ausführungen wirklich größtenteils vollinhaltlich zustimmen kann. Es paßt alles. Also das ist ein Beweis dafür, daß wir wirklich in der richtigen Richtung sind.

Zum Kollegen Haberler möchte ich noch ergänzend sagen, er hat hier angemerkt, daß wir 4,3 Milliarden Förderungsrückstand alleine in Niederösterreich haben. Also an auszulösendem Bauvolumen mangels des notwendigen Geldes vom Bund, und dann auch vom Land. Die Gemeinden wollen also, nur gibt es kein Geld. Und ich persönlich meine, daß hier die Umwegrentabilität mit Füßen getreten wird, weil wir hier möglicherweise Schäden verursachen, die wir später mit einem Vielfachen an finanziellem Aufwand wieder reparieren müssen.

Es gibt eine Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Volkspartei auf Bundesebene, wonach 1996 eine zusätzliche Milliarde für den Siedlungswasserbau gegeben werden soll aus dem Budget des Herrn Umweltministers. Sie ist noch nicht da. Aber es wurde versichert, sie kommt. Und Kollege Haberler hat mit Recht die Frage aufgeworfen, wo haben wir denn das im Budget verankert? *(Abg. Treitler: Das hat der Herr Landesrat schon beantwortet in der Regierungssitzung!)*

Nein, wo haben wir das im Budget? Und ich glaube ganz einfach nicht, daß das so einfach zu beantworten ist. Es ist nirgends ausgewiesen. Wir werden das im Jahr 1997 benötigen, das Geld, das ist ganz klar. Nur, es steht nirgends. Und wir

werden daher Probleme bekommen. Aber bitte, es ist nicht meines, es ist das Problem des Kollegen Freibauer.

Ein zweites Problem darf ich sagen: Ende 1996 - und das geht speziell an die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP - Ende 1996 läuft die Frist für den § 33g des Wasserrechtsgesetzes aus. Das bedeutet, daß mit Ende 1996 die Dreikammer-Kläranlagen nicht mehr genehmigt sind und ab 1997 praktisch eine Änderung erfolgen muß in der Abwasserbehandlung. Und hier muß ich sagen, ist es dringend notwendig, eine rechtliche Entlastung des Bürgers, der Gemeinden und der Bürgermeister zu erreichen. Ich war im Vorjahr vorstellig bei Bundesminister Molterer, ich habe ihm genau geschrieben, worum es geht. Wir haben im Landtag entsprechende Aktivitäten gesetzt. Ich ersuche nur bitte dringend angesichts der immer näher rückenden Frist die Kollegen von der ÖVP, daß sie hier bei Molterer vorstellig werden, daß endlich dieser § 33 auch so fristverlängert wird, daß wir damit auskommen können. Ansonsten könnte es zu einer Katastrophe kommen. Danke recht herzlich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung liegt nunmehr die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr vor. Ich ersuche den Berichterstatter, in diesem Zusammenhang den Antrag zu stellen zum ordentlichen Teil, außerordentlichen Teil sowie zum Konjunkturausgleichsteil.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 2.939.533.000 Schilling und Einnahmen von 610.642.000 Schilling, im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 445.955.000 Schilling und Einnahmen von 11.955.000 Schilling sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 20.000.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher Teil, außerordentli-*

cher Teil sowie Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionsanträge. Resolutionsantrag der Abgeordneten Preiszler, Treitler, Muzik hinsichtlich Überprüfung von Gefahrgut. (Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Der zweite Resolutionsantrag, der hier zur Abstimmung gelangt, ist der der Abgeordneten Preiszler, Treitler und Muzik zur Fortführung des Ausbaues von Überprüfungsmöglichkeiten für in- und ausländische Kfz. (Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Der dritte und letzte Antrag zu dieser Gruppe betrifft die rasche Realisierung der Nahverkehrsmaßnahmen im Wiener Umland und ist ein Antrag der Abgeordneten Gebert und Treitler. (Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zur Beratung und Beschlußfassung der Gruppe 7 und ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil zu berichten.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt die Gebarungsvorgänge Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs sowie Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 2.088,924.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 65,058.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 4,51 Prozent. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke dem Herrn Berichterstatter. Ich eröffne die Debatte. Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg ist der erste Redner, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Eigentlich wollte ich dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer auf seinen Vorwurf antworten. Angeblich hat er mich, als ich draußen war, als "Marktfundamentalisten" bezeichnet. Ich fühle mich da gar nicht beleidigt, sondern möchte nur feststellen, daß wir das grundsätzlich so sehen, daß eine Harmonie zwischen Wirtschaft, Ökologie, der Gesellschaft und den Menschen herrschen soll. Daß es selbstverständlich ist, daß man alle Handlungen in diese Richtung führt. Und daß aber nur eine gute Wirtschaft es ermöglicht, daß wir dem allen gerecht werden.

Zur Haushaltsgruppe 7, Wirtschaftsförderung, darf ich jetzt ausführen, wir können hier Beispiele anführen, die belegen, warum wir diesem Budget nicht zustimmen. Weil dieses Budget phantasielos und eben nicht strukturell bereinigend vorgeht. Wie ich schon in der Generaldebatte gesagt habe, glaube ich, geht es nicht darum, daß die Wirtschaftsförderung nur 4,5 Prozent ausmacht und wieder eine wesentliche Reduktion aufweist. Am meisten zur Ader gelassen werden die Förderungen für Handel, Gewerbe und Industrie mit 11 Prozent, im Tourismus von 205 auf 190 Millionen. Obwohl wir wissen, daß wir mit 6 Prozent ganz arm hier stehen als eines der größten Bundesländer. Auch das wurde schon gesagt.

Wenn man das Geld nicht hat, dann kann man es eben nicht ausgeben. Was wir aber vermissen, ist die strukturelle Vorgangsweise und die Konsequenz in allen Fragen. Weil wenn man sich mit den Ausgaben beschäftigt, und wenn man das wirklich durchschaut, dann sieht man zum Beispiel, daß wir hier überall Reduzierungen haben. Dann gibt es aber Positionen, wie zum Beispiel die Dotierung der Kammer für Arbeiter und Angestellte mit 4,2 Millionen, das sind 50 Prozent der Dotierung für Gewerbe und Wirtschaft, die nur mit 9 Millionen dotiert sind. Und das noch dazu, wo die Kammer, soweit ich informiert bin, einen Überschuß von 73 Millionen hat. Und hier bitte finde ich es nicht richtig, daß die Wirtschaft beschnitten wird, bei solchen Ausgaben. Daß gespart wird und die Kammer dagegen sogar eine Erhöhung erfährt. Und das geht quer durch die Bank, zum Beispiel Land- und Forstwirtschaft/Interessensvertretung: 161 Millionen - ein Plus von 14 Prozent, bitte. Und das, obwohl die Gesamteinnahmen im Land nur um 2,66 Prozent höher prognostiziert wurden. Und wir wissen, Herr Kollege, daß das sehr optimistisch ist. Weil eine Milliarde Mehreinnahmen, obwohl wir vom Herrn Landesrat Freibauer gehört haben, daß er eigentlich pessimistische Prognosen für die

Wirtschaft, für die Beschäftigung vorhersieht, ich bin sehr interessiert, wo er die Milliarde Mehreinnahmen hernehmen wird.

Noch interessanter ist die Position Parteienbeitrag zum Beispiel bei der Landes-Landwirtschaftskammer: 600.000,- Schilling. Oder Landarbeiterkammerbeiträge: 107.000,- Schilling für Parteienabgaben. Auch eine Steigerung von 16 Prozent in der Förderung mit 9,7 Millionen. Das sind alles Positionen, die sicher auch einen Zwang in sich haben, weil es gesetzlich geregelt sein wird, das nehme ich sicher an. Aber hier ist unser Ansatz: Diese Gesetze gehören geändert. Sie kennen die Auffassung der Liberalen zu der Kammerpflichtmitgliedschaft. Wir sind nicht dafür. Die Demokratie hat entschieden, daß das so sein soll. Aber bitte, dann sollen diese Leute die Kammeraufkommen selbst bezahlen und nicht, daß das über Steuermittel umgeleitet und zugeführt wird. Noch dazu, wo es gar nicht gebraucht wird. Wenn ich 73 Millionen Schilling Überschuß habe, wozu brauche ich dann noch eine Förderung? Das kann mir doch niemand im Ernst erklären! Wenn ein Land so dasteht wie Niederösterreich in der Verschuldung und wenn wir wirklich zukunftsorientiert vorgehen wollen.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal die Kammern auffordern, der NÖ Wirtschaft jene Hilfe zu erteilen, die sie aus dem Budget jetzt nicht mehr bekommen kann. Nicht bekommen kann, nicht deshalb, weil die Regierung nicht ordentlich arbeitet, sondern weil das Geld nicht da ist. Und diese Hilfe kann darin bestehen, daß man eine Überbrückung mit Beamten schafft, um diesen Administrationsaufwand bei der Beteiligung an EU-offenen Ausschreibungen zu überwinden. Daß man dadurch die Betriebe, die Gewerbebetriebe, den Handel unterstützt, daß sie mitbieten können. Daß die Formulare richtig ausgefüllt werden und daß sie auch herangeführt werden. Wir können das nicht zu einer Hohlschuld machen, so wie gestern der Herr Abgeordnete Dr. Strasser gesagt hat, das ist eh' alles in der Herrengasse. Das ist nicht die Lösung! Ein Unternehmer, ein Mensch, der arbeitet draußen, der drei, vier Angestellte hat, der hat nicht die Zeit, daß er in die Herrengasse pilgert und in den Büros herumstöbert, ob er irgendwo einen Auftrag finden kann. Das hat an die Leute herangetragen zu werden. Und das kann auch die Arbeiterkammer machen, da fällt ihr kein Stein aus der Krone. Und wenn diese neuen Aufgaben wahrgenommen werden, dann glaube ich, daß wir die Einsparungen im Budget, die leider notwendig sind, leichter verschmerzen können. Danke schön.
(Beifall bei LIF.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher zu Wort.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wenn der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg glaubt, das Budget 1997 oder die Gruppe 7 - das habe ich nicht richtig verstanden - wäre phantasielos, dann habe ich dem etwas entgegenzuhalten. Denn ich glaube, der Beitrag des Landes, welcher in der Gruppe 7 vorgesehen ist, bildet in unserem Budget, aber insbesondere für unsere Landwirtschaft, eine nicht unwesentliche Rolle. Und die gemeinsame Agrarpolitik, und ich spreche damit das Budget der Landwirtschaft an, die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union hat uns im Vorjahr entgegen aller Behauptungen verschiedenster Gruppen sichtbare Erfolge gezeigt. Und zwar sind die Maßnahmen im ÖPUL vorteilhaft für unsere Bauern, aber auch, indem naturnah produziert wird, für unsere Konsumenten. Und es muß offensiv daran gearbeitet werden an einer weiteren Ökologisierung, daran, in eine weitere Ökologisierung zu investieren. Es muß ein Weg der Verantwortung der Natur gegenüber gefunden werden, der der Stärkung unserer Umweltprogramme zum Durchbruch verhilft. Ich behaupte, daß Österreich und insbesondere Niederösterreich Vorreiter in Sachen Ökologie ist. Die Strukturbereinigung laut letztem vorliegenden Grünen Bericht hat natürlich gezeigt, daß unser Berufsstand in der Landwirtschaft leider zusammenschmilzt. Aber das auch mit und ohne Europäische Union. Und der Grüne Bericht, der uns vorliegt, hat bewiesen, daß wir in den vergangenen zehn Jahren von 1980 bis 1990 ein Minus an Bauern von zirka 15 Prozent verzeichnen mußten, also ohne Europäischer Union.

Unabsehbar wären die Auswirkungen für die Landwirtschaft, wenn das GATT-Abkommen allein für uns voll wirksam werden würde. Auch dazu hat uns eine Studie gezeigt, daß Österreichs Landwirtschaft Einbußen von zirka 10 Milliarden Schilling zu verkraften hätte. Ohne Ausgleich, während wir jetzt in der Europäischen Union einen einigermaßen gerechten Ausgleich vorfinden.

Bei den heiklen Umsetzungen des EU-Beitrittes haben wir alles programmgemäß abgewickelt, natürlich auch mit dem finanziellen Beitrag des Landes Niederösterreich. Abgewickelt und auch umgesetzt. Es ändert aber nichts daran, und das ist das Handikap der Bauern, daß die derzeitige Marktsituation in einigen Bereichen vollkommen

unbefriedigend ist. Ich erinnere nur an den Rinderwahn, wobei unser Rindfleisch vollkommen frei ist von BSE, doch die Konsumenten reagieren natürlich darauf. Und wir haben einen Rückgang im Verbrauch von zirka 40 Prozent.

Wir müssen uns für die Zukunft als Öko-Land voll profilieren. Das ist unsere Chance in einer kleinen Struktur, wenn wir in Zukunft überleben wollen. Und Überleben wollen heißt eine intakte Umwelt erhalten. Das heißt wieder, daß bei allem Wirtschaften, beim Konsumieren die Grundlagen, unsere Ressourcen erhalten bleiben müssen. Die Landwirtschaft wird gebraucht, das weiß auch unsere Gesellschaft. Weil wenn auf den bewirtschafteten Flächen produziert wird, zusätzliche unverzichtbare Leistungen auch im Bereich unseres Tourismus damit sichergestellt sind. Wenn schon Ökologie, dann muß sie für unsere Bauern aber auch rentabel sein und rentabel bleiben. Das umweltfreundliche Verhalten muß sich in Zukunft für den landwirtschaftlichen Betrieb auch lohnen. Ein Meilenstein wurde dazu ja gesetzt. Ich halte es für wichtig, daß man sich im NÖ Landtag auch nach dem vollzogenen EU-Beitritt intensiv mit der Situation der Landwirtschaft in unserem Land auseinandersetzt. Letztlich waren ja die Voraussetzungen so, daß auch unsere Bauern mit einem Ja für den Beitritt zur EU stimmten. Vor dem EU-Beitritt herrschten Klarheit und Konsens darüber, daß dieser nicht auf Kosten der Landwirtschaft erfolgen könne. Deshalb wurde ein Solidarpakt verabschiedet, der die für die Landwirtschaft notwendige finanzielle Basis sicherstellt, getragen natürlich von der EU einerseits sowie vom Bund und den Ländern auf der anderen Seite. Und die Landwirtschaft hat auf dieser Basis natürlich Ja gesagt, auch mit dem Wissen, daß die Konkurrenz in Zukunft sicher härter wird.

Ein starkes Argument für dieses Ja war neben dem Solidarpakt auch die Verpflichtung des GATT, die jetzt mit Juli in Kraft treten würde, die jetzt wirksam würde. Die GATT-Verpflichtungen sehen vor, und das müssen auch die Kritiker zur Kenntnis nehmen, daß eine massive Erweiterung des Marktzutrittes für ausländische Erzeugnisse, eine drastische Reduktion der internen Stützungen, und daß natürlich eine Reduktion der Bundesmittel, der Budgetmittel für den Export um 36 Prozent sowie eine Reduktion der subventionierten Exportmengen um 21 Prozent erfolgen würde. Die Landwirtschaft hat sich daher von den zwei Möglichkeiten für das bessere Übel entschieden und das ist letztlich der EU-Beitritt. Entweder sie setzt sich dem zunehmenden, immer härter werdenden Welthandel als gleichberechtigter

Partner in der EU aus, oder hat auf sich allein gestellt auf Drittmärkten gegen die EU, gegen die Konkurrenz aus Übersee und gegen die neue Konkurrenz aus Ost- und Mitteleuropa anzutreten.

Zentrale Ziele der österreichischen Agrarpolitik müssen auch in Zukunft sein die Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft, die Sicherung der Einkommensmöglichkeiten der bäuerlichen Familienbetriebe und weiters die Aufrechterhaltung der ökologisierten Leistungen und der Landschaftspflege. Es war ein Maßnahmenbündel, das für die Landwirtschaft zum Vorteil gereichen sollte und das unterteilt war in dauerhafte Regelungen, in Übergangsmaßnahmen und in innerösterreichische Entlastungsschritte. Ich werde auf Grund der Zeitökonomie nicht alles anführen, aber die Kostenentlastungen, von denen nur sehr wenig die Rede ist, sollte man nicht unerwähnt lassen. Und zwar die Abschaffung der Getreideverwertungsbeiträge, die Abschaffung der Düngemittelabgabe, die Übernahme der Verwertungskosten, die Abschaffung der Weinststeuer und die Aufstockung der Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für die Hagelversicherung. Der vorgesehene Finanzierungsrahmen für all diese Maßnahmen in einem Zeitraum von vier Jahren bewegt sich in der Größenordnung von 117 Milliarden Schilling. Natürlich sind inbegriffen jene 57 Milliarden Schilling, die EU-Mittel sind. Ein Ergebnis der Verhandlungen lautete 60 Prozent der Nationalmittel kommen vom Bund und 40 Prozent aus den Ländern. Und die Auswirkungen auf unser Budget und die Auswirkungen auf Niederösterreich sind, daß wir einen Landesanteil für permanente Agrarförderungen in den vier Jahren von 5,08 Milliarden, also jährlich zirka 1,27 Milliarden Schilling vorzusehen und zu bezahlen haben. Meine Damen und Herren! In den vier Jahren sind vom Land Niederösterreich 5,08 Milliarden für permanente Agrarförderungen aufzubringen. Hinzu kommt noch das Agrarbudget der Abteilung VI/12, also nicht der EU gegenüberstehende Mittel in der Höhe von zirka 360 Millionen Schilling. Wobei es unserer Anstrengung bedarf, national gesehen, daß hinsichtlich der Abgrenzung unserer Berggebiete, der benachteiligten Regionen und kleinen Gebiete noch eine Nachjustierung stattfinden muß. Ich verweise nur darauf, wir haben Gemeinden in Niederösterreich, die sind Zone 3 und 4 und liegen im benachteiligten Gebiet, angrenzende Gemeinden sind in Gunstlagen. Und hier muß eine Nachjustierung erfolgen. Ich glaube, wir müssen alles daransetzen, auch in Brüssel zu erreichen, daß trotz der zehnjährigen Wahrungsklausel, die unsere Betriebe dort haben, daß die in Zukunft als im Berggebiet anerkannt werden.

Im Solidarpaket für das ÖPUL-, also für das österreichische Umweltprogramm, sind für die Maßnahmen 5,5 Milliarden vorgesehen. Aber tatsächlich wurden dafür 1995 österreichweit schon zirka 7,3 Milliarden aufgewendet. Das zeigt, daß unsere Bauern sehr wohl an einer naturnahen Produktion interessiert sind. Daß ihnen einiges daran liegt. Jedoch müssen die Richtlinien eingehalten und die finanziellen Beiträge natürlich an unsere Bauern ausbezahlt werden. Der niederösterreichische Anteil beträgt rund 2,7 Milliarden Schilling. Interessant ist vielleicht auch der Vergleich der Kosten: Niederösterreich zahlt für das Umweltprogramm zirka 740 Millionen Schilling, bekommt aber rund 2,7 Milliarden Schilling für das ÖPUL-Programm.

Es war eine unbedingte Notwendigkeit zu Beginn des EU-Beitrittes, ein Instrumentarium zur Verfügung zu haben, das eine Abfederung der Umstellung ermöglicht. Und zwar ist hier die Lagerabwertung zu erwähnen oder verschiedenes andere, wofür der Kostenanteil von Niederösterreich zirka 249 Millionen Schilling beträgt. Niederösterreich, wir zahlen 249 Millionen Schilling dafür und Niederösterreichs Bauern bekommen dafür 2.000 Millionen Schilling. Ich glaube, daß auch hier der EU-Beitritt sicher nicht von Nachteil war.

Ausverhandelt wurde auch - und das ist auch von besonderer Wichtigkeit - eine Schutzklausel, die grobe Marktstörungen durch ein Überschwemmen des österreichischen Marktes mit ausländischen Produkten verhindern soll. Die EU ist verpflichtet, binnen 24 Stunden geeignete Maßnahmen zu setzen. Zu all diesen Maßnahmen war auch eine innerösterreichische Umsetzung der Marktordnung notwendig. Hier sei auch nicht unerwähnt, daß unsere Kammer, die kritisiert wird von Kollegen Ing. Dautzenberg, daß unsere Kammer alles getan hat, diese Maßnahmen umzusetzen. Die Beiträge sind nicht erhöht worden um 14 Prozent, sondern sie bleiben gleich mit der Zuwendung von 161 Millionen Schilling im laufenden Jahr zu 161 Millionen Schilling im kommenden Jahr, in dem Budget, das wir jetzt zu beschließen haben. Die Kammer, das Landwirtschaftsressort und das Land Niederösterreich waren hier bestrebt, daß diese erwähnten Maßnahmen umgesetzt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Das Land Niederösterreich kann somit den Nachweis erbringen, daß die mit der EU und im Solidarpaket vereinbarten Maßnahmen nach dem EU-Beitritt jetzt Schritt für Schritt trotz aller Kritik umgesetzt und ermöglicht werden. Es sind dies Maßnahmen, die notwendig sind, damit die mit dem EU-Beitritt für die

Bauern verbundenen Preisrückgänge abgefedert werden und eine Umstellung auf das neue EU-Förderungssystem ermöglicht wird. Ich möchte zum Schluß noch betonen, daß das Land Niederösterreich Voraussetzungen schafft mit dem Zukunftsvertrag, der den Bauern auch in Zukunft Sicherheit bietet. Einige Ziele, um sie nur kurz anzuführen, sind die Erhaltung einer wirtschaftlich, gesunden leistungsfähigen und flächendeckenden Landwirtschaft, die Teilnahme der bäuerlichen Familienbetriebe an der Wohlstandsentwicklung oder die Sicherstellung und Abgeltung der Erzeugung von Lebensmitteln mit hoher Qualität. Unsere Bauern sind auf jeden Fall bereit dafür. All dies sind umfassende Maßnahmen für eine Agrarpolitik mit Verantwortung in Niederösterreich. Jetzt gilt es vor allem, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Die Bauern verdienen in dieser Situation, die für sie die größte Umstellung seit 1945 bedeutet, Aufmerksamkeit, Anerkennung und vor allem Unterstützung. Was sie jetzt am allerwenigsten brauchen, ist Verunsicherung, sind Versprechungen, die nicht erfüllbar sind. Ich glaube, mit dem Budgetansatz der Gruppe 7 ist, was die Landwirtschaft betrifft, vorgesorgt, daß der Förderungspolitik und dem Ausgleichssystem in finanzieller Hinsicht Rechnung getragen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ein paar kurze Anmerkungen zu meinem Vordränger und auch zum Kollegen Ing. Dautzenberg. Ich gebe dem Kollegen Dautzenberg in der Agrarpolitik - sonst nicht - recht. Aber mit dem Ausdruck "phantasielos" hat er es, glaube ich, genau getroffen, wenn man sich dieses Agrarbudget anschaut.

Kollege Hofmacher! Deine Erfolge für die Bauern mußt Du mir irgendwann einmal zeigen, aber Du sprichst ja dann im nächsten Satz ohnehin gleich von einer sogenannten Strukturbereinigung. Ich habe Euch das schon so oft gesagt, sagt Bauernsterben dazu, Ihr habt das auch zu verantworten. Und die ÖPUL-Geschichte, da ist man auch mit der Lüge hausieren gegangen. Weil da habt Ihr überall gesagt und Eure Bauernkammersekretäre - Du hast die Kammer da so gelobt - es gibt einen Einstiegstopp. Faktum war, daß dieser Einstiegstopp überhaupt nirgends beschlossen worden ist und wir haben einige Bauern dazu gebracht, neu in das ÖPUL-Programm einzusteigen,

gegen die Überzeugung der Bauernkammersekretäre. Und wir werden uns anschauen, wie das ausgeht.

Und eines hast Du auch gesagt, und darauf werde ich eingehen. Wir hätten 10 Milliarden Einkommenseinbußen ohne die Ausgleichszahlungen. Diese Ausgleichszahlungen sind aber degressiv und wir werden uns anschauen, wie das weitergeht. Und daß Ihr Euch immer auf das GATT beruft, das war auch der große Schmäh vor dieser Volksabstimmung, um den Schutz vor dem Osten. Da muß man sich halt einmal die bilateralen Verträge zwischen der EU und den Ostblockländern anschauen, Freihandelsabkommen mit Tschechien, mit der Slowakei, mit der Türkei usw. Das schützt überhaupt nicht. Und das bessere Übel: Daß ein Übel besser sein kann, habe ich überhaupt noch nicht gehört. Aber gut, mit dem sind sie auch hausieren gegangen bei uns, die Kammerfunktionäre. Ihr habt alle dieselben Diktionen, ich weiß nicht, wer Euch das macht. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ein Zukunftsvertrag. Dieser Zukunftsvertrag, ich glaube, das ist der von unserem Herrn Landeshauptmann, den Du ansprichst. Der ist, glaube ich, nicht einmal das Papier wert, auf dem er steht. Weil, wenn man schafft, daß man in dem Bundesland in 20 Jahren die Vollerwerbsbetriebe halbiert, dann noch von Erfolgen in der Agrarpolitik zu reden, das ist, glaube ich, eine absolute Frechheit. *(Beifall bei Abg. Haberler.)* Aber Ihr müßt das verantworten draußen.

(Zwischenruf bei LR Blochberger.)

Herr Landesrat! Es freut mich, daß Sie durch Ihre Anwesenheit glänzen, weil normal interessiert Sie das ohnehin nicht, weil Sie immer mit anderen Geschäften beschäftigt sind, etwaigen Klärschlammgeschichten usw. oder Dienstreisen nach Kroatien oder in die Slowakei. Aber für die Probleme in der Landwirtschaft haben Sie überhaupt nichts über, weil Sie ganz andere Sachen haben. Ich komme dann mit einem schönen Papier, womit allem Sie sich beschäftigen. Es wäre besser, Sie würden wirklich auf die Lage in der Landwirtschaft schauen. Aber die Bauern werden Euch das schon noch sagen. So dumm wie vor der Abstimmung sind sie, glaube ich, nicht mehr. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich möchte zum Agrarbudget kommen und auch begründen, warum wir das ablehnen werden: Weil diese Ausgleichszahlungen ja degressiv sind und die Bauern im vorigen Jahr, das hat der Kollege Hofmacher schon gesagt, ja halbwegs über die Runden gekommen sind. Heuer wird das meines Erachtens zu wenig sein. Und im Jahr 1997

wird es überhaupt zu wenig sein. Und nach dem Jahr 1998 sind die degressiven Ausgleichszahlungen vorbei. Was sich dann abspielt, wissen wir nicht. Es ist nur interessant auch für die Sozialisten, Herr Kollege Keusch, weil Du immer ein bißchen gegen die Bauern hetzt, was man dann mit diesen Leuten am Arbeitsmarkt macht. Ich bin mir sicher, es werden zehntausende Menschen sein, die in den nächsten sieben bis acht Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen. Und da hast Du keine Freude, und da habe ich keine Freude damit. Und da wären die verantwortlichen Agrarpolitiker sehr wohl gefordert. *(Abg. Keusch: Das Groteske ist, daß Du der ÖVP Bauernfeindlichkeit vorwirfst!)*

Und Euch Arbeiterfeindlichkeit. Aber es kommt einem so vor! Der Arbeitsmarkt wird massiv belastet. Ich möchte auch eingehen auf das Formularwesen. Der Kollege Hofmacher hat gesagt, die Bauern haben eine Freude mit dem ÖPUL-Programm. Also ich kenne keinen. Oder sie nehmen es gerne oder freudig an. In Wahrheit muß das jeder Landwirt machen, um überhaupt überleben zu können. Nur, was wir jetzt hören - und das haben diese Bauernkammersekretäre auch draußen ja getrommelt - wenn sie nach vier Jahren draufkommen, daß bei einem Grundstück aus irgendwelchen Gründen die Vermessung nicht stimmt, dann zahlt der Bauer das vier Jahre zurück und wenn das ein paar hunderttausend Schilling sind. Und den Betrieb zeigst mir Du dann, der sich das leisten kann. Es wird sicher welche geben, die das bewußt machen. Da bin ich voll einverstanden. Nur wenn ich den Vermessungsplan nicht hernehmen kann, wenn ich das Grundstück abteile. Wenn es ein Grundstück ist, kann mir nichts passieren. Aber wenn ich zwei Feldstücke mache und die Flächen stimmen nicht und ich habe die aus dem Grundbuch entnommen - es gibt halt nicht lauter Bauern, die 50 Feldstücke mit dem Meßradl abfahren können - dann bezahlt er das zurück. Wir haben schon den ersten Härtefall, der das schon zurückzahlen sollte. Ihr drängt die Bauern in die Kriminalität, macht sie abhängig von Formularwesen und damit abhängig von Eurer Landwirtschaftskammer, die wir - da komme ich dann ohnehin auch noch dazu - mit 170 Millionen subventionieren. Und bei den Bauern selber setzt man den Sparstift an. Wie gesagt, das große Erwachen wird erst kommen im Jahr 1998/99.

Wo man ihn, den Sparstift, überhaupt nicht ansetzt, das sind die Kammern. Wenn man sich die Entwicklung anschaut, ich predige das seit ich da herinnen bin im Landtag, es wird nicht weniger. Die Bauern werden weniger, die Kammerbeiträge werden immer mehr. Und wenn man schaut, im Jahr 1995 haben wir im Rechnungsabschluß noch

170 Millionen gehabt, Landes-Landwirtschaftskammer und Landarbeiterkammer, jetzt sind es 170 Millionen. Um 20 Millionen in zwei Jahren hat man das Budget erhöht. Und es ist für mich ganz klar und ich freue mich, daß ich das jetzt da sagen darf, ich führe einen interessanten Prozeß mit dem Herrn Präsidenten Schwarzböck, daß sein Anwalt jetzt schon zu uns kommt und sagt, geh', lassen wir das, und jeder zahlt seinen selber. Das werden wir nicht machen. In zwei Punkten habe ich schon gewonnen und ich darf heute da sagen, daß die Bauernkammer ein Selbstbedienungsladen ist. Das haben wir gewonnen, das darf jetzt jeder öffentlich sagen. Weil bei diesen Gehältern ist der Richter zur Überzeugung gekommen, daß man das durchaus so sehen kann. Und das muß auch einmal gesagt sein. Und der Herr Schwarzböck hat bis heute nicht geklagt, wie ich gesagt habe, er verdient über 300.000,- Schilling. Er hat eine Formulierung geklagt, aber die 300.000,-Schilling hat er nicht geklagt. Weil da müßte er nämlich das machen, was wir schon immer verlangt haben, er soll endlich einmal seine Gehälter offenlegen. Aber es ist klar, in diesem Kammerbereich läßt es sich gut verdienen. Wie man überhaupt sagen muß, daß ja der Verdienst in der Landwirtschaft zur Katastrophe wird, aber mit der Landwirtschaft läßt es sich gut verdienen. Und da hocken sie drinnen wie die Maden im Speck. Man kann sie alle anführen: Fischler über 300.000,- Schilling netto im Monat. Was ist die Gegenleistung? Englisches Roastbeef essen und sagen, ich bin für Europa da, nicht für Österreich. "Tiroler Tageszeitung", bitte nachlesen, Herr Kollege Hiller. Er ist für Europa da, nicht für Österreich. Zuerst hat er uns verraten bei den Verhandlungen, dann haben sie ihm die "Hack'n" gegeben da draußen und jetzt sagt er, er ist für Europa da. Schwarzböck: Gehälter bis heute nicht offengelegt. Der neue Multifunktionär Donabauer, der da so schön sagt in seiner Sozialversicherungsbroschüre - die Broschüre ist ganz neu - "die Arbeit auf dem Bauernhof ist hart, gleichzeitig aber auch eine schöne, erfüllende Tätigkeit". Das weiß er, der Herr Nationalrat, Obmann der Sozialversicherungsanstalt. Und jetzt ist er noch Aufsichtsrats-

präsident der Raiffeisen-Landesbank geworden. Also ich weiß nicht, wann der auf seinem Bauernhof arbeitet und ob er überhaupt noch eine Ahnung hat, was einen Bauern überhaupt betrifft. Dann geht das weiter. Da gibt es diese AMA-Bonzen. Ich habe das schon oft da zelebriert. In der Nationalbank verdient der durchschnittliche Mitarbeiter 780.000,- Schilling im Jahr, in der AMA 760.000,- Schilling - also da sind wir nicht weit weg. Dann gibt es ein Weinmarketing, wo wir da herinnen den Rechnungshofbericht diskutiert haben, der bewiesen hat, daß da viel falsch rennt. 35 Millionen wieder in dem Budget drinnen. Die Weinbauern haben von dem überhaupt nichts. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Dann müssen wir einen "Amadeus" machen in Niederösterreich. Da lachen uns ohnehin schon die Leute aus in ganz Österreich, aber gut. Das ist auch das, was Ihr zu verantworten habt. Und, wie gesagt, es sind endlich Taten gefordert und nicht nur Lippenbekennnisse der Herren Donabauer usw. Wir müssen wissen, wie es weiter geht, wie es nach dem Jahr 1998 weiter geht und ich bringe deshalb einen Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Erstellung eines Konzeptes über die Maßnahmen nach Ablauf der degressiven Ausgleichszahlungen.

Seit 1.1.1995 ist die Republik Österreich Mitglied der Europäischen Union und leistet für vier Jahre degressive Ausgleichszahlungen. Da Strukturänderungen der Landwirtschaft nicht in allen Bereichen binnen vier Jahren erfolgreich durchgeführt werden können, ist es notwendig, bereits jetzt entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Ebenso sollte ein Konzept über die Erhaltung des Arbeitsplatzes am Bauernhof erstellt werden. Dies ist nicht nur für die in der Landwirtschaft Tätigen erforderlich, um ihnen Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, sondern ist für ganze Regionen von entscheidender Bedeutung. Es gibt bereits Schätzungen, daß nach dem Wegfall der degressiven Ausgleichszahlungen 50 000 Menschen aus der Landwirtschaft auf den heimischen Arbeitsmarkt drängen. Erweisen sich diese Annahmen als richtig, so sind massive Beeinträchtigungen des Sozialgefüges die Folge. Der Arbeitsplatz am Bauernhof ist deshalb nicht nur für die Sicherstellung der Selbstversorgung im Nahrungsmittelbereich und die Landschaftspflege, sondern auch für die Volkswirtschaft sehr bedeutsam.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Agrarlandesrat Blochberger wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um die Erstellung eines Konzeptes für den ländlichen Raum nach Auslaufen der degressiven Ausgleichszahlungen unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsplatzes am Bauernhof zu erwirken."

(*LR Blochberger: Sie kommen halt sehr spät drauf!*) Nein, wir kommen nicht zu spät drauf, weil es kein Konzept gibt von Eurem Minister. Wir haben für uns ein Konzept vorgelegt, das noch in Ausarbeitung ist. Der Bundes-Agrarsprecher Reichhold ist diesbezüglich mit dem Landwirtschaftsminister Molterer in Verbindung. Wobei ich überhaupt sagen muß, daß man mit dem Menschen wenigstens reden kann. Daß sich der bemüht, weil er jetzt das auslöffeln muß, was ein Herr Fischler usw. angerichtet hat.

Eine Chance für die Landwirtschaft ist sicher die Energieerzeugung. Und wir haben ja das heute gehört, der Herr Landesrat ist nicht in der Lage, bis Ende Juni ein Konzept vorzulegen. Ich glaube, bis irgendwann im Jahre 1997. In Sonntagsreden hört man das immer wieder. Und er hat das auch vor dem Beitritt gesagt: Mit der Energieerzeugung haben wir auch in einem größeren Markt eine Chance und man müßte sich endlich etwas einfallen lassen, diese nachwachsenden Rohstoffe besser zu fördern. Es gibt in Deutschland Förderungen für Energiewald, aber wir können keinen Energiewald fördern, solange wir kein Energiekonzept haben. Ich habe da vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forste ein Schreiben, wo steht, Aufforstungen auch mit schnell wachsenden Baumarten haben ökologische Vorteile: Vergleichsweise geringer Nährstoffeintrag unter Verzicht auf Pflanzenbehandlungsmittel schont das Grundwasser. Fehlende Bodenbearbeitung und nur seltenes Befahren der Nutzfläche wirken sich günstig auf den Zustand des Bodens aus und vermeiden Bodenverdichtung. Und die Bedingungen: Aufforstungen mit schnell wachsenden Baumarten im Kurzumtrieb, sogenannte Energiewälder, werden nur gefördert, wenn eine Rodung vor Ablauf von 12 Jahren nicht vorgesehen ist. Wird sie in diesem Zeitraum trotzdem ausgeführt, ist die Zuwendung samt Zinsanspruch zurückzuzahlen. Das heißt, wir könnten langfristig Flächen binden. Ich komme jetzt auch noch zur Summe, die in Bayern bezahlt wird. 10.400,- DM pro Hektar. Das sind über

70.000,- Schilling, verteilt auf 12 Jahre. Ich glaube, das ist ein gutes Zusatzeinkommen. Wir schonen die Umwelt, schonen das Grundwasser und vor allem bringen wir vielleicht endlich einmal diese Grünbracheflächen weg. Es gibt auch einen privaten Verein, der massive Verhandlungen mit dem Herrn Landwirtschaftsminister Molterer führt. Er verspricht uns auch schon ein Jahr, daß jetzt irgend wann einmal etwas geschehen wird. Passiert ist nichts. Deshalb bringe ich auch einen zweiten Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Förderung von Energiewald.

Um der niederösterreichischen Landwirtschaft eine zukunftssträchtige Rolle als Energielieferant zu ermöglichen, ist es sinnvoll, die Anpflanzung von Energiewäldern zu fördern. In Bayern werden zum Umstieg und zur Neuanspflanzung von Energiewald im ersten Jahr pro Hektar beträchtliche Summen (ca. 10.000 DM) von der öffentlichen Hand bezahlt. Eine rasche Initiative sollte die heimischen Bauern vor einem entstehenden Wettbewerbsnachteil bewahren. Vor dem Hintergrund der zu Ende gehenden degressiven Ausgleichszahlungen ist jede Maßnahme zur Erhaltung und sinnvollen Nutzung der Agrarflächen unbedingt erforderlich. Weiters ist die Anpflanzung von Energiewäldern ein sinnvoller Beitrag zur Erreichung des Torontozieles (Reduktion des Kohlendioxidausstoßes der Industrieländer). Zudem ist bei der Bewirtschaftung von Energiewäldern keine Düngung und kein Chemieeinsatz notwendig. Eine Förderung von Energiewäldern ist demnach aus umwelt-, arbeitsmarkt- und energiepolitischen Gründen zweckmäßig.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Agrarlandesrat Blochberger wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um die Erarbeitung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Förderung von Energiewald zu erwirken."

Ich komme noch zu einem anderen Thema, ich habe das schon anklingen lassen, wo sich der Herr Landesrat überall betätigt. Er ist ja auch Obmann des NÖ Bauernbundes, und ich habe da ein

sehr interessantes Schreiben erst gestern bekommen und ich muß das da bringen. Wo sich ein Herr beim Herrn Ökonomierat Landesrat Blochberger beschwert hat, darauf hingewiesen hat, daß er von einem Bauernbundfunktionär aus der Ortsgruppe aus dem Bauernbund hinausgedrängt wurde. Und im Antwortschreiben von einem Mag. Huber, das dieser im Namen des Herrn Landesrates gemacht hat, das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: "Den wahrscheinlichen Grund für die Entscheidung der Funktionäre ihrer Ortsgruppe geben sie selbst an, indem sie davon schreiben, daß sich ihre Söhne bei den Freiheitlichen engagieren. Aus naheliegenden Gründen können wir kein Interesse daran haben, freiheitlichen Mitarbeitern oder Funktionären Informationen in Form des "Bauernbündlers" oder des "Bauernbundkalenders" zukommen zu lassen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das sage ich nicht, weil sonst weißt Du, wer das ist. Das ist noch warm. Da gibt es einen Mann, der ist jahrzehntelang beim Bauernbund und weil sich der Sohn bei den Freiheitlichen engagiert, schließt man ihn aus. Man schließt ihn nicht einmal aus, man bringt ihm einfach nichts mehr. Wir haben so einen ähnlichen Fall in Kapelln gehabt. Wir sind zum "Kurier" gegangen, auf einmal haben sie gesagt, der war nie ausgeschlossen und die Beiträge waren auch schon gezahlt. Sippenhaftung, Herr Landesrat, weil die Söhne bei den Freiheitlichen sind. Bitte, das ist Euer Schreiben, in Deinem Namen. Der Herr Mag. Huber mit dem Bauernbundzeichen - streite das jetzt nicht ab! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Nein, Ihr sagt immer, keine Sippenhaftung. Und da darf nicht einmal der Sohn eines Bauernbundmitgliedes bei den Freiheitlichen kandidieren, wird er ausgeschlossen. Aber Du kennst ja das eh. (*Weiterhin anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*) Mich haben sie noch nie ausgeschlossen, weil der Bub bei den Schwarzen war. Das passiert aber bei uns ohnehin nicht. Weil von uns rennt zu Euch keiner 'rüber.

Ich muß aus diesem Schreiben weiter zitieren, weil wir ja heute schon bei der Verunsicherung der Bauern waren. Das ist ein Verunsicherungsschreiben und da steht: Diese Bewegung, die alles versucht, die Bauern in einer sicherlich nicht einfachen Situation noch mehr zu verunsichern. Das stimmt nicht. Weil jetzt kommt der Verunsicherungssatz des Bauernbundes, den ich sofort widerlegen kann: Der Beitritt zur Europäischen Union war für die österreichische Landwirtschaft sicherlich der vernünftiger und sichere Weg. Zu glauben, daß alles so geblieben wäre wie

vor dem EU-Beitritt, ist nicht mehr als ein Wunschdenken, wie auch das Beispiel der Schweizer Landwirtschaft zeigt. Ich weiß ja nicht, was man meint damit. Daraufhin habe ich mir die Schweizer Preise besorgt. Also wenn unsere Bauern die Schweizer Preise hätten, dann könnten wir glücklich sein. Das ist aus dem April 1996: Der Erzeugermilchpreis beträgt hier zur Zeit 85 Rappen - sind 7,23 Schilling. Dazu gibt es noch einen Siloverzichtszuschlag von 12 Rappen - S 0,20. Für ein Kilogramm Schweinefleisch werden 26,- Schilling, beim Ferkel rund 43,- Schilling, für Weizen 7,80 Schilling und für Gerste 4,30 Schilling pro Kilogramm erlöst. Das sind schlechte Preise, sagt der Herr Bauernbundschriftführer Huber. Die Schweiz hat ein schlechtes Agrarmodell. Und für die Mutterkuh zahlt der Staat 1000 Franken je Mutterkuh, das sind 8.650,- Schilling, für das Stück Naturbeef-Rind erhält man 3.000 Franken. Für ein Kilogramm reines Fleisch 26 Franken - 225,- Schilling. Das müssen Sie den Bauern sagen. Das ist die schlechte Lage der Landwirtschaft in der Schweiz. Durch den Beitritt geht es denen so schlecht. Bitte, wenn wir diese Preise hätten, bräuchten wir da herinnen nicht diskutieren, weil dann hätten wir kein Bauernsterben und auch keinen sogenannten Strukturwandel. *(Beifall bei der FPÖ. - Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte abschließend noch zu einem Thema kommen, Kollege Friewald hat es ja heute da schon verteidigt, das ist die Gentechnologie. Weil ich eine sehr große Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft darin sehe und auch eine Gefahr, wie unsere Agrarpolitiker da agieren. Wie gesagt, Friewald stellt sich da heraus und verteuelt die Gesundheitsministerin, die in dem Fall sicher recht gehabt hat. Keine Versuche draußen, im Labor sollen die arbeiten. Aber dann gibt es vom 21. Juni 1996 die Aussage Blochberger: Gentechnik nicht kategorisch ablehnen, bei Energiepflanzen sinnvoll einsetzen. Ein völliges Ablehnen der Gentechnik wäre verkehrt, doch erwarte ich mehr Informationen seitens der Wissenschaft. Dann wieder: Ein völliges Nein zur Gentechnologie ist ebenso verkehrt wie eine blinde Technikgläubigkeit. Das ist mir ja ganz klar. Weil es gibt eine Fraktion im Europäischen Parlament, die dagegen gestimmt hat, als es gegangen ist um die besondere Kennzeichnung der genmanipulierten Lebensmittel. Und das war Eure. Die Sozialisten haben für die Kennzeichnung gestimmt, die Freiheitlichen haben für die Kennzeichnung gestimmt, die Grünen haben für die Kennzeichnung gestimmt, die ÖVP-Fraktion mit einer Bäuerin stimmt gegen die Kennzeichnung der genmanipulierten

Lebensmittel. Sehr interessant für den EU-Wahlkampf, daß die Frau Schierhuber da brav aufgezeigt hat.

Für mich ganz klar. Man muß sich nur die Auswirkungen anschauen. Und der "Spiegel" hat im Jahr 1989, man kann die Fotos da vielleicht nicht sehen, schon genmanipulierte Tiere abgebildet. *(Abg. Marchat zeigt Foto.)* Eine patentierte Krebsmaus, zirka einen halben Meter lang, aus einer weißen Maus. Das ist aus dem "Spiegel", Herr Landesrat, ich leihe es Dir gerne. Und die Laborzucht Riesenschwein, das ist zwar eine krankheitsanfällige Fleischmaschine, aber ist im Vergleich zum normalen Schwein dreimal so groß. *(Abg. Hiller: Lehnst Du die Gentechnik auch in der Medizin und in der Forschung ab?)*

Ich habe gesagt, im Lebensmittel- und Nahrungsmittelbereich. Und da sind wir. Und da haben Eure im Parlament, im EU-Parlament, zugestimmt. Ich lehne nicht die Forschung ab. Nein, das weißt Du, wenn Du einen bäuerlichen Betrieb hast. Wenn wir die Gentechnik in die Landwirtschaft einkehren lassen, dann haben die Konzerne das Sagen. Und dann ist der bäuerliche Familienbetrieb tot. Und da bin ich halt verwundert, wenn der zuständige Agrarlandesrat sich da noch schriftlich dazu hinreißen läßt, daß er die Gentechnik nicht verurteilt, aber gut. Im Bereich der Bioenergie sehe ich ein großes Betätigungsfeld. Schauen wir einmal, daß wir Energiewälder anpflanzen können, die nicht gentechnisch verändert sind. Aber da sind wir ja nicht in der Lage, die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Abschließend kann ich sagen, daß wir dem Kapitel 7 selbstverständlich die Zustimmung nicht geben werden, weil es wie gesagt, ein phantasieloses Kapitel ist. Ich würde sagen, macht einmal gescheite Agrarpolitik, dann werdet Ihr von uns auch wieder Zustimmung bekommen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Budgetverhandlungen über das Agrarbudget 1997 haben das hohe Verantwortungsbeußtsein der Verhandlungsteilnehmer einerseits und andererseits den festen Willen um die Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Betriebe in Niederösterreich in vollem Umfang gezeigt. Das Verhandlungsergebnis hat in der Erhöhung des

Landwirtschaftsbudgets seinen Niederschlag gefunden. Es gibt also keinen Grund zu jammern.

Betrachtet man die Einkommenssituation unserer Landwirtschaft emotionslos, dann kann man feststellen, daß die Agrareinkommen je Beschäftigten trotz stagnierender Nettowertschöpfung nominell um 5 Prozent, real jedoch nur um 2,6 Prozent stiegen. Das heißt, die Bauern konnten mit der Entwicklung der Bruttoverdienste der anderen Arbeitnehmer in unserem Lande Schritt halten. Trotzdem blieb aber der relative Einkommensunterschied unverändert. Es ist dies trotz der schwierigen Übergangssituation in den EU-Binnenmarkt immerhin ein agrarpolitischer Erfolg. Wenn man der jüngsten Agrarstatistik Glauben schenken kann, dann muß man allerdings eine zunehmende Abhängigkeit der Bauereinkommen von den Budgets der einzelnen Länder feststellen, da Direktzahlungen bereits einem Drittel des Einkommens entsprechen. Natürlich hat die Wirtschafts- und Währungsunion der EU in den kommenden Jahren und das damit verbundene Sparpaket auch für unsere Landwirtschaft einige Auswirkungen. Jede Berufssparte muß eben ihren Beitrag zum Sparpaket leisten.

Natürlich werden da und dort zusätzliche Ansprüche gestellt, die jedoch derzeit nicht realisierbar sind. Und gerade aus diesen Überlegungen heraus wäre es sinnvoll, wenn die Bauernvertreter, vor allem aber der Bauernbund, im größeren Ausmaße von der Unterstützung der Großbetriebe abrücken würde, um vor allem den Berg-, Bio- und Kleinbauern nachhaltige Erleichterungen bei der Bewirtschaftung ihrer Betriebe einzuräumen. Wobei vor allem bei den Bergbauern die Einführung von Erschwerniskriterien mit Sockelbeträgen durchaus sinnvoll sein könnte. Selbstverständlich ist es auch von Bedeutung, wenn der Anteil an kofinanzierten Strukturförderungen etwas erhöht würde. Wir werden ständig mit der Tatsache konfrontiert, daß immer mehr bäuerliche Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet werden. Das bedeutet, daß die Einkommenskombination verstärkt angewendet wird. Deshalb wird es notwendig sein, auch im landwirtschaftlichen Schulwesen verstärkt auf die Ausbildung der jungen Bäuerinnen und Bauern in mehreren Berufen zu setzen bzw. dies anzubieten. Auch der Ausbildung als Direktvermarkter in den landwirtschaftlichen Schulen ist deshalb ein besonderes Augenmerk zu schenken. Eine Änderung der Gewerbeordnung für den Direktverkauf ab Hof ist natürlich eine wesentliche Voraussetzung oder sollte vielmehr die logische Folge der genannten Ausbildung sein. Die derzeit von der Wirtschaftskammer geführte Auseinandersetzung um die Bauernmärkte zeigt aber die

Uneinigkeit in den Reihen der ÖVP in dieser Frage. Hier muß unbedingt ein Konsens im Interesse der Bauern gefunden werden. Wobei natürlich gleiche Rechte auch die gleichen Pflichten beinhalten müssen. Daß sich die Fronten hinsichtlich der sozialen Staffelung der Agrarförderungen langsam doch etwas aufweichen, zeigt die Bereitschaft des Landwirtschaftsministers, in der Regierung, vor allem aber auch in der EU darüber zu reden.

Hohes Haus! Man kann in dieser Zeit keine Landwirtschaftsdebatte führen, ohne auf die Hysterie um den Rinderwahn einzugehen, weil es auch bei uns zu negativen Auswirkungen geführt hat. Gastwirte und Fleischhauer mußten große Umsatzeinbußen hinnehmen, obwohl es bei uns nur heimisches Rindfleisch gibt. Mangelnde Solidarität, aber auch verantwortungslose Geschäftemacher bescherten den Rinderbauern einen Preiserückgang um bis zu 5,- Schilling pro Kilogramm Rindfleisch. Die Erhöhung der Rinderprämie für den unverschuldeten finanziellen Schaden unserer Bauern ist daher mehr als gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zur AMA anzubringen, deren Aufgabe es auch ist, für eine saubere Abwicklung der EU-Markordnung und der nationalen Förderungen für die Bauern zu sorgen. Dazu gehört aber auch eine effiziente Kontrolle der von den Bauern gemachten Angaben, auch wenn sie unbewußt oder bewußt manchmal nicht ganz richtig waren oder sind. Um für die Zukunft die Zahl der Rückforderungen im integrierten Wein- und Obstbau hintanzuhalten, müssen von der AMA 20 Prozent der Anträge bei integrierter Produktion überprüft werden. Hier muß das Verständnis der Bauern sehr wohl gegeben sein. Wie mangelhaft, ja geradezu noch in den Kinderschuhen steckend die Kennzeichnung österreichischer Qualitätsprodukte ist, zeigte sich erst vor kurzem bei Butter. Da wurde von der Firma "Bergland-Milch" österreichische Teebutter angeboten, welche eigentlich kein österreichisches Produkt war, sondern aus dem ehemaligen Ostdeutschland stammte. Eine übersichtliche und leicht erkennbare Kennzeichnung aller österreichischen Produkte, die aus der Landwirtschaft kommen, ist vor allem im Interesse unserer Bauern von ganz besonderer Bedeutung. Weil dies die einzige Möglichkeit ist, meine Damen und Herren, den Konsumenten auf die qualitativ hervorragenden Produkte aus der heimischen Landwirtschaft aufmerksam zu machen.

Meine Damen und Herren! Schon die problematische, ja dramatische Situation hinsichtlich des Preisverfalls bei Rindfleisch, wo allerdings die Produzenten, also die Bauern, draufzahlten, hat die

mangelnde Solidarität der Händler mit ihren Geschäftspartnern drastisch aufgezeigt. Nun erleben die Erdäpfelbauern das gleiche skandalöse Verhalten der Händler, welche lieber ausländische Erdäpfel aus Ägypten importieren als die weitaus bessere Qualität der heimischen Produkte anzubieten. Das Ungeheuerliche daran ist, daß die ausländische Ware teuer eingekauft wird und dann mit einer ganz niedrigen Gewinnspanne angeboten wird. Auf die heimischen Erdäpfel wird jedoch eine große Spanne aufgerechnet! Das heißt, diese Erdäpfel sind natürlich wesentlich teurer als jene, die aus dem Ausland angekauft wurden. Die ausländische Ware ist natürlich eine minderwertige Qualität und es ist nur recht und billig, wenn die Bauern ein Einfuhrverbot fordern um diesen skandalösen Vorgängen endlich ein Ende zu bereiten.

Hohes Haus! Das neue Zauberwort der internationalen Konzerne heißt "Gentechnologie in der Landwirtschaft". Es ist keine Frage, das landwirtschaftliche Produktionssystem befindet sich heute an einem entscheidenden Scheideweg. Aus der herkömmlichen Landwirtschaft hat sich einerseits mit der zunehmenden Intensivierung der biologische Landbau in den vergangenen Jahren stark entwickelt. Österreich, vor allem aber Niederösterreich steht dabei weltweit an der Spitze. Gleichzeitig gibt es jedoch trotz der EU-Agrarreform Bemühungen zur weiteren Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bei uns. Und diese Intensivierung wird von internationalen Konzernen im hohen Maße betrieben. Bringt die Gentechnologie in den Bereichen der Medizin durchaus positive Ergebnisse, so kann ich im Bereich der Landwirtschaft keine Lösungsansätze für die spezifischen Probleme der österreichischen, vor allem aber der niederösterreichischen Landwirtschaft sehen. Es ist zum Beispiel für die Zukunftsfragen im biologischen Landbau die Anwendung der Gentechnik laut EU-Verordnung und auch laut Österreichischem Lebensmittelbuch von vornherein verboten. Wir können nicht übersehen, meine Damen und Herren, daß durch den Einstieg von Pflanzenschutzmittel herstellenden Konzernen in die Saatgutproduktion eine neue, durch die Gentechnik verstärkte Abhängigkeit der Bauern entstehen würde. Die Herstellung einer Verbindung resistenter Kulturpflanzen vom selben Hersteller, der das dazugehörige Herbizid produziert, fördert nicht nur die verstärkte Anwendung von Herbiziden, sondern würde zusätzlich unsere Bauern in eine doppelte Abhängigkeit gegenüber diesen Konzernen bringen.

Niemandem, behaupte ich, sind derzeit die ökologischen Auswirkungen des Einsatzes genmanipulierter Kulturpflanzen bekannt! Und ebenso ungeklärt ist das mögliche Risiko der gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums genmanipulierter Kulturpflanzen in unserem Land. Da wir uns in Niederösterreich in hohem Maße dem ökologischen Weg für die Landwirtschaft verschrieben haben, wir alle hier im Hohen Haus, dürfen wir nicht gleichzeitig Maßnahmen, die zur weiteren Intensivierung führen, unterstützen. Der Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut bringt keinen wie immer gearteten Lösungseinsatz für die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme unserer Bauern in Niederösterreich!

Meine Damen und Herren! Abschließend noch ein Blick in die Zukunft. In diesem Jahr, also 1996, wird die agrarische Produktion, das können wir heute schon sagen, stagnieren. Darauf weist einiges, wenn man die Situation beobachtet, hin. Wenn es zutrifft, daß die Preise landwirtschaftlicher Produkte unverändert auf dem Niveau des Vorjahres bleiben, dann müssen unsere Bauern mit Preiseinbußen auf jeden Fall rechnen. Das bedeutet gleichzeitig aber einen geringeren Rohertrag. Auf der anderen Seite werden für die Einkommensbildung wirksame Direktzahlungen sinken, das haben wir heute bereits gehört, da die degressiven Ausgleichszahlungen naturgemäß gekürzt werden. Die Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft werden daher auf jeden Fall unter Druck geraten. Die Entscheidung über die Zukunft und Position unserer heimischen Landwirtschaft wird in Zukunft auf den Märkten fallen. Um als relativ teurer Produzent im Wettbewerb zu bestehen, wurde unseren Bauern eine ökologische Strategie empfohlen. Sie haben sich auch daran gehalten. Das heißt, daß dieses System, naturnah, tiergerecht und kontrolliert Nahrungsmittel zu erzeugen, eine hohe Wachstumsquote in Zukunft erwarten läßt. Die Chance unserer Bauern ist eine intakte Umwelt in Niederösterreich und eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft als wichtige Voraussetzung für die Erzeugung naturnaher Lebensmittel. Eine verstärkte Kooperation zwischen den Bauern, ihren Erzeugergemeinschaften, aber auch dem Handel und der Lebensmittelindustrie kann aber das Überleben unserer Bauern auf jeden Fall gewährleisten und die Vielfalt unserer heimischen Kulturlandschaft mit zu erhalten helfen. Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Meine Fraktion wird der Gruppe 7 gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Dr. Prober.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ökonomierat Kurzreiter.

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich war eigentlich der Meinung, daß der Kollege Marchat auf Grund seiner Jugend noch nicht so sehr der Vergeßlichkeit anheimgefallen ist. Und daß er sich noch erinnern könnte an die Pressestunde seines Parteiobmannes vor knapp zwei Jahren, in der Dr. Haider damals klar und dezidiert gesagt hat, er ist dafür, daß alle Förderungen um die Hälfte gekürzt werden. Auf eine Zusatzfrage des Journalisten, ob er damit auch die Landwirtschaft meine, hat er gesagt, selbstverständlich. Es ist jetzt so, daß dort von der EU eigentlich so viel Geld fließt, daß man auf nationaler Ebene auch diesen Bereich um die Hälfte kürzen könnte. Ich würde Dich bitten, daß Du einmal nachfragst, ob in der Geisteshaltung Deines Parteiobmannes sich bereits eine Änderung ergeben hat. (*Abg. Marchat: Subventionen hat er gemeint, Subventionen!*) Förderungen, ich habe das schriftlich vor mir! Auf der anderen Seite bist Du derjenige, der hier immer die Ansätze als zu nieder ansieht.

Wenn Du sagst, Ausgleichszahlungen seien auslaufend, sie wird es in ein paar Jahren nicht mehr geben, so stimmt das nur zum Teil. Auslaufend sind nur die sogenannten degressiven Ausgleichszahlungen. Diese betragen ungefähr ein Drittel, das ist nicht bei jedem Bauern ganz gleich, aber im Durchschnitt ungefähr ein Drittel der gesamten Ausgleichszahlungen. Das heißt, daß keineswegs dieses ganze Förderungsinstrumentarium der Ausgleichszahlungen in absehbarer Zeit zur Gänze ausläuft. (*Zwischenruf bei Abg. Marchat.*)

Wenn Du gemeint hast, ÖPUL ist eher eine Schikane für die Bauern, es ist mit großen Auflagen verbunden, so ist das unbestritten. Die Bauern müssen dafür auch Gegenleistungen erbringen, keine Frage. Aber die Zahlungen im Bereich ÖPUL sind auch in der jetzigen Situation ohne Zweifel ein wichtiger Einkommensbestandteil für die Bauern. Und sie kommen unserer Richtung, die der Herr Kollege Schütz auch als beispielhaft und vorbildlich angezogen hat, nämlich dieser ökosoziale Weg in der österreichischen Agrarpolitik kommt dieser Richtung entgegen. Zur Form dieser Zahlungen im Bereich des ÖPUL-Programmes. Natürlich passieren dort auch Fehler beim Ausfüllen dieser Anträge. Aber gerade da ist ja unseren Kammern eine große Aufgabe zugekommen, die sie in,

glaube ich, hervorragender Weise bewältigt haben. Die sie meiner Meinung nach, und das ist auch die Meinung der Mehrzahl der Bauern, in hervorragender Weise erfüllt haben. Denn nur so war es möglich, in dieser kurzen Zeit diese doch sehr bürokratischen Hürden, das gestehe ich Dir schon zu, auch zu bewältigen und zu meistern. Und das ist gelungen. Wir haben also hier in der österreichischen Landwirtschaft einen derart hohen Prozentsatz von Bauern, die hier diese Anträge ausfüllen und richtig ausfüllen, wie das kaum in einem anderen Land der EU der Fall ist. In Ländern, die dort schon 10, 20 Jahre dabei sind, wenn ich an Griechenland und Spanien denke, auch an Italien, die bei weitem nicht diesen hohen Prozentsatz erreicht haben, den wir in dieser kurzen Zeit schon umgesetzt haben, in dem Sinn, daß wir diese Anträge richtig ausfüllen und diese Förderungen auch in Anspruch nehmen.

Ich weiß, Du hast hier ein gewisses Trauma, was Kammern anbelangt, aber wenn Du ehrlich bist und es Dir um die Interessensvertretung der Bauern auch ernst ist, wenn Du das ehrlich meinst, dann mußt Du zugeben, daß gerade in dieser Phase unsere Kammern für die Bauern unverzichtbar sind. Und daß sie letztlich auch eine hervorragende Arbeit leisten.

Das Konzept für den ländlichen Raum, das Du gefordert hast von Minister Molterer, das gibt es sehr wohl. Natürlich ist hier in der jetzigen Zeit sehr vieles in Bewegung, das ist schon richtig und es muß immer wieder den Gegebenheiten angepaßt werden, aber dieses Konzept ist sehr wohl da. Und es stimmt auch nicht, daß im Bereich der Energie aus Biomasse nichts passiert wäre. Gerade das Gegenteil ist der Fall, wir haben hier ganz wunderbare Ansätze. Es gibt auch den Biosprit, den RME. Du weißt, daß wir da einige Anlagen haben. Daß das auch von den Bauern mitgetragen wird. Natürlich ist ein Problem, daß fossile Energieträger relativ sehr niedrig im Preis sind. Das erschwert unsere Bemühungen, hier Biomasse verstärkt als Energieträger zu integrieren. Vor allem im städtischen Bereich ist zur Zeit überhaupt nichts umzusetzen. So viel Realist muß man eigentlich sein. Und ich frage mich auch, Ihr wart ja seinerzeit auch als Fraktion gegen die sogenannte "Mastensteuer". Hier wäre es auch möglich gewesen, im Bereich des Landschaftsfonds zusätzliche Mittel zu lukrieren, die man hier auch für diesen Projektbereich verwenden hätte können.

Daß natürlich der "Bauernbündler", der eine Mitgliederzeitung ist, nur an Mitglieder ausgesendet wird, mich wundert, daß Du das kritisierst. (*Abg. Marchat: Bitte, der ist heute noch Mitglied,*

bekommt keinen "Bauernbündler" und keinen Kalender, weil seine Söhne bei den Freiheitlichen sind! Und einen zweiten Fall kann ich Dir auch nennen, das ist der Herr Wutzel. Das ist in der Zeitung gestanden. Der war nach einem halben Jahr wieder dabei. Aber ein halbes Jahr hat er keinen "Bauernbündler" bekommen. Und da haben sie gesagt, der war nie ausgeschlossen!)

Es ist halt schwierig, wenn eine politische Tätigkeit im Bereich einer anderen Partei stattfindet, daß man gleichzeitig auch dort bleiben will. Das sind diese Oberschlauen, die sagen, das eine will ich auch nicht aufgeben, aber dort will ich auch mit dabei sein. Da wird man sich halt irgendwann im Leben entscheiden müssen, zu welcher politischen Gruppierung man sich bekennen will. Diese Entscheidung wird eigentlich niemandem abzunehmen sein.

Und wenn Du die Schweizer Situation angezogen hast. Auch dort war es notwendig und haben sich die Schweizer entschließen müssen, die Agrarpreise deutlich zurückzunehmen. Es ist ein Ausgleich über Direktzahlungen erfolgt, keine Frage. Aber es zeigt hier, daß auch dort es nicht möglich war - und die Schweiz ist ja nicht der EU beigetreten - die Agrarpreise auf diesem Niveau, das sie vorher gehabt haben, weiter aufrechtzuerhalten.

Eine Feststellung bitte hier auch klar und deutlich für uns: Auch von der ÖVP-Seite her ist eine Kennzeichnung für genmanipulierte Lebensmittel unerlässlich. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei. Die Frau Abgeordnete Schierhuber hat sich im Europäischen Parlament eindeutig dafür ausgesprochen. Was Du behauptest bezieht sich darauf: Da hat es einen zusätzlichen Antrag der Grün-Fraktion gegeben, der hier noch viele andere Punkte beinhaltet hat. Dieser wurde dann von dieser Gruppierung der christdemokratischen Parteien abgelehnt. Aber sie stimmte nicht gegen die Kennzeichnung von genmanipulierten Lebensmitteln. Also ich glaube, hier sind wir wirklich auf einer Linie mit den Konsumenten und hier führt überhaupt kein Weg daran vorbei.

Kollege Schütz hat aufgezeigt, daß die Einkommensunterschiede zu den übrigen Berufsgruppen, obwohl leichte Einkommenszuwächse im vergangenen Jahr zu verzeichnen waren, aufrecht bleiben. Das ist richtig. Richtig ist auch, daß die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Budgets der öffentlichen Haushalte gestiegen ist. Du hast gemeint, in Zeiten von Sparpaketen muß auch die Landwirtschaft diesem Spargedanken Rechnung tragen. Grundsätzlich ja. Aber mit diesem Europapaket, mit dem sogenannten Solidarpaket, in dem

diese ganzen Ausgleichszahlungen beinhaltet sind, hat das an und für sich nichts zu tun. Weil dieses Paket wurde im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt erstellt, indem man gesagt hat, es soll nicht so sein, daß der lukrierte Wohlstandsgewinn durch den EU-Beitritt zu Lasten einer Berufsgruppe geht. Und als Zeichen der Solidarität hat man dieses Paket geschnürt. Daher geht es jetzt nicht, daß man sagt, auch hier müssen angesichts dessen, daß gespart werden muß, Abstriche gemacht werden. Kürzungen, das möchte ich auch deutlich sagen, in diesem Bereich würden natürlich alle Bauern treffen, ganz besonders aber die Nebenerwerbsbauern. Also diese soziale Staffelung, die an und für sich ja da ist, aber diese in extremer Form, diese soziale Staffelung in extremer Form zu machen, würde ganz besonders zu Lasten der Nebenerwerbsbauern gehen.

Daß natürlich von seiten der AMA Kontrollen gemacht werden, ist selbstverständlich, wird von den Bauern voll akzeptiert. Im Bereich der AMA sind ja auch alle Sozialpartner vertreten. Ich betone aber noch einmal, daß die Fehlerquote hier wirklich sehr gering ist und daß diese in den überwiegenden Fällen unabsichtlich erfolgen. Ich stehe nicht an zu sagen, daß es auch für viele, vor allem auch ältere Bauern gar nicht so leicht ist, mit dieser Problematik dieser Mehrfachanträge auch zu Rande zu kommen.

Unbestritten ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß keine Berufsgruppe so massiv vom EU-Beitritt betroffen war wie die Landwirtschaft. Es wurden massive Preiseinbußen erwartet. Sie sind auch eingetreten, in einigen Bereichen leider wesentlich ärger als befürchtet. Wenn ich an die Rindersituation denke, ist ja das mit der Rinderseuche eine besondere Tragik. Es ist ja irgendwie grotesk, daß der Rindfleischkonsum in Österreich mehr zurückgegangen ist als zum Beispiel in England selbst. Es ist halt bedauerlich, daß doch zum Teil von unseren Medien eine gewisse Hysterie erzeugt wird und die Leute darauf reagieren. Das ist ihnen gar nicht vorzuwerfen. Ich hoffe jedoch, daß sich die Situation wieder normalisiert. Und da kann man sagen, des einen Leid - des anderen Freud. Wir haben Gottseidank zur Zeit derart gute Preise im Bereich der Schweineproduktion, die in der Form nicht erwartet worden sind. Es gibt oft kleine positive Lichtblicke.

Ich habe schon gesagt, im Europa-Abkommen wurde deutlich festgelegt, daß diese Ausgleichszahlungen auch erfolgen müssen. Und ich betone noch einmal, daß in der jetzigen Phase diese Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft unverzichtbar sind. Ohne sie würde ohne Zweifel

ein großer Teil unserer Betriebe in echte existentielle Schwierigkeiten kommen und eine massive Abwanderung aus dem Bereich der Landwirtschaft wäre unvermeidlich. Ich glaube, das wäre für unser Land eine Katastrophe. Es würde zu einer weiteren Entvölkerung ländlicher Regionen führen, einen zusätzlichen Druck auf den Arbeitsmarkt erzeugen - das ist auch schon erwähnt worden - letztlich die solide Grundversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln aus heimischer Produktion - und ich glaube, hier liegt ein eminentes Interesse auch von seiten der Konsumenten vor, an dieser soliden Grundversorgung - nicht mehr sicherstellen. Darüber hinaus wäre natürlich, wenn diese Pflege und Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft in dieser großartigen Art und Weise nicht mehr erfolgen würde, auch der Fremdenverkehr, der Tourismus wahrscheinlich von beachtlichen Einbußen betroffen. Ich glaube, eine solche Entwicklung will niemand in unserem Land, sie wäre letztlich zum Schaden für alle Bevölkerungskreise, für das Staatsganze. Eine Landwirtschaft, welche auf Grund massiver Einkommenseinbußen auch weitgehendst als Investor ausfallen würde, in der Form, daß nämlich Investitionen nicht mehr getätigt werden könnten, würde zu einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich des Gewerbes und der Industrie führen. Gerade angesichts der jetzigen Probleme am Arbeitsmarkt ist dieser Umstand als äußerst negativ zu sehen.

Eines wurde vom Kollegen Schütz bereits kurz angezogen, ich möchte auch darauf eingehen. Der Umstand, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Schnitt um 22 Prozent, in einigen Bereichen, Getreide, Rinder, bis zu 50 Prozent gesunken sind, die Preise im Lebensmittelbereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, also für den Konsumenten, aber im Schnitt nur um 1,6 Prozent. Ich habe diese Ziffer gar nicht glauben können, als ich es gelesen habe. Ein Durchschnitt von lediglich 1,6 Prozent ist einfach unakzeptabel und entbehrt jeder realen Begründung. Der Handel verlangt zu Recht von den österreichischen Bauern höchste Qualität. Diese sind auch bereit, diese Qualität zu liefern und zu erzeugen. Da wird es aber auf Dauer nicht möglich sein, immer nur den jeweils tiefsten Preis, der am europäischen Markt möglich ist, dafür zu zahlen. Das fördert letztlich nicht den Absatz heimischer Produkte. Und wenn hier die Preisvorteile, die ja durch das Sinken der Agrarpreise vorhanden sind, nicht an die Konsumenten weitergegeben werden, ist eine Verschlechterung der österreichischen Produkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz alleine vom Preis her ersichtlich. Solche Praktiken sind sicher nicht im Sinne der Bauern und natürlich

sicher auch nicht im Sinne der Konsumenten. Und hier müßte wirklich etwas geschehen. Gerade die Problematik am Kartoffelmarkt ist hier ein deutlicher Beweis und ein deutliches Zeichen, daß das so in der Form, glaube ich, wirklich nicht gespielt werden kann. Das widerspricht eigentlich auch dem Geist der österreichischen Sozialpartnerschaft.

Das Bundesland Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, um auf die Budgetproblematik wieder zurückzukommen, ist das führende Agrarland unserer Republik. Die ÖVP als stärkste Kraft in diesem Land war sich der Verantwortung der Landwirtschaft gegenüber immer bewußt. (*Abg. Keusch: Um das Geld der anderen kann man leicht verantwortlich sein!*) Siehst Du, Herr Kollege Keusch, das sind jetzt die berühmten Zwischenrufe, auf Grund welcher Dir der Kollege Marchat vorgeworfen hat, Du hast immer eine eher feindselige oder eine negative Einstellung zur Landwirtschaft. Du darfst Dich also nicht wundern, wenn Du solche Bemerkungen immer in den Raum stellst, daß Du dann als einer angesehen wirst, der von Haus aus eine negative Einstellung zur Landwirtschaft mitbringt. Tut mir leid, das so deutlich sagen zu müssen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Wollen wir das vielleicht wirklich als Gesamtes sehen: Die Verantwortung bei der Budgeterstellung des Landes für 1997 wurde auch in Richtung Landwirtschaft in vollem Umfang wahrgenommen. Das heißt, Niederösterreich wird die Bauern in dieser schwierigen Phase, in der wir uns befinden, nicht im Stich lassen. Es ist sichergestellt, daß auch von seiten des Landes im Jahr 1997 der Anteil der für die Bauern, wie ich gesagt habe, unverzichtbaren und existenznotwendigen Ausgleichszahlungen bereitgestellt wird. Die Kofinanzierung von Bund und Ländern ist ja letztlich im Rahmen des Europa-Abkommens die Voraussetzung dafür, daß die vorgesehenen Gelder auch von der EU im höchstmöglichen Ausmaß in Anspruch genommen werden können.

Schwerpunkt im Budget ist sicher der Anteil Niederösterreichs an den direkten Ausgleichszahlungen im Rahmen des Europavertrages sowie im Bereich des Umweltprogrammes ÖPUL für eine umweltgerechte, nach ökologischen Kriterien ausgerichtete Bewirtschaftung, welche trotz strenger Auflagen, ich habe es schon gesagt, von unseren Bauern auch in großem Umfang in Anspruch genommen werden. Ein wichtiger Bereich sind die Direktzahlungen an die Bergbauern und an jene in benachteiligten Gebieten. Man muß ja in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß für diese

Sonderprogramme, die ursprünglich über den landwirtschaftlichen Förderungsfonds abgewickelt wurden, den es ja in dieser Form nicht mehr gibt, daß dafür ein neues Instrumentarium, in das auch die EU-Gelder hineinfließen, geschaffen wurde. Und daß in dieser Form jetzt die Zahlungen für die benachteiligten Gebiete, wo unsere Bauern unter sehr erschwerten Bedingungen oft ihre Höfe bewirtschaften, auch in der Form über die Bühne gebracht werden. Auch in diesen Gebieten ist es notwendig, daß eine flächendeckende Landwirtschaft erhalten wird. In diesen oft sehr strukturschwachen ländlichen Regionen, wo, wie ich glaube, die Erhaltung einer vernünftigen Infrastruktur letztlich ein nationales Anliegen sein muß.

Es gibt wirklich große Probleme in diesen Gebieten. Ich kann Ihnen sagen, es ist eigentlich bestürzend, wenn man sieht, daß Gemeinden, in meinem Bezirk in unmittelbarer Grenzlage, Drosendorf, Langau, Weitersfeld, Hardegg usw. - der Bürgermeister ist heute hier und hört zu - daß wir dort einen Bevölkerungsrückgang haben in den letzten 40 Jahren von 40 und mehr Prozent. Das ist schon dramatisch und das macht uns große Sorgen. Das muß man hier schon auch sagen. *(Abg. Marchat: Und was macht Ihr dagegen? Gar nichts!)* Man kann nicht alles, Herr Kollege Marchat, von der politischen Seite lösen.

Die Erwartungen, die in die Grenzöffnung gesteckt wurden, haben sich natürlich bis jetzt zum Großteil nicht erfüllt. Im Gegenteil, es ist eine zusätzliche Problematik aufgetreten durch den Einkaufstourismus über die Grenze, durch ein sehr unterschiedliches Preisniveau. Es herrscht ein Kaufkraftabfluß und damit werden zusätzlich in der Grenzregion Arbeitsplätze gefährdet. Ich scheue mich nicht, das den Bürgern immer klar und deutlich zu sagen, daß ich dieses Verhalten für verantwortungslos halte. Jeder will hier bei uns gut verdienen - das ist auch sein gutes Recht - er will hier seinen Arbeitsplatz haben, er will hier in Österreich seine Pension haben. Auf der anderen Seite, bitte, wird massiv durch diesen Einkaufstourismus Geld ins Ausland getragen und wird unsere Wirtschaft geschwächt. Und wenn unsere Wirtschaft geschwächt wird, haben wir letztlich alle mitsammen die Nachteile zu tragen. Eine Landwirtschaft, die einkommensmäßig in der Lage ist, notwendige Investitionen zu tätigen, ist daher auch ein wichtiger Auftraggeber für die gesamte übrige Wirtschaft, für die Bauwirtschaft, die Landmaschinenindustrie und viele andere Bereiche. Und sie leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in diesen Bereichen.

Ich möchte damit schon zum Schluß kommen. Ich glaube, daß der Budgetansatz für das Jahr 1997 Gewähr gibt, daß die Existenz der Landwirtschaft auch entsprechend gesichert ist. Daß die Ausgleichszahlungen in der vorgesehenen Form bereitgestellt werden und hier auch die Gewähr gegeben ist, damit die Landwirtschaft auch die Herausforderungen, die vor uns liegen, die Chancen, die vor uns liegen, bestmöglich wahrnehmen kann. Und daß wir gemeinsam in eine gute Zukunft gehen können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung möchte ich ein paar Zahlen gegenüberstellen. Dem Fremdenverkehrsfonds wurden 1996 noch 140 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, für das kommende Jahr 1997 reduziert sich dieser Ansatz auf 125 Millionen Schilling. Also um 15 Millionen Schilling weniger werden hier zur Verfügung gestellt.

Noch eine Gruppe möchte ich herausnehmen: Dem Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds wurden 1996 255 Millionen zur Verfügung gestellt. Für 1997 ist ein Betrag von 229 Millionen vorgesehen. Auch hier gibt es eine Verringerung um knappe 25 Millionen Schilling. Wenn wir jetzt wissen, wie die ganze wirtschaftliche Situation österreichweit, aber auch niederösterreichweit, wie sich die auswirkt, bin ich mir nicht ganz sicher, ob mit diesen Kürzungen der Wirtschaftsstandort Niederösterreich abgesichert werden kann. Also ich bezweifle das, wenn man hier 25 Millionen und da 15 Millionen für die Wirtschaft abzweigt bzw. nicht mehr fördert. Ich glaube nicht, daß das für die Wirtschaftssicherung von Vorteil ist. *(Abg. Breininger: Die Kofinanzierung haben Sie vergessen. Wir holen uns etwas aus Brüssel dazu!)*

Schon! Aber zuerst, Herr Kollege Breininger, zuerst müssen wir ja vorfinanzieren und dann bekommen wir das von Brüssel zurück. Aber wenn wir schon einmal um 40 Millionen Schilling weniger vorfinanzieren, bekommen wir um 40 Millionen Schilling weniger zurück. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Wie gesagt, das waren nur zwei Bereiche, zwei Zahlen herausgegriffen. Mein Kollege Dkfm. Rambossek wird sich dann mit der Wirtschaft des Landes, ich meine, mit der Wirtschaft des Landes und mit dem Tourismus noch im Detail beschäftigen und auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren! Österreich ist das einzige Land in der EU, in dem es noch eine eigene Sondersteuer auf Getränke gibt. Sie wissen, ich habe vergangenes Jahr am 29. Juni 1995 im Zuge der Debatte um den NÖ Gemeindeförderungsbericht 1994 einen Resolutionsantrag eingebracht betreffend Abschaffung der Getränkesteuer. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Anfang dieses Jahres startete dann die Kammer der Wirtschaft eine Kampagne zur Abschaffung der Getränkesteuer, die für den Getränkehandel, den Fremdenverkehr und auch für die Gastronomie einen eklatanten Wettbewerbsnachteil darstellt. Vielleicht haben sie auf Grund meines Antrages vergangenes Jahr jetzt diese Aktion gestartet, um österreichweit gegen die Abschaffung der Getränkesteuer zu votieren. Inserate wurden geschaltet, Plakate an alle Gastronomiebetriebe versendet, Presseaussendungen wurden verfaßt, Broschüren wurden gedruckt und Unterschriftenlisten wurden ebenfalls aufgelegt. Ich habe mir das besorgt, was die Betriebe bekommen haben von der Wirtschaftskammer Österreich - hier dieses Kuvert. (*Abg. Hrubesch hält in der Folge mehrere Schriftstücke hoch.*) Initiative "Weg mit der Getränkesteuer", weil sie mehr schadet, als sie nützt. Weg mit der Getränkesteuer. Die Unternehmer österreichweit, aber auch Niederösterreichs haben dann ein Schreiben bekommen, Initiative "Weg mit der Getränkesteuer". Hier ist der Leitfaden zur Verwendung des Aktionspaketes, wo Plakate, Unterschriftenaktionen, Rückantwortkuverts und Bestellkarten beigelegt worden sind. Insgesamt gibt es da pro Betrieb 20 Unterstützungsmulare, damit die Gäste das unterschreiben können. Und zwar: Ja, ich unterstütze die Forderung nach Abschaffung der Getränkesteuer.

Herr Abgeordneter Hoffinger! Ich denke, Du kennst diese Aktion, Du wirst sie ja selber mitgetragen haben. Auch wurden zwei Plakate mit hinein beigelegt: "Diese Steuer macht mich teuer" - auch wieder eine Werbung der Wirtschaftskammer zur Abschaffung der Getränkesteuer. (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.*)

Dann gibt es noch eine andere Aussendung auf diesem Plakat: "Diese Steuer bringt mich zum Übersäumen - weg wieder mit der Getränkesteuer". Abgeordneter Hoffinger, also, wie gesagt, ich habe das wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wie gesagt, ich habe vergangenes Jahr einen Antrag eingebracht, der wurde mehrheitlich abgelehnt. Aber die Wirtschaftskammer hat nun diese Initiative gestartet. Und jetzt könnte man ja meinen, die Kammer hätte sich mit voller Kraft für die Abschaffung der Getränkesteuer eingesetzt.

Das nehme ich ja an. Doch weit gefehlt, meine Damen und Herren! Mitte Jänner passierte dann etwas Eigenartiges. Die freiheitliche Fraktion hat im Parlament, das ja über diesen Antrag abstimmen kann, diesen Antrag eingebracht. Und was ist passiert? Der ÖVP-Wirtschaftsbund, der diese Aktion startet, hat natürlich im Parlament - wart', ich schau nach, wer da dagegen gestimmt hat: Der Wirtschaftskammerpräsident Maderthaler, der Generalsekretär Stummvoll und die Frau Abgeordnete Tichy-Schreder - die haben aber dagegen gestimmt. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Aber das Lustige ist ja, Herr Abgeordneter Hoffinger, im Jänner wurde dieser Antrag eingebracht auf Abschaffung der Getränkesteuer. ÖVP-Abgeordnete haben dagegen gestimmt. Aber nur ein paar Tage später hat wieder die Wirtschaftszeitung der NÖ Wirtschaftskammer diese Aktion gestartet, die ich eben jetzt da Ihnen gezeigt habe. Der Maderthaler, ist das ein Niederösterreicher? Der stimmt im Jänner dagegen und eine Woche später startet er eine Aktion zur Abschaffung der Getränkesteuer. (*Abg. Hiller: Euer Antrag war nicht vollständig! Den Vorschlag, wie der Einnahmenausfall der Gemeinde auszugleichen sei, hat er nicht enthalten.*)

War nicht vollständig? Du, ich glaube, Du kommst dann noch heraus und Du wirst mir das dann bitte erklären.

Tatsache ist, meine Damen und Herren, in der Zwischenzeit wurden weit mehr als 300.000 Unterschriften für die Abschaffung der Getränkesteuer gesammelt. Von Unternehmern, aber auch von Touristen und von den Konsumenten. Aber diese mehr als 300.000 Unterschriften hat der Präsident Maderthaler und haben die Leute des Wirtschaftsbundes Anfang Mai dem Herrn Bundeskanzler übergeben im Parlament mit der Bitte, daß sich er jetzt einsetzen möge.

Vergangenes Jahr hat der Wirtschaftsflügel der ÖVP meinem Antrag nicht die Zustimmung gegeben. Jetzt haben Sie diese Aussendung gemacht, wo Sie sich dazu bekennen. Jetzt möchte ich dem Wirtschaftsflügel der ÖVP nochmals die Chance geben, sich dazu zu bekennen und möchte noch einmal einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Hrubesch und Dkfm. Rambossek zur Gruppe 7 des Vorschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Abschaffung der Ge-

tränkesteuer unter Berücksichtigung des Einnahmenausfalles für die Gemeinden bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen.

Teile der österreichischen Wirtschaft werden mit Abgaben belastet, die im europäischen Vergleich beispiellos sind. Hierzu zählt vor allem die Getränkesteuer, die im gemeinsamen Binnenmarkt ein für die österreichische Tourismuswirtschaft sowie für den Handel unzumutbares Wettbewerbsproblem geworden ist. Darüber hinaus führt auch der nunmehr uneingeschränkte Import von Getränken aller Art aus den EU-Mitgliedstaaten zu empfindlichen Umsatzeinbußen für heimische Getränkeherzeuger und damit zur Gefährdung vieler hunderter Arbeitsplätze allein in Niederösterreich.

Die Wirtschaftskammer Österreich hat in diesem Zusammenhang eine Unterschriftenaktion zur Abschaffung der Getränkesteuer gestartet, bei der bisher über 300.000 Unternehmer und Konsumenten unterschrieben haben.

Da die Getränkesteuer jedoch für die ohnehin schon finanziell stark belasteten Gemeinden eine zum Teil recht beachtliche Einnahmequelle darstellt, ist es notwendig, den Entfall der Getränkesteuer bei den künftigen Verhandlungen zum Finanzausgleich zu berücksichtigen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, mit dem Ziel die Getränkesteuer zur Entlastung der Wirtschaft abzuschaffen."

Der Herr Landeshauptmann Pröll setzt sich immer für die Gastwirte ein und für die Gasthäuser. Also da kann er das auch beweisen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Österreich hebt, wie berichtet, als einziger Staat in der EU noch eine eigene landesweite Sondersteuer auf die Getränke ein. Getränke sind daher im internationalen Vergleich relativ teuer, was wir auch immer von den Touristen bestätigt bekommen. Ich höre schon, wenn die Ausländer zu uns hereinkommen, die Touristen, und sie gehen einen Kaffee trinken und sie zahlen im Kaffeehaus 32,- Schilling für einen großen Braunen, sie zahlen für Mineral und für Bier 40,- Schilling, für einen Wein 50,- Schilling. Also da muß man schon dazu sagen, diese steuerliche Belastung ist schon gigantisch. Ich darf zum Beispiel sagen, vom

Verkaufspreis einer Flasche Bier gehen insgesamt 27,8 Prozent an den Fiskus. Beim Wein sind es 23,6 Prozent. In ganz Europa, bei unseren EU-Nachbarn liegen diese Belastungen niedriger. Das wirst Du ja kennen, lieber Abgeordneter, denke ich. (*Abg. Kautz: Weil Du keine Ausländer hereinlassen willst, fährst Du auch nicht ins Ausland! Schau doch, was Du im Ausland zahlst! Was zahlst Du in München, in Italien, in Frankreich?*) Bitte, sag es mir! Ich habe die Statistiken da. In all diesen Ländern ist die steuerliche Belastung auf Wein und Bier entsprechend geringer, das wirst Du ja nicht abstreiten können. Und deshalb würde ich bitten, speziell die Leute der ÖVP, des Wirtschaftsbundes, meinem Antrag auf Abschaffung der Getränkesteuer die Zustimmung zu geben.

Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Aber nicht nur die Getränkesteuer belastet die Wirtschaft, sondern auch die Erhöhung der Energiesteuer ab 1. Juni 1996. Infolge des Belastungspaketes wirkt sich diese Erhöhung negativ auf die Wirtschaft, aber auch auf die privaten Haushalte aus. Ich möchte darauf nicht allzu viel eingehen. Nur so viel, daß der durchschnittliche Haushalt mit einer finanziellen Mehrbelastung von zirka 2.000,- Schilling rechnen wird müssen. Uns hat heute der Abgeordnete Klubobmann Dr. Bauer erklärt, um 12.00 Uhr wurde im Ministerrat noch ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit welchen Mehrbelastungen die Österreicher in Hinkunft noch rechnen müssen. Diese Erhöhung der Energiesteuer wird dem österreichischen Haushalt ungefähr 2.000,- Schilling kosten. Diese Zahlen kommen ja nicht von mir, sondern die sind von der EVN vorgegeben. Die haben Berechnungen angestellt und sie schreiben selbst, daß der österreichische Haushalt mit ungefähr 2.000,- Schilling belastet wird. Jetzt können aber unsere heimischen Unternehmen, die österreichischen Unternehmen, natürlich auch nur neidisch auf die Strompreise in Nord- und Westeuropa schauen. Denn, da ist es so, daß die finnischen, die dänischen und schwedischen Konkurrenten im Vergleich gerade die Hälfte des österreichischen Strompreises zahlen. Auch diese Statistik und die Zahlen haben wir von der EVN bekommen. Und hier meine ich, um auch eine Wettbewerbsfähigkeit für unsere heimischen Unternehmen zu haben, möchte ich noch einen Resolutionsantrag einreichen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Hrubesch und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, LtG. 490/V-4, betreffend Strompreissenkung für Abnehmer der EVN.

Laut NÖ WirtschaftspresseDienst vom 3. Juni 1996 wird die von der EVN ab 1. Juni um zehn Groschen pro Kilowattstunde und 60 Groschen pro Kubikmeter erhöhte Gebühr mit dem Belastungspaket der Bundesregierung begründet. Der Mehrbetrag erhöht sich noch um den Zuschlag der 20 Prozent Mehrwertsteuer. Im selben Medium stellt die EVN auch fest, daß sich diese Abgaben 'auch auf unsere Wirtschaft negativ auswirken werden'.

Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ist es unverständlich, daß ein Unternehmen, an dem das Bundesland Niederösterreich mit 51 % mehrheitsbeteiligt ist, den Strompreis erhöht und gleichzeitig vor den Auswirkungen der Mehrbelastungen für die Wirtschaft warnt. Es kann nicht im Interesse des NÖ Landtages sein, daß man einerseits die Notwendigkeit von Wirtschaftsförderungen erkennt und andererseits über den Umweg einer Beteiligung an der EVN die Wirtschaft belastet. Vielmehr soll ja eine Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand gewährleisten, daß die Interessen der Landesbürger bzw. der Gemeinwirtschaft gewahrt bleiben. In der NÖ Landeskorespondenz vom 18. April 1996 erklärte EVN-Generaldirektor Dr. Rudolf Gruber, daß der Betriebserfolg von 1,25 Milliarden auf 1,73 Milliarden Schilling (+38,4 %) gesteigert werden konnte. Aufgrund dieser positiven Entwicklung schloß er für 1996 Preiserhöhungen aus, der oben erwähnte Mehrbetrag wurde auch vom Generaldirektor der EVN als reine Budgetsanierung in der NÖ Landeskorespondenz bezeichnet. Ebenso kündigte Generaldirektor Gruber im selben Blatt die Absicht der EVN an, in Zukunft weitere Beteiligungen an in- und ausländischen Firmen anzustreben. Im Sinne der Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich und angesichts der guten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der EVN ist es sinnvoll, die Energiekosten zumindest auf das Vorjahresniveau zu senken, um damit die niederösterreichische Wirtschaft zu entlasten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung mit der EVN Energie-Versorgung Niederösterreich Aktiengesellschaft entsprechende Verhandlungen aufzunehmen, um die Energiekosten für die niederösterreichischen Strom- und Gaskunden zu senken."

Um auch unserer heimischen Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit dementsprechend zu geben und auch unseren privaten Haushalten gegenüber Preisreduzierungen zu gewähren und damit die

Wirtschaft gegenüber dem Westen keinen Wettbewerbsnachteil hat, würde ich schon bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Denn ich glaube, wir werden mit nächstem Jahr, 1997, ohnehin eine Liberalisierung des Stromtransportes bekommen. Und die Franzosen, die Deutschen, die warten schon, wenn sie dann hereinkommen können. Ich glaube, daß es heute, ein Jahr früher schon sicherlich der heimischen Wirtschaft gut tun würde, wenn dementsprechende Akzente von seiten des Landes Niederösterreich gesetzt werden würden. Ich würde noch einmal bitten, diesen Antrag zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich glaube, wir haben jetzt demonstriert bekommen, wie es uns gehen würde, wenn es irgendwo einen blauen Finanzreferenten gäbe. Ich fürchte, daß das die Katastrophe für jede Gebietskörperschaft wäre, wenn dort einer mit dieser Gesinnung die Finanzen über hätte. Es wurde uns demonstriert, daß man auf der Einnahmenseite sparen soll, weniger Einnahmen, aber auf der Ausgabenseite mehr ausgeben. *(Heftige Unruhe bei Abg. Haberler.)*

Herr Kollege, ich kaufe Dir jetzt einen Strumpf, dann kannst Du in die Banken einbrechen gehen. Weil auf der einen Seite keine Einnahmen haben und auf der zweiten Seite mehr ausgeben, das ist eine Kunst, die niemand kann. Nicht einmal ein "blauer" Finanzminister. *(Nach wie vor heftige Unruhe bei der FPÖ.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dazu darf ich Ihnen jetzt einmal aus der Vergangenheit die Frage der Getränkesteuer beleuchten. Diese Frage haben wir schon einmal zu klären gehabt. Und es ging um die heißen Getränke, es war der Kaffee und es war der Tee. Wir haben die Getränkesteuer bei Kaffee und Tee von 10 Prozent auf 5 Prozent gesenkt. Meine Damen und Herren! Ich frage Sie, ob irgendjemand, irgendjemand in diesem Haus gemerkt hat, daß die Getränkesteuer um 50 Prozent, von 10 auf 5 Prozent, gesenkt wurde? Ob sich das auf den Preis ausgewirkt hat? Mitnichten! Es war derselbe Preis. Nur die Anteile zwischen dem Staat oder der Gemeinde, dem Fiskus und dem Unternehmer, die Aufteilung hat sich verändert. Die Summe ist gleich geblieben. Daher ist einmal festzuhalten, wenn ich Steuern senke, hat das noch lange nichts mit der Wettbewerbsfähigkeit zu tun. *(Abg. Marchat: Ihr könnt nur die Steuern erhöhen, sonst nichts! Seit Vranitzky in der Regierung ist, habt Ihr*

nur die Steuern erhöht, sonst nichts!)

Lieber Freund, ich darf Dir nur eines sagen: Lieber Freund, ich frage Dich, was hat Dein Landeshauptmann, der "Herr vom Bärental" damals in Kärnten geleistet? Er war Landeshauptmann, das Defizit ist größer geworden, die Arbeitslosigkeit ist größer geworden. Bis sie ihn mit "dem nassen Fetzen" davongejagt haben. Das war die Leistung des Herrn vom Bärental in Kärnten. *(Weiterhin heftige Unruhe bei der FPÖ.)*

Nun, der nächste Aspekt: Es heißt, die Gemeinden sind doch die größten Investoren. Das ist doch hoffentlich unbestritten. Die Summe der Investitionen, die die Gemeinden durchführen, ist größer als die Investition des Staates, des Bundes und der Länder. Und wenn ich den Gemeinden jetzt das Geld wegnehme und auf der selben Seite fordere, die Gemeinden mögen mehr investieren, bitte, mit welchem Geld? Ohne Steuereinnahmen wird das nicht funktionieren!

Und wenn der Herr Kollege Hrubesch Äpfel mit Birnen verwechselt, die Getränkesteuer auf der einen Seite zitiert, und auf der zweiten Seite die gesamte steuerliche Belastung nennt, mit den 23 Prozent, die Du genannt hast, ist die gesamte steuerliche Belastung gemeint, die auf den Getränken lastet. Und davon ist ein kleiner Prozentsatz die Getränkesteuer. Das heißt, er hat Äpfel mit Birnen verwechselt wie es halt bei den "Blauen" so leicht der Fall ist.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren noch eine Frage, dann kann ich schon aufhören. Nur noch eine Feststellung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und damit will ich es schon bewenden lassen: Ich möchte nur den Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek fragen, in welcher Funktion er diesen Antrag gestellt hat. Als Landesobmann des Gemeindevertreterverbandes der FPÖ oder als Vertreter der Wirtschaft. Wenn er das noch sagen würde, vielleicht könnten wir uns dann ein klareres Bild davon machen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich möchte mich heute im Zuge dieser Budgetdebatte naturgemäß mit der Energiesituation befassen und zum zweiten aber auch auf die EU-Regionalförderung kurz eingehen.

Zum ersten erscheint es schon sehr verwunderlich, daß die Freiheitlichen eigentlich immer so tun in den letzten Tagen, Wochen und Monaten, als hätten sie die Biomasse erfunden. Ich möchte hier schon klarstellen, daß die Volkspartei dieses Hauses seit eineinhalb bis zwei Jahrzehnten die Entwicklung der Biomasse ganz konsequent vorangetrieben hat. *(Abg. Haberler: Die Entwicklung der Biomasse hat vor 4 Millionen Jahren eingesetzt. Das ist ein biologischer Vorgang!)*

Die Umsetzung in Niederösterreich, Kollege Haberler. Ich würde Dir auch raten, endlich einmal Beweise anzutreten für das, was Du hier heraußen immer wieder von Dir gibst. Es war Herr Landesrat Franz Blochberger, der Ende der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre diese große Bewegung in Niederösterreich losgetreten hat. Wir stehen aber nicht an, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, uns auch zu freuen, wenn die eine oder andere politische Partei und ihre Exponenten bei dieser Bewegung mitgehen. Das ist für uns keine Frage, wir brauchen hier eine breite Bewegung. *(Heftiger Zwischenruf bei Abg. Haberler.)*

Ich möchte damit gleich zum Resolutionsantrag des Kollegen Hrubesch kommen. Ungeachtet der Tatsache, daß die "Mastensteuer", die sehr wesentlich zur Weiterentwicklung auch in der Energiepolitik in Niederösterreich beigetragen hätte, von Euch umgebracht worden ist, von der "F-Bewegung", wie sie sich nennt, ist es aus meiner Sicht auch eine Doppelbödigkeit ohnegleichen, hier einerseits die Biomasse fördern zu wollen und andererseits durch Tarifsenkungen eine Verzerrung der Situation herbeiführen zu wollen, die wir durch Hebung der Wettbewerbsfähigkeit verhindern wollen. Da kann ich wirklich nur sagen, oh Herr, sie wissen nicht, was sie tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, das ist ein Faktum. Wir werden den Verdacht nicht los, daß es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern daß das wirklich eine billige Effekthascherei ist. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht wirklich nicht zielführend. *(Abg. Hrubesch: Also, Abg. Prober, schauen wir uns nächstes Jahr die Gebühren für Strom an!)*

Die Energiesteuer, lieber Kollege Hrubesch, soll im Sinn einer Öko-Steuer ja eine Wettbewerbsverbesserung bringen. *(Abg. Hrubesch: Ich bin überzeugt, nächstes Jahr sind die Strompreise wesentlich billiger. Wir wollten nur ein halbes Jahr, bevor der Strompreis sinkt, die Wirtschaft entlasten!)*

Die Energiesteuer soll im Sinne einer Öko-Steuer - ich wiederhole mich gerne - eine Wettbewerbsverbesserung der erneuerbaren Energieträger bringen. Und daher lehnen wir es ab, diesen Effekt durch eine Tarifsenkung zu schmälern und zu vernichten. Ich glaube daher, daß diese Energiesteuer einen Steuerungseffekt haben muß. Wir lehnen diesen Resolutionsantrag daher ab. Und ich glaube, daß die bisherigen Erfolge, die wir im Zuge unserer gesamten Energiebewegung gehabt haben, ja nicht geschmälert werden dürfen. Ich meine, daß damit die Ziele der Energiepolitik klar auf der Hand liegen, die wir in Niederösterreich verfolgen. Erstens, und da sind wir d'accord, daß wir versuchen, eine Verringerung des Devisenabflusses und der Energieabhängigkeit vom Ausland zu erreichen, zusätzliche Einkommen für die Waldbauern und damit auch für die Holzwirtschaft insgesamt zu erreichen, auch eine Steigerung der regionalen Wertschöpfung. Natürlich ist auch damit verbunden eine Schaffung von hunderten Arbeitsplätzen in der Bauindustrie, Baunebengewerbeindustrie, Heizungstechnologieindustrie und dergleichen mehr. Und natürlich - und der Kollege Feurer hat das heute angesprochen - damit auch zu versuchen, eine massive CO₂-Reduktion zu erreichen, also einen wesentlichen Beitrag des Torontozieles anzupeilen. Und ich glaube, das sind Fakten, das sind Ziele, die einfach konsequent weiter verfolgt gehören. Wir geben aber zu, und auch das wurde heute vom Kollegen Haberler angesprochen, daß, um die notwendige Wende in der Energiepolitik zu beschleunigen, es notwendig ist, ein Energiekonzept einfach jetzt sehr rasch auf die Beine zu stellen. Ein Konzept, das einfach die verstärkte Verwendung nachwachsender Rohstoffe auch in sich inkludiert und auch entsprechend fördert.

Ziel dieses Energiekonzeptes muß ja auch sein - und das habe ich bereits erwähnt - die zukünftige Verwendung nachwachsender Rohstoffe stärker und schneller zu forcieren. Und damit darf ich sagen, daß wir dieses Energiekonzept in Vorbereitung haben. Und ich darf hier im besonderen auch dem Herrn Hofrat Rauter und seinem Team danken, die ja federführend mitgewirkt haben, aber auch sehr viele andere Leute aus der Abteilung VI/12 und andere mehr. In wenigen Tagen, so ist mir heute versichert worden, wird dieses Energiekonzept vorhanden sein, in dem es darum geht, daß man zuerst einmal in der ersten Ausbaustufe die Grundlagen des Energiekonzeptes festschreibt. Inhalt dieser Grundlagen ist unter anderem eine Darstellung der Anforderungen an die Energieversorgung des Landes. Zum zweiten Handlungsempfehlungen zu energiepolitischen Maßnahmen und zur weiteren Vorgangsweise im

Rahmen des Energiekonzeptes. Und drittens die Entwicklung eines Stufenplanes der zeitlichen Umsetzung dieses Energiekonzeptes. Und wenn das im Juli hier im Hause fertiggestellt sein wird, dann wird konkret begonnen werden, an der zweiten Etappe dieser Umsetzung zu arbeiten. Mit dem Ziel, daß in etwa bis Mitte Herbst 1977 die Fertigstellung dieses Energiekonzeptes erfolgt. Ich darf Ihnen heute versichern, daß dieser Zeitplan auch eingehalten werden wird.

Um diese Entwicklungsdimension nicht zu gefährden, glaube ich, ist es wichtig, daß man ganz klar erkennt, daß Niederösterreich immer in der Lage und bereit war, die Förderung von Hackschnitzelanlagen, Solaranlagen, Wärmeversorgungsanlagen auf Biomassebasis zu forcieren und daher auch federführend in dieser Republik bei der Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen ist. 70 kleinregionale Fernheizwerke gibt es zur Zeit, weiters starke Zuwächse bei der thermischen Solaranlagenzenerie, drittens für Windenergieanlagen als Beitrag zur Stromerzeugung und viertens, damit verbunden hat diese Politik auch dazu geführt, daß 29 Prozent aller 14.000 österreichweit bestehenden Hackschnitzelkleinanlagen sich in Niederösterreich befinden. Ich glaube, darauf darf man stolz sein! Das muß man einmal klipp und klar sagen. Und wir lassen uns diese Politik, die wir seit eineinhalb Jahrzehnten in konsequenter Weise für dieses Land gemacht haben, von Ihnen nicht miesmachen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen aber auch versichern, daß diese Entwicklung von der Rohstoffseite her in Niederösterreich abgesichert ist. In unseren Wäldern lagern in etwa drei Millionen Vorratstonnen für Energiezwecke, mit denen man eine Million Tonnen Heizöl ersetzen kann. Zur Zeit ist erst die Hälfte davon wirklich genutzt. Das heißt, eine Verdoppelung ist jederzeit möglich und damit auch aus meiner Sicht wünschenswert.

Der zweite oder dritte Punkt, den ich hier noch anfügen wollte, ist natürlich jener der Arbeitsplatzsituation. Experten haben berechnet, daß man durch einen sehr konsequenten Ausbau der Biomasse in den nächsten zehn Jahren eine jährliche Auslastung von etwa 3.000 Arbeitskräften österreichweit erreichen könnte. Das heißt in der Bauindustrie, im Baunebengewerbe, in der Heizungsindustrie und dergleichen mehr. Für Niederösterreich würde das bedeuten, daß zirka 1.000 Arbeitskräfte zusätzlich einen Arbeitsplatz bekommen könnten. Und ich glaube, daß man auch diese Fakten einmal sehr deutlich ansprechen sollte.

Und damit komme ich schon zu den Förderungen, weil auch hier immer wieder, vor allem seitens der Freiheitlichen Partei, Skepsis hervorgerufen wird, ob überhaupt hier Mittel fließen können, ob Mittel da sind. Und da darf ich Ihnen im besonderen sagen, im Energiebereich sind vier Projekte derzeit im 5b-Bereich genehmigt, hier fließen die Mittel bereits. Ich darf Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, daß wir auch die Energieplattform Niederösterreich-Süd bereits genehmigt bekommen haben. Daß daher auch hier die Mittel fließen. Niederösterreichweit bedeutet das zur Zeit für Ziel 5b-Gebiete und Ziel 2-Gebiete zusammengekommen, daß wir pro Jahr aus Bundes-, Landes- und EU-Kofinanzierungsmitteln 70 Millionen Schilling zur Verfügung haben. Das bedeutet aufgeschlüsselt etwa 20 Millionen Landesanteil, 27 Millionen Bundesanteil und 23 Millionen EU-Anteil. Das heißt, auf fünf Jahre hinweg gerechnet, auf die Programmplanungsperiode bis Ende 1999 bedeutet das ein Fördervolumen von rund 350 Millionen Schilling, mit dem wir ganz konkret Fernwärmeanlagen, Nahwärmeversorgungsanlagen und dergleichen mehr sukzessive und sehr dynamisch in Niederösterreich umsetzen können.

Insgesamt noch eine Bemerkung zu den Ziel 5b-Förderungen. Insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind bis zum Jahr 1999 - das wurde von einigen Vorrednern heute schon gesagt - seitens der EU 1,4 Milliarden Schilling für die Landwirtschaft vorhanden. Diese Mittel werden auch lukriert, diese Mittel werden auch eingesetzt und in der NÖ Land- und Forstwirtschaft umgesetzt. Im 5b-Bereich finden wir zur Zeit folgenden Iststand, weil auch das immer wieder in Zweifel gezogen wird: 38 Projekte sind eingereicht, 11 davon bereits genehmigt, 6 bereits realisiert. Bei diesen Projekten handelt es sich um ein Fördervolumen von insgesamt 70 Millionen Schilling, davon wieder aufgeschlüsselt 25 Millionen aus dem EU-Topf, 18 Millionen vom Land und 27 Millionen Schilling vom Bund. *(Abg. Hrubesch: Kollege Prober! Da gibst Du mir recht, daß das zuwenig ist!)*

Das ist erst der Anfang. Und wir stehen nicht an zuzugeben, daß hier auch Anfangsschwierigkeiten vorhanden sind. Wir müssen uns alle gemeinsam bemühen. *(Abg. Hrubesch: Nichts anderes haben wir seinerzeit gesagt! Daß wir die Wirtschaft auf den EU-Beitritt vorbereiten müssen. Nicht zuerst hinein in die EU.)*

Ich gebe recht, daß wir hier nach eineinhalb Jahren Europäischer Union natürlich alle - und das wäre wirklich vermessen, es nicht einzugestehen - uns gemeinsam noch stärker bemühen müssen, die Politik, die Beamtenschaft und alle, die da

zusammenwirken, natürlich dieses Vehikel noch zu dynamisieren. Das ist ja keine Frage. Wir müssen versuchen, einfach bis Ende 1999 den gesamten Kuchen für uns lukrieren zu können, auch keine Frage. Da ist aber jeder gefordert. Und da ist es zu wenig, hier nur zu kritisieren, hier einfach nur zum Teil Halbwahrheiten zu behaupten. Sondern hier geht es darum, daß man Hand anlegt, daß man wirklich in konstruktiver Weise versucht, entsprechende Beiträge zu leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, eines ist sicher: Der Europazug läuft. Ob es jemand jetzt paßt oder nicht. Für die österreichischen Bauern genauso wie für Gewerbe, Industrie und alle anderen. Ich meine, daß wir alles daran setzen sollten, daß der Weg vom Eurozentralismus in Richtung eines Europa der Regionen von uns mit beeinflußt und mitgestaltet wird. Das scheint mir eine wichtige Aufgabe zu sein. Ich möchte daher abschließend an alle Fraktionen appellieren, genau in diesem Sinne der dynamischen Zusammen- und Weiterarbeit für die Lukrierung von EU-Mitteln gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um den Wirtschafts-, Kultur- und Lebensstandort Niederösterreich europaweit nicht nur ins beste Licht zu rücken, sondern um auch entsprechende Mittel für unsere Heimat nach Hause zu bringen. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Herr Präsident! Danke. Es wird nicht lange dauern, aber ganz so kann man gewisse Sachen nicht im Raum stehen lassen.

Ganz kurz zur EU. Ich will keine Polemik betreiben. 1995 - knapp 50 Millionen nach Niederösterreich, 1,37 Milliarden von Niederösterreich nach Brüssel. Ich glaube, das spricht und sagt alles. Nur, in Sachen Energie kann man einige Sachen so nicht im Raum stehen lassen, weil ganz so, Herr Kollege Dr. Prober, geht es ganz einfach nicht. Die Energiesteuer verbessert die Situation für erneuerbare Energieträger in Niederösterreich. Also außer, daß Ihr die Wirtschaftsbetriebe, wie es der Kollege Hrubesch gesagt hat, daß Ihr die kleinen Familien, die kleinen Arbeiter, die kleinen Angestellten damit ausnimmt und Budgetlöcher stopft, ist ja nichts passiert damit. Wir wären diejenigen gewesen, die gesagt hätten, okay, alles in Ordnung. Machen wir ein 10-, ein 15-, ein 12-Jahresprogramm, wie auch immer, mit dem man hergeht, fossile Energieträger Schritt um Schritt belastet und erneuerbare Energieträger damit

finanziert und subventioniert. Das wäre der Weg gewesen. Den habt Ihr verbaut, den habt Ihr zusammengehaut, meine Herrschaften von der ÖVP! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist die Absage des Landesrates, das ist die Absage eines Bundesministers. Es sind Eure Ressorts. Ihr seid eine Versagerpartei! Ihr seid eine totale Versagerpartei, die die Dinge, die Ihr - wie Du richtig gesagt hast - eingeleitet habt in dem Land, einfach über den Haufen geschmissen hat. Die diese Wege verbaut hat damit, die ganz einfach diese Möglichkeiten Schritt um Schritt zerstören. Das ist die Realität! Das ist die Realität, daß Ihr in diesem Land unmöglich macht, daß wir umschichten. Von der Belastung des Arbeitsplatzes hin zu einer Energiesteuer, zu einer vernünftigen. Ihr seid diejenigen, die unmöglich machen, daß wir das Torontoziel damit erreichen. Das ist die Realität. Wer fossile Energieträger belastet, ohne gleichzeitig damit erneuerbare Energieträger zu fördern, wer das so konsequent betreibt wie Ihr das gemacht habt in dem Belastungspaket, der haut sich die Möglichkeiten von Grund auf zusammen. Ihr seid diejenigen, die zu verantworten haben, daß diese Möglichkeiten im Land Niederösterreich weitgehend verbaut sind. Von der Bundesebene herab. Und jetzt komme ich auf die Landesebene erst. Weil Eure Nationalräte mitgestimmt haben im Bund. *(Heftige Unruhe bei Abg. Hiller.)*

Das ist kein altes Argument, das ist die Realität, die blanke Realität. Und Du bist damit derjenige, der in der Region Niederösterreich-Süd das Versagen politisch zu verantworten hat. Und ich werde Dich zur Verantwortung ziehen da unten, das garantiere ich Dir. Du bist derjenige, der den Bauern das Überleben, dieses Ersatzeinkommen, das sie brauchen zur EU, verbaut hat, lieber Sepp Prober, der Hauptverantwortliche. Denn Du bist der sogenannte Manager da unten. Was Du gemanagt hast, das habe ich Dir gerade gesagt. Aber jetzt kommen wir auf die Landesebene. Weil das ist die Bundesebene, wo Ihr nur mittelbar verantwortlich seid. Die Landesebene ist die, daß Eure "schwarze" Gesellschaft, wo das Land 51 Prozent innehat, eine Leitungssteuer einhebt für Windanlagen beispielsweise. Das ist die Förderung, die Ihr macht für die erneuerbaren Energieträger in Niederösterreich. Das ist einzigartig in allen neun Bundesländern, Herr Kollege Dr. Prober. Das gibt es nicht in Vorarlberg, von Vorarlberg bis Burgenland nur einmal: In Niederösterreich - wo Ihr das Sagen in der EVN habt. Wo das Land eine 51%ige Beteiligung hat. Da seid Ihr dafür verantwortlich. Das ist einmalig. Schaut Euch die Oberösterreicher an. Die garantieren auf 15 Jahre den doppelten Einspeisungstarif, nämlich

1,28 Schilling für die Kilowattstunde. Was macht Ihr in Wirklichkeit? Ihr garantiert das für drei Jahre und nachher hebt Ihr die Leitungssteuer ein.

Kein Projekt, das politisch nicht konform ist und Landesgelder in Form von direkten Subventionen bekommt, kann dadurch in Wirklichkeit aus privater Hand finanziert werden. Das ist die Realität in Niederösterreich. Ihr seid die Verhinderer, die politischen Verhinderer! Die EVN hat das still und leise vor gut einem Jahr eingeführt. Ihr seid die politischen Verhinderer der erneuerbaren Energie in Niederösterreich, lieber Sepp Prober. Das ist die Realität. *(Beifall bei Abg. Marchat. - Abg. Hiller: Herr Abgeordneter Haberler! Sag mir ein alternatives Energiekonzept in Niederösterreich, das nicht gefördert worden ist. Sag mir nur eines! Das kannst Du nicht!)*

Hiller Franz, Du weißt ja gar nichts davon. Er weiß es, inzwischen ist er so still. Das weiß er ja auch. Das ist die Wahrheit. Energiekonzept hin, Energiekonzept her: Alle 56, wie wir da sitzen - das ist mein abschließender Satz, nur daß man einmal sieht, wie rasch und wie schnell oder wer in Wirklichkeit rasch oder schnell arbeitet oder arbeiten sollte - alle 56 haben am 29. Februar dieses Jahres den Landesrat beauftragt, bis zum 30. Juni, das heißt bis Ende dieser Woche, quasi ein Energiekonzept zu erstellen. Was gibt er uns in die Hand? Ich muß sagen, ein wirklich freches Schreiben, in dem steht, daß mit Ende 1997 alles am Tisch ist. Putzt Euch nicht an den Beamten ab, der politisch Verantwortliche ist er. Doch wer unterwegs ist mit Klärschlamm usw., der hat halt keine Zeit, daß er für dieses Land ein Energiekonzept macht. Das ist die Realität. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Hohes Haus!

Ich wurde gefragt, in welcher Eigenschaft ich diesen Resolutionsantrag unterstütze. Ich unterstütze ihn als Edwin Rambossek. Ich möchte dazu aber schon einiges bemerken, weil der Kollege Kautz ja geradezu die Stichworte dazu geliefert hat, wenn es um die Getränkesteuer geht. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Abschaffung der Getränkesteuer nur im Gleichklang mit Ersatzeinnahmen über den Finanzausgleich an die Gemeinden stattfinden kann. Der Herr Kollege Hrubesch hat klipp und klar gesagt, da haben Sie nicht zugehört vor lauter Nervosität und Zwischenrufen, die Gesamtsteuerbelastung bei Wein ist

23,6 Prozent in Österreich, in Deutschland 13,0 Prozent, in Italien 8,3 und in der Schweiz 6,1. Er hat nichts anderes gesagt, als daß das die Gesamtsteuerbelastung ist. Das nur zur Richtigstellung.

Der Gedankengang, den der Herr Abgeordnete Kautz vollzogen hat, daß er gesagt hat, naja bitte, die Getränkesteuer wurde abgesenkt von 15 auf 10 Prozent, aber die Preise sind gleich geblieben, das zeigt eigentlich die Richtigkeit unseres Ansatzes. Weil die Gemeinden haben dadurch weniger eingenommen bei einer Absenkung auf 10 Prozent, während der Bund praktisch die Einnahmen gleich gehabt hat. Inflationsbedingt sogar etwas höher, weil die Preise, hat er gesagt, der Herr Bürgermeister, sind ja gleich geblieben. Das zeigt die Richtigkeit des Ansatzes: Weg mit der Getränkesteuer bei gleichzeitigem Finanzausgleich für die Gemeinden. Und nur so ist es. Das wurde in die Debatte eingebracht von Herrn Abgeordneten Kautz. *(Abg. Uhl: Einen Punkt hast Du übersehen: Daß die 5 Prozent Differenz der eingesteckt hat, der das letztlich verkauft hat. Denn wenn die Steuer von 10 Prozent auf 5 Prozent reduziert wurde, ist nicht der Bund Nutznießer, sondern der Verkäufer!)*

Na gut, aber inflationsbedingt sind die Preise hinaufgegangen, hat der Bund im gemeinsamen Finanztopf genug drinnen gehabt. Das ist ja klar, daß der Verkäufer auch mitpartizipiert hat, wenn die Getränkesteuer gesenkt ist. Aber das kann ich angesichts der leidenden Tourismuswirtschaft nur begrüßen, daß das so gewesen ist. Das ist schon

klar. Ich glaube, das haben wir abgehandelt. So eine klare Linie sollte einfach durchgezogen werden.

Ich komme aber jetzt zum Tourismus. Ich möchte gleich einsteigen in den Tätigkeitsbericht 1995 der Tourismusabteilung. Ich habe den, Herr Landesrat, eingehend studiert und habe dabei ganz einfach feststellen müssen, daß dieser Bericht bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Lande, was den Tourismus betrifft, sehr wenig aussagefähig ist. Daß praktisch offensichtlich die gravierenden Strukturprobleme bewußt oder auch unbewußt verschwiegen werden. Ich habe darin keinerlei Vergleiche mit Österreich oder mit anderen Bundesländern vorgefunden. Ich konnte zum Beispiel nicht feststellen, ob jetzt Niederösterreich in der Tourismusentwicklung über oder unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Ich habe daher die Nächtigungszahlen des Berichtes mit jenen der Mitbewerber - ich meine hier die anderen österreichischen Bundesländer - verglichen und in diesem Zusammenhang kommt der gewerbliche Beherbergungsbereich, für mich immer eine Säule des Fremdenverkehrs in Niederösterreich, ganz schlecht weg. Ich habe festgestellt, daß 1995 Niederösterreich einen Nächtungsverlust von 5,8 Prozent, das sind 238.000 Übernachtungen, in Kauf nehmen mußte. Zwei Bundesländer hatten in Österreich sogar Zuwachsraten. Der Österreichrückgang betrug nur 3,6 Prozent. Was für mich eigentlich unverständlich ist, Herr Landesrat, ist, daß daraus so eine Geheimniskrämerei gemacht wird. Ich halte das nicht für die richtige Strategie. Denn, das wurde auch vom Kollegen Hrubesch gesagt, wenn wir alle sehen, daß hier ein Rückgang von 238.000 Nächtigungen zu verzeichnen ist, dann würde ich mir vorstellen, daß der Landtag, die Abgeordneten informiert werden, daß die Situation so ist. Aber ich habe ein bißchen das Gefühl, daß hier eine Geheimniskrämerei gepflogen wird. Vor allem habe ich das Gefühl auch deshalb gehabt, weil es etlicher Telefonate bedurft hat, daß dieser Tätigkeitsbericht überhaupt zur Verfügung gestellt wurde.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben uns auch die Zahlen im NÖ Tourismus, die alle im Tätigkeitsbericht nicht zu finden sind, weiter angeschaut. Und da habe ich ganz einfach festgestellt, daß die jährliche Bettenauslastung in Niederösterreich nurmehr 24 Prozent beträgt. Das heißt, 76 Prozent oder drei Viertel der 65.000 niederösterreichischen Gästebetten stehen nun einmal leer. Wenn man sich das plastisch

vorstellt, wäre das ganz genauso, wie wenn jemand einen Job hat, bei dem es ein dreiviertel Jahr lang keine Aufträge gibt. Da muß man schon hinterfragen, wie lange es dauern würde, bis der Arbeitsplatz verlorengeht.

Ich glaube, daß man der Tatsache ins Auge schauen muß, daß der NÖ Fremdenverkehr seit 1991 mit den Übernachtungen und mit den Marktanteilen rückläufig ist. Wir haben aber auch registriert, daß im Dezember auf Grund der ausgezeichneten Schneelage und des Weltcuprennens am Semmering ein Zuwachs von 13.000 Nächtigungen war. Aber ich glaube, für ein ganzes Jahr macht dieser Zuwachs das Kraut sicherlich nicht fett. Und wir alle wissen, Herr Landesrat, Hohes Haus, daß dieses Weltcuprennen mit einer Million, ich glaube zwei Millionen waren es, mit einer Million Subvention erkaufte wurde. Und das ist natürlich doch ein Betrag, den wir uns nicht jedes Jahr wahrscheinlich leisten werden können. Der Kollege Hrubesch hat schon aufgezeigt, daß die Dotierung des Fremdenverkehrsförderungsfonds rückläufig ist. Aber auch im April, Herr Landesrat, Hohes Haus, wo immerhin die Osterferien waren, gab es einen Rückgang von fast vier Prozent. Von Jänner bis April, das sind die neuesten Daten die ich vom Statistischen Zentralamt erhalten habe, haben wir insgesamt 13.000 weitere Nächtigungen verloren. Ich bin sicher derjenige, der meint, daß man um jede Nächtigung kämpfen muß und deshalb erscheinen diese 13.000 vielleicht gar nicht so schlimm. Man muß das aber sehen, was wir an Nächtigungen seit 1990 verloren haben - das sind über 800.000. Und wenn ich noch weiter zurückgeschaut habe, dann befinden wir uns ganz einfach auf dem Nächtigungsniveau von 1977. Das ist äußerst bedauerlich. Ich habe das aber nicht nur in Niederösterreich zurückverfolgt, weil es mich ganz einfach sehr interessiert, sondern auch in den anderen Bundesländern. Und da ist es aber nicht so, daß man auf dieses Nächtigungsniveau bis 1977 zurückgekommen ist. *(LR Gabmann: Aber wenn Sie die Daten des Statistischen Zentralamtes haben, dann müssen Sie auch gesehen haben, daß wir bundesländerweit am zweiten Platz liegen. Das sagt doch auch einmal, nicht immer nur Negatives!)*

Habe ich ohnehin gesagt. Man muß sich aber auch anschauen die Ausländerübernachtungen, da fallen wir unter die Zweimillionengrenze.

Ja, aber Herr Landesrat, schauen Sie sich aber doch auch an, was andere Bundesländer an Mittel in der Werbung einsetzen und was wir bitte aufwenden. Das muß man ja auch in einer Relation sehen, was andere Bundesländer zum Beispiel für die Wien-Werbung etc. ausgeben und was wir alles

hier ausgeben. Und da meine ich auch - ich komme dann noch darauf zurück - daß hier sicher einiges verbesserungswürdig wäre. Weil wir haben doch wirklich in den letzten Jahren hunderte Millionen Schilling für die Werbung ausgegeben. Und im wesentlichen für eine Bettenförderung. Ich weiß, da sind wir nicht einer Meinung, was die Bettenförderung betrifft. Wir haben die Tourismuswerbung pseudoprivatisiert und wir haben mit einem Millionenaufwand auch ein Leitbild gemacht. Das Leitbild 2001 liegt ja bereits drei Jahre zurück. Ich weiß schon, jetzt soll wieder eine neue Förderung eingeführt werden, wer leitbildkonform handelt. Aber das liegt drei Jahre praktisch zurück, das Leitbild, das ist bekannt. Und ich habe praktisch keinerlei Aufwärtsszahlen bemerkt. Und ich weiß jetzt nicht, wie das ist. Ich habe da im Land auch verschiedene Beherbergungsbetriebe in touristischen Randlagen gesehen, die praktisch mit Förderungsmitteln aufgepöppelt wurden, sagen wir ganz einfach so. Und ich meine, ich weiß nicht, ob das bei einer 24prozentigen Bettenauslastung in Niederösterreich der richtige Weg ist. Wir hätten zum Beispiel hier ohne weiteres mit Förderungen aus dem Ressort des Herrn Landesrates auch dringend benötigten Wohnraum in diesen Gebieten für junge Familien schaffen können. Oder wir hätten, da sind wir kontroversieller Meinung, auch Familienförderungen geben können, damit die Familien ganz einfach in Niederösterreich Urlaub machen. Und ich habe gehört, da hat ja, als ich das gefordert habe, größere Aufregung bestanden. Ich habe mir jetzt einmal die Zahlen gegeben. Also ich verstehe die große Aufregung nicht, auch wenn die Budgetmittel zurückgehen. Ich habe da festgestellt, daß es insgesamt hier 591 Ansuchen im Jahre 1995 gegeben hat und 1,412.850,- Schilling ausbezahlt worden sind für diese Urlaubsaktion der Familien. Und ich glaube, wenn man hier etwas verdoppelt oder vielleicht noch etwas draufgibt, ist es sicherlich ein Weg, um hier einen Aufschwung im Tourismus, einen Aufschwung bei den Betrieben, eine bessere Bettenauslastung zu bekommen.

Ich meine aber auch, es wurde sicher einiges gemacht. Die letzte Wirtschaftskammerzeitung spricht ja vom "Golfland Niederösterreich". Aber ich weiß nicht, ob das "Golfland Niederösterreich" insgesamt für eine größere Steigerung der Bettenauslastung das Ideale ist. Ich glaube, hier fehlt es ganz einfach an verschiedenen anderen touristischen Infrastrukturen, an Erlebnis- und Aktivitätsangeboten größeren Stils.

Wenn ich hier in die Steiermark schaue, so wissen wir ja beide, Thermenregion Bad Loipersdorf, Bad Waltersdorf, dann kommt auch Blumau, die "Hundertwasserquelle". Da ist ein Aufschwung wirklich ersichtlich. Und da frage ich mich schon. *(LR Gabmann: Und in Kärnten sind alle schwer defizitär!)* Also bitte, Herr Landesrat, dann sind hier falsche Informationen vorhanden. Dann muß man einmal wirklich nach Bad Waltersdorf schauen. Dort sind die Gesellschafter so gut finanziell ausgestattet, daß sie ohne Landeshilfe bereits ein neues Hotel hinter der Therme bauen, das im Dezember auch noch fertig wird. Und sie konkurrenzieren nicht das Biodörfli, nicht das Biothermenhotel. Und sie machen es ganz alleine. Das sind schon Tatsachen. *(LR Gabmann: Schauen Sie einmal nach Kärnten! Dort haben sie einen freiheitlichen Wirtschaftslandesrat!)*

Warum soll ich immer nach Kärnten schauen? Ich bin ja, Herr Landesrat, jetzt NÖ Abgeordneter und ich schaue schon ein bißchen herum. Aber wenn ich unbedingt nach Kärnten schauen soll, um die Kärntner Probleme zu diskutieren, wird mir da niemand zuhören. Aber ich nehme gerne, Frau Kollegin Lembacher, das Angebot an, daß wir uns alle einmal gemeinsam den Kärntner Tourismus vielleicht auch anschauen, daß da nicht immer so parteipolitisch gezinkte Zwischenrufe bitte hier kommen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Das sind doch so Zwischenrufe. Immer, wenn ein Freiheitlicher da redet, oder vor allem wenn ich rede, dann hören wir immer irgend etwas vom Bärenthal, von Kärnten usw. Die kenne ich ohnehin schon lange genug, da gebe ich gar keine Antwort mehr.

Ich glaube aber auch, und das möchte ich jetzt ins Positive umsetzen, daß unsere Werbestrategie eben nicht nur vom Angebot von Golfplätzen, sondern von den vorhandenen Attraktivitäten, die vorhanden sind, die man aber noch ausbauen sollte, ganz einfach zielorientierter durchgeführt werden müßte. Und wir müssen da praktisch zu neuen Überlegungen, glaube ich, hinsichtlich der Verkaufs- und Marketingstrategie kommen.

Irgendwie habe ich ein bißchen das Gefühl bei den ganzen Werbelinien, bei der Tourismuspolitik, daß es hier eben den geraden Weg, der zum Erfolg führt, nicht so eindeutig gibt. Es kommt mir das irgendwie vor, Herr Landesrat, wie seinerzeit der Zick-Zack-Kurs der ÖVP. Und was daraus geworden ist und wozu das geführt hat, ist uns ja allen bekannt. Unter dem Bundesparteiohmann Riegler stand der Slogan "ökosoziale Marktwirtschaft" im Vordergrund. In Niederösterreich gab es damals das bewährte touristische Leitbild "Servus in Niederösterreich - wo Ferien noch Ferien sind". Rückblickend glaube ich, waren beide Konzepte

wesentlich erfolgreicher als die derzeitigen Strategien. In Niederösterreich gab es anschließend gegen den Rat ernstzunehmender Experten ein kurzes Gastspiel des Slogans "Niederösterreich - Kultur muß der Mensch haben" und auf Bundesebene, bei der Busek-ÖVP gab es das Bekenntnis zur Heimat und ein "Ja zur Koalition mit der SPÖ, ohne Wenn und Aber". Beides war nicht sehr erfolgreich und wurde ja 1995 in Frage gestellt. Die ÖVP hat dann auf den Schlüssel-Ditz-Kurs gesetzt, für den niederösterreichischen Tourismus wurde im Schnellverfahren der neue Slogan "Niederösterreich - das weite Land" eingeführt. Der Herr Dr. Ditz ist der ÖVP in der Zwischenzeit ja abhanden gekommen, was die Ministerschaft betrifft. Der Slogan "das weite Land" sollte meines Erachtens auch bald entfallen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Landesrat, ich habe hier einen Artikel aus der Zeitschrift "auto touring" des ÖAMTC mit der Überschrift "Das weite Land". *(Abg. Dkfm. Rambossek zeigt Zeitungsausschnitt.)* Es handelt sich hier aber nicht um einen Bericht über Niederösterreich, sondern um einen Reisebericht über Amerika. Ich glaube aber auch, daß hier mehr Professionalität einkehren sollte. Ich weiß nicht, ob es jedem gefällt, das ist Geschmackssache. Mir gefällt es nicht, wenn ich in der Werbung "das weite Land" die Farbe sehe, wo jeder Mensch getupft wird. Das ist ja, glaube ich, bekannt. Die in Nebel eingehüllte Ruine Aggstein, ich weiß nicht, ob das sinnvoll ist, um unseren Tourismus weiter anzuregen. Es sind zwar Fragen der optischen Umsetzung. Wir sind zwar, wie richtig gesagt wurde, aufgestiegen in den ersten Monaten von Jänner bis April, aber die Gäste aus Wien - und die bewerben wir ja auch mit viel Geld - sind zurückgegangen, obwohl wir seinerzeit vor allem eine große Anzahl der Gäste aus Wien für den Fremdenverkehr in Niederösterreich lukriert haben. Ich glaube vor allem, daß es ganz einfach nicht mit der Wirtshausaktion "Gulaschcoba" ausreicht. Ich glaube, daß es auch nicht ausreichend ist, neue Teller für das niederösterreichische Gastgewerbe anzuschaffen und weiters mit dem Slogan "das weite Land" die Probleme des Fremdenverkehrs zu lösen. Ich glaube, mit diesen Aktionen wird man kaum Schwung in die Fremdenverkehrswirtschaft bringen können.

Ich möchte aber auch noch kurz auf die allgemeine Wirtschaftspolitik eingehen. Denn wir haben nicht nur im Tourismus, sondern wir haben auch gesamtwirtschaftlich gesehen, Österreich gesamtwirtschaftlich gesehen, hier Einbußen, Marktanteile verloren. *(LR Gabmann: Jammern*

wir nur fest weiter!)

Nein, wir wollen gar nichts krankjammern. Nur, wir haben schon sehr oft diskutiert, man muß ja die Tatsachen aufzeigen. Und wir waren uns ja schon, bitte schön, einmal einig, daß wir in verschiedenen Maßnahmen praktisch hintennachhinken. Und das soll einmal aufgezeigt werden. Daß sich seit der letzten Debatte, und wenn Du Dich erinnern kannst, wie wir debattiert haben über das Beteiligungs-Kapitalmodell, das wir alle für richtig gefunden haben, wo wir aber vollkommene Einigkeit gehabt haben, daß wir immer hintennachhinken. Und so ist es ganz einfach. *(LR Gabmann: Das hat ja sonst niemand, wem hinken wir da nach?)*

Aber, der ganzen Entwicklung hinken wir nach. Da muß man halt eine erkennbar offensivere Politik machen. Und das stellen ja nicht wir Freiheitlichen fest. Weil hier wird immer von der Österreichischen Volkspartei so getan, daß das wir Freiheitlichen feststellen. Ja, sind wir in der Bundesregierung? *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Landesrat! Schaffen wir diese Rahmenbedingungen, daß uns dann das Schweizer Institut für Managemententwicklung bestätigt, daß wir abgerutscht sind in der Wettbewerbsfähigkeit vom 11. auf den 16. Platz? Schaffen wir praktisch diese Rahmenbedingungen? *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Ich habe gesagt, österreichweit vom 11. auf den 16. Platz. Ihr wißt doch auch, daß in Niederösterreich die Pleitenwelle weitergeht. Wir haben auch niederösterreichweit - bitte, Herr Landesrat, die Arbeiterkammer wird ja auch nicht lügen, oder - wir haben ja auch die Feststellungen und die Daten der Arbeiterkammer, daß praktisch 8.000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. *(LR Gabmann: Haben Sie auch das Wirtschaftswachstum angeschaut?)*

Das Wirtschaftswachstum liegt in Niederösterreich über dem prognostizierten Schnitt von 0,7 Prozent bei rund 0,9 Prozent. Das war eine Auskunft, die ich vom WIFO bekommen habe. Aber trotzdem sind die Arbeitsplätze weg. Lügt die Arbeiterkammer oder soll das behauptet werden? *(Abg. Friewald, Abg. Mag. Schneeberger: Es hat doch noch nie so viele Beschäftigte gegeben!)*

Herr Kollege Friewald, schauen Sie. Es geht doch ganz um etwas anderes. Und da waren wir uns ja auch einig. Wir brauchen, um die Arbeitsplätze abzusichern, Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung. Und was ist in der Vergangenheit praktisch geschehen? Wir sehen immer mehr, wie die Gefahr besteht, wie das Damoklesschwert über uns schwebt, daß die Betriebe trotz Förderungen in die Billiglöhnländer abwandern. Wir wissen um die Gefahr, die es gibt. Die Gefahr gibt es bei Euro-Quarz, die Gefahr gibt es bei Egston oder Egston ist schon gegangen, die Gefahr war die Spinnerei

und die Gefahr gibt es praktisch ganz einfach bei Semperit. (*Abg. Nowohradsky: Wie würden Sie das verhindern?*)

Bitte, wie sollen wir es verhindern? Denkt doch einmal nach! Glaubt Ihr, die ganzen Gesetze der Bundesregierung - da sind nicht wir dabei - diese 44 Strukturanpassungsgesetze, daß das für die Wirtschaft förderlich ist? Da wird hier im NÖ Landtag geredet, wir brauchen eine neue Gründerzeit, das und das und das soll alles gemacht werden. Aber ich frage Sie allen Ernstes, den Kollegen Friewald kann ich ja nicht fragen, aber ...

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Sehr geehrte Damen und Herren! Darf ich bitten, daß wir den Geräuschpegel etwas absenken und uns auf die Debatte hier konzentrieren. Ich bitte auch, nicht nur den Diskurs zwischen Legislative und Exekutive zu führen, sondern mit dem Plenum des Hauses.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Jawohl, Herr Präsident! Dann sage ich gleich, den Kollegen Friewald kann ich ja nicht fragen. Aber ich kann vielleicht den Herrn Kollegen Hoffinger fragen, ob er heute - er wird wahrscheinlich jetzt Ja sagen - ob er heute angesichts dieser 44 Strukturanpassungsgesetze als junger Mensch überhaupt noch eine Firma gründen würde.

Meine Damen und Herren! Ich finde es, wissen Sie, ich finde eines: Jede Bemühung wird von mir sicherlich anerkannt, ja. Aber angesichts dieser Lage, die wir in diesem Land haben, finde ich es ganz einfach einen blanken Zynismus, wenn dann die Österreichische Volkspartei hergeht und im März und im April das Konterfei ihres Bundesobmannes verteilt, wo zu lesen steht: Das neue Regierungsprogramm für Österreich: Starke Wirtschaft, mehr Arbeit und sichere Zukunft. Und gleich darauf beschließt die Österreichische Volkspartei im Parlament bitte 44 Strukturanpassungsgesetze mit. (*Zwischenruf bei Abg. Mag. Schneeberger.*) Herr Kollege Mag. Schneeberger, wenn Sie wollen, kann ich noch ein bißchen weiter reden. Aber bei Ihnen geht das eh da 'rein und da bitte 'raus. Weil für Sie das ja eine Sache ist, die Sie als Lehrer in der Schule einfach nicht verwerten können und hier nur eben die Lehrerautorität von der Bank her aufgespielt wird. Ich komme aber zu den Resolutionsanträgen, die ich einbringe (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Hoffinger zur Gruppe 7 des Voranschlages des

Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend indirekte Förderung von Risikokapital.

Derzeit halten die Österreicher bei den Bankinstituten Spareinlagen in der Höhe von ÖS 1.850 Mrd., während sich die Zeichnung von Risikokapital prozentuell dazu in Grenzen hält. Die Zeichnung von Risikokapital wäre jedoch gerade für die österreichische Wirtschaft wichtig, zumal unsere Betriebe eine im internationalen Vergleich schwache Eigenkapitalstruktur aufweisen (in der Industrie nur 26,3 %, dazu der bundesdeutsche Vergleich: 30,1 % und der amerikanische: 37,3 %) und in Konjunkturlauten gerade wegen des zu geringen Eigenkapitals und der zu hohen Fremdkapitalquoten krisenanfälliger und weniger wettbewerbsfähig sind. Die laufenden Firmenpleiten in der Vergangenheit und in der jüngsten Gegenwart müßten daher den Gesetzgeber veranlassen, die Förderung von Risikokapital eher auszubauen als zu minimieren. Auch wären seitens der Bundesregierung Maßnahmen zu setzen, damit die Banken wiederum Genußscheine entsprechend anbieten, zumal diese gerade der mittelständigen Wirtschaft zugute kommen. Dem entgegen wurde durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 die indirekte steuerliche Förderung von jungen Aktien und Genußscheinen rückwirkend zum 1.1.1996 verschlechtert. Mit dieser Sonderausgabenreduktion wird ein wichtiger Bereich der Risikokapitalförderung zum Nachteil der österreichischen Wirtschaft faktisch aufgegeben. Da die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich, insbesondere Niederösterreich, und die Sicherung niederösterreichischer Arbeitsplätze höchste Priorität genießen muß, stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere das für Wirtschaftsangelegenheiten zuständige Regierungsmitglied wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden mit dem Ziel, einen bundesweiten Gesetzesentwurf zu erreichen, wonach die bestehenden indirekten Förderungstatbestände für Risikokapital im EStG, insbesondere jene über Genußscheine und junge Aktien attraktiver normiert werden, um so der österreichischen und damit auch der niederösterreichischen Wirtschaft mehr Risikokapital zur Verfügung gestellt werden kann."

Dem Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger möchte ich sagen, wenn er hier zugehört hat, daß auch der Kollege Hoffinger, der diesem Antrag beigetreten ist, zumindest dieser Bestimmung des Strukturanpassungsgesetzes etwas kritisch

gegenübersteht und daher eine Änderung will. Das nur dazu. Nächster Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Keusch, Hoffinger zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Entlastung der Unternehmen durch Verfahrensvereinfachung.

Die lange Verfahrensdauer und die Vielzahl von unterschiedlichen, anlagenrechtlichen Genehmigungsverfahren belasten die NÖ Betriebe nicht nur finanziell, sondern auch zeitlich. Es ist ferner auch bekannt, daß Entscheidungen hinsichtlich Betriebsansiedelungen in erheblichem Ausmaß von der Dauer und dem Umfang der erforderlichen Genehmigungsverfahren abhängig sind. Auf Grund der in Österreich geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen ist festzustellen, daß durch die Vielzahl an Sonderverfahrensrechten und auch die Zersplitterung der diesbezüglichen Kompetenzen die Attraktivität Österreichs und somit auch Niederösterreichs als Wirtschaftsstandort erheblich reduziert wird. Die in diesem Zusammenhang festzustellende gestiegene Arbeitslosigkeit wird neben entsprechenden beschäftigungspolitischen Maßnahmen nur durch eine neue 'Gründerzeit' längerfristig reduziert werden können. Diesbezüglich sind aber auch Strukturreformen und eine konsequente Förderung der Forschung und Technologieentwicklung notwendig. Weiters ist eine deutliche Steigerung der Effizienz und Praxisnähe der behördlichen Genehmigungsverfahren eine wesentliche Voraussetzung, um eine solche neue 'Gründerzeit' in Gang zu setzen. Es ist daher erforderlich, umge-

hend Maßnahmen zu treffen, die jede Form von Überreglementierung, Kompetenzzersplitterung, Parallelitäten im Genehmigungsverfahren und ähnliche bürokratische Auswüchse auf ein wirtschaftsverträgliches Ausmaß reduzieren. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß im Bezirk Gmünd ein Versuch, behördliche Genehmigungsverfahren durch Absprache zwischen den Gemeinden und der Bezirkshauptmannschaft zusammenzulegen, sehr erfolgreich war.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen, um im Bereich des Anlagenrechtes eine Verfahrenskonzentration, eine Verkürzung der Verfahrensdauer und eine österreichweite, einheitliche Verfahrenspraxis zu erwirken. Darüber hinaus ist alles zu unternehmen, um eine Zusammenfassung der bisher zersplitterten Sonderverfahrensrechte (z.B. Wasserrechtsgesetz, Gewerbeordnung, Abfallwirtschaftsgesetz usw.) in einem einheitlichen Anlagenverfahrensrecht mit dem Ziel zu erreichen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreichs und somit auch Niederösterreichs zu steigern."

Allen Zwischenrufern, allen Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, wird hoffentlich nicht entgangen sein, daß wir einen erfolgreichen Versuch in Gmünd hervorgehoben haben, sodaß wir nicht krankjammern, sondern daß wir nur die Realität aufzeigen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich habe aber auch noch einen dritten Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Rupp und Hoffinger zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Konvergenzkriterien und Arbeitslosigkeit.

Der Europäische Rat hat sich in Madrid im Dezember 1995 nicht nur über den Namen einer zukünftigen einheitlichen Währung geeinigt, sondern auch seinen Willen dokumentiert, sowohl am Projekt der Europäischen Währungsunion als auch die im Vertragswerk von Maastricht vorge-

gebene Marschtabelle auf dem Weg zu diesem Ziel unbedingt einzuhalten. Demnach sollen die EU-Bürger, so auch Österreich, ab dem Jahre 2002 mit dem 'EURO' anstatt mit ihrer bisherigen Währung bezahlen. Dieser vorgegebene Kurs wird nun beinahe täglich sowohl von Vertretern der EU-Kommission als auch von Spitzenpolitikern der EU-Mitgliedsstaaten beschworen. Angesichts der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit (EU-weit sind 18 Mio. Menschen arbeitslos!), des hohen Konsolidierungsbedarfs des Budgets und vor dem Hintergrund einer abgebremsten Konjunktur, sind Skepsis und Kritik am Fahrplan zur Währungsunion ständig zunehmend. Der Bevölkerung wird allmählich immer bewußter, daß durch die drastischen budgetären Maßnahmen und den Sparkurs der öffentlichen Hand mit dem Ziel, die fiskalischen Konvergenzkriterien innerhalb von 2 Jahren zu erfüllen, die Arbeitslosigkeit in Österreich weiter zunehmen wird. Eine laufende Bestätigung - auch seitens der EU-Kommission - ist immer häufiger den Medien zu entnehmen. Demnach wird (u.a. lt. WIFO und ähnlich lt. EU-Prognose) die Beschäftigung 1996 um 30.000 und 1997 um weitere 25.000 Arbeitnehmer sinken, sodaß für 1997 mit einem Höchststand der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 8 % der unselbständigen Beschäftigten gerechnet werden muß. Trotz mehrfacher Ankündigung der Gegensteuerung wird diese alarmierende Entwicklung am Arbeitsmarkt mangels finanziellen Spielraums noch weiter angeheizt. So ist auch eine konkrete Umsetzung arbeitsmarkt- und sozialpolitisch notwendiger Initiativen schwer möglich. Eine über die fiskalischen Belange hinausgehende Beurteilung der Maastrichtkriterien (Einbindung des Arbeitsmarktes) erscheint unumgänglich. Heimische Maßnahmen dagegen haben aufgrund des Fehlens eines geordneten Budgets im Jahre 1995 (Scheitern der Budgetverhandlungen) sich nachteilig ausgewirkt, insbesondere auch auf den Bereich der Bauwirtschaft. Die Folge dieser ohne Rücksicht auf Verluste erklärten Absicht der Bundesregierung, die Konvergenzkriterien auf 'Biegen und Brechen' zu erfüllen, ist, daß für die österreichische und auch für die niederösterreichische Wirtschaft nicht nur Insolvenzrekorde, sondern auch eine Rekordarbeitslosigkeit zu verzeichnen sind. Für Niederösterreich besonders erschwerend kommt der Faktor dazu, daß durch Auslagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer und durch s.g. 'Einkaufstourismus' vor allem die grenznahen Betriebe existenzbedrohende Situationen erreicht haben. Eine Gegensteuerung dieser Situation, insbesondere durch neuerliche Verhandlungen bezüglich der Konvergenzkriterien unter Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, wäre daher für die österreichische und

insbesondere für die niederösterreichische Wirtschaft unbedingt erforderlich.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß in die vereinbarten Konvergenzkriterien auch andere Fakten, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Umwelt- und Sozialstandards Eingang finden."

Ich darf Sie alle einladen, diesen Resolutionsanträgen die Zustimmung zu geben. Ich darf schon auch anmerken für den Kollegen Friewald, seinen Zwischenruf, er möge vielleicht das auch einmal durchlesen, was der Kollege Hoffinger sehr wohl hier mitträgt. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Herr Kollege Dkfm. Rambossek, zu Ihrer Bemerkung, mich nicht fragen zu können, ob ich einen Betrieb gründen würde. Und weil Sie glauben, der Herr Kollege Hoffinger wird Ihnen diese Frage besser beantworten. Ich glaube, unabhängig davon hätten Sie mich fragen können, weil ich offenen Mutes immer in die Zukunft schaue und überzeugt bin, daß es Hunderte in Niederösterreich gibt, die sich bewußt darüber klar sind, daß man hier Betriebe gründen kann und sehr vernünftig führen kann. Unabhängig davon traue ich mir das auch deswegen zu behaupten, weil ich seit drei Jahren einen Betrieb führe, den ich, glaube ich, nicht so schlecht führe. Und ich merke auch, daß in diesem Land man unter den wirtschaftlichen Voraussetzungen gut arbeiten kann. Daß es immer Verbesserungsmöglichkeiten gibt, ist mir klar.

Ich will aber klarstellen zum Kollegen Haberler, bevor er den Saal dann verläßt, wenn er da herausgeht und Behauptungen aufstellt: Ich bin sehr wohl für Kritik, nur die Behauptungen, die Sie hier aufstellen, daß der Kollege Dr. Prober keine Projekte im Süden irgendwo verwirklicht hätte, dazu möchte ich einmal klarstellen: Es gibt bereits 12 Biomasseprojekte im Raum südliches Niederösterreich mit zirka 10.000 Schüttraummeter Bio-

masse, die dort verarbeitet werden, mit vier Gigawatt, die hier umgesetzt werden können. Und das sollte man einmal klar auch sagen und nicht hier heraußen Behauptungen aufstellen, die ganz einfach nicht stimmen. Und wenn Sie aufgepaßt haben, in meiner Rede habe ich festgestellt, daß die Biomasse in Niederösterreich zur Zeit 650 Arbeitsplätze sichert. Das sind gesicherte Arbeitsplätze. Und hier ist einiges in Bewegung geraten.

Vielleicht eines zur Erklärung: Wenn man darüber diskutiert, welche Möglichkeiten der Steuerenkung man hat, bin ich sofort dabei. Nur, im gleichen Atemzug zu sagen, ich muß aber den anderen Bereich mehr fördern, da sollten wir uns einmal dessen bewußt sein, woher wir die Förderungen nehmen. Und wir haben ganz einfach einen Budgettopf. In dem Budgettopf gibt es Einnahmen, die heißen Steuern. Und damit kann ich gezielt Förderungen setzen. Und genauso sollte man auch den Budgettopf im Bereich der Gemeinden sehen. Und man kann nicht immer nur eine Lade ausräumen, sondern man muß auch in die Lade was hineingeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine verantwortungsvolle Politik würde auch bedeuten, daß ich eine Position beziehe. Und, Herr Kollege Dkfm. Rambossek, Sie haben Funktionen. Wenn ich eine Funktion habe, dann bekenne ich mich zur Funktion und trage diese Verantwortung. Und stelle mich nicht dann da her und sage, ich habe nur als Kollege Rambossek gefordert in diesem Bereich, obwohl ich diese Anträge hier einbringe, gerade in bezug auf die Finanzkraft der Gemeinden. Ich glaube, jeder Bürgermeister ist sich dessen bewußt, daß er hier seine Gemeinde und die Bürger dieser Gemeinde zu vertreten hat. Und auch das Budget zu verantworten hat. Unter diesem Aspekt sollte man die Politik sehen und nicht Politik, sage ich einmal, der "Schönfärberei" praktizieren, wenn ich nur das, was mir gerade gefällt und paßt, in den Raum stelle und alles andere interessiert mich nicht. Das kann nicht Politik sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Konstruktive Kritik, Herr Kollege Dkfm. Rambossek nehmen wir zur Kenntnis. Da gibt es auch eine Bereitschaft, mitzuarbeiten. Da finden Sie uns immer wieder. Ich glaube aber, daß man nicht davon leben kann, daß man ganz einfach - ich sage einmal - zum hundertsten Mal manche Anträge stellt, weil es gerade "populär" ist. Weil man gerade irgendjemand irgendwo schön den Sonnenschein ins Gesicht platzen lassen will. Sondern wichtig wäre, daß man sich darüber Gedanken macht - und Sie haben es ja richtig gesagt - Gedanken macht, welche Auswirkungen

manche Dinge haben. Und daß man diese Auswirkungen auch richtig beleuchtet.

Worauf ich auch Wert legen würde, wenn wir hier über Sachen und Fakten diskutieren: Stellen wir nicht immer dieses Land Niederösterreich in den Schatten. Dieses Land Niederösterreich kann sich weltweit mit seiner Wirtschaftskraft und Entwicklung sehen lassen. Geben wir auch das dem Bürger mit, motivieren wir unsere jungen Menschen, dann haben wir kein Problem mit Arbeitsplätzen und mit Wirtschaftsbetrieben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Rupp zu Wort.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zur Gruppe 7 zur Energiewirtschaft und zur wirtschaftlichen Situation. Aber bevor ich auf mein Statement eingehe, möchte ich zu einer Resolution Stellung nehmen als Gemeindepolitiker, weil es mich verwundert, daß der Kollege Hrubesch als seinerzeitiger Gemeindepolitiker und der Kollege Dkfm. Rambossek einen Antrag auf Streichung der Getränkesteuer eingebracht haben. Ich schließe mich an: Es ist unheimlich populär, wenn man heute hergeht da zum Rednerpult und sagt, die Getränkesteuer gehört gestrichen. Ich möchte nur eines dazu sagen, es ist einmal schon die Gewerbesteuer von der Gemeinde gestrichen worden nach Ertrag und Kapital. Und wir wissen heute, was das in Summe ausgemacht hat. Die Getränkesteuer wurde in manchen Bereichen bereits zurückgenommen. Und wenn ich so in die Runde schaue, denke ich, als Du in Krems Stadtrat warst, dann hat die Getränkesteuer in Krems sicher an die 15, 20 Millionen Schilling betragen. Und wenn Ihr in Euren Resolutionen als Argument anführt, Ihr wollt damit auch Arbeitsplätze sichern, und wenn der Kollege Dkfm. Rambossek gemeint hat zum Schluß seiner Rede zum wirtschaftlichen Teil, wir müssen Arbeitsplätze sichern und Du hast unter anderem auch die Prozentsätze der Arbeitslosenrate genannt, dann darf ich Dir sagen, wenn die Gemeinden auf die Getränkesteuer verzichten müßten, dann könnten wir tausende Arbeitsplätze streichen. Das sage ich Dir: Nicht hunderte sichern, sondern tausende streichen. Wenn Du in einer Gemeinde, wo Du 10, 15 oder 20 Millionen oder in größeren Städten noch mehr daraus erhältst, diese Millionen nicht mehr einsetzen kannst kommunalpolitisch, dann kannst Du auf tausende

Arbeitsplätze verzichten. Daher wird es von unserer Fraktion keine Zustimmung geben zur Streichung der Getränkesteuer. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zum Kollegen Kurzreiter, der jetzt heroben sitzt als Berichterstatter, sagen, ich begrüße Deinen Einsatz für die Landwirtschaft. Das ist hundertprozentig in Ordnung. Ich begrüße auch Deine Aussage zum Schluß, daß Du alle aufgefordert hast, man soll nicht unnötig über die Grenzen fahren und dort einkaufen, man soll österreichische Produkte kaufen. Ich gehe hundertprozentig mit Dir. Ich möchte nur eine Bitte auch an Dich, Herr Landesrat, weitergeben, dies auch unserer Wirtschaft zu sagen. Weil wenn wir heute in den Betrieben argumentieren und sagen, bitte, warum wird immer ausgesiedelt, ausgelagert ins Ausland, dann heißt es, weil dort billiger produziert wird. Und das gleiche Argument muß auch hier gelten. Ich gebe Dir recht, wir sollen österreichische Produkte kaufen, aber nicht auslagern und vorher vielleicht noch Landes- oder Bundesförderungen geben. Und die gehen dann ins Ausland 'rüber, weil sie drüben billiger produzieren können. Also wenn das nicht paßt, da gebe ich Dir recht, dann soll auch das andere eingehalten werden.

Und somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich auf meinen Hauptpunkt eingehen in meiner Wortmeldung zur Gruppe 7 und möchte die Anwendung erneuerbarer Energiequellen, wie zum Beispiel Wind-, Wasser-, Sonnenenergie und mit dem Einsatz von Biomasse mich konkret befassen.

Der Anteil der erneuerbaren Energie bei der Stromerzeugung beträgt in Österreich etwa zwei Drittel und liegt damit zehnmal so hoch wie in Deutschland und siebenmal so hoch wie in der Europäischen Union. In Österreich werden etwa 70 Prozent des benötigten Stroms ohne Schadstoffausstoß in Wasserkraftwerken erzeugt. Während die Stromerzeugung im EU-Schnitt etwa bei 30 Prozent am CO₂-Ausstoß beteiligt ist, liegt dieser Wert in Österreich etwa bei nur 13 Prozent. Die Erforschung erneuerbarer Energiequellen, deren praktische Verbreitung und Erprobung, insbesondere durch Forschungsarbeiten sowie durch den Aufbau und die Betreuung von Selbstbaugruppen, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Anwendung erneuerbarer Energien führt zu dem langfristigen umweltfreundlichen Ziel der Reduzierung der Verbrennung fossiler Energieträger. Um die Grundsätze der NÖ Energiepolitik verwirklichen zu können, ist der Vollzug eines

umfassendes Klima- und Umweltschutzes zu erreichen. Ferner die Verhinderung der Belastung von Klima und Atmosphäre durch energetische Prozesse in Verfolgung der Ziele des Klimabündnisses, Verbesserung des Klimas und der lufthygienischen Situation.

Niederösterreich war auch 1995 wieder erfolgreich bei Selbstbausolargruppen. Insgesamt gab es 93 Solarveranstaltungen, die von zirka 3.700 Personen besucht worden sind. 45 Baugruppen haben sich gebildet, die 956 Solaranlagen errichtet haben. Und das, meine Damen und Herren, in einem Jahr. Und somit gibt es 1995 eine Kollektorfläche von 12.435 m², die geschaffen worden ist. Das ergibt 4,4 Millionen Kilowattstunden Jahresnutzwärmeertrag und eine Investitionssumme von 50 Millionen Schilling, die sicherlich den einzelnen Regionen zugute kommt. Erfreulich ist, daß in zirka 200 Gemeinden Niederösterreichs eine Direktförderung für Solaranlagen gewährt wird. Rechnet man die Solaranlagen zur Schwimmbaderzeugung hinzu, so sind auf Österreichs Dächern inzwischen 1,1 Millionen Quadratmeter Kollektorflächen installiert. Davon wurde ein Viertel von Selbstbaugruppen errichtet. Österreich nimmt damit im europäischen Vergleich der Pro-Kopf-Kollektorfläche vor Griechenland den Spitzenplatz ein. Dazu möchte ich wieder eine Vergleichszahl bringen. Bei der Errechnung eines Kesselwirkungsgrades von 25 Prozent im Sommer und 60 Prozent im Winter entspricht das einem Öläquivalent von 1.405.155 Liter pro Jahr. Wenn man die Steigerung der Gesamtkollektorfläche in Niederösterreich in den letzten fünf Jahren vergleicht, so kann man feststellen, daß wir im Jahre 1990 2.392 m² Kollektorfläche hatten und 1995 69.252 m² Kollektorfläche aufweisen. Das ergibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Steigerung um das 28fache, oder umgerechnet, um 2.800 Prozent in fünf Jahren.

Somit möchte ich zur Windenergie kommen, eine Energie, die wie ich glaube, für die Zukunft sehr interessant ist. Die meteorologischen Voraussetzungen für die Nutzung von Windenergie in Österreich lassen ebenfalls große Zukunftschancen für den Einsatz dieser Technologie erwarten. Exponierte Lagen im Voralpenbereich, im Mühl-, Wald- und Weinviertel und größere Flächen im Osten Österreichs weisen Windverhältnisse auf, die sehr gute Erträge erwarten lassen. Eine vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, daß in Niederösterreich ein Potential zur Winderzeugung von 2.600 Gigawatt bestehen würde. Das entspricht der gesamten Stromerzeugung aus Wärmekraft von Verbund und EVN in Niederösterreich und annähernd der Hälfte

des niederösterreichischen Jahresstrombedarfs. Dazu müßten Windkraftanlagen mit einer Leistung von 1,300.000 Kilowatt errichtet werden. Dies würde aber dazu führen, daß bei steigendem Stromverbrauch auch dann, wenn Windkraftwerke gebaut werden, im selben Ausmaß zusätzliche Wärmekraftwerke notwendig sind, um bei Windstille die Versorgung und deren Qualität zu sichern.

Die Windkrafttechnologie bietet den Vorteil sehr kurzer Montagezeiträume, vertretbarer Investitionskosten und könnte daher kurzfristig im größeren Ausmaß fossile Brennstoffe substituieren, was zur Vermeidung des für den Treibhauseffekt hauptverantwortlichen Gases CO₂ führen würde. Im Dezember 1995 befanden sich in Österreich sechs Windkraftanlagen mit insgesamt 0,75 MW Leistung am Netz. Diese produzieren jährlich etwa eine Menge an elektrischer Energie, die einem Durchschnittsverbrauch von etwa 350 bis 400 Haushalten entspricht. Weitere 20 Projekte mit insgesamt 30 MW Leistung befinden sich in Planung. Von den Befürwortern der Winderzeugung wird ein 55 MW-Förderungsprogramm zur Einführung der Windenergie in Österreich angestrebt. Für eine breite wirtschaftliche Nutzung der Windenergie in Österreich sollten einheitliche Netzeinspeistarife in den einzelnen Bundesländern erreicht werden. Wenn man sich die Vergleiche anschaut, meine sehr verehrten Damen und Herren, innerhalb aller neun Bundesländer und Elektrizitätsgemeinschaften kann man feststellen, daß hier derartig große Unterschiede bestehen, daß der Anreiz derzeit sicherlich nicht sehr groß ist.

Zusammenfassend möchte ich die Nutzung der erneuerbaren Energieträger, wie zum Beispiel Sonnenenergie, Windkraft, aber auch Biomasse und Biogas als sehr positiv herausstreichen. Zusätzlich hatten wir in Niederösterreich insgesamt 70 kleinregionale Fernheizwerke, die mit landwirtschaftlichen Abfällen wie Hackschnitzel und Stroh betrieben werden. Durch diese erneuerbaren Energieträger ist auch eine starke Reduktion des CO₂-Ausstoßes verbunden. Mit dem Beitritt Niederösterreichs zum Klimabündnis haben wir uns verpflichtet, bis zum Jahr 2010 den CO₂-Ausstoß um 50 Prozent zu verringern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Somit möchte ich jetzt ganz kurz auf die wirtschaftliche Situation, wie sie sich aus meiner Sicht derzeit darstellt, eingehen. In der Einbegleitungsrede unseres Landesrates Mag. Freibauer wurden die einzelnen Prozentsätze des Wirtschaftswachstums, der Preissteigerungsrate und der Arbeitslosenrate genannt. Wenn man aber dazu vergleicht, daß die Prognosen zum Ende des Jahres 1995 für

1996 im Wirtschaftswachstum noch bei 2,8 Prozent lagen, und wir derzeit ein Wirtschaftswachstum für 1996 schätzen von 0,7 Prozent, dann müssen wir, ohne die Wirtschaft krankzujammern, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber doch wirklich feststellen, daß es in manchen Bereichen und in manchen Regionen zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gekommen ist. Und daß dort die Arbeitslosenrate, wie wir sehen, statt 7,3 Prozent laut Prognose wahrscheinlich 7,7 Prozent annehmen wird. Und wir haben auch vom Landesrat gehört, daß sie leider im Jahr 1997 auf acht Prozent steigen wird.

Es ist sicherlich kein Trost für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir wissen, daß in der EU eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von 11 Prozent sich findet. Und ich kann mich noch an die Aussage des Kollegen Schütz erinnern, als er gemeint hat, es gibt ein Zauberwort in der Landwirtschaft, das ist die Gentechnik. Ich würde sagen, lieber Herr Abgeordneter, Du hast recht, es gibt auch ein Zauberwort in der Wirtschaft, und das heißt Flexibilität. Und ich habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf hinweisen können in der letzten Aktuellen Stunde, als ich die Möglichkeit gehabt habe, das Wort zu ergreifen und auch die Flexibilität angeführt habe und welche Schwierigkeiten damit einhergehen. Und wie viele einzelne Österreicherinnen und Österreicher aber auch Unternehmer das Wort Flexibilität immer in eine andere Richtung interpretieren. Wenn wir gehört haben bei den Ansprachen unserer Klubobmänner nach der Einbegleitungsrede, dann ist gesagt worden, daß es in einem Industrieunternehmen 45 verschiedene Arbeitszeitmodelle gibt. Ich darf Ihnen sagen, in der VOEST in Linz gibt es 146 verschiedene Arbeitszeitmodelle. Und alle führen dahin, daß auf Grund der durch die Billiglohnländer auftretenden schwierigen Konkurrenzsituationen man den Samstag und Sonntag als Regelarbeitstag nehmen möchte. Und darüber hinaus, daß man dann in einer Zeit, wo weniger Arbeit ist, dafür Zeitausgleich im Verhältnis 1:1 nimmt. Und es gibt auch manche Unternehmen, die schon so weit gehen, daß sie meinen, wenn an einem Samstag Überstunden gemacht werden, daß dafür kein Überstundenprozentsatz mehr bezahlt wird, weil es sich die Firmen nicht leisten können, und dafür irgendwann, wenn weniger Arbeit ist, Zeitausgleich im Verhältnis 1:1 gewähren.

Ich würde wirklich bitten, daß wir näher zusammenrücken, Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber. Daß man nicht, wenn man jetzt immer wieder hört, die Wirtschaft wird krankgejammert, dann gibt es sehr viele - ich sage jetzt nicht, Herr Landesrat, im

Gewerbe oder im Handel, aber speziell in der Industrie - die das wirklich ausnützen. Und die Wirtschaft wird krankgejammert. Bei allen Verhandlungen, die von Betriebsräten oder Gewerkschaftsfunktionären geführt werden, wird immer wieder gesagt, wir haben verkehrt investiert, wir müssen in die Billiglohnländer gehen, damit wir konkurrenzfähig sind. Ich glaube, wir müssen auch von der Politik her den Mut haben zu sagen, daß solche Intentionen, wie zum Beispiel - ich habe es vor 14 Tagen gesagt - man sie in Traiskirchen bei Semperit anschlägt, wo man weiß, daß das Unternehmen große Gewinne macht und dennoch tausend Arbeitsplätze absiedeln möchte oder kündigen möchte, man sicher nicht vertreten kann.

Ich möchte zu einigen Aussagen noch ganz kurz Stellung nehmen. Wir haben gehört schon bei einigen Vorrednern von der Kürzung der Lohnnebenkosten. Das ist ein Problem momentan, das auch zu einem Schlagwort wird. Im privaten Leben, ob man bei einem Heurigen sitzt oder im Gasthaus, man hört immer wieder, ja, aber die Lohnnebenkosten in Österreich sind so hoch. Und da gibt es auch wieder unverständlicherweise dauernd Angriffe auf den Krankenstand, auf Entgeltfortzahlung, auf den Urlaubszuschuß, auf die Weihnachtsremuneration. Und ich sage nur, wenn man heute mit aller Konsequenz die Landwirtschaft vertritt, zu dem stehe ich, dann darf man aber die vielen, bitte, auch nicht übersehen, die arbeitslos sind. Arbeiter, Angestellte, die gern eine berufliche Tätigkeit hätten, die das Übel der Arbeitslosigkeit hinnehmen müssen. Das sind ja, wenn wir 7 Prozent Arbeitslose haben bei einer Beschäftigung von 3,100.000 unselbständig Erwerbstätigen, immerhin auch 210.000 Menschen.

Ich glaube nur, und Herr Vizepräsident, Du wirst mir ja hoffentlich recht geben bei Deiner Wortmeldung, wenn wir heute schon anfangen, Berufsgruppen gegeneinander auszuspielen und zu sagen, aber die Rechte, die wir uns erworben haben in den letzten Jahrzehnten, die müssen jetzt wieder so 'runter gehen, dann darf ich, glaube ich, sagen, daß wir sicherlich keiner guten Zeit entgegengehen. Und ich würde auch in diesem Fall bitten um ein näher Zusammenrücken. Und um mutige Aussagen, daß man all den Intentionen, die jetzt immer wieder in Frage gestellt werden, mit entsprechenden Mitteln entgegentritt.

Und als letztes möchte ich noch einmal ganz konkret sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Auslagern und das Abwandern - ich habe es heute schon zweimal erwähnt - in die Billiglohnländer, das ist kein Schlagwort mehr. Wenn man heute im Weinviertel und im Waldviertel

die Betriebe, und ich kenne die meisten, auch von der Textilindustrie, hernimmt, dann sind derart viele schon über die Grenzen ausgewandert. Und unsere Mitarbeiter sollen dann über die Grenzen 40 Kilometer fahren pro Tag, um die Hälfte des Lohnes. Und jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat es den Anschein, wenn das genauso in der Metallindustrie, in der metallverarbeitenden Industrie und in der Elektroindustrie ebenfalls kommen würde. Ersparen Sie mir das Namen-Nennen, ich könnte sie sagen, aber es ist sicherlich keine Werbung für so einen Betrieb und noch weniger für die Mitarbeiter dort. Aber ich sage das nicht aus hohlem Bauch heraus, ich sage das mit allem Bewußtsein unserer Verantwortung, die wir in diesem Hohen Haus tragen. Die Situation, wie sie derzeit in der Industrie stattfindet, in der Großindustrie, ist untragbar. Wir müssen mit aller Kraft versuchen, dort einzuwirken, daß wir die Arbeitsplätze in Niederösterreich, in unserem Bundesland, aber auch in ganz Österreich absichern. Dann haben wir auch die Gewähr, daß wir den erarbeiteten Lebensstandard halten können.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, was ich bei der Aktuellen Stunde gesagt habe, weil ich glaube, daß das enorm wichtig ist: Wir müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, von all den Betrieben, die öffentliche Steuermittel bekommen haben aus Land oder Bund, um die Arbeitsplätze am Standort Österreich, Niederösterreich abzusichern, und die jetzt aus verschiedenen Überlegungen ins Ausland gehen wollen, diese Steuermittel zurückverlangen. Ansonsten werden wir dem nicht Einhalt gebieten können. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Landesbudget 1997 wird heuer vom NÖ Landtag zu einem eher ungewöhnlichen Zeitpunkt, nämlich ein halbes Jahr früher als üblich behandelt. Diese Vorgangsweise bringt vor allem eines deutlich zum Ausdruck. Nämlich, daß das Land gewillt ist, den eingeschlagenen Sparkurs zur Verringerung des Budgetabganges konsequent beizubehalten und die Landesfinanzen an die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion heranzuführen. Daher wurden die Budgetgespräche innerhalb der Landesregierung schon in der ersten Hälfte aufgenommen und unter

Berücksichtigung der Vorgaben und Vorhaben für das Jahr 1997 sehr rasch abgeschlossen. Gerade die Wirtschaft hat sich zu diesem Sanierungskurs immer deutlich bekannt, auch wenn damit schmerzliche Einsparungen verbunden sind, die sich auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auswirken, was teilweise deutlich spürbar ist.

Wir alle wissen, daß einkommenswirksame Einsparungen, die vor allem das Sparpaket des Bundes enthält, zwangsläufig zu einem Rückgang und zu einer Zurückhaltung bei den Konsumenten führen müssen, was wiederum die Wirtschaft trifft. Zweifellos hat die Belastung der Haushaltseinkommen durch verschiedene Einsparungen auch den Einkaufstourismus belebt, der der Wirtschaft in der Grenzregion schwer zusetzt und Teile der Wirtschaft sogar existentiell bedroht. Es wäre aber grundlegend falsch, die wirtschaftliche Entwicklung zu dramatisieren und ohne Hoffnung in die Zukunft zu blicken. Wir haben es primär mit sektoralen Schwierigkeiten zu tun, die Wirtschaft als Ganzes hält sich im Verhältnis erstaunlich gut. Das wird sich mit Sicherheit bei der Präsentation der neuen Konjunkturdaten durch die Wirtschaftsforschung am Freitag dieser Woche zeigen.

Nach den bekannt gewordenen Vorprognosen rechnen sowohl das WIFO als auch das Institut für höhere Studien mit einem moderaten Konjunkturaufschwung der heimischen Wirtschaft. Und damit möchte ich auch schon das beantworten, was einige Vorredner gesagt haben, und besonders Dkfm. Rambossek: Mit Krankjammern werden wir nichts erreichen, wir müssen eine positive Einstellung haben. Wir brauchen ein positives Klima. Und ich bin da bei Kollegen Rupp, wenn er sagt, wir müssen hier zusammenrücken. Denn in der Wirtschaft hilft es nichts, wenn man sich gegenseitig etwas vorwirft, sondern da muß man sich zusammensetzen, die Arbeiter, die Mitarbeiter mit dem Unternehmer. Denn nur so stellt sich auch der wirtschaftliche Erfolg ein. Und wir können vom ersten Vierteljahr in der Europäischen Union sagen, wir haben sieben Milliarden nach Brüssel bezahlt und haben zehn Milliarden bekommen. Es schaut also schon wesentlich besser aus.

Meine Damen und Herren! Von der Notwendigkeit, Landesausgaben zu kürzen, war und ist aber auch natürlich der Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds betroffen, mit dem die für die notwendigen Modernisierungen und Wettbewerbsstärkungen der heimischen Unternehmer gestaltete Förderungsaktionen des Landes finanziert werden. Seit dem Jahr 1992 wurde der Landesbeitrag für den Wirtschaftsförderungsfonds von 190 Millionen auf 300 Millionen

Schilling angehoben, und diese erhebliche Aufstockung der Fondsmittel hat es ermöglicht, die rege Investitionstätigkeit der heimischen Wirtschaft im Vorfeld des Beitrittes zur Europäischen Union und auch im Beitrittsjahr selber wirksam zu unterstützen.

Das Wirtschaftsförderungsinstitut hat der NÖ Wirtschaft mehrfach gute Zeugnisse ausgestellt. Niederösterreich lag mit seiner wirtschaftlichen Wertschöpfung in den letzten Jahren immer an der Spitze oder zumindest im Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer. Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich positiv. Jeder fünfte Arbeitsplatz in den letzten zehn Jahren wurde in Niederösterreich gegründet. Die Betriebe haben Modernisierungsinvestitionen vorgenommen und sich damit dem Strukturwandel und den neuen Wettbewerbsherausforderungen rasch angepaßt. Diese günstige regionalpolitische Entwicklung und diese Gesamtentwicklung wurde vom WIFI als eigenständige regionalpolitische Emanzipation Niederösterreichs positiv hervorgehoben.

Bei den Ausgabenkürzungen zur Sanierung des Landesbudgets im Jahr 1996 und für das nächste Jahr konnte der Wirtschaftsförderungsfonds natürlich nicht verschont bleiben. Heuer beträgt der Landesbeitrag 255 Millionen und für das Jahr 1997 ist ein Betrag von 229,5 Millionen budgetiert, wie Du, Kollege Hrubesch, bereits hier auch festgestellt hast. Ich darf aber sagen, daß das nicht bedeutet, daß wir jetzt den wirtschaftspolitischen Rückzug in der Wirtschaftsförderung antreten, sondern im Gegenteil: Aus EU-Förderungsmitteln in den Zielgebieten Niederösterreichs können für wirtschaftliche Investitionsprojekte jährlich rund 40 Millionen Schilling in Anspruch genommen werden. Insgesamt verbessert sich dadurch auch die Förderqualität für Investitionen in den entwicklungsschwachen Regionen. Ich darf daher versichern, daß wir im Wirtschaftsförderungsbeirat hier feststellen durften beim Rechnungsabschluß 1995, daß der Fonds wieder um 60 Millionen Schilling an Geld zulegen konnte. Das zeigt, daß dieser Wirtschaftsförderungsfonds gestärkt auch in die nächsten Jahre gehen kann. Und wenn Förderungen notwendig sind, können wir hier alle Wünsche erfüllen. Über 300 Millionen Schilling stehen außerdem aus der vom Landtag bewilligten Haftungsmilliarde für das NÖ Beteiligungsmodell zur Verfügung. Mit diesem Beteiligungsmodell hat ja Niederösterreich eine Förderaktion zugeschnitten auf die Bedürfnisse der vielen und eigenkapitalschwachen Klein- und Mittelbetriebe gestartet, die geradezu sensationell eingeschlagen hat. Insgesamt wurden bereits 106 Investitionsprojekte mit einem Haftungsvolumen

von 670 Millionen Schilling unterstützt. Sowohl auf Bundesebene als auch auf Bundesländerebene ist man inzwischen auf diese Aktion aufmerksam geworden. Was beweist, daß Niederösterreich hier eine sehr erfolgreiche Aktion und ein sehr erfolgreiches Förderungsinstrumentarium auf die Beine gestellt hat. Niederösterreich hat also mit den für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehenden Mitteln mehr als ausreichend vorgesorgt, daß die heimischen Unternehmer bei ihrem Investitionsvorhaben zur Modernisierung, Strukturverbesserung und Wettbewerbsstärkung optimal unterstützt werden können.

Hohes Haus! Es muß jedem, der in der Wirtschaft steht bzw. sich sachlich mit den Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik auseinandersetzt, völlig klar sein, daß die klassische Wirtschaftsförderung in Form von Investitionshilfen keine Wundermittel sind. Die Wirtschaftsförderung kann weder unternehmerische Kompetenzen ersetzen, sie kann wirtschaftliche Schwierigkeiten von Betrieben durch die Veränderung der Wettbewerbsbedingungen nicht verhindern, und sie kann auch Produktionsauslagerungen, zu denen manche Unternehmungen aus Wettbewerbsgründen gezwungen sind, leider nicht stoppen. Der Wettbewerb in der Wirtschaft ist sehr hart und ich möchte sogar sagen, unbarmherzig. Er ist durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und durch die Öffnung der Grenzen nach Osten noch härter geworden. Und er wird durch die wirtschaftliche Globalisierung noch schärfere Dimensionen annehmen. In diesem Wettbewerb kann die Wirtschaftsförderung nur teilweise eine wirksame Unterstützung für die heimischen Unternehmer sein.

Meine Damen und Herren! Viel wichtiger ist es, welche Schritte seitens der Wirtschaftspolitik gesetzt werden, um extrem ungünstige Rahmenbedingungen für unsere Unternehmungen zu beseitigen sowie die Standortqualität Niederösterreichs als Wirtschaftsregion im Zentrum Europas massiv zu verbessern. Der Hauptansatzpunkt dafür ist das Problem der Bürokratie und der starren Regulierung, der Überreglementierung durch bürokratieaufwendige und kostenintensive gesetzliche Vorschriften. Es ist heute schon angesprochen worden. Diese Verbürokratisierung hat für unsere Wirtschaft und ihre Dynamik vor allem zwei fatale Konsequenzen. Notwendige Investitionsvorhaben der Betriebe werden nicht nur verzögert, sondern meistens massiv verteuert. Das ist vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe - und die sind nun einmal die Stütze und der Motor der Wirtschaft - ein riesiges Problem. Je starrer alles und jedes durch die Vielzahl von Vorschriften reguliert wird, desto enger wird der Handlungs- und

Bewegungsspielraum für die Betriebe. In Zeiten wie diesen ist es aber erforderlich, daß die Wirtschaft flexibel handelt und reagiert, und daß es möglichst rasch geht. Die Verbürokratisierung demotiviert die Unternehmer. Sie ist wie ein Krebsgeschwür und macht die Wirtschaft krank. Die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren wird es daher sein, die heimische Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Betriebe durch eine gezielte Entbürokratisierung deutlich zu verbessern. Entbürokratisierung kostet nichts, bringt aber sehr viel, bringt unerhört viel ein. Und das ist vor dem Hintergrund der Budgetsanierungskurse, die wir ja natürlich auch in den nächsten Jahren fortsetzen müssen, ein wesentliches Argument.

Erste Schritte, um den Vorschriften- und Bürokratiedschungel zu lichten, sind in Niederösterreich bereits gesetzt worden. Ich erinnere etwa an die Verhandlungskonzentration für Betriebsanlagenverfahren, an die Vereinfachung von Betriebsübergaben für Wirtshäuser oder an die flexiblen Betriebsöffnungszeiten für Handel und Gewerbe in den Tourismusgemeinden. Und darum haben wir heute ja auch den Antrag unterstützt. Es ist ja unsere Idee, es ist die Idee des Landesrates Gabmann, der das initiiert hat und sehr weit schon gebracht hat. Wir sind ihm hier wirklich sehr dankbar. Und es macht uns zuversichtlich, daß wir auf diesem Weg auch weiterkommen. Auf Grund der Kompetenzlage wird aber vor allem der Bund geeignete Maßnahmen setzen müssen, um durch die Bereinigung und Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern.

Ein letzter Punkt, den ich aus Zeitgründen nur kurz ansprechen will, ist die Infrastrukturausstattung Niederösterreichs, die natürlich ein für die Wirtschaft sehr wichtiges Standortkriterium ist. Durch die Tätigkeit der Landesgesellschaft ECO-PLUS bzw. mit deren Unterstützung wurden in Niederösterreich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von für die Wirtschaft wichtigen und hochwertigen Infrastrukturprojekten umgesetzt bzw. in Angriff genommen. Ich denke hier an die Industrie- und Gewerbeparks, in allen Landesteilen haben wir diese geschaffen, an die modernen Technologiezentren oder an die Hafenprojekte in Ennsdorf und in Krems. Sie sind ein Zeichen einer modernen Wirtschaftsregion, die der wirtschaftlichen Infrastruktur große Bedeutung einräumt. Ausbaukapazitäten gibt es allerdings für Niederösterreich noch in vielen Bereichen. Vor allem in der Verkehrsinfrastruktur sowie bei der Modernisierung der Kommunikationssysteme. Dabei ist es

vor allem notwendig, daß wir die peripheren Regionen Niederösterreichs besser anbinden und qualitativ aufwerten.

In der Budgetdebatte des Landtages wurde und wird von allen Parteien, heute auch schon einige Male, natürlich regelmäßig die politische Priorität der Arbeitsplatzsicherung hervorgehoben. Es besteht Einigkeit, daß es das wichtigste Ziel der Politik ist, den Menschen in unserem Land Arbeit zu geben. Eines ist dabei ganz sicher: Nur eine Wirtschaft, die sich unter möglichst günstigen Rahmenbedingungen weiterentwickeln kann, die motiviert ist und mit motivierten Mitarbeitern arbeiten kann und auf sie setzen kann, der die Möglichkeit zu mehr Flexibilität gegeben wird, und ich danke hier besonders dem Kollegen Rupp, der sich für diese Flexibilität auch eingesetzt hat - selbstverständlich muß man sich zusammensetzen und über diese Flexibilität reden, "drüberfahren" kann man natürlich nicht; und das muß natürlich, wie wir das ja seit 40 Jahren kennen, durch die Sozialpartnerschaft auch immer wieder getan werden - nur eine Wirtschaft, die durch bürokratische Vorschriften nicht blockiert wird und die von einer modernen Infrastrukturausstattung für ihre wirtschaftliche Tätigkeit profitieren kann, wird dazu beitragen können, daß die Menschen in unserem Land Arbeit haben.

Ich möchte zum Schluß sehr herzlich danken der Abteilung, dem Dr. Schutzbier und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Landesrat Gabmann für die verantwortungsvolle Budgetpolitik und für die Verbesserung der Förderqualität sowie der Verfahrenskonzentration. Und ich bin überzeugt, daß wir mit dem Budget 1997 den erfolgreichen Weg Niederösterreichs fortsetzen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Erfolge der NÖ Wirtschaftspolitik liegen auf dem Tisch, gerade, weil wir in den letzten Jahren die Probleme nicht unter den Tisch gekehrt haben. Und ich denke, es war geradezu bedauerenswert, wie der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek versucht hat, die aktuellen Daten und Kennziffern der niederösterreichischen Wirtschaft hier ins Gegenteil zu verkehren. Ich habe das mitgenommen. *(Abg. Dirnberger zeigt Konvolut.)* Wir können, glaube ich, wirklich trotz aller Sorgen und Probleme mit Stolz darauf hinweisen, daß wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern im

Reigen der Bundesländer bei weitem hier besser liegen. Wenn wir - und das sind die aktuellsten Daten von Ende Mai - sagen müssen, daß wir in Österreich minus 0,8 Prozent Beschäftigte hatten im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres, so ist es in Niederösterreich gelungen, daß wir hier nur ein Minus von 0,1 Prozent verzeichnen mußten. Ein gewaltiger Unterschied! Das sind in Niederösterreich in absoluten Zahlen 741 Personen, die weniger beschäftigt waren und in Österreich macht das immerhin 26.077 aus. Ein gewaltiger Unterschied, wenn wir uns das nur vorstellen. Wir sollten versuchen, die objektiven Fakten ganz einfach sprechen zu lassen, dabei aber nicht die Hauptsorgen und Hauptanliegen vergessen. Und ich möchte auch solche nennen, die uns sicherlich auch ganz besonders bundesweit treffen.

Ich nenne zunächst einmal die Frage des ständigen weiteren Auseinandergehens der Einkommensentwicklung, die mir persönlich ganz große Sorgen bereitet. Wir müssen feststellen, und erst vergangene Woche wurde im Parlament ja der jüngste Sozialbericht diskutiert, daß in den letzten 15 Jahren die Einkommen aus Kapitalbesitz, Vermietung und Verpachtung, Besitzeinkommen, im Vergleich zu jenen Einkommen, die aus unselbständiger Arbeit gekommen sind, gewaltig zugenommen haben. Wenn wir den Basiswert 100 ansetzen, ist es so, daß bei dem Besitzeinkommen aus Kapitalbesitz, Vermietung und Verpachtung der Wert nunmehr bei 325 liegt, und im gleichen Zeitraum jener bei den unselbständigen Einkommen nur auf 217 gestiegen ist. Ich glaube, das ist eine ganz bedenkliche Entwicklung, daß sich die Lohnstruktur, die Einkommensstruktur in Österreich so auseinander entwickelt. *(Abg. Hrubesch: Herr Präsident, ist das schlecht?)* Das ist sicherlich, Herr Kollege, schlecht, wenn sich innerhalb der Bevölkerung die Einkommensstrukturen so kraß auseinander entwickeln.

Und da möchte ich doch eine Frage ganz besonders an die Spitze stellen, nämlich jene der kleinsten Einkommensbezieher. Wir müssen sehen, daß zirka 300.000 österreichweit unter 8.000,- Schilling netto im Monat an Einkommen haben. Und das ist sicherlich eine Frage an unser soziales Gewissen, welche geeigneten verbesserten Gegenmaßnahmen wir in diesem Bereich treffen. Ich denke, hier sind verstärkte Maßnahmen notwendig, die über das übliche Ausmaß der bisherigen Lohnpolitik hinausgehen müssen. Und wir sollten das, glaube ich, auch ganz konkret fixieren. Da gibt es ja immer wieder die Mär von der Konkurrenz im Ausland und so weiter. Das mag in einzelnen Bereichen ja zutreffen. Wir können aber

ganz eklatante Beweise vorlegen, wo das keinesfalls zutrifft. Ich nenne hier McDonald's. Wir haben erst vor kurzem in Krems eine weitere Zweigstelle von McDonald's eröffnet bekommen in Niederösterreich. Und in diesem Bereich gibt es eine Umsatzsteigerung im Jahr von zirka 30 Prozent. Ich glaube, es gibt kaum eine Branche und einen Betrieb, der das Jahr für Jahr vorweisen kann, eine Ausweitung des Umsatzes um zirka 30 Prozent. Und wie schaut es dort mit der Lohnentwicklung aus? Wenn man sich das genau anschaut, naja, die dort Beschäftigten haben trotz Nachtarbeitszulage Einkommen von unter 10.000,- Schilling. Und ich möchte da, um kein Mißverständnis zu wecken, nicht gegen McDonald's zu Felde ziehen. Gourmets werden mich vielleicht schimpfen, doch ich empfinde persönlich einen "Hamburger" als ein wahres Genußmittel, das möchte ich ganz klar festhalten. Das ist von mir aus kein Kampf gegen McDonald's. Ich denke nur, man muß ganz klar hier festhalten: Wenn es bei diesen Betrieben zu so gewaltigen Ausweitungen jedes Jahr kommt - und es genügt ein ganz gewöhnlicher Besuch von uns in einer der Zweigstellen - dann ist es undenkbar, wenn hier solche Löhne bezahlt werden. *(Abg. Hrubesch: Das schafft aber 40 Arbeitsplätze, Herr Präsident!)*

Und ich glaube, das ist auch ein Argument für eine totale Absage an jene Forderung, daß man die Lohnverhandlungen in die Betriebe verlegen soll. Denn die Hauptbetroffenen, jene, die sich da gar nicht wehren können, das sind eigentlich die Frauen. Der Großteil der Beschäftigten sind Frauen. Und ich glaube, weil der Kollege Hrubesch da ständig dazwischenfunkt, muß ich eines an die FPÖ bei dieser Gelegenheit richten: Wenn wir hier erleben, daß die so schlecht bezahlt werden, trifft es dort die Inländer, wie auch die vielen Ausländer. Und das ist ein typisches Beispiel, daß von vornherein in der Frage der Einkommensgerechtigkeit die Freiheitlichen nicht den richtigen Denkansatz haben. Denn Gerechtigkeit kann man niemals im Leben schaffen, indem man anderen Unrecht zufügt. Das hier, glaube ich, ist ein eklatantes Beispiel, daß der Denkansatz von Euch vollkommen verkehrt liegt. Wir müssen ganz im Gegenteil versuchen, durch mehr und verbesserte Solidarität zu Einkommensentwicklungen zu kommen, die tatsächlich auch gerecht sind. Und daher ist in dieser Frage auch für mich wichtig, daß man hier unabhängig von Kollektivverträgen nach einer Generalkollektivvertrags-Lösung Ausschau hält oder notfalls, wie es das ja auch in den Niederlanden, in Frankreich und anderen westlichen Ländern gibt, hier gesetzliche Mindestbarrieren einführt, damit jene Kolleginnen und Kollegen, die in solchen Bereichen arbeiten, nicht durch den

Rost fallen. Ich sage es nochmals, trotz Zuschlägen für Nachtarbeit Einkommen von unter 10.000,- Schilling. Und das bei einem enormen Leistungsdruck, man braucht nur regelmäßig dort hinzugehen.

Ich glaube, grundsätzlich sind wir uns in dem Raum ja einig, Lohndumping ist sicherlich nicht der Weg, um Probleme grundsätzlich bewältigen zu können, was die Sicherheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft. Ganz im Gegenteil! Dieser rein ökonomische Gleichgewichtsbegriff von Angebot und Nachfrage hat eigentlich überhaupt nichts mit Gerechtigkeitsüberlegungen am Hut, nichts damit zu tun. Wir sollten das ganz klar, glaube ich, hier festhalten. Es gibt Bereiche, die mir neben den Einkommensstrukturen noch mehr Sorgen bereiten. Heute wurde das gerade wieder von den Freiheitlichen massiv aufs Tapet gebracht und leider hat auch das Liberale Forum in den letzten Monaten in diesem Bereich gegläntzt. Ich meine die Frage der Pflichtversicherung oder umgekehrt der Versicherungspflicht. Nachdem man seitens der Freiheitlichen, das wurde heute schon ausgeführt, es nicht geschafft hat, die Bauernkammer abzuschaffen, es nicht geschafft hat, die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer abzuschaffen, in Frage zu stellen, weil eindeutige Quoten in allen Bereichen der betroffenen Berufsgruppen für ihre gesetzlichen Interessensvertretungen vorhanden waren, geht man jetzt in den nächsten Bereich, der natürlich noch größere Betroffenheit schaffen kann. Indem man nämlich die gesetzliche Krankenversicherung als Pflichtversicherung zum Beispiel in Frage stellt. Und ich denke, hier sollten wir von Anbeginn massiv dagegen antreten. Denn es ist nicht so, wie der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek heute im Kapitel 5 gemeint hat, daß wir es hier mit einer hausgemachten Finanzierungskrise der Krankenkassen zu tun hätten. Ich möchte ganz klar festhalten, diese von den Kurien der Dienstnehmer und Dienstgeber zusammengesetzten Gremien haben sicherlich nach besten Kräften hier gearbeitet. Die Frage der Selbstverwaltung hier außer Kraft zu setzen, das sozusagen zu "verstaatlichen", das wäre ein gewaltiger Rückschritt, wenn man die Krankenkassen und andere Versicherungen aus der Selbstverwaltung der Sozialpartner herauslösen würde und praktisch verstaatlichen würde. Und die andere Seite, die eher liberale Seite, ist schon gar nicht der Weg. Wenn man diese Pflichtversicherung in Frage stellt mit dem modischen Wort der Versicherungspflicht. Was würde denn das, meine Damen und Herren, in der Praxis bedeuten? Das wäre zunächst ein Kampf gegen die Familien und die Kinder und vor allem auch gegen die älteren Menschen. Der Vergleich mit dem Auto,

daß man sich dort die Versicherung aussuchen kann, ist sicherlich eine vollkommene Irreführung. Denn man muß ganz klar hier sagen, das Wahlrecht des Versicherten gilt natürlich auch für den Versicherer. Und dann werden jene zur Kasse im wahrsten Sinne des Wortes gebeten, die eben die schlechten Versicherungsrisiken haben. Gut-verdienende, gesunde, alleinstehende, junge Beitragszahler werden willkommen sein, na selbstverständlich. Aber wie schaut das aus, da beginnt doch diese Zweiklassen-Gesellschaft, wenn ältere Menschen, kranke Menschen, vielleicht sogar chronisch kranke Menschen, kinderreiche Familien - die möchte ich eigentlich an die Spitze stellen - einkommensschwache Menschen, das spielt ja auch natürlich eine ganz wesentliche Rolle, hier theoretisch frei wählen können. In Wahrheit wäre das für viele eine unfinanzierbare Situation. Und daher denke ich, sollten wir sehr wohl der Freiheitlichen Häme gegen die Selbstverwaltung entschlossen begegnen, wie auch diesen Vorstellungen des Liberalen Forums, die sie durch den Abgeordneten Haselsteiner erst vor kurzem eingebracht haben, nämlich die Pflichtversicherung abzuschaffen und das in eine allgemeine Versicherungspflicht umzumünzen.

Ich denke, das sind ganz große gesellschaftspolitische Herausforderungen für uns in der Wirtschaftspolitik, weil das natürlich eine zentrale Rolle in Zukunft spielen wird. Und ich denke, wir sollten hier wirklich den Anfängen wehren. Wir sollten uns eher bemühen, weitere Verbesserungen im bestehenden System einzuführen, Verbesserungen natürlich auch im Ablauf dort. Ich bin ja nicht der, der sozusagen alles durch die rosarote Brille sieht. Natürlich kann man immer wieder, in jedem Bereich Verbesserungen einführen. Aber das darf niemals in der Infragestellung der Selbstverwaltung hier oder gar in der Versicherungspflicht dort enden. Das nur zu diesem Bereich, der mir ganz große Sorgen bereitet.

Einen großen Bereich möchte ich noch herausheben, der, glaube ich, auch von ganz großer Bedeutung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft ist. Nämlich für jene vielen tausend, die als Pendler ihre Arbeit zu verrichten haben. Was wir da in den letzten Monaten seitens der ÖBB bei den teilweise drastischen Tarifierhöhungen miterleben mußten, das war sicherlich eine pendlerfeindliche Tarifpolitik. Und vor allem eine eklatante Benachteiligung großer Gruppen von Arbeitnehmern. Wenn wir erleben, daß immer mehr Flexibilität von allen Beteiligten der Wirtschaft, daher auch von den Arbeitnehmern verlangt wird, kann man nicht Flexibilität verlangen und die Mobilität der Arbeitnehmer torpedieren. Ich glaube,

das geht auf keinen Fall. Wir müssen versuchen, das Angebot gerade im öffentlichen Verkehr, im Nahverkehr usw. weiter zu verbessern, damit mehr Arbeitnehmer als bisher bereit und auch in der Lage sind, woanders ihren Arbeitsplatz zu finden, wenn sie notgedrungen einen anderen Arbeitsplatz suchen müssen. Wenn sie aus anderen Gründen einen Arbeitsplatz entsprechend brauchen, daß sie hier auch tatsächlich ihren Beruf dort antreten können. Und daher geht es nicht an, daß diese Verschlechterungen bei den Bundesbahnen "Zug um Zug" dauernd durchgeführt werden. Daher können wir auch wirklich sehr stolz sein, daß es dem Land Niederösterreich gelungen ist, mit der Bundesbahn, gerade was diesen wesentlichen Bereich der Nebenbahnen betrifft, ein entsprechendes Abkommen zustande zu bringen, weil diese Frage tatsächlich damit entsprechend entschärft werden konnte.

Einen Bereich erlaube ich mir noch anzuführen, der sicherlich ganz große Bedeutung hat für die großen Erfolge, die wir in der niederösterreichischen Wirtschaftspolitik bei der Sicherung der Arbeitsplätze im Reigen der Bundesländer erreichen konnten. Es wurde ja schon heute von Kollegen Hoffinger ausgeführt, wir haben neue innovative Modelle erfunden, das Beteiligungsmodell von Landesrat Gabmann etwa. Wir haben im Wohnbau so viel Zusätzliches mit dem Freibauer-Modell zustande bringen können. Wo wären wir heute, wenn wir dieses Modell nicht vor Jahren eingeführt hätten? Aber ein Bereich ist ganz besonders wichtig, nämlich die Regionalpolitik. Dort ist uns vieles gelungen, sodaß wir einem Niederösterreich der zwei Geschwindigkeiten doch bedeutsam entgegenwirken konnten. Ich sage bedeutsam, vieles ist sicherlich hier noch zu machen. Und daher war ich auch am heutigen Vormittag sehr bestürzt, als ich diese Attacken gegen das von der Landesregierung einstimmig beschlossene Projekt des Krankenhauses in Allentsteig hier vernehmen mußte. Aber ich glaube, wir sollten uns nicht dabei aufhalten, sondern versuchen, die regionalpolitischen Anliegen, die wir in den vergangenen Jahren in Niederösterreich so erfolgreich vorangetrieben haben, verstärkt in Zukunft auch weiter zu betreiben. Weil wir damit auch jene Ziffern, die jetzt schon im Vergleich mit Österreich, mit den anderen Bundesländern wirklich gut sind, noch verbessern können. Und wir sollten sagen, da geht es nicht nur um Ziffern, sondern um persönliche Schicksale, die in jedem Fall dahinter liegen. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Keusch.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich auf mein Thema eingehe, einige Anmerkungen: Ich beginne gleich beim Kollegen Dirnberger, der als Oberkämmerer der Arbeiterkammer schöne Worte gedroschen hat im wortwörtlichsten Sinn. Nur, vermissen wir seit Jahren Handlungen. Und Herr Kollege Dirnberger, wenn Sie schon als Vizekammerpräsident der Arbeiterkammer in Niederösterreich sitzen, dann erhoffe ich mir zumindest Initiativen, wie man wirklich Arbeitsplätze sichern kann. Und von den zwei Geschwindigkeiten, von denen Sie gesprochen haben in Niederösterreich, das wird den Menschen draußen relativ wenig helfen.

Und der Herr Kollege Friewald, er ist jetzt nicht da, er macht es immer sehr theatralisch und spricht davon, wie viele Firmen monatlich oder halbjährlich gegründet werden, vor allem Jungunternehmer. Ich würde ihm raten, einmal beim Finanzamt vielleicht nachzufragen, wenn möglich in Mödling, wieviele wieder schließen. Ich betone und ich glaube, das weiß ja auch ein Jeder, daß der Bezirk Mödling jener mit der höchsten Arbeitsbeschäftigung, mit den höchsten Einkommen überhaupt in Niederösterreich ist. Und er wird in Erfahrung bringen, wie viele dieser angemeldeten Firmen und Steuernummern es in Kürze nicht mehr gibt. Das heißt, es ist nicht so rosig wie er meint. Ich glaube, daß man hier wirklich andere Wege gehen sollte. Ich kann schon das Wort, das vielgeprägte und noch mehr strapazierte Wort des "Wirtschaftsstandortes Österreich" und auch Niederösterreich nicht mehr hören. Seit Jahren wird, ich glaube, es ist so ein typisches Modewort geworden, immer wiederum vom wunderbaren Wirtschaftsstandort in Österreich und auch in Niederösterreich gesprochen. Den Standort gibt es noch, das ist richtig. Es ist nur die Frage, wie lange noch. Und wenn wir immer wiederum nur große Worte schwingen und der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll, und ich darf es gleich in einem Aufwaschen machen, der Herr Gabmann, Landesrat für Wirtschaft, immer wiederum spricht, wie gut es uns in Niederösterreich eigentlich geht und daß wir nach wie vor führend sind in der Wirtschaft in Österreich, dann muß ich ihm schon sagen, dann beobachtet er das Problem viel zu schlecht, vor allem in den Grenzregionen.

Ich kann mich erinnern, ich habe vor einem halben Jahr unter anderem einen Antrag eingebracht über den Kaufkraftabfluß in den niederösterreichischen Grenzregionen, der natürlich - wie kann es anders sein - von beiden regierenden Parteien kurzweg abgelehnt wurde. Es war zwar

nur ein Teil davon, eine Möglichkeit, daß der Herr Landesrat Gabmann selbst, glaube ich, beim Präsidenten Frey vorstellig geworden ist mit der Bitte, die freiwerdenden Zöllner sollen mehr kontrollieren, vor allem auch im Binnenland. Das wird massiv getan. Natürlich nur insoweit, als Personal und durch das Sparpaket der Regierung eben die Möglichkeit dazu besteht. Und siehe da, das wurde abgelehnt. Ich weiß schon, alleine die Kontrollen, sage ich immer wiederum, werden uns nicht weiterhelfen, keine Frage. Aber ich vermisste nach wie vor, seit über zehn Jahren wird in Österreich über die Ladenschlußöffnungszeiten diskutiert. Bis jetzt ist nichts geschehen oder sehr wenig geschehen. Und wenn es mutige Vorreiter gibt, die sagen, wir setzen uns trotz des Gesetzes darüber hinweg und öffnen, dann haben sie mit Strafverfolgung, dann haben sie mit Diskriminierung zu rechnen. Dann haben sie die Kammern, dazu sind sie ja scheinbar da, daß sie dann massiv "drauffahren" und dann sagen, wie böse eigentlich der Privatunternehmer ist, der sich erfrecht, seine Ladenöffnungszeiten in persona selbst zu bestimmen.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur wiederum sagen, nehmen Sie bitte doch das Beispiel Deutschland. Da wird nicht so lange gefaselt, sondern da wird gehandelt. Dort ist das Thema zwar auch schon länger im deutschen Bundestag, aber da wird blitzschnell, innerhalb von wenigen Stunden oder Tagen werden Beschlüsse gefaßt und gibt es wirklich Aktionen, die dann wirklich auch zur Wirksamkeit kommen. Das sind Dinge, die man machen muß. Aber man muß auch einmal nachdenken darüber und unseren Wirtschaftstreibenden draußen sagen, daß auch andere Dinge daran schuld sind. Ich meine die Preise. Man muß auch einmal nachdenken, ob es nicht möglich ist, ein bißchen anzupassen. Ich weiß schon, daß man gegenüber der Slowakei und der Tschechei und Ungarn heute preislich, weil die Dienstleistungen dort um ein Vielfaches billiger sind als in Österreich, nicht mithalten kann. Aber ich wundere mich, wenn dieselben Zigaretten, die in Österreich erzeugt werden, in Ungarn dann um die Hälfte und in der Slowakei um noch mehr billiger sind. Meine Damen und Herren, da stimmt etwas nicht. Und da darf es bei Gott niemanden wundern, wenn in Zeiten wie diesen der kleine Bürger, der ja dauernd geschröpft wird und immer weniger in der Geldbörse hat, alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpft und davon Gebrauch macht, daß er eben für seinen Lebensstandard die wichtigsten Güter im Ausland einkauft.

Das sind Dinge, die man sich wirklich einmal überlegen muß und nicht nur immer über den

schönen Wirtschaftsstandort Österreich. Und in Wirklichkeit geschieht relativ wenig. Und ich sage Ihnen noch etwas: Sie wissen hoffentlich, daß die Arbeitslosigkeit im Winter 1995/96 mit rund 300.000 betroffenen Personen einen Höhepunkt erreicht hat in Österreich, den es seit 1945 nicht mehr gegeben hat. Und 260.000 dieser Arbeitslosen sind Inländer, 40.000 davon sind Ausländer. Die Arbeitslosigkeit stieg gegenüber den Vorjahren vor allem in den Berufen des Produktionsbereiches, vor allem in Bauberufen um 7,6 Prozent. Meine Damen und Herren, das sind Horrorzahlen. Und auch wenn jetzt die Arbeitslosigkeit, bedingt durch die Saisontätigkeit wiederum sich etwas im Rückgang befindet, gibt es immer noch eine enorme und immer höher werdende Sockelarbeitslosigkeit, die man bekämpfen muß. Und da kann es nicht so sein, daß man nur mit irgendwelchen Dingen hier aufwartet. Sondern man muß konkrete Maßnahmen treffen. Auch zu diesem Thema hat bundesweit die Freiheitliche Partei im Parlament eine außerordentliche Sitzung einberufen, zu den Arbeitsplätzen in Österreich. Und hat unter anderem Vorschläge unterbreitet, was man machen kann und wie man der Bevölkerung entgegenkommen kann. Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen jetzt aus diesen Papieren mit den Entschließungsanträgen usw. mit Statistiken aufwarten, doch das wäre nicht Sinn und Zweck der Sache. Ich verweise noch auf etwas: Ich meine, Sie müssen wirklich wissen, daß in Niederösterreich, daß wir heute leider Gottes soweit sind, daß wir heute im Baugewerbe - und das sage ich hier in aller Offenheit - ja fast keinen legitimierte Unternehmer mehr nehmen können. Weil sie Gefahr laufen, daß Sie, wenn Sie als Häuslbauer - und ich habe einen konkreten Fall in meiner Familie - daß niemand zuständig ist dafür. Daß wir seit über zwei Jahren bauen, daß miserabel gebaut wird, daß sich niemand dafür zuständig findet. Daß das Haus bereits total ausfinanziert wurde und wir jetzt bittstellig werden müssen überall und es ist niemand greifbar, bitte. Es gibt Firmen, es gibt Subfirmen, die wiederum weitergeben. Und auf dieser Baustelle war zweimal das Arbeitsmarktservice und hat eingegriffen, weil es hier nur ausländische Arbeiter gibt und niemand dafür zuständig ist, wer überhaupt den Titel dafür hergibt. Und wenn man heute eine Kammer, verschiedene Institutionen, dann fragt um Hilfestellung - und ich habe das auch getan - dann wird gesagt, da kann man nichts machen. Ich frage mich allen Ernstes, wofür wir einen Innungsmeister für das Baugewerbe in Niederösterreich haben. Wofür wir eine Arbeiterkammer haben, wofür es überhaupt ein Arbeitsmarktservice und dergleichen gibt, wenn niemand zuständig ist. Jetzt stellen Sie sich vor, das ist in

einem kleinen Betrieb, wo es nur um die sogenannten "Häuslbauer" geht. Wie es dann ausschaut in den großen Baustellen, siehe St. Pölten, wir wissen ja alle, was es da gegeben hat. Und ich hoffe, daß es nicht mehr gibt, aber es ist bitte nicht kontrollierbar. Und wir haben hier und in diesem Plenum wiederholt Vorschläge, Resolutionen eingebracht, wie man einigermaßen dieser illegalen Beschäftigung, ich sage jetzt gar nicht, "ausländischen" Beschäftigung, wie man diese einigermaßen, zur Gänze wird man sie nie in den Griff bekommen, aber doch irgendwo Konturen zeichnet. Daß die Unternehmer, die diese holen vom Arbeitsstrich, die tagtäglich, da gibt es unzählige Firmen in Wien und in Niederösterreich, die die vermieten und mehr oder weniger den Firmen anbieten. Und niemand kann sie kontrollieren. Und selbst wenn die Gendarmerie mit der Bezirkshauptmannschaft zur Kontrolle ansetzt, dann kommen die vorne 'rein und die marschieren hinten 'raus. Ja nicht einmal die Strafen, das habe ich auch schon wiederholt gesagt, die sie dann bekommen, die sind äußerst geringfügig gegenüber dem, was sie an Produktion erwirtschaften durch die illegale Beschäftigung.

Meine Damen und Herren! So lange wir uns nicht entschließen können, hier wirklich rigorose Maßnahmen zu treffen, werden wir diese Sache in keinster Weise abstellen. Und ich glaube, daß eines dieser Dinge dazu geeignet wäre, und ich habe hiezu einen Resolutionsantrag vorbereitet, hier in einem bestimmten Grad abzuheilen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Preiszler zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend notwendige Korrekturen im Bereich der Ausländerbeschäftigung.

Die Arbeitslosenzahlen werden nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung, sondern auch von Steuerungseffekten staatlicher Regelungen beeinflusst. Gerade wenn die Situation auf dem Arbeitsmarkt schwieriger wird, müssen deshalb die staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen darauf überprüft werden, ob sie die Arbeitslosigkeit begünstigende Fehlsteuerungen enthalten. In Bereichen der Ausländerbeschäftigung erscheinen daher aus diesem Blickwinkel diverse Gesetzesänderungen notwendig. Auf dem Arbeitsmarkt bedeutet eine hohe Arbeitslosenrate einen deutlichen Überhang an Arbeitssuchenden. Jede Maßnahme, die geeignet ist, Mitbewerber von diesem Markt fernzuhalten, ist daher grundsätzlich geeignet, die Arbeitslosigkeit zu senken. Da der EU-Beitritt eine freizügige Konkurrenz der Arbeitssuchenden im

gesamten EU-Raum ermöglicht und nach dem jüngsten Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes auch türkische Staatsangehörige unter bestimmten Voraussetzungen EU-Bürgern gleichgestellt sind, erscheint es erforderlich, einerseits zumindest im Bereich der anderen ausländischen Arbeitnehmer und bei der 'Schwarzarbeit' spürbare Maßnahmen zu setzen und andererseits die notwendigen Konsequenzen aus den Auswirkungen der Assoziation mit der Türkei betreffen, (Ratsbeschluß der EU) zu ziehen. Dazu kommt noch erschwerend, daß durch den Zusammenbruch des 'Ostblocks' und die damit verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Länder bei der Umgestaltung ihrer Volkswirtschaften auf marktwirtschaftlich orientierte Systeme es zu einer großen Emigrationswelle aus diesen Ländern geführt hat, die insbesondere auch Österreich betrifft. Der Zerfall Jugoslawiens kommt dabei erschwerend dazu. Während dieser Zeit sind hunderttausende Ausländer nach Österreich zugewandert. Diese unkontrollierte Zuwanderung führte bereits zu unhaltbaren Zuständen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich des Sicherheitswesens und auch des Wohnungs- und Schulwesens. Eine Entspannung der Arbeitsmarktsituation ist daher mittelfristig nicht zu erwarten. Eine Absenkung der Gastarbeiterquote nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, sowie eine nachhaltige Verhinderung von ausländischen Langzeitarbeitern und der schon lange überfälligen Einführung des s.g. Saisoniermodells wären Lösungsansätze. Ebenso wäre notwendig, wie schon mehrfach in Resolutionen gefordert, daß für ausländische Arbeitnehmer auf dem Arbeitsplatz eine Ausweisungspflicht, wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat, eingeführt wird.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, mit dem Ziel, notwendige Korrekturen im Bereich der Ausländerbeschäftigung und wirksame Bekämpfung der illegalen Beschäftigung herbeizuführen sowie die Ausweisungspflicht auf dem Arbeitsplatz zu forcieren und die notwendigen Begleitgesetze zu erlassen."

Meine Damen und Herren! Eine Forderung ähnlicher Art, wie wir sie hier wiederholt schon gestellt haben. Ich darf verweisen, daß das keine Erfindung von den Freiheitlichen ist, sondern ist die

Ausweisungspflicht selbst schon im Regierungsübereinkommen 1994 und auch 1995 in der Bundesregierung verankert. Nur hat man es bis jetzt in keinsten Weise realisiert. Meine Damen und Herren! Wenn Sie das "Wirtschaftsblatt" gelesen haben vom Mai, "Fachverband der Bauindustrie fordert novelliertes Antimißbrauchsgesetz", "Bauausweisungspflicht für Arbeiter eingeführt". Ich sage, nicht nur für ausländische, sondern das gleiche gilt auch für österreichische illegal Beschäftigte. Und ich glaube, wenn heute selbst die großen Bauunternehmen, die ja wirklich am meisten davon profitieren und von denen ich auch behaupte, daß die auch die meisten bis jetzt beschäftigt hatten, das fordern, dann muß man sich einmal vorstellen, wie es in Wirklichkeit für den kleinen Baumeister, für den kleinen Gewerbetreibenden, der wirklich schwerstens kämpft mit dem EU-Beitritt, der zu kämpfen hat mit dem Sparpaket, wie es in dieser Branche wirklich aussieht. Und dann kommen eben Zustände, wie es sie heute gibt. Und jeder weiß es, der damit zu tun hat, von den Bezirkshauptmannschaften angefangen bis zu den Gendarmen, die kontrollieren müssen, von der Arbeiterkammer. Daß heute es auf jedem größeren Bau fallweise illegal Beschäftigte gibt. Meine Damen und Herren, hier ist ein Umdenken unbedingt notwendig.

Und ich darf Ihnen noch zum Abschluß sagen wiederum das Beispiel Deutschland. Auch hier gibt es, Deutschland leidet besonders darunter. Hier kommt noch dazu, daß es in Deutschland an die sechs Millionen Arbeitslose gibt, daß die jetzt durch die Ostöffnung ein viel größeres Kontingent an Zugewanderten aus dem Osten, Süd-Osten, also aller Herren Länder zu verkraften haben. Daß es hier Hunderttausende, bis zu 700.000 Arbeiter gibt, die mit Schwarzarbeit beschäftigt sind. Hier ist auch ein Artikel, "mit Großrazzien gegen das Übel Schwarzarbeit". Und hier hat man in Deutschland ein eigenes Gesetz dafür geschaffen, hat man eigens dafür konstruktive Beamte eingeschult, die im Zusammenwirken versuchen, dieser Misere Herr zu werden. Und ich glaube, daß es auch höchst an der Zeit wäre, im österreichischen Parlament nicht nur immer vom Wirtschaftsstandort Österreich zu reden, wie gut wir doch sind und wie wir gegenüber dem Ausland dastehen. Das ist immer sehr relativ. Ich meine es jetzt nicht ironisch, wenn ich Österreich vergleiche mit einem unterentwickelten Land. Natürlich stehen wir noch immer gut da. Aber wir sind auch dabei, unsere gesamte Reputation als hochentwickeltes Wirtschaftsland langsam und sukzessive zu verlieren. Und ich glaube, daß der letzte Besuch des Bundeskanzlers bei den Arabischen Ländern einmal mehr gezeigt hat, daß man auch hier umdenken

muß, mit den Kriegsgesetzen, mit der Waffenproduktion. Weil letztendlich wir hier ein hochentwickeltes technisiertes Land sind und vielleicht wir wirklich aus Bescheidenheit oder weil wir glauben, daß wir den Frieden auf der Welt sichern werden, wenn wir nicht liefern durch unsere Waffenproduktion. Daß uns hier Milliardenwerte jährlich verloren gehen. Und das sind ansatzweise Dinge, von denen ich auch glaube, daß langsam aber doch auch der Herr Bundeskanzler und in Anbetracht der kommenden Gemeinderatswahlen in Wien das Thema Ausländer, daß diese ganzen Probleme, auf die wir vor Jahren schon massiv hingewiesen haben, endlich einmal begriffen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Alois! Du bist aus dem Burgenland und Du tust geradeso, wie wenn Du noch nie in Deinem Leben einen Pfuscher gesehen hättest. Du hast noch nie bemerkt, daß das ganze Burgenland überhaupt nicht in der Lage wäre zu überleben ohne die ganzen Pfuscher, ohne der sogenannten "Nachbarschaftshilfe". Was ist denn das? *(Abg. Preiszler: Das ist etwas anderes!)*

Ah, das ist etwas anderes, sehr gut! Und genau denen willst Du die Krankenkasse und ich weiß nicht wen allen auf den Hals hetzen? Das erzählst Du am besten Deinen Burgenländern, dann wirst Du sehen, wie schnell Du Deine Hiebe da unten hast. Das Thema haben wir ohnehin schon öfter debattiert.

Ich komme aus dem am stärksten strapazierten Bezirk, nämlich Mödling. Wir haben ein Steueraufkommen von über 10 Milliarden Schilling. Und ich kann im Bezirk Mödling, obwohl wir dort 2.000 Arbeitslose haben, nicht feststellen, daß dort ein einziger Facharbeiter zu viel wäre. Wir haben keinen arbeitslosen Facharbeiter in Mödling, wir haben einen Facharbeitermangel, einen schweren Facharbeitermangel. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich habe keinen inländischen Koch bekommen. Das ist so weit gegangen, daß ich mein Wirtshaus schließen mußte. Das ist die Wahrheit. Wenn ich mich bei Kollegen von der Baubranche umhöre, es gibt keine Facharbeiter. Wenn Du sagst, wir sollen die ganzen "Jugos" und "Polaken" draußen halten, wo nimmst Du denn Arbeitskräfte her? Es geht nicht, die Firmen sind nicht lebensfähig!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Herr Abgeordneter Wagner! Ich bitte Sie, eine Wortwahl zu treffen, die der Würde des Hauses angepaßt ist.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Bitte schön. Ich meine, was richtig ist: Der unkontrollierte Zuzug von allenfalls kriminellen Ausländern sollte sehr wohl unterbunden werden. Aber was wir dringend brauchen, wäre eine kontrollierte Rekrutierung von Facharbeitern. Die dann auch angemeldet sind, die eine Ausbildung haben, die man allenfalls nachschult für hiesige Zwecke und die dann auch wirklich angemeldet sind. Und damit könnte man allenfalls die graue Arbeitsmarktzonen unterbinden. Aber ich kann dazu nur sagen - ich bitte höflich um Entschuldigung, ich habe das halt in meinen Worten sagen wollen - dann könnten wir der Puscherei ein bißchen entgegenwirken auf natürliche Art und Weise.

Was also zum Bezirk Mödling noch zu sagen ist, daß natürlich das Verkehrsproblem groß ist. Gerade gestern zum Beispiel: Ich habe zwei Stunden von Mödling bis nach Wien gebraucht, das war ein Horror. Ich bin mitten im Stau gestanden. Ich will jetzt nicht wieder von der Seilbahn anfangen, aber irgend etwas, irgendeine Lösung sollte uns schon einfallen. Von mir aus auch die Verlängerung der U-Bahn. Der Viertelstundentakt wird ohnehin jetzt vorbereitet in Mödling.

Was ich positiv anmerken möchte ist, daß die Bauordnung scheinbar doch ein bißchen entrümpelt worden ist. Immer noch große Vorbehalte habe ich gegen die Gewerbeordnung. Allerdings ist das Bundessache. Aber so wie die Gewerbeordnung von den Gewerbebehörden gehandhabt wird - darüber haben wir schon einmal eine größere Diskussion abgeführt - das gehört schnellstens behoben.

Ich meine, daß man da bei uns nicht unbedingt sparen sollte, weil das Sparen bringt mehr Arbeitslose. Sondern man sollte schauen, daß die Leute im Inland konsumieren und daß dadurch die Vollbeschäftigung gefördert wird. Nicht sparen und arbeitslos, sondern Vollbeschäftigung und Konsum im Inland. Das wäre also meine Anmerkung dazu. Und was ganz allgemein zu dem Budget zu sagen wäre, was ich dazu meine ist, daß ich eher glaube, daß es der Versuch ist, doch mehr Impulse zu geben als zu sparen. Etwa besonders bei den Ausgaben für Wohnbauförderung. Obwohl ich eigentlich schon ein bißchen Vorbehalte gegen die Wohnbauförderung an sich hätte, weil ich glaube, daß unter Umständen die Freigabe der Abschreibung für private Investoren im Wohnbausektor günstiger wäre. Wir haben sie, die Wohnbauförderung und ich erkenne eher in dem Budget, daß es der Versuch ist, mit den Ausgaben für das Bauen Impulse zu setzen. Und darum werde ich eher für diesen Budgetentwurf stimmen. Danke schön.

(Beifall bei LR Mag. Freibauer, LR Gabmann u. einigen Abg. der ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Darf ich, ehe ich zum Thema Wirtschaft komme, wobei die Landwirtschaft ja aus meiner Sicht auch dazu zählt, einige Anmerkungen machen, weil man mich permanent als landwirtschaftsfeindlich bezeichnet. Ich werde es aushalten, ich werde damit leben. Ein wenig verblüfft mich allerdings schon die Unverfrorenheit, mit der die Vertreter der Landwirtschaft von dieser Stelle aus die Subventionen einfordern und mit welcher Selbstverständlichkeit sie das tun. Und hier meine ich, wäre etwas mehr Mäßigung oder mehr Augenmaß angebracht. Denn eines muß man schon sagen: Hier verfügen sie, wie gesagt, mit einer Selbstverständlichkeit und Unverfrorenheit über eine Wertschöpfung, die eigentlich in ganz anderen Bereichen erbracht wird. Die Wertschöpfung in Österreich und auch in Niederösterreich wird im produzierenden Gewerbe und in der Industrie erzielt. Und das, meine Damen und Herren, ist die klassische Umverteilung der Wertschöpfung. Nicht zu den unersättlichen unselbständig Erwerbstätigen. Sondern die Umverteilung im großen Stil erfolgt zur Landwirtschaft. (Abg. Hiller: *So einseitig darfst Du das allerdings auch nicht sehen!*)

Nur keine Angst, ich bekenne mich zur Landwirtschaftsförderung! Aber man soll das sehen. Und man soll auch seitens der Landwirtschaft für die Intentionen der anderen Bereiche der Wirtschaft, auch für die der unselbständig Erwerbstätigen das nötige Verständnis aufbringen. Nur damit das klargestellt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hätte - und ich werde das auch noch tun - in meinem Schlußsatz auch die Aufforderung zur Zusammenarbeit, das Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gebracht. Aber dennoch gibt es eben verschiedene Gegebenheiten, die man klarstellen soll.

Zum Kollegen Preiszler kann ich während meiner Ausführung kommen. Es ist ja vieles vorweggenommen in der Debatte zur Gruppe 7, daher darf ich manche Dinge - und ich bitte mir das zu verzeihen - nämlich auch, um nicht zu lange, zu ausführlich zu sein, nur in Schlagworten anführen. Dennoch aber, glaube ich, muß man einleitend die wirtschaftliche Situation darstellen. Nämlich insofern, als 1994 doch eine ganz gute kon-

junkturelle Lage gegeben war, die sich 1995 verflacht hat, ja gegen Ende 1995 fast zum Erliegen gekommen ist. Und für 1996 wurden die Prognosen, wie auch schon mehrmals erwähnt wurde, einige Male nach unten revidiert.

Niederösterreich, das darf ich sagen, kann man mit Fug und Recht sagen, hat sich im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr gut behauptet. (LR Gabmann: *Bravo! Das ist positiv gesprochen!*)

Das ist Faktum, Herr Landesrat. Und wer etwas anderes behauptet, hat sich nicht entsprechend informiert. Wir hatten eine gute Position mit einem Wirtschaftswachstum von im Schnitt um die zwei Prozent zu verzeichnen. Und damit liegen wir im Vergleich mit anderen Bundesländern ganz gut. Dennoch muß man leider feststellen, daß eben diese bescheidene konjunkturelle Entwicklung natürlich die Lage am Arbeitsmarkt verschärfen wird. Und dieser so ersehnte Silberstreif am Konjunkturm Himmel wird erst für Anfang 1998 prognostiziert. Hier erwartet man dann Wirtschaftssignale aus Übersee, USA, Japan, anderen Fernost-Ländern. Und man hofft auch, daß jene EU-Länder, die derzeit ihre nationalen Haushalte konsolidieren, dann Investitionen in die Infrastruktur vornehmen, auch um die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Wie gesagt, die Folgen dieser Konjunkturschwäche sind schon deutlich spürbar. Sie kennen das Faktum der Entkoppelung der Konjunktur vom Arbeitsmarkt. Wir haben zwar einen sehr hohen Beschäftigungsstand, wir haben aber auch eine sehr, sehr hohe Arbeitslosenrate. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen, der Berufseinstieg für junge Menschen wird immer schwieriger. Aber nicht nur im allgemeinen Wirtschaftsbereich, sondern auch in der Verwaltung. Das Beispiel der Lehrer wurde ja schon im Zusammenhang mit der Budgetdebatte diskutiert. Und dazu kommt noch, daß ältere Arbeitnehmer aus Kostengründen in immer jüngeren Jahren freigesetzt werden. Das ist natürlich eine gewisse Problematik. Und da gibt es einige Ursachen, die dazu führen. Der Herr Kollege Rupp hat das in sehr anschaulicher Weise dargestellt. Ich möchte ebenfalls einige dieser Fakten herausgreifen. Ich möchte dieses Verlagern, dieses ständige Androhen von Produktionsverlagerungen in die Billiglohnländer, die höhere Mobilität des Kapitals nennen. Nämlich, diese Investitionsphilosophie, daß Standortentscheidungen immer mehr zur Rechenschaftsangelegenheit werden. Und daß eben aus dieser Investitionsphilosophie dann resultiert, daß dort investiert wird, wo man die höchsten Gewinnchancen sieht. Das ist ja an sich noch nichts Unanständiges. Aber wenn das dann jene Länder

sind, die eigentlich wenig oder gar keine Sozialstandards haben und die Folge dann ist, wenn dort produziert wird und sich die Produktion nicht mehr rechnet, stellt man diese Investitionsrechnung neuerlich an und die "Karawane" - unter Anführungszeichen - zieht sozusagen in das nächste Land weiter, wie das ja in der wirtschaftlichen Praxis vorkommt in Fernost, China, Taiwan und so weiter. Und es ist schon gesagt worden, und da bin ich dem Vizepräsidenten der Arbeiterkammer sehr dankbar, der das sehr deutlich gesagt hat: Lohndumping und all die damit verbundenen, darunter verstandenen Einschränkungen, was man alles damit meint, kann diese Problematik nicht lösen. Dieses moderne Wirtschaftsnomadentum, das unter dem Begriff Globalisierung der Wirtschaft läuft und auch die damit einhergehende "Casino-Mentalität", wie ich das nennen möchte, daß einfach die Wertschöpfung aus der Produktion, aus der Arbeit nicht mehr in die Produktion investiert wird, sondern daß spekuliert wird, das kann auf die Dauer nicht zur Kenntnis genommen werden.

Und ich meine, daß angesichts von etwa 18 Millionen Arbeitslosen EU-weit das wohl Anlaß wäre, eine internationale Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeit einzuleiten. Und ich meine wirklich, daß der Appell des EuGB-Vizepräsidenten Verzetnitsch an die Unternehmer hundertprozentig zu unterstreichen ist, wenn er meint, die hohen Gewinne der letzten Jahre sind in Form von arbeitsplatzintensiven Investitionen in die Wirtschaft zurückzuführen. Das ist das Phänomen der gegenwärtigen Situation. Es ist ja so, daß die Unternehmen tadellose Gewinne schreiben, aber trotzdem andauernd die Kosten minimieren wollen. Und daraus resultiert zum Teil auch die Arbeitslosigkeit. Also das Gegenteil von der "Casino-Mentalität" wäre gefragt. Daß nicht jeder Staatsbürger schon animiert wird, um "in" zu sein, muß er seine bescheidenen Ersparnisse in Aktien oder in anderen Wertpapieren anlegen. Anlegen schon, wenn ihm etwas übrig bleibt, aber nicht hochspekulativ, weil das ins Auge gehen kann. Dazu wird das Einkommen von unselbständig Erwerbstätigen im Regelfall nicht ausreichen. Außerdem ist das eben für die Entwicklung der Wirtschaft nicht gut. Und ich meine auch, daß nur dann, wenn die Menschen erkennen können, daß die Europäische Union ihre Probleme, nämlich zum Beispiel das Problem der Arbeitslosigkeit, zu lösen bereit ist, daß sie es lösen will, oder daß sie bereit ist, der Arbeit den entsprechenden Stellenwert zuzuordnen, daß die sogenannten vier Freiheiten auch ergänzt werden um die Bedeutung der Beschäftigungssituation und diese als Konvergenzkriterium Aufnahme findet, erst dann wird die

Akzeptanz der Europäischen Union - und das ist derzeit ja ein hochaktuelles Thema - im Bewußtsein der Bevölkerung steigen.

Eine oder die einzige Chance überhaupt, der Arbeitslosigkeit beizukommen, liegt in der Ausbildung. Beim Kapitel Schule ist ja eine diesbezügliche Resolution beschlossen worden, mit der ich mich inhaltlich identifiziere. Ich glaube auch, daß in einer Intensivierung der Forschungstätigkeit der Wirtschaft ein wesentliches Faktum läge und auch im Investitionsbereich, im High-tech-Bereich. Ich weiß, das ist leichter gesagt als getan, aber das wären, glaube ich, die Chancen, der Arbeitslosigkeit beizukommen. Nämlich insofern, als es sich dann wirklich für das internationale Kapital nicht mehr lohnt, in die Billiglohnländer auszuweichen mit den Produktionen. Dorthin, wo zwar die Arbeitskraft nichts kostet, aber es Probleme geben wird, die erforderliche Qualität zu erzielen, weil die qualifizierten Fachkräfte eben nicht zur Verfügung stehen.

Und weil von freiheitlicher Seite der Ausdruck Ostintegration gefallen ist: Man soll das nicht belächeln. Ich meine, daß die Ostintegration anzustreben ist, weil nur dann, wenn wir die Ostintegration relativ rasch bewältigen - ich weiß schon, daß das, und das sieht man ja in der Integration Ostdeutschlands in die Bundesrepublik, nicht so schnell gehen wird - aber erst dann, wenn es möglich ist, diese Ostintegration zu vollziehen, ein einigermaßen gleiches wirtschaftliches Niveau herzustellen, werden die Probleme, die heute im Grenzland auftreten, zu bewältigen sein. Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftspolitischen Verknüpfungen ist die Erstellung des Landesbudgets 1997 in Niederösterreich zu sehen. Es gibt natürlich große Abhängigkeiten und Zusammenhänge der NÖ Wirtschaft mit der gesamt-österreichischen. Und die wieder ist abhängig von den weltwirtschaftlichen Gegebenheiten. Ich würde meinen, die Einsparungen sind sehr selektiv getroffen worden, sodaß man durchaus von einem Pakt der Vernunft bzw. von einem Ausdruck der politischen Seriosität sprechen kann.

Zu den wirtschaftlichen Details, die für die Landesentwicklung von großer Bedeutung sind, behaupte ich. Aus meiner Sicht waren das zwei Grundsatzentscheidungen, die vor etwa zehn Jahren gefallen sind. Nämlich einerseits der Bau der Landeshauptstadt, für den die Volkspartei massiv eingetreten ist - und ich bekenne ein, das ist durchaus ein Megaprojekt, das einen gewaltigen Beschäftigungsimpuls gebracht hat, der im Zentralraum Niederösterreichs eine gewisse wirtschaftliche Eigendynamik bedeutet, aber zugleich

natürlich auch eine Sogwirkung in den Zentralraum ausübt. Und da komme ich auf den Begriff, der schon gefallen ist heute, des Niederösterreichs der zwei Geschwindigkeiten. Von dem der Kollege Preiszler gemeint hat, damit kann der Normalverbraucher, der Bürger in Niederösterreich nichts anfangen. Ja, sehr wohl kann er etwas anfangen damit. Es ist ja schließlich nicht unbekannt, daß wir sehr krasse Entwicklungsunterschiede zum Beispiel in den peripheren Bereichen haben zum Wiener Umland etwa. Und genau darum muß es in der Landespolitik gehen, diese strukturellen Ungleichheiten auszugleichen. Das ist sicher schwierig. Die Regionalpolitik, die 500 Millionen zum Beispiel - das zwar der zweite wesentliche Beschluß für die Entwicklung Niederösterreichs - haben ein Wesentliches dazu beigetragen wie auch diese 350 Millionen, die für die Realisierung von Projekten zur Verfügung stehen, die die ECO-PLUS umgesetzt hat. Damit wurde hervorragende Arbeit geleistet. Neben der Betriebsansiedlung, die zum ureigendsten Aufgabengebiet der ECO-PLUS gehört und ja auch sehr erfolgreich ist. Es sind 564 Projekte gefördert und umgesetzt worden. Mit 3,4 Milliarden Schilling an Förderungen wurde ein Investitionsvolumen von 11,4 Milliarden in Bewegung gesetzt. Das kann man ja nachlesen im Bericht.

Ich möchte einige Leitprojekte nennen. Ich bitte um Vergebung, einige davon wurden schon genannt, aber es scheint mir wirklich wichtig. Ich möchte das IZ-West im Bereiche des Ennschafens, nämlich das Industriezentrum West in Ennsdorf, gekoppelt mit dem Ennschafen, hervorheben, weil ich das als Besonderheit empfinde. Ich nenne den Wirtschaftspark Gmünd als Lösungsansatz für eine grenzüberschreitende Kooperation. Der Archäologiepark Carnuntum, die NÖ Eisenstraße, der Naturpark Kampthal, den Ausbau des Radwegenetzes, auch die Förderung für das Millennium, das wir heuer feiern. Darüber hinaus aber die 2.000 zusätzlichen Wohneinheiten, für die sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger sehr eingesetzt hat. Das moderne Kinderbetreuungsgesetz, die wirklich humane, die menschenwürdige Altenbetreuung in Niederösterreich mit den mobilen sozialen Diensten, den caritativen Organisationen und den Sozialzentren oder Seniorenwohnheimen, wie immer man das nennen mag. Das alles hat zur Landesentwicklung wesentlich beigetragen. Es liegt im Interesse der niederösterreichischen Bürger. Und ich glaube, daß wir mit diesen Maßnahmen den sehr großen Zielen, nämlich die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den einzelnen Landesvierteln auszugleichen, doch ein beachtliches Stück nähergekommen sind. Ich

gehe nicht davon aus, daß sich jemand, der halbwegs realistisch ist, Wunder erwartet hat. Wunder wird es nicht geben. Aber es ist zumindest gelungen in der Regionalpolitik - und das ist jetzt eine bescheidene Darstellung - negative Entwicklungen einzudämmen, zu stoppen. Und den Menschen, die so exponiert leben, doch Hoffnung für die Zukunft zu vermitteln. Und damit ist einiges bewegt worden.

Zum Tourismus: Leider muß man sagen, ist der Tourismus schon einige Jahre in der Krise und wird vermutlich auch noch länger Sorgenkind der NÖ Wirtschaft bleiben. Mit den 5,827.177 Übernachtungen liegen wir erstens einmal unter der magischen Sechs-Millionengrenze, die wir schon vor einigen Jahren, Mitte der achtziger Jahre, würde ich meinen, als Ziel, als Nächtigungsziel uns gesetzt haben, und zweitens um 3,4 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Dieses "Nächtigungsloch", unter Anführungszeichen, ist überwiegend durch das Ausbleiben der ausländischen Gäste bedingt. Und zwar gibt es hier einen Nächtigungsrückgang um 8,1 Prozent, der Rückgang an BRD-Urlaubern liegt gar bei 10,7 Prozent. Die Wintersaison hat erfreulicherweise gehalten, die Sommersaison ist mit einem Nächtigungseinbruch von minus 5,7 Prozent regelrecht abgestürzt. Und jetzt muß man natürlich nachdenken, warum dieser Nächtigungsrückgang bei den ausländischen Gästen? Wobei ich meine, daß das für Niederösterreich ja nicht so sehr zutrifft, weil in Niederösterreich die inländischen Gäste überwiegen. Und insofern meine ich auch, daß die Bewertung im Tourismusbericht nicht stimmt, daß das niederösterreichische Tourismusergebnis ja ohnehin besser ist als das gesamtösterreichische. Da vergleicht man meiner Meinung nach Äpfel mit Birnen. Das ist das eine. Und das andere ist, daß es auch kein Trost sein kann, wenn es anderen Bundesländern schlechter geht als uns in Niederösterreich. Warum ich meine, daß dieser Vergleich hinkt, ist die Tatsache, daß der Nächtigungsrückgang überwiegend durch ausländische Gäste bedingt ist. Und daß in den tourismusintensiven Bundesländern wie Tirol, Salzburg, Kärnten natürlich der Ausländeranteil an Gästen überwiegt. Und wenn der überwiegt und dort ein Nächtigungseinbruch zu verzeichnen ist, dann muß dort zwangsläufig auch der Rückgang am stärksten sein. Und daher kann man das mit Niederösterreich, wo die Situation umgekehrt ist, wo der inländische Gast anzahlmäßig den ausländischen Gast übertrifft, nicht vergleichen. Jetzt möchte ich boshaft sein und sagen, man hat vielleicht versucht das Problem dadurch ein bißchen zu verniedlichen oder zu beschönigen, aber sei's drum. Wir werden nachdenken müssen, wie wir die Dinge bewältigen

können. Ich verstehe schon, daß es wenig erbaulich ist für die Verantwortlichen, die wirklich sich bemüht haben, die alle Register ziehen, den Tourismus anzukurbeln - und das darf ich für die Abteilung sagen, die wirklich sehr engagiert ist - wenn man dann so ein Ergebnis einfährt. Auch wenn es äußere Einflüsse sind, die man eigentlich aus der Sicht des Niederösterreich-Tourismus gar nicht beeinträchtigen kann. Nämlich den Kaufkraftrückgang bei ausländischen Gästeschiedten, Währungsabwertungen im Bereiche von Urlaubskonkurrenzländern, die billigen Flugtarife, die den Trend zu Fernreisen verstärken, das alles hat den Österreich- und Niederösterreichurlaub preislich natürlich unattraktiv erscheinen lassen.

Aus meiner Sicht ist es halt ein Wehrmuts-tropfen, daß die Budgetmittel für die Tourismusförderung schon ein zweites Mal gekürzt wurden von 160 auf 140 und nun auf 125 Millionen. Aber der Fremdenverkehrsförderungsfonds ist mit 161 Millionen verfügbarem Stammkapital ausreichend dotiert - noch ausreichend dotiert, würde ich meinen - sodaß man diese Kürzungen noch verkraften kann. Dauerzustand darf es natürlich nicht werden, daß wir jetzt die Landesbeiträge immer wieder kürzen und den Fonds wiederum, wie es schon einmal war, in finanzielle Probleme bringen. Ich glaube, er ist noch so ausreichend dotiert, daß er seiner Aufgabenstellung der Tourismusförderung gerecht werden kann. Ein bißchen kritisch zu vermerken ist, daß die Prämienzahlungen und die Zinszuschußaktionen, das heißt, "Cash-Leistungen" an die Tourismuswirtschaft zurückgenommen wurden - ich erspare Ihnen die Details, man kann es im Bericht nachlesen - andererseits aber die Darlehensaktionen um 155 Prozent angewachsen sind. Das heißt, man hat gewollt zu den Darlehensaktionen verschoben, würde ich meinen. Das Ganze sieht natürlich nach einer beabsichtigten Schonung des Tourismusbudgets aus, eine andere Erklärung dafür habe ich nicht. Denn alles, was man derzeit nicht "cash" macht, sondern über Darlehen finanziert, beeinträchtigt oder belastet das gegenwärtige Jahresbudget nicht.

Aber es gibt noch ein Faktum, mit dem ich nicht ganz einverstanden bin, das ist, daß 1995, aber auch schon 1994, das Tourismusbudget nicht voll ausgeschöpft wurde. Und da sollte man hinterfragen, wo da die Ursachen liegen in einer Zeit der erlahmenden Tourismuskonjunktur und in einer Zeit der relativ kargen Eigenkapitalausstattung der NÖ Tourismuswirtschaft. Ist es das Faktum, daß man seitens des Landes vielleicht zu

zaghaft die Förderpraxis anwendet? Oder handhabt man das Förderinstrumentarium wirklich restriktiv? Oder, und das halte ich am ehesten für wahrscheinlich, kann die Tourismuswirtschaft die angebotenen Förderungen gar nicht mehr in Anspruch nehmen, weil sie nicht über genügend Eigenmittel verfügt und so die erforderlichen Bankgarantien nicht beibringen kann? Wenn das der Fall wäre, dann wäre das sehr fatal. Dann müßte man wirklich und ernsthaft darüber nachdenken, ob denn Niederösterreich genügend Risikokapital bereitstellt, insbesondere in einem so sehr empfindlichen, in einem sehr sensiblen Wirtschaftsbereich.

Dennoch möchte ich als erfreulich anmerken, daß in die Tourismuspolitik in Niederösterreich Bewegung gekommen ist. Ich persönlich freue mich, daß meine Anregungen, den Donau-Tourismus zu forcieren, gehört wurden. Daß drei private Schiffsverkehrsunternehmen, wenn man "Blue Danube" dazuzählt, die Linien- und Charterschiffahrt abdecken. Daß es ein "Coaching-Programm" gibt, das herausfiltern soll, wo welche touristische Nutzung im Donauraum, von Radeln, Reiten, Bootswandern, Wassersport usw. im Donauraum denn tatsächlich am besten umzusetzen ist. Und ich halte auch aus einigen Gründen, einen davon möchte ich nennen, die Privatisierung der Tourismuswerbung zur Niederösterreich Werbung für vorteilhaft. Ich gebe ja zu, daß ich nicht immer dieser Auffassung war. Mir gefällt eine Idee, nämlich jene, daß man wieder an die Gründung eines NÖ Incoming-Reisebüros denkt. Ich erinnere mich mit Schaudern an die Zeit, als wir das NÖ Landesreisebüro liquidiert haben und das nur auf Grund eines Rechnungshofberichtes, der eigentlich angekreidet hat, daß man dem Landesreisebüro nicht die entsprechenden Aufgabenstellungen und Funktionen zugeordnet hat. Ich glaube, wenn man das zusammenbrächte, die Gründung eines NÖ Incoming-Reisebüros, daß das ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Situation im Tourismus wäre. Boshafte bemerkt, eine späte Einsicht, die man hier gewonnen hat.

Zum Schluß darf ich noch anführen, daß wir einen Antrag auf Änderung bzw. Novellierung des Camping- und Jugendlagerplatzgesetzes eingebracht haben, wo es einer Regelung über Mobilheime bedarf und auch eine entsprechende Regelung der Widmungs- und Nutzungsart dieser im Raumordnungsgesetz festzuschreiben wäre.

Ich habe es eingangs vorweggenommen, meine Damen und Herren: Ich glaube, es ist angebracht, zum Schluß den Appell zur Zusammen-

arbeit tatsächlich aufzugreifen, von allen politischen Richtungen. Mein persönliches Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft möchte ich hier lautstark dokumentieren. Alle positiven Kräfte des Landes sind aufgerufen, im Interesse der Beschäftigungssituation mitzuwirken. Und aus dem Grund, weil wir Sozialdemokraten uns zur Sozialpartnerschaft bekennen, tragen wir auch dieses Budget mit. Es gibt zwei Gruppen, die sich offenbar dazu nicht bekennen. Sei's drum. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Dr. Mautner Markhof zu Wort.

Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe mich heute mit dem Tourismus zu beschäftigen und möchte vorerst auf den Kollegen Dkfm. Rambossek eingehen. Er hat einen Resolutionsantrag auf Abschaffung der Getränkesteuer hier eingebracht. Ich möchte hier klar und deutlich sagen, daß ich nicht bereit bin und auch die ÖVP-Fraktion ist nicht bereit, einen aus dem Zusammenhang gerissenen Antrag auf Abschaffung einer den Gemeinden von Niederösterreich zukommenden Einnahme von zirka 700 Millionen Schilling zu unterstützen. Ein geforderter Ausgleich über den Finanzausgleich ist derzeit unrealistisch und in Zeiten von Konsolidierungsmaßnahmen auch nicht zu verantworten.

Zum Tourismus, meine Damen und Herren, möchte ich anmerken, daß ein Budget von 190 Millionen Schilling in Summe zur Verfügung steht. Und wenn man die 10 bis 20 Millionen dazu rechnet, die aus EU-Mitteln fließen werden für die Regionalförderung im Rahmen der Strukturfonds, so ist das in etwa die gleiche Höhe wie im Jahr 1996 für den Tourismusbereich. Obwohl der Tourismus und die Freizeitwirtschaft eine dynamische Wachstumsbranche ersten Ranges ist, befindet sich unser Tourismus gleich dem gesamtösterreichischen in einer rückläufigen Entwicklung, das wurde heute schon mehrfach ausgesprochen.

Wenn wir den Parameter Nächtigungen betrachten, lag 1995 Niederösterreich etwas besser. Die Zahlen sind auch schon genannt worden, 3,4 Prozent minus gegenüber 4,3 Prozent minus gesamtösterreichisch. Die Problematik, die der Herr Kollege Keusch hier dargelegt hat, die ist sicherlich so zu sehen. In den ersten vier Monaten des heurigen Jahres setzt sich dieser Trend leider Gottes fort. Bei den Übernachtungen ausländischer Gäste haben wir einen deutlichen Rückgang

zu verzeichnen, die zahlungskräftigen Gäste aus Deutschland, Italien, Holland sind vermehrt ausgeblieben, während die Anzahl der Gäste aus den östlichen Nachbarstaaten zugenommen hat. Auch der Ausflugstourismus ist wieder aufgelebt. Regional betrachtet ist festzustellen, daß die Region Niederösterreich-Süd, insbesondere durch den vorgezogenen Wintereinbruch, ein positives Ergebnis aufweist, während die anderen Regionen alle in mehr oder weniger gleichem Maße im allgemeinen Trend liegen.

Nach dieser Bestandsaufnahme möchte ich mich mit den Möglichkeiten des Landes zur Förderung und Verbesserung des Marketings der Tourismuswirtschaft befassen. Die Probleme liegen im sogenannten "Software-Bereich", das heißt bei der Gästebetreuung, Programmgestaltung, Schlechtwetterprogramm und Saisonverlängerungsmaßnahmen. Projekt- und Angebotsentwicklung sind daher ganz wesentliche Gestaltungsmaßnahmen, die zur Umsetzung des touristischen Leitbildes Niederösterreich 2001 anzuwenden sind. Die Vorhaben sind darauf auszurichten, die Qualität zu verbessern und mögliche Zuwächse ausschließlich durch diese gesteigerte Qualität zu erzielen. Es muß der Gast dazu gebracht werden, eben einfach mehr Geld für ein höherwertiges Angebot auszugeben. Das kann man erreichen durch zielorientierte Angebote, durch höherwertige Bettenqualität und auch durch gute und verbesserte Verkehrsverbindungen.

Auf folgende Hoffnungsfelder kann der NÖ Tourismus aufbauen: Gesundheitstourismus. Hier gibt es eine Reihe von neuen Projekten in Planung und teilweise noch in den diversen Gehirnen. Ich nenne hier zum Beispiel die Therme Laa, Kirchstetten, Bad Pirawarth, Payerbach-Reichenau, Südbahnhotel am Semmering. Bereits in Betrieb gegangen ist das Kurhotel Landsknechte in Bad Schönan. Hier muß man sehr wohl vermerken, daß die Konkurrenzsituation natürlich sehr stark sein wird. Auch die Probleme der Sozialversicherungen im finanziellen Bereich müssen hier einbezogen werden in die zukünftige Entwicklung des Gesundheitstourismus. Wegen der hohen Investitionskosten ist aber wirklich sehr genau zu planen und ist eine vorsichtige Vorgangsweise angebracht.

Ein anderer Bereich ist der Kulturtourismus. Unser reichhaltiges Kulturprogramm ist mit touristischen Angeboten zu verknüpfen, dann ist das sicher auch ein wesentliches Standbein unseres Tourismus. Und ein weiterer Bereich, der wichtig ist und immer wichtiger wird, ist der Sporttourismus mit den Schwerpunkten Schi, Reiten, Golf, Tennis,

Radfahren. Verschiedene "events" sollen die touristischen Angebote in diesen Bereichen unterstützen. Zum Beispiel der Schiweltcup am Semmering, das ATP-Turnier in St. Pölten, Golf-Open in Haugschlag und das Reitturnier in Grafenegg.

Nun zu den Förderungsrichtlinien. Die neuen Investitionsrichtlinien unterscheiden zwischen Basis und Qualitätsförderungen. Damit wird ein wesentliches Steuerungselement zur Orientierung und Realisierung von Investitionsvorhaben nach den Empfehlungen des touristischen Leitbildes gegeben sein. Besonders auf die geplante "Software-Aktion" des Landes-Fremdenverkehrsförderungsfonds, die die Beherbergungsbetriebe veranlassen soll, mehr Mittel in die Vermarktung zu investieren, konzentriert am Markt aufzutreten und zielgruppenspezifische Angebote zu schnüren, ist hinzuweisen. Wesentlich ist auch, neben finanziellen Unterstützungen immaterielle Leistungen wie Beratungen, Kooperationsanreize, Schulungen als Förderung anzubieten. Ein Beispiel, wo dies bereits erfolgreich angewendet wurde und wird ist die Wirtshausaktion. *(Zwischenrufe bei der FPÖ: "Gulaschcobra"! - In der Folge anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Nein, die meine ich nicht. Ich meine hier speziell die Förderung der Dorfwirtshäuser. Es haben sich eine Menge Gastwirte daran beteiligt. Das heißt, die Aktion ist sicherlich interessant. Man kann damit sicher nicht jedes Dorfwirtshaus retten, aber man kann einem bestehenden Dorfwirtshaus vielleicht die Unterstützung geben, damit es eben nicht zugesperrt wird. Und ich glaube, das ist schon etwas Wesentliches. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Durch die Ausgliederung der NÖ Werbung wurde eine schlanke und flexible Organisation geschaffen, die es in Zukunft ermöglichen wird, rasch auf die Besonderheiten jedes Gästeherkunftsmarktes einzugehen. Buchungsfähige Angebote zu gestalten ist die vorrangige Aufgabe.

Abschließend möchte ich noch auf die touristischen Möglichkeiten im NÖ Donaauraum eingehen. Nach dem Untergang der DDSG-Flotte konnte die Donauschifffahrt unter Mithilfe des Landes auf neue Beine gestellt werden. Private Unternehmungen werden die Personenschifffahrt auf der Donau attraktiv machen. In Ergänzung durch ein Coaching-Programm und ein Marketingkonzept für den Donaauraum kann sicher eine Nachfragesteigerung erreicht werden. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Das wäre ein Feld für den Vizepräsidenten Dirnberger, die Arbeitsverträge bei den Donauschifffahrten!)*

Herr Kollege Dkfm. Rambossek! Sie machen alles mies, jede Maßnahme ist schlecht bei Ihnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie optimistisch in die Zukunft sehen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei optimaler Abstimmung zwischen dem Förderbereich und dem Tourismusmarketing zu einer Gesamtstrategie sehe ich trotzdem gute Entwicklungen für den niederösterreichischen Tourismus. Ich darf nunmehr abschließend einen abgeänderten Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Rupp und Hoffinger zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Konvergenzkriterien und Arbeitslosigkeit.

Der Europäische Rat hat sich in Madrid im Dezember 1995 nicht nur über den Namen einer zukünftigen einheitlichen Währung geeinigt, sondern auch seinen Willen dokumentiert, sowohl am Projekt der Europäischen Währungsunion als auch die im Vertragswerk von Maastricht vorgegebene Marschtablette auf dem Weg zu diesem Ziel unbedingt einzuhalten. Demnach sollen die EU-Bürger, so auch Österreich, ab dem Jahre 2002 mit dem 'EURO' anstatt mit ihrer bisherigen Währung bezahlen.

EU-weit sind 18 Millionen Menschen arbeitslos! Für Niederösterreich kommt besonders erschwerend der Faktor dazu, daß durch Auslagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer eine steigende Arbeitslosigkeit befürchtet werden muß, sowie durch den sogenannten 'Einkaufstourismus' vor allem die grenznahen Betriebe in eine existenzbedrohende Situation gebracht werden. Eine Gegensteuerung zu dieser Situation, insbesondere durch neuerliche Verhandlungen bezüglich der Aufnahme arbeitsmarktpolitischer Daten in die Konvergenzkriterien, wäre daher für die österreichische und insbesondere für die niederösterreichische Wirtschaft unbedingt erforderlich.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß in die vereinbarten Konvergenzkriterien auch andere

Fakten, wie z. B. Arbeitslosigkeit, Umwelt- und Sozialstandards Eingang finden."

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.
(Beifall bei der ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Klubobmann Dkfm. Dr. Bauer ist zu den Resolutionsanträgen gemeldet.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dem ersten Resolutionsantrag betreffend Erstellung des Konzepts über die Maßnahmen nach Ablauf der degressiven Ausgleichszahlungen stimmt die Sozialdemokratie nicht zu. Mit der Begründung, daß selbstverständlich nach Ablauf der degressiven Zahlungen es notwendig ist, über die Landwirtschaft Programme weiterlaufen zu lassen. Es werden das aber im Rahmen sehr, sagen wir, ökologisch orientierte Programme sein, wie ÖPUL und andere. Und dort werden wir dann auch unsere Zustimmung geben, aber in dieser Form nicht.

Zum zweiten, zur Frage der Förderung von Energiewald. Hier dürfte es der geschätzten Aufmerksamkeit des Kollegen Marchat entgangen sein, daß dieses schon möglich ist. In der Frage Abschaffung der Getränkesteuer unter der Berücksichtigung des Einnahmenhaushaltes für die Gemeinden bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen muß natürlich ein Nein kommen, weil ja der Finanzausgleich bis zum 31. Dezember 2000 gültig ist und Sie entweder dieses Faktum nicht wissen, oder den Antrag zu früh gestellt haben. Jedenfalls ist das bis 31. Dezember 2000 einmal gültig und paktiert.

Zur Frage der Strompreissenkung für die Abnehmer der EVN. Das ist natürlich ein Antrag, der durchaus im populistischen Sinne gut klingt. Aber bemerkenswerter ist eigentlich oder wäre zu bemerken die Frage der Geschäftspolitik, die mit diesen Betriebserfolgen sozusagen gemacht wird. Und darin scheint uns nicht im Sinne des Populismus sondern im Sinne der künftigen Geschäftspolitik der Schwerpunkt zu liegen.

Die indirekte Förderung von Risikokapital ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich aus Sicht der Sozialdemokratie abzulehnen. Wäre auch aus der Sicht der ÖVP abzulehnen. Ich kann Ihnen das aber nicht vorschreiben. Ich sage gleich, warum das eigentlich so sein sollte, daß auch die ÖVP das ablehnt. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, Sie befinden sich

nämlich in einer großen Koalition mit uns. Und in dieser großen Koalition wurde vereinbart, daß sehr wohl Maßnahmen zur Konsolidierung ergriffen werden und diese nicht nur einseitig im Bereich des Sozialen oder in jenen Bereichen, die die Arbeitnehmer stärker betreffen, sondern in allen Bereichen, gerecht verteilt. Das heißt, auch dort, wo die durchaus besser Verdienenden sitzen. Und daher ist zum Beispiel die Aufrechterhaltung dieses Konsolidierungszieles natürlich verbunden mit der Frage - und das möchte ich schon herausstellen - wie halte ich es mit der Solidarität im Zusammenhang mit der Konsolidierung! Und daher finde ich, ich kann es Euch nicht vorschreiben, aber Ihr wart schlecht beraten, daß Ihr hier mitgeht. Das möchte ich schon dabei feststellen.

Ich bin ja als Wirtschaftsfachmann gar nicht dagegen, daß Risikokapital gestärkt wird. Ich bin nicht dagegen. Aber wenn ich den Pakt der Konsolidierung auf zwei Jahre abgeschlossen habe oder eigentlich bis zum Jahr 1999, dann ist das unglaublich, wenn man so tut, wenn man jetzt ein Paket geschnürt hat, als wäre man flugs dabei, das Paket wieder munter aufzuschnüren. Da würden uns auch viele Aspekte einfallen, wo wir aufschnüren könnten. Aber ob Euch das immer recht wäre, daß man es aufschnürt, das ist eine ganz andere Frage. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte folgendes sagen: Wir haben die Sonderausgaben, und das wißt Ihr ganz genau, 40.000,- Schilling sind in bestimmten Einkommenskategorien abgesenkt worden. Und genau in diese Kategorie fallen auch diese Risikokapitalbildungen wie Genußscheine und die Ausgabe von jungen Aktien. Das ist im Prinzip ja nichts Schlechtes. Nur, im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes ist es ein Signal, das wir gemeinsam nicht setzen dürfen. Und daher bleiben wir grundsatztreu und Ihr habt das offensichtlich zu wenig überlegt.

Eines möchte ich vielleicht noch hinzufügen: Die ÖVP hat es entweder auch übersehen, daß das eigentlich - was wesentlich ist in dem Zusammenhang - bereits 1989 passiert ist. Wißt Ihr warum? Denn 1989 ist nämlich die Sonderausgabe für junge Aktien überhaupt weggefallen und war man sozusagen nur mehr berechtigt, im Rahmen der allgemeinen Sonderausgaben diese geltend zu machen. Auf deutsch übersetzt hat das eigentlich gar niemand mehr beanspruchen können seit 1989, weil im wesentlichen die Sonderausgaben schon von den meisten Besserverdienenden ausgeschöpft sind, daher für Ankauf von Aktien und Genußscheinen überhaupt kein Platz mehr war. Also das entscheidende Datum der

Abschaffung war 1989. Man kann es sich jetzt aussuchen, in welchem Zeitraum man das hätte stellen sollen oder nicht hätte stellen sollen.

Aber weil natürlich notwendigerweise schon auch Risikokapital zur Verfügung gestellt werden soll, meine ich, daß auf eines vielleicht hinzuweisen ist. Der Herr Landesrat für Wirtschaftsfragen ist gerade nicht da. Ich möchte aber sagen - er wird es ja wissen, aber auch für die anderen vielleicht - daß es eine Förderung der Mittelstandsfinanzierungs-Aktiengesellschaft gibt. Und hier - und das muß man einmal hören - ist die Gründung dieser Gesellschaft seit 1994 körperschaftssteuerfrei. Das müßt Ihr Euch einmal vorstellen. Und die Gewinne daraus, die Dividenden daraus sind bis zu öS 200.000,- KEST-frei. Und wer sozusagen diese wichtigen wirtschaftspolitischen Zusammenhänge nicht richtig vorher eingeschätzt hat, sollte es sich jetzt bei der Abstimmung vielleicht noch einmal überlegen. Daß es eigentlich hier eine Förderung gibt, die viel zu wenig beansprucht wird, aber die bis zu 200.000,- Schilling Dividendenausschöpfung möglich macht. Und daher lehnt die Sozialdemokratische Partei nach diesen Erklärungen selbstverständlich den Resolutionsantrag ab.

Hingegen geben wir gerne die Zustimmung zur Entlastung der Unternehmen durch Verfahrensvereinfachung. Und genauso auch, weil es ja ein gemeinsamer Antrag ist in bezug auf eine Ausweitung der Konvergenzkriterien, ganz im Sinne meiner Einleitungsrede. Und daher werden wir dem auch zustimmen.

Die Frage der notwendigen Korrekturen im Bereich der Ausländerbeschäftigung betrachte ich als eine, die sich eigentlich nur mehr in einem Lager abspielt und daher auch von den anderen Lagern abzulehnen ist. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf ebenfalls Stellung nehmen zu der Fülle von Resolutionsanträgen. Zum ersten Antrag des Abgeordneten Marchat: Wir werden diesen ebenfalls ablehnen. Er zielt ab auf eine Erstellung eines Konzeptes über Maßnahmen nach Ablauf der degressiven Ausgleichszahlungen. Herr Kollege Dr. Bauer hat schon darauf verwiesen, daß hier diese degressiven Ausgleichszahlungen als eine Übergangsmaßnahme gewertet worden sind. Und daß sowohl der Kulturpflanzenausgleich, den

zu 100 Prozent die Europäische Gemeinschaft, die Gemeinschaftskassa der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik entrichtet, als auch die Aufrechterhaltung und Weiterführung bzw. Ausgestaltung des ÖPUL-Programmes zukünftig die zwei Ausgleichstöpfe sein werden, daß auch in Zukunft die Landwirtschaft ihre Entwicklungs- und Existenzmöglichkeit hier finden wird.

Zum nächsten Antrag, ebenfalls vom Kollegen Marchat. Diesem werden wir ebenfalls nicht die Zustimmung geben. Es wurde schon darauf verwiesen, daß es bereits Instrumentarien gibt, in welchen die Energiebiomasseaufbringung bereits gefördert und geregelt ist. *(Abg. Haberler: Das ist nämlich überhaupt nicht wahr!)*

Es ist nicht unsere Hauptsorge, Kollege Haberler, hier Energiemasse zu haben. Das ist nicht das Problem. Das Problem liegt in der Finanzierung von wirtschaftlich richtigen Verbrennungsanlagen. Das ist die Priorität. Und hier liegt unser Schwerpunkt. Und wir wissen auch - das wissen aber natürlich nur praktizierende Landwirte - daß die Beratung in Richtung Auspflanzung von Biomasseflächen ein gewisses Risiko dadurch darstellt, daß die Europäische Union von Jahr zu Jahr die Stilllegungsflächen in Prozentsätzen verändert. Voriges Jahr 17 Prozent, heuer 10 Prozent und im nächsten Jahr fünf Prozent. Ich kann hier nicht ständig jonglieren, und muß daher mit einjährigen Pflanzen arbeiten auf diesen Flächen und nicht mit mehrjährigen Pflanzen.

Zum Resolutionsantrag betreffend Abschaffung der Getränkesteuer: Einmal mehr erwarte ich mir von den Freiheitlichen auch einen Finanzierungsvorschlag. Nicht nur den Verweis auf Finanzausgleichsverhandlungen, sondern einen konkreten Finanzierungsvorschlag. Und den seid Ihr uns bis dato schuldig geblieben. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Der Antrag betreffend Strompreissenkung bei der Abnahme von der EVN scheint fürs erste natürlich recht plausibel, wenn man sagt, einerseits schreibt die EVN hier Gewinne und zum anderen wird der Strompreis erhöht. Hier ist ein politischer Wille mit beinhaltet, nämlich jener der Bundesregierung, die sich dazu bekennt, daß man fossile Energie besteuert in einem erträglichen Ausmaß. Und daß man gleichzeitig der erneuerbaren Energie, ob das Biomasse ist, ob das Solarwärme ist, auch entsprechende Beachtung schenkt, auch im Sinne der CO₂-Reduktion, der Torontoziele, wie immer man sie nennen will. Daß man das auch mit berücksichtigt. Ich glaube, daß das eine vernünftige Maßnahme, eine erträgliche Maßnahme ist,

wenn diese Ziele der österreichischen Bundesregierung umgesetzt werden.

Zu den Gewinnen der EVN möchte ich sagen, sie haben mit diesen Gewinnen eine kluge Unternehmens- und Investitionspolitik gepflogen. Sie sind führend heute bei den Erdgasspeichern, was nicht nur für die Wirtschaftlichkeit, sondern auch für die Absicherung der Energie, der nationalen Energiereserven ganz wichtig ist. Und so ist ein weiteres strategisches Vorgehen eben auch in der Erweiterung und Sicherung von Lieferrechten, im Ausbau Leitungen und dergleichen mehr zu sehen. Daher ist diese einseitige Betrachtungsweise, die sehr simpel ist, nicht gutzuheißen. Wir werden diesem Problem ehrlicher begegnen.

Zum Resolutionsantrag betreffend indirekte Förderung von Risikokapital. Hier bin ich nicht grundsätzlich einer anderen Meinung als die sozialdemokratische Fraktion. Es geht nur darum, wo grenzt man ab? Ich glaube, jeder ist dafür, daß der Österreicher mit einem Teil seines angesparten Kapitals nicht nur ein "Sparbüchl-Sparer" bleiben sollte, sondern natürlich auch ein gewisses Risiko in Richtung Investitionen eingehen sollte. Wo man allerdings die Abgrenzungen trifft, ist natürlich die Sache, wo man dann pro oder kontra sein kann. Ich lege es nicht so aus, daß es unbedingt gerade Genußscheine oder junge Aktien sein werden. Aber ich glaube, wir stellen einen Aufforderungsantrag an die Regierung. Und die wird dann sicherlich überlegen, in welchen Bereichen es hier günstig erscheint, ebenfalls zusätzlich noch Risikokapital aufzubringen. Daher werden wir diesem Resolutionsantrag zustimmen.

Zur Entlastung der Unternehmer durch Verfahrensvereinfachung: Selbstverständlich! Ich weiß, daß das ein schwieriges Kapitel ist. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind auf dieser Schiene, durch verschiedene Maßnahmen, die wir auch schon nachvollziehbar umsetzen. Daher können wir das begrüßen und werden zustimmen.

Resolutionsantrag betreffend Konvergenzkriterien und Arbeitslosigkeit: Selbstverständlich ist das auch unser Anliegen, wird gutgeheißen und wir werden dem zustimmen.

Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Preiszler betreffend notwendige Korrekturen im Bereich der Ausländerbeschäftigung ist so ein "No-Na-Antrag" der Freiheitlichen Partei, wo sie hier ihre Wahlkampflinie, die nur wenige Österreicher gutheißen, hier letztendlich auch in einem solchen Antrag verdeutlicht. (*Unruhe bei der FPÖ.*) Es war zu erwarten, daß so etwas von Euch

kommt. In einer äußerst sensiblen Materie macht man es sich viel zu einfach. Anstatt die Dinge wirklich zu betrachten, arbeitet man hier nur mit sehr seichten Gefühlen. Dem können wir nicht beitreten. Eine solche Materie verdient eine ernsthafte und auch eine humane Bewertung und daher werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und dann über die Resolutionsanträge abstimmen und bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 2.088,924.000 Schilling und Einnahmen von 65,058.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke für Ihren Antrag. (*Nach Abstimmung über die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung:*) Angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.*)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung der Resolutionsanträge. Der Resolutionsantrag 17 befaßt sich mit der Erstellung des Konzeptes über die Maßnahmen nach Ablauf der degressiven Ausgleichszahlungen. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:*) Abgelehnt! (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat zur Förderung von Energiewald ist der nächste, der zur Abstimmung gelangt. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:*) Abgelehnt! (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Der nächste Antrag, Nummer 19, ist jener der Landtagsabgeordneten Hrubesch und Dkfm. Rambossek. Er beschäftigt sich mit der Abschaffung der Getränkesteuer. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Resolutionsantrag der Abgeordneten Hrubesch und Ing. Dautzenberg. Er betrifft die Strompreissenkung für die Abnehmer der EVN. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Hoffinger betrifft die indirekte Förderung von Risikokapital. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Angenommen! (Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung SPÖ.)*

Zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Keusch und Hoffinger. Er betrifft die Entlastung der Unternehmen durch Verfahrensvereinfachung. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Einstimmig angenommen!*

Der nächste Resolutionsantrag Nummer 23 ist durch den Antrag 23a ergänzt bzw. abgeändert worden. Ich lasse daher über den neuerlichen Antrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Rupp und Hoffinger abstimmen. Dieser betrifft die Konvergenzkriterien und die Arbeitslosigkeit. *(Nach Abstimmung über diesen erneuerten Resolutionsantrag): Angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung LIF.)*

Als letztes ist der Antrag 24 zur Abstimmung freigegeben. Das ist ein Antrag des Abgeordneten Preiszler und betrifft die notwendigen Korrekturen im Bereich der Ausländerbeschäftigung. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Moser, zur Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

In die Gruppe 8, Dienstleistungen, fallen die Einnahmen und Ausgaben für Liegenschaften sowie für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 11,430.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 10,180.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,03 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 470,000.000 Schilling und Einnahmen von 470,500.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Bevor wir dieselbe durchführen, bitte ich um den entsprechenden Antrag.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 8, Dienstleistungen, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 11,430.000 Schilling und Einnahmen von 10,180.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 470,000.000 Schilling und Einnahmen von 470,500.000 Schilling zu genehmigen. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll: Die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix hat hier nicht die Zustimmung gegeben. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung Abg. Dorfmeister-Stix.)*

Wir kommen damit zur Gruppe 9. Der Herr Berichterstatter ist gebeten, zur Finanzwirtschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, beziehen sich die Ausgaben und Einnahmen auf Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Abgaben, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden sowie Verstärkungsmittel. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 5.041,896.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 18.472,399.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des

ordentlichen Teiles beträgt 10,88 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 39,280.000 Schilling und Einnahmen von 180,280.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrter Herr Landesrat! Sehr geschätzte Damen und Herren!

Nachdem rund 70 Rednerinnen und Redner die Gruppen dieses Voranschlages positiv oder weniger positiv beleuchtet haben, darf ich nun dieses Thema als einer der letzten nochmals umreißen und werde mich bemühen, hier kurz zu bleiben.

Die Eckdaten des Voranschlages 1997 sind durch den Herrn Finanzlandesrat hinlänglich bekanntgegeben worden. Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, bietet im Rahmen des Gesamtvoranschlages, der ein in Zahlen gegossenes Regierungsprogramm darstellt, die Möglichkeit, einige tragende Säulen auf der Einnahmenseite zu beleuchten.

Diese Gruppe ist mit Einnahmen von 18.472,399.000,- Schilling im ordentlichen und mit 180,280.000,- Schilling im außerordentlichen Budget dotiert. Das sind rund 43 Prozent der Gesamteinnahmen des Budgets. Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, Zuschlagsabgaben, Landesabgaben, Erträge aus Kapitalvermögen und Beteiligungen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse ergeben die oben genannte Summe.

Von dieser Summe ist der Landesanteil an der Finanzierung der Beitragsleistungen Österreichs an die Europäische Union bereits abgezogen. Im Vergleich zum Voranschlag 1996 konnte hier eine Steigerung von zirka 1,1 Milliarden Schilling präliminiert werden. Obwohl das Land keine Möglichkeit hat, die Einnahmen zu beeinflussen, kann daher eine Erhöhung dieser Mittel nur aus dem Finanzausgleichsgesetz und aus den Vereinbarungen über die Krankenanstaltenfinanzierung begründet werden und ist nicht, wie auch zusätzlich und fallweise falsch dargestellt, aus erfundenen Steuern zu bekommen. Wenn man also aus den Ertragsanteilen mehr Mittel gegenüber 1996 erwartet, müssen bei dieser Gelegenheit die wirtschaftlichen Indikatoren besondere Beachtung

finden. Über derzeitige und zukünftige Wachstumsraten hat der Herr Landesfinanzreferent bereits ausgiebig referiert. Gerade an dieser Stelle möchte ich einige Bemerkungen anbringen. Um diese Einnahme auch in Zukunft zu gewährleisten, ist Budgetkonsolidierung eine notwendige Voraussetzung um den Wirtschaftsstandort Niederösterreich weiter attraktiv zu halten. Erfahrungen zeigen, daß vor allem jene Budgetkonsolidierungen längerfristig halten, was sie versprechen, deren Schwerpunkt auf intelligentem Sparen liegt. Und gerade in dieser Gruppe wie auch im Gesamtbudget wird, so meine ich, diesen Richtlinien Rechnung getragen, steigen doch die Einnahmen und fallen - wenn auch nur mäßig - die Ausgaben. Und wenn hier von einigen die Meinung vertreten wurde, daß bei der Erstellung des Budgets 1997 zu wenig Phantasie gezeigt wurde, so bin ich anderer Meinung: In diesem Voranschlag ist es gelungen, trotz eines mäßigen Wirtschaftswachstums bei den Ausgaben etwa die Ansätze aus dem Jahr 1995 zu halten bzw. im Vergleich zum Jahr 1996 zu senken. Wer sich mit der Erstellung von Budgets, ganz gleich auf welcher Ebene auch immer, beschäftigt, weiß, wie schwer es ist, die innovativen und produktiven Investitionen zur Disposition zu stellen, sodaß öffentliche Ausgaben nicht nur zu einem großen Teil für die Bezahlung von Zinsen und zur Schuldabdeckung aufgebracht werden müssen.

Zinsen- und Tilgungsdienst für Darlehen und Anleihen mit 3.252,000.000,- Schilling im ordentlichen Budget stellen etwa 7,6 Prozent der Gesamteinnahmen dar. Dieser Prozentsatz ist zwar nicht gering, gibt aber dem Finanzreferenten doch noch die Möglichkeit, disponierbare Mittel zu besitzen. In diesem Zusammenhang ist positiv zu bemerken, daß man sich bei Zwischenfinanzierungen innerer Darlehen bedient, da sie im Bereich des Kapitalmarktes noch immer die günstigsten Zinssätze bieten.

Wenn man weiß, daß in jedem Budget der Gestaltungsspielraum sehr gering ist, offensive Wirtschaftspolitik zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes notwendig ist, hat hier der Landesfinanzreferent im positiven Sinn - und das meine ich mit Phantasie - bewiesen, daß in Berücksichtigung der vorher erwähnten Kriterien an den Zahlen von 1995 festgehalten werden konnte bzw. die Ausgabenseite im Jahre 1997 sogar um etwa 500 Millionen Schilling gesenkt werden konnte. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich habe das Budget sicherlich nach Kriterien beurteilt, wie ich es auch in meiner Funktion als Finanzstadtrat tun würde und ich meine, daß man gewisse Kriterien, die sich hier anbieten, auch nicht in einem Licht

sehen sollte, wie sie von manchen gesehen werden.

An dieser Stelle darf ich weiters bemerken, daß sowohl im Schul- und Kindergartenfonds, im Wasserwirtschaftsfonds und in der Wohnbauförderung zwar vordergründig die Mittel gekürzt wurden, aber auf einer anderen Seite wieder Mittel dort hineingegeben wurden und so daher de facto keine Kürzung dieser Mittel stattfindet. Und ich meine, das ist deshalb sehr wichtig, denn die darin vorgesehenen Mittel werden weiterhin zur Belebung der Wirtschaft in Verbindung mit Sonderfinanzierungsmodellen zur Verfügung stehen. Dabei sollte man besonderes Augenmerk auf eine Standortqualifizierung durch Spezialisierung legen, wobei bestimmte hochwertige Produktionen gerade in Niederösterreich angesiedelt werden sollten. Jedes Land muß durch die Verbesserung seiner Standortbedingungen Sorge dafür tragen, daß es weiterhin zur industriellen Spitzengruppe gehört.

Im Bereich der Industriepolitik ist es auch im Land Niederösterreich notwendig, sich auf diverse Veränderungen ein- und umzustellen. Das heißt, die Industriepolitik sollte in Zukunft regionsbezogener werden, wobei unproduktive Standortkonkurrenz, etwa durch Förderungslizitation, zu vermeiden, die Ansiedlungspolitik auf industrielle Kernräume zu fokussieren und die industrielle Standortqualität an besonders empfindlichen Standorten vorausschauend zu sichern und auszubauen wäre. Und ich meine, dieses Budget bietet im Rahmen dieser Möglichkeiten doch einen Spielraum, auf diese Punkte einzuwirken. Dabei darf aber am Begriff Technologie und Bildung nicht vorbeigegangen werden, denn diese Begriffe haben für die Ausrichtung der Wirtschaft auf die künftig zu erwartende Wettbewerbssituation wie für die Standortdebatte aus verschiedenen Gründen eine besondere Bedeutung. Zunächst schaffen sie grundlegende Voraussetzungen für Entwicklung und Produktion von Spezialprodukten, die auf den internationalen Märkten zu guten Preisen abgesetzt werden können. Weiters können sie auch zur Erhöhung der Flexibilität beitragen.

Die in der Gruppe 9 und in den anderen Gruppen vorhandenen Einnahmen werden das Land Niederösterreich in die Lage versetzen, in diesem Bereich seine Aufgaben im Rahmen seiner Möglichkeiten zu erfüllen und ich meine, daß diese Mittel sicherlich verantwortungsbewußt und zielorientiert investiert werden. Die Verringerung der Ausgaben um zirka 500 Millionen mag zwar moderat wirken, ist in Wirklichkeit aber eine beachtliche Leistung aller Verantwortlichen. Warum

dies so ist, habe ich ja vorher schon ausreichend dargestellt. Zusätzlich gelingt es mit diesem Budget, die Nettoverschuldung um etwa 1,1 Milliarden Schilling zu senken. Wenn man die Zahlen aus dem Voranschlag 1997 in den einzelnen Gruppen betrachtet, so gibt es nur in zwei Gruppen eine Erhöhung, in allen anderen eine Verminderung. Hier von Siegern und Verlierern zu sprechen wäre grundlegend falsch. Um aber bei diesem Ausdruck zu bleiben, es gibt nur einen Sieger, nämlich den Landesbürger oder die Landesbürgerin. Denn ganz gleich, wie immer an den Dienstleistungen des Landes partizipiert bzw. bei Investitionen profitiert wird, es kommt dem Landesbürger zugute. Und ich darf hier auch anbringen, daß auch im Rahmen des Regierungsteams natürlich auch unsere sozialdemokratischen Regierungsmitglieder maßgeblich zur Verwirklichung dieses Budgets und auch zum Budgetvollzug hier beigetragen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Grund der von mir aufgezählten Fakten und Daten entspricht dieser Voranschlag 1997 und insbesondere auch die Gruppe 9 der derzeitigen wirtschaftlichen Situation und dem gesellschaftspolitischen Umfeld. Und unter Vorhandensein der noch zu beschließenden notwendigen Begleitgesetze wird auch heuer die sozialdemokratische Fraktion dieses Budget mittragen und mitverantworten. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche den Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 5.041,896.000 Schilling und Einnahmen von 18.472,399.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 39,280.000 Schilling und Einnahmen von 180,280.000 Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und*

Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.*)

Nunmehr ersuche ich den Berichterstatter, zum Dienstpostenplan 1997 zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich berichte zum Dienstpostenplan. Gemäß § 6 Abs. 1 der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 hat die Landesregierung alljährlich einen Dienstpostenplan zu verfassen und dem Landtag gemeinsam mit dem Voranschlag vorzulegen.

Gegenüber den vom Hohen Landtag für 1996 systemisierten 18.177,5 Dienstposten werden für 1997 18.163,5 Dienstposten beantragt. Dies bedeutet eine Verminderung um 14 Dienstposten.

Gemäß § 2 Abs. 1 des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes obliegt der Landesregierung die Festsetzung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Kollegiums des Landeschulrates.

Gegenüber dem Dienstpostenplan für das Schuljahr 1995/96 verringern sich im Schuljahr 1996/97 die Planstellen für allgemeinbildende Pflichtschulen von 12.765 um 109 auf 12.656 Planstellen.

Ebenso obliegt der Landesregierung die Erstellung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an berufsbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Gewerblichen Berufsschulrates.

Der Bedarf an Dienstposten wird für das Schuljahr 1996/97 mit 882,5 festgesetzt, das bedeutet eine Verminderung der Dienstposten um 19,3 gegenüber dem Schuljahr 1995/96 mit 901,8 Dienstposten. Die sich im Detail ergebenden Veränderungen sind aus den Motivenberichten zum Dienstpostenplan zu entnehmen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche daher den Herrn Berichterstatter, den Antrag zum Dienstpostenplan 1997 zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, den Dienstpostenplan für das Jahr 1997 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, damit zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1997 sowie über die im allgemeinen Teil des Dienstpostenpla-*

nes festgelegten Grundsätze): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Punkt I bis Punkt VIII unter einem abstimmen. Der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses liegt den Mitgliedern des Hohen Hauses in vollem Wortlaut vor. Ich glaube daher, dem Herrn Berichterstatter die Verlesung des Antrages ersparen zu können. Besteht dagegen ein Einwand? Nachdem kein Einwand vorgebracht worden ist, ersuche ich den Berichterstatter um seinen Antrag.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich beantrage, die Punkte I bis VIII des Antrages des Finanz- und Wirtschafts-Ausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des ordentlichen und außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles und des Dienstpostenplanes 1997 sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag, Punkt I bis Punkt VIII.

(*Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag 1997, Punkt I bis Punkt VIII*): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.*) Ich stelle fest, der Voranschlag ist somit verabschiedet. Hohes Haus! Am Wort ist nunmehr der Herr Landesfinanzreferent.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was viele nicht für möglich gehalten haben, ist eingetreten. Der morgige Mittwoch wird als Reservetag nicht benötigt. Das Budget 1997 wurde in nur zwei Tagen beraten und beschlossen und auch die erforderlichen Begleitgesetze können noch heute unter Dach und Fach gebracht werden. In der Kürze liegt die Würze, sagt der Volksmund. Aber für sich allein ist die Kürze natürlich kein Qualitätskriterium. Entscheidend ist vielmehr, daß die Debatte in diesen zwei Tagen vor allem von Sachargumenten getragen war. Mir verbleibt es

nunmehr, nach Genehmigung des Voranschlages 1997 einige Dankesworte zu sagen. Vor allem danke ich natürlich für die positive Beschlußfassung. Die Abgeordneten der ÖVP, der SPÖ und der Abgeordnete Ing. Wagner Josef haben dem Budget zugestimmt. Ich danke weiters für die ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung, die diese beiden Tage gekennzeichnet hat. Natürlich gab und gibt es Meinungsunterschiede und kontroverielle Standpunkte. Aber sie wurden im großen und ganzen in einer Art und Weise ausgetragen, die dem politischen Klima in Niederösterreich ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellt.

Auch jene beiden Fraktionen, die dem Voranschlag nicht ihre Zustimmung gegeben haben, haben festgestellt in ihren Beiträgen, daß der Voranschlag 1997 einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt. Ein aufrichtiges Dankeschön sage ich auch für die vielen positiven Beiträge, die in Ihren Wortmeldungen und in vielen Resolutionsanträgen eingebracht wurden. Mein Dank gilt selbstverständlich auch den Damen und Herren Regierungskollegen, an der Spitze unserem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, sowie den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die zum reibungslosen Ablauf der Budgetverhandlungen beigetragen haben.

Hohes Haus! Noch ist der Landeshaushalt 1997 nur ein Zahlenwerk, also ein Papier mit 12.000 Positionen. Die heutige Beschlußfassung ist sozusagen der Startschuß für einen Marathon, der noch vor uns liegt. Die Basis ist gelegt, die Ziele sind abgesteckt. Aber ich bin mir bewußt, daß der Budgetvollzug nicht einfach sein wird. Er wird noch sehr viel Disziplin und gemeinsame Bemühungen erfordern. Und zwar von der Landesregierung genauso wie vom Landtag, von der Landesverwaltung und auch von den Verantwortlichen in unseren Bezirken und Gemeinden. Aber ich bin überzeugt, wenn wir diese Herausforderung gemeinsam annehmen, dann wird es gelingen, den Voranschlag 1997 dem Geist nach und den Zahlen nach mit echtem Leben zu erfüllen.

Durch das vom Landtag beschlossene Budgetprogramm 1996 bis 1998 ist auch der weitere Weg sozusagen durch einen Wegweiser für mich vorgegeben. Wir gehen in Niederösterreich den Weg der Konsolidierung, der verantwortungsvollen Konsolidierung, die auch in den nächsten Jahren unsere größten Anstrengungen fordern wird. Mit der wir aber langfristig Niederösterreichs Zukunftschancen sichern. Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Sinn nochmals ein herzliches Dankeschön für Ihre Arbeit und für die Genehmigung

des Voranschlages 1997! *(Beifall bei der ÖVP, Abg. der SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, Änderung des Hausstandsgründungsgesetzes. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klupper, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück Ltg. 404/H-12 einzuleiten.

Berichterstatte Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 404/H-12. Seit dem Jahre 1979 wird die erstmalige Haushaltsgründung in Niederösterreich unterstützt. Die Förderung besteht aus einem Zinsenzuschuß für ein aus diesem Anlaß aufgenommenes Darlehen. In den letzten Jahren wurden viele Förderungsmöglichkeiten und Verbesserungen für junge Familien geschaffen, sodaß die Sinnhaftigkeit des Hausstandsgründungsgesetzes hinterfragt werden muß. Besonders der Ausbau der Familienhilfe und die Verbesserung im Bereich der Wohnungsförderung haben zu diesen Überlegungen geführt. Die Regierungsvorlage sieht eine Nichtanwendung des NÖ Hausstandsgründungsgesetzes für einen Zeitraum von fünf Jahren vor, um dann zu prüfen, ob die Notwendigkeit dieses Gesetzes noch gegeben ist. Im Ausschuß wurde über Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. der Nichtanwendungszeitraum bis zum 31. Dezember 1998 befristet, da der Beobachtungszeitraum von zweieinhalb Jahren nach Ausschußmeinung als ausreichend erachtet wird.

Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Hausstandsgründungsgesetzes 1979 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vornehmen zu lassen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher

zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LiF.)

Wir kommen damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum nächsten Tagesordnungspunkt, Änderung des Parteienförderungsgesetzes. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück Ltg. 484/A-1/35 einzuleiten.

Berichterstatler Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Hoher Landtag! Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Hoffinger, Rupp, Breininger, Keusch, Dirnberger und Moser betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes und des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs zu berichten.

Zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist es erforderlich, daß die öffentliche Hand Einsparungen vornimmt. Diese notwendigen Einsparungen betreffen viele Bereiche und Gruppen, die allesamt gezwungen sind, die durch die Einsparung verbundenen Einschränkungen hinzunehmen. Es ist in diesem Sinne daher auch gerechtfertigt, daß die politischen Parteien von diesen Einsparungen getroffen werden. Im NÖ Parteienförderungsgesetz und nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs stehen den Parteien jährlich Förderungsmittel zu. Die Höhe der Förderung betrug mit 1. Jänner 1988 S 60,-, entsprechend der vorgesehenen Valorisierung zum Stichtag 1. Jänner 1996 S 78,94 je Wahlberechtigten. Darüber hinaus wird den Parteien ein jährlicher Pauschalbetrag zum Stichtag vom 1. Jänner 1996 in der Höhe von 657.804,- Schilling gewährt. Der Beitrag je Wahlberechtigten für die Landtagsklubs betrug mit Stichtag 1. Jänner 1988 S 30,-, valorisiert mit Stichtag 1. Jänner 1996 S 39,47. Die valorisierten Beträge sollen entsprechend dem Einsparungsziel um 10 Prozent gekürzt werden.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen (liest):

"Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Hoffinger, Rupp, Breininger, Keusch, Dirnberger und Moser betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes und des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. beiliegenden Gesetzentwürfe betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes und des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich muß etwas aufklären, was, glaube ich, gestern ein bißchen untergegangen ist. Der Kollege Dr. Strasser hat dreimal gefragt, was BGÖ heißt. Ich glaube, inzwischen weiß er es. Behauptet trotzdem in der "Presse" vom heutigen Tag: "ÖVP-Landesparteiensekretär Ernst Strasser wies die Behauptungen Gratzers scharf zurück. Keine Partei namens BGÖ erhält Beiträge des Landes." Kollege Strasser, diese Behauptung ist schlichtweg falsch. Die Bürgerlichen Grünen sind die Nachfolgeorganisation in Niederösterreich der VGÖ. Aufmerksam sind wir geworden durch diesen "Profil"-Artikel, der Dir hoffentlich bekannt ist, "die Grünen Riecher", vom 20. Mai dieses Jahres. Ich muß da ein paar Sachen zitieren, weil das, glaube ich, wirklich ungeheuerlich ist: "Doch die Zahlen sehen anders aus. Bei der Nationalratswahl 1994 wählten nur noch gezählte 2.355 Österreicher die BGÖ. Aber Geld ist im Überfluß da. Die BGÖ kassierte in Wien und Niederösterreich innerhalb von fünf Jahren stolze 10 Millionen Schilling an Parteienförderung." Jetzt kommt es: "9 Millionen in Niederösterreich, 1,2 Millionen in Wien." Ich zitiere weiter: "Den Ursprung nahm der staatliche Geldfluß in Niederösterreich. Dort hatten die Grün-Alternativen 1988 den Einzug in den Landtag klar verfehlt, die VGÖ ebenfalls. Knapp ein Jahr nach der Wahl stoppte die Landesregierung auch die Auszahlung der jährlichen Parteienförderung. Dann kurz vor der nächsten Landtagswahl 1993 war eine Doppelkandidatur VGÖ - Grün-Alternative wieder erwünscht. Grund: Der regierenden Volkspartei kam die Zweiteilung des Grünlagers schon immer sehr gelegen, da so ein grüner Wahlerfolg leichter verhindert werden konnte. Zwei

Monate vor dem Wahltermin flatterte den Vereinten Grünen und den Alternativen eine Frohbotschaft ins Haus. Die VGÖ bekam für eine Kandidatur 1,7 Millionen Schilling in Aussicht gestellt, die Grün-Alternativen 2,9 Millionen. Beide Grünfraktionen marschierten daraufhin getrennt, verpaßten den Einzug in den Landtag abermals und Erwin Prölls Volkspartei schrammte nur hart an der absoluten Mehrheit im NÖ Landhaus vorbei. Bezahlt wird bis heute."

Es ist, glaube ich, auch eine Streitfrage, obwohl da auch angeführt ist, daß zwei Gutachten des Landes Niederösterreich Dunkel und Ofner, das sind die beiden Vorsitzenden, inzwischen bestätigt haben, daß die BGÖ die Landesmillionen völlig korrekt erhalten hat. Ich glaube, es wäre Aufgabe des Finanzkontrollausschusses, und ich werde den Obmann ersuchen und würde auch die Mitglieder der anderen Parteien einladen, daß man halt die Nachfolge wirklich kontrolliert, ob das auch rechtens ist. Es gibt einen gewissen Herrn Nikodem, der seinerzeit PR-Chef der VGÖ war und da einen Wahlkampf gemanagt hat. Der bezweifelt das und will das ebenfalls bekämpfen.

Und jetzt bin ich beim Geld, weil um dieses geht es ja in diesem Antrag. Die Aufteilung der Förderung nach Wahlberechtigten - hier bekommt die, da noch als VGÖ ausgewiesen, jetzt BGÖ, 1.208.450,- Schilling - und den Beitrag zum Organisationsaufwand, der für alle politischen Parteien in diesem Land gleich ist, von 657.804,- Schilling. Das heißt, eine Partei mit seinerzeit 11.000 Wählern, keinen Mitgliedern, momentan noch 2.300 Wählern, österreichweit im Jahre 1995 nicht mehr angetreten, kassiert 1,9 Millionen Schilling Steuergeld jährlich.

Da muß man sich jetzt schon überlegen. Wenn man den politischen Parteien, die hier in diesem Haus vertreten sind, 10 Prozent der Parteienförderung kürzt, wobei ich Euch sage, ich spreche mich auch dafür aus, dann muß auch, glaube ich, da etwas passieren. Mir ist nur eines auch verwunderlich: Die sechs politischen Parteien, die momentan Förderungen bekommen, bekommen insgesamt 104 Millionen Schilling. Da kürzt man 10 Prozent. Die Landes-Landwirtschaftskammer allein bekommt 161 Millionen. Ich will das nicht gegenüberstellen. Wir haben uns deshalb entschlossen, die Latte etwas höher zu legen und bringen daher einen Antrag zum Antrag ein (*liest*):

"Antrag des Abgeordneten Marchat zum Antrag betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes und des Gesetzes über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs, Ltg. 484/A-1/35.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

§ 2 Abs. 2 (neu) lautet:

2. Wahlwerbende Parteien im Sinne der NÖ Landtagswahlordnung 1992, LGBl. 0300, die bei der jeweils letzten Landtagswahl mehr als 2 % bis höchstens 3 % der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht und in mindestens der Hälfte der Wahlkreise einen gültigen Wahlvorschlag eingebracht haben oder die mehr als 3 % der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben."

Der Unterschied zum bestehenden Gesetz ist der, daß man die Latte von einem Prozent auf zwei Prozent legt. Bewußt nicht höher, daß Parteien, wie die Grün-Alternativen, die eben nicht vertreten sind, aber die ja mit über drei Prozent auch eine politische Gruppierung sind, sehr wohl ihre Parteienförderung bekommen. Ich spreche mich dafür aus. Nur ein Prozent zu erringen, ist, glaube ich, in der heutigen Zeit relativ einfach. Und es könnte auch einem findigen Parteisekretär einfallen, in jedem Wahlkreis eine Juxliste zusammenzustellen und da mache ich insgesamt ein Prozent und kann dann zwei Millionen Schilling abkassieren.

Ich würde Sie wirklich bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Ich möchte abschließend noch sagen, daß wir gesagt haben, es wäre auch wichtig, glaube ich, das Thema Politikerpensionen endlich anzugehen. Das ist schick, die Parteien zu beschränken. Aber die Politiker müßten halt bei sich selbst auch anfangen. Der Antrag der Freiheitlichen liegt seit Juni 1993 im Ausschuß und es ist, glaube ich, die Bereitschaft nicht sehr groß, den zu behandeln. Ich würde wirklich bitten, das auch zu überlegen und abschließend noch einmal den Kontrollausschuß ersuchen, mit dem Obmann Dkfm. Rambossek die Nachfolge BGÖ-VGÖ zu prüfen, ob da die Rechtmäßigkeit gegeben ist. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei der Abfassung des Gesetzes wurde der Grundsatz, möglichst minderheitsfreundlich zu sein, verwirklicht. Wir haben auch in Niederösterreich die Stufe für das Erreichen eines Mandates bereits bei vier Prozent. Das ist auch sehr minderheitenfreundlich. Und daher ist ausgehend von dieser minderheitsfreundlichen Gesamtpolitik auch abgeleitet diese minderheitsfreundliche Förderpolitik. Das kann man durchaus so bezeichnen.

Es heißt da im § 2: "Als politische Parteien im Sinne dieses Gesetzes gelten die im Landtag von Niederösterreich vertretenen politischen Parteien und wahlwerbende Parteien im Sinne der NÖ Landtagswahlordnung, die bei der jeweils letzten Landtagswahl mehr als ein Prozent bis höchstens drei Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht und in mindestens der Hälfte der Wahlkreise einen gültigen Wahlvorschlag eingereicht haben, oder die mehr als drei Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben." Nun mag schon sein, daß dieses Gesetz einer gewissen Überprüfung unterliegen soll. Ich glaube nur, daß das nicht so in einigen Minuten durch einen Antrag erfolgen kann. Sondern wenn man demokratiepolitische Beschlüsse faßt, dann soll das auch gut vorbereitet sein und ausdiskutiert sein. Und daher glaube ich, aus dieser Grundhaltung, daß so grundsätzliche Themen nicht durch einen Antrag, der eingebracht wird und in einem kurzen Augenblick zu entscheiden ist, wobei vielleicht hier demokratiepolitisch wirklich ein Schaden oder Fehler passiert, erledigt werden kann. Daß wir diesen Antrag heute abzulehnen haben. Abzulehnen haben aus dieser grundsätzlichen demokratiepolitischen Haltung heraus. Daß aber es natürlich frei steht, weitere Überlegungen darüber anzustellen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann dem etwas abgewinnen, was jetzt der Klubobmann Dr. Bauer sagt, daß man über derartige Entscheidungen länger nachdenken soll. Auf der anderen Seite möchte ich doch zurückerinnern an gestern. Ich gebe es ganz offen zu, ich habe mir gedacht, der Herr Landespartei sekretär Dr. Strasser pflanzt mich gestern, als er fragt nach der BGÖ. Dabei hat sich herausgestellt, es war wirklich nicht bekannt, daß die BGÖ - und ich gestehe das zu, es war halt nicht bekannt - daß die BGÖ diese Förderung erhält. Aber gerade daran

sieht man ja, daß hier eine wahlwerbende Partei, wie der Hannes Bauer das ausdrückt, im hochdemokratischen Sinne eine Förderung erhält, von der man offensichtlich hier im Haus nicht einmal Bescheid weiß. Und daher glaube ich schon, daß man hier offensichtlich eine Hürde einführen muß, weil zwischen ernstzunehmend und weniger ernstzunehmend, zwischen wissend, daß man überhaupt einmal weiß, daß es das gibt, leichte Unterschiede sich abzeichnen müssen. Und in dem Sinne ersuche ich auch, diesen Antrag zu verstehen, weil - das hat der Franz Marchat sicher richtig ausgeführt - es natürlich immer leichter wird, heute ein Prozent zu erreichen. Und daher diese Hürde. Ich habe auch schon gehört, daß man wo sagt, für den Landtag braucht man vier Prozent der abgegebenen Stimmen, daher müßte man zumindest die Hälfte erreichen, um als ernstzunehmende, wahlwerbende Gruppierung anerkannt zu werden. Daher glaube ich auch nicht, daß das jetzt eine derartig schwierige Materie ist, und daß man sich durchaus auch heute zu einer Entscheidung durchringen könnte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sieben Feststellungen in gebotener Kürze. Wenn die F, die Freiheitliche Partei, die Aussen- und die Landesregierung über die Zuteilung der Parteiförderungsgelder für 1996, das Schreiben der Landesregierung vom 11. Juni studiert, wird sie feststellen, daß die sechste Organisation, die Geld zugesprochen bekommt, dort VGÖ heißt. BGÖ ist der Abteilung des Landes, die Geld aus dem Parteienförderungsgesetz zuteilt, nicht bekannt.

Zweiter Punkt: Wir beschließen heute ein Budgetbegleitgesetz. Diese Budgetbegleitgesetze sollen sicherstellen, daß ein entsprechender Einsparungseffekt, ein Sparpaket, ein Konsolidierungspaket beschlossen wird. Es ist der Vorschlag des Landesfinanzreferenten, daß in diesem Paket der notwendigen Maßnahmen und Begleitgesetze auch ein Beitrag der Parteien dazu vorhanden sein soll. Und daher war es der Vorschlag des Landesfinanzreferenten, daß die Parteien 10 Prozent einsparen sollen. Diesem Vorschlag werden wir folgen.

Dritter Punkt: Das Parteienförderungsgesetz wurde im Jänner 1993 novelliert. Soweit ich jetzt in der Geschwindigkeit mich zurückerinnern kann, wurde auch dieser Punkt novelliert. Diese Novelle wurde einstimmig, mit den Stimmen aller damals im Landtag vertretenen Parteien beschlossen, mit den Stimmen der Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Freiheitlichen Partei.

Vierter Punkt: Der Antrag Marchat spart dem Landesbudget keinen Groschen Geld. Denn der Antrag, würde er beschlossen werden, würde bedeuten, daß die Gelder, die jetzt nicht ausbezahlt würden, auf alle anderen Parteien im selben Verhältnis aufgeteilt werden. Das heißt, es ist mit diesem Antrag keine Einsparung verknüpft.

Fünfter Punkt: Ich glaube, daß die NÖ Landtagswahlordnung - und der Herr Klubobmann Dr. Bauer hat das zu Recht erwähnt - einen großen Minderheitenschutz vorsieht mit den vier Prozent. Und daß auch die Grenze von einem Prozent einen Minderheitenschutz darstellt. Und ich sage das durchaus auch um das klarzulegen: Es ist auch ein Anrecht einer kleinen Partei, einer kleinen Landtagspartei und einer kleinen wahlwerbenden Gruppe, daß sie ein Anrecht hat darauf, für die laufende Legislaturperiode, wenn sie kandidiert hat, zu wissen, woran sie ist und unter welchen Voraussetzungen sie arbeiten kann. Daher sehen wir auch aus diesem Grund keinen Anlaß für eine Änderung.

Ich möchte sechstens dem beistimmen und zustimmen, was der Herr Klubobmann gesagt hat: Solche Änderungen beschließt man nicht über den Tisch und nicht aus dem Handgelenk. Daher wird die Volkspartei, als siebenter Punkt, diesem Änderungsantrag ihre Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich muß ehrlich sagen, ich bin über den Antrag eigentlich entsetzt. Weil ich mir nicht vorstellen kann, daß eine Partei, die unter der Verfassung, die die ÖVP uns da vorgegeben hat, leidet, jetzt noch einmal gegen Minderheiten vorgeht. Ich weiß, woher Ihre Idee kommt. Aber das darf nicht soweit führen, daß wir noch minderheitenfeindlicher sind als unsere Verfassung es an und für sich schon ist. So kann es nicht sein. Wir werden dem Antrag

daher auf keinen Fall zustimmen. Danke. *(Beifall bei LIF und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute in der Früh, als ich die "Presse" gelesen habe und der Abgeordnete Dr. Strasser behauptet hat, die BGÖ bekäme kein Geld vom Land, habe ich mich noch gewundert. Dann habe ich mir gedacht, er weiß es nicht. Jetzt geht er heraus und sagt, den auszahlenden Stellen ist es nicht bekannt, daß es eine BGÖ gibt. Ich darf hier den Regierungsakt vom 3. Mai 1994, Landesrat Mag. Freibauer, Sitzungsbogen Nr. 28 vorbringen: Die Partei Bürgerliche Grüne Österreichs (BGÖ), Landesverband Niederösterreich, wird als ident mit der wahlwerbenden Partei der Landtagswahl 1993, die Grünen - Vereinte Grüne Österreichs, Liberale und Unabhängige anerkannt. Das ist ein Akt, wo genau das geändert wurde. Und wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer selbst das einbringt in der Landesregierung, bitte, ist es doch wirklich arg, wenn Sie herausgehen, wenn Du herausgehst, und hier das Gegenteil behauptest. Und schön langsam stellt sich bei mir doch wieder die Frage, weshalb Du diese Verschleierung durchführst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich lasse als erstes über den Änderungsantrag des Abgeordneten Marchat abstimmen. Der Inhalt ist bekannt. *(Nach Abstimmung über diesen Änderungsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Änderung des Schul- und Kindergartenfondsgesetzes. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zum diesbezüglichen Geschäftsstück, Ltg. 485/A-1/36 einzuleiten.

Berichterstatler Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes. Als Beitrag zur Budgetkonsolidierung soll der Landesbeitrag an den NÖ Schul- und Kindergartenfonds in den Jahren 1997 und 1998 verringert werden. Um das Fondsvolumen gleichzuhalten sollen gleichzeitig die fehlenden Fondsmittel aus Bedarfszuweisungsmitteln ausgeglichen werden. Eine Aufhebung der anteilmäßigen Beschränkung der Bedarfszuweisungsmittel am gesamten Fondsvolumen ist daher erforderlich. Die Begrenzung soll nur für die Jahre 1997 und 1998 vorgenommen werden.

Hoher Landtag! Ich stelle namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Änderung des Wohnungsförderungsgesetzes. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, die Verhandlungen zu Ltg. 486/A-1/37 einzuleiten.

Berichterstatler Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf zu diesem Geschäftsstück berichten: Als Beitrag zur Budgetkonsolidierung soll die Leistung des Landes in einem Ausmaß von mindestens einem Sechstel der Leistungen des Bundes im Bereich der Wohnbauförderungsmittel für die Jahre 1997 und 1998 auf die Jahre 2003 und 2004 aufgeschoben werden. Ab dem Jahr 1999 wird das Landessechstel wie bisher aufgebracht. Im Jahre

2003 und 2004 steht das Landessechstel jeweils zweimal zur Verfügung.

Um in derzeit wirtschaftlich schwierigen Zeiten rasch und unbürokratisch auf Einkommensveränderungen im Bereich der Wohnbauhilfe und Superförderung reagieren zu können, sollte der § 48 Abs. 2 entsprechend abgeändert werden, sodaß in sozialen Härtefällen vom aktuellen Einkommen statt dem üblichen Vorjahreseinkommen ausgegangen werden kann. Dies trifft vor allem auf plötzlich eintretende Arbeitslosigkeit bzw. Karenzgeldbezug zu.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Hoffinger, Rupp, Breininger, Keusch, Dirnberger und Moser betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes (NÖ WFG-Novelle 1996).

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes (NÖ WFG-Novelle 1996) wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt auch in diesem Fall nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft die Änderung des NÖ Wasserwirtschaftsfondsgesetzes. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück Ltg. 487/A-1/38 einzuleiten.

Berichterstatler Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zur Änderung des NÖ Landes-Wasserwirtschaftsfondsgesetzes. Als Beitrag zur Budgetkonsolidierung soll für die Jahre 1997 und

1998 die Zuführung der Landesmittel zum NÖ Wasserwirtschaftsfonds neu geregelt werden. Die Beschränkung, daß nur die Hälfte der Landesmittel aus den für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindevertreter bestimmten zweckgebundenen Landesmitteln zu entnehmen ist, soll entfallen.

Ich stelle daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Landes-Wasserwirtschaftsfondsgesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Auch zu diesem Geschäftsstück liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Änderung des Musikschulgesetzes. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück Ltg. 488/A-1/39 einzuleiten.

Berichterstatte Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes berichten: Das NÖ Musikschulgesetz regelt die Förderung des Landes Niederösterreich und die musikalische Ausbildung an Musikschulen. Die Förderung erfolgt durch einen Zuschuß pro Unterrichtsjahr und Schuljahr sowie durch einen weiteren Zuschuß pro Schuljahr für jede Unterrichtseinheit, die von einem Musikschullehrer unter gewissen Bedingungen abgehalten wird. Auf die Förderung besteht ein Rechtsanspruch. Die Höhe der Förderung ist daher von der Anzahl der Unterrichtseinheiten abhängig. Eine Erhöhung der Förderung ist durch eine Ausweitung der Unterrichtseinheiten möglich. Wegen der notwendigen Einsparungen der öffentlichen Hand soll auch im Bereich des Musikschulwesens eine

Einsparung insofern erzielt werden, als auch im Jahre 1997 die Förderung nur mehr in jenem Ausmaß gewährt wird, wie sie im Jahr 1996 gewährt wurde. Als Basis der Förderungen sollen die im Jahr 1996 bestehenden Schulen und geförderten Unterrichtseinheiten herangezogen werden. Wobei auch schulinterne Umschichtungen von Unterrichtseinheiten durchaus möglich sind. Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Hoffinger, Rupp, Breining, Keusch, Dirnberger und Moser betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte um Einleitung der Debatte.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen auch in diesem Fall daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch diesmal am Ende der Budgetdiskussion für das Jahr 1997 und nach Beschlußfassung der Budgetbegleitungsgesetze ganz kurz einige Worte des Dankes.

Erstmals in der Geschichte des Landtages wurde der Voranschlag für das kommende Jahr bereits am Ende des ersten halben Jahres beschlossen. Ich darf für die sachbezogene Diskussion trotz gegenteiliger Positionen in mancher Sachfrage allen Diskussionsrednern und allen Vertretern der politischen Gruppierungen ein aufrichtiges Dankeschön sagen.

Für das Land, Hohes Haus, ist entscheidend, daß der wirtschaftliche, der finanzielle Entscheidungsspielraum erhalten bleibt. Ich glaube, wir sind uns auch heute darüber im klaren, daß mit diesem Budget die Weichenstellungen für die Zukunft sichergestellt werden können und abgesichert werden können. Und das, glaube ich, ist für

die Bevölkerung in diesem Land von entscheidender Bedeutung.

Zum Schluß daher ein Wort des Dankes an den zweiten und dritten Präsidenten für die Unterstützung bei der Vorsitzführung, dem Berichterstatter, dem Finanzreferenten, der Landesregierung und den Mitarbeitern in der Landtagsdirektion, den Vertretern der Medien, diesmal - und das sei ehrlich gestanden - vor allem auch den Vertretern des NÖ Rundfunks und dem Fernsehen, das gestern über die Budgetdebatte zum Unterschied von den letzten Jahren etwas ausführlicher berichtet hat und auch die Vertreter der einzelnen Fraktionen entsprechend ins Bild gebracht hat. Wenn

wir manchmal kritisch hier einiges anmerken, dann sei dies diesmal auch positiv vermerkt. Ein besonderer Dank allen Diskussionsrednern.

In zwei Tagen, Hohes Haus, findet die letzte Landtagssitzung vor dem Sommer statt, in der ebenfalls wichtige Gesetze auf der Tagesordnung stehen. Möge bei all unseren Entscheidungen immer das Wohl unseres Landes im Vordergrund stehen. Mit einem nochmaligen Dank an Sie für die Arbeit der letzten Stunden darf ich diese Sitzung schließen. *(Beifall im Hohen Hause. - Schluß der Sitzung um 19.12 Uhr.)*